

Beteiligungsbericht 2015

der Stadt Frankfurt am Main



Kommunalwirtschaft – zuverlässiger Partner in allen Lebenslagen

HERAUSGEBER



Der Magistrat
Stadtkämmerei
20.3 Beteiligungsmanagement
Paulsplatz 9
60311 Frankfurt am Main
E-Mail: info.beteiligungsmanagement@stadt-frankfurt.de
Internet: www.beteiligungsmanagement.stadt-frankfurt.de

Redaktionsschluss: 30.06.2016

Druck:
Druckerei Imbescheidt GmbH & Co. KG

Bildnachweis:

Umschlaggestaltung: Ursula Knöchel corporate design

1. Allgemeiner Teil: Messe Frankfurt GmbH, Marc Jacquemin

1. Wirtschaft und Stadtentwicklung: HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mbH

2. Verkehr, Ver- und Entsorgung: FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH

3. Wohnungsbau: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau und Beteiligungsgesellschaft mbH, Barbara Staubach

4. Kultur: Norbert Miguletz

5. Freizeit und Bildung: Stadt Frankfurt, Stefan Maurer

6. Gesundheit und Soziales: Klinikum Frankfurt Höchst GmbH

Vorwort Beteiligungsbereicht 2015

Untertitel: „Kommunalwirtschaft – zuverlässiger Partner in allen Lebenslagen“

Vorwort des Bürgermeisters und Stadtkämmerers

Sehr geehrte Damen und Herren,



reines Trinkwasser aus dem Hahn, eine verlässliche Abwasserentsorgung, regelmäßig verkehrende U-Bahnlinien und eine Vielzahl von Angeboten für ein lebenslanges Lernen an der Volkshochschule Frankfurt am Main – die Kommunalwirtschaft hat sich längst als zuverlässiger Partner in allen Lebenslagen erwiesen.

Geräuschlos und ohne viel Aufhebens sorgen städtische Beteiligungsunternehmen wie die Mainova AG für stabile Stromnetze und eine zuverlässig funktionierende Wärmeversorgung. Die kommunalwirtschaftlichen Unternehmen organisieren den Rahmen für Märkte, Volksfeste und Messen in unserer Stadt. Sie tragen dazu bei, dass Frankfurt als Arbeits- und Lebensort so attraktiv ist, indem sie Schwimmbäder, Fußballstadien und Kultureinrichtungen wie die Alte Oper, die Schirn Kunsthalle, das Schauspiel und die Oper Frankfurt bereitstellen. Sie schaffen über ihren Beitrag zur kommunalen Infrastruktur die Voraussetzungen für die Prosperität der Region. Die Einrichtungen des Eigenbetriebs Kita Frankfurt beispielsweise ermöglichen es vielen Müttern und Vätern sich ihrer Arbeit zu widmen und ihre Kinder gut betreut zu wissen. Mit Durchschnittsmieten weit unter dem ortsüblichen Niveau sorgt der städtische Wohnungsbaukonzern ABG FRANKFURT mit seinen über 51.000 Wohnungen für eine Stabilisierung am Wohnungsmarkt. Und nicht zuletzt kümmern städtische Beteiligungsunternehmen sich um ein stabiles ÖPNV-Angebot in Frankfurt am Main, einer Stadt mit über 725.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sowie wochentags rund 330.000 Einpendlerinnen und Einpendlern.

So herausfordernd es bereits ist den Status Quo aufrecht zu erhalten, behalten die Beteiligungsunternehmen dennoch auch künftige Herausforderungen immer im Auge. Sie gehen auf neue technische Entwicklungen, Aspekte der Nachhaltigkeit, eine wachsende Bevölkerungszahl oder die Entwicklung neuer Wohnbauprojekte ein. So wird derzeit die Stadtbahn ins Europaviertel gebaut, damit die Bewohnerinnen und Bewohner des Europaviertels gut angeschlossen sind.

Die Beteiligungsunternehmen sind aus unserem täglichen Leben nicht wegzudenken. Ich bin stolz, dass sie wie selbstverständlich ein Teil unserer Stadt sind. Dies zeigt, wie gut Daseinsvorsorge durch

die Frankfurter Beteiligungsgesellschaften funktioniert. Dass auch die wirtschaftliche Seite stimmt, beweist einmal mehr der Beteiligungsbericht 2015. Ich lade Sie ein auf eine Entdeckungsreise in die Welt der Kommunalwirtschaft!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Uwe Becker'. The signature is fluid and cursive, with the first letter 'U' being particularly large and prominent.

Uwe Becker
Bürgermeister und Stadtkämmerer

Allgemeine Hinweise

Der nunmehr **siebzehnte Beteiligungsbericht in Folge** enthält im **ersten Abschnitt (Allgemeiner Teil)** der gedruckten Version wie bisher übergeordnete Informationen z. B. zu den gesetzlichen Grundlagen, dem allgemeinen Umsetzungsstand des Public Corporate Governance Kodex und der Organisation des Beteiligungsmanagements. Hier finden sich - basierend auf den geprüften Jahresabschlüssen 2015 - zusammenfassende Zahlenübersichten zu den städtischen Beteiligungen sowie Aussagen zu den wesentlichen Veränderungen im Beteiligungsbestand. Zur Erhöhung der Transparenz wird wie im Vorjahr bei der Darstellung der Beteiligungszahl auf die Definition der Hessischen Gemeindeordnung (mindestens 20 Prozent) abgestellt. Die Gesamtzahl wird nachrichtlich genannt. Einzeldarstellungen zu direkten Beteiligungen unter 20 Prozent, die bis 2013 im gedruckten Teil abgebildet wurden, sind in der digitalen Anlage zusammen mit dem Gros der mittelbaren Beteiligungen zu finden.

Der **zweite Abschnitt** der gedruckten Version enthält die **Einzeldarstellungen** zu den **wesentlichen Beteiligungen**, d. h. zu allen direkten Beteiligungen ab 20 % sowie zu ausgewählten indirekten Beteiligungen:

- Die Eckdatentabelle listet grundlegende Daten wie Anschrift, Gründung, Unternehmensgegenstand und Organmitglieder auf. In der Tabelle werden die Daten zum Stand 31.12.2015 (bzw. bei den beiden Gesellschaften mit abweichendem Geschäftsjahr zum jeweiligen Bilanzstichtag) abgebildet, lediglich bei Firma, Anschrift und Telefonnummern sind die zum Zeitpunkt des **Redaktionsschlusses (30.06.2016)** aktuellen Daten aufgeführt. Unterjährige Veränderungen in der Zusammensetzung des Aufsichtsrats sind in einem gesonderten Tabellenteil aufgelistet. Beiräte werden aufgeführt, soweit es sich um satzungsgemäß begründete Organe von Beteiligungen ab 20 % handelt (Pflichtangabe gemäß HGO). Soweit Gesellschaften ihrerseits Beteiligungen halten, werden diese in der Tabelle aufgelistet, auch hier sind (wie bisher und analog zur HGB-Regelung) nur die wesentlichen unmittelbaren Beteiligungen ab 20 % dargestellt.
- Danach folgen Ausführungen über die Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015 bzw. 2014/2015 (mit Bezug auf die Tabelle mit den Jahresabschlussdaten) sowie ein kurzer Ausblick. Auch der Verweis auf die Leistungsdaten unter der Rubrik „Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehungen zum Haushalt“ nimmt Bezug auf diese Zahlentabellen. Sofern die Mitglieder der Geschäftsführung der Veröffentlichung ihrer Vergütung im Beteiligungsbericht zugestimmt haben, wird die Gesamtvergütung aufgeführt (Gehälter, geldwerter Vorteil aus Dienstwagenutzung, Sozialversicherungsbeiträge, zusätzliche Altersversorgung u. ä.).
- Die Zahlentabelle mit den Jahresabschlussdaten und sonstigen Kennzahlen greift auf die softwaregestützte Datenbank des Beteiligungsmanagement zurück. Da die Angaben in Tausend-Euro erfolgen, können sich bei der Summenbildung umrechnungsbedingt Rundungsdifferenzen ergeben.
- Soweit einzelne Jahresabschlüsse zum Redaktionsschluss noch nicht testiert waren, sind diese als Entwurfsfassung gekennzeichnet.
- Wie jedes Jahr gilt: in Einzelfällen können sich Abweichungen vom Beteiligungsbericht des Vorjahres ergeben (ohne Ergebnisänderung), denn zum Zweck der Vergleichbarkeit wird im Falle von Änderungen die Struktur der Gewinn- und Verlustrechnung des Vorjahres an die veränderte Struktur des Geschäftsjahres angepasst. Die Änderung der Vorjahreswerte erfolgt jedoch nur, soweit sie auch im testierten aktuellen Jahresabschluss als Vergleichszahlen des Vorjahres ausgewiesen sind.

Der Beteiligungsbericht 2015 wurde wie in den Vorjahren ergänzt um den „Trägerbericht Nassauische Sparkasse“, der im **dritten Abschnitt** wiedergegeben ist.

In der **digitalen Anlage** in der **Einstecklasche** auf der letzten Seite werden seit der Änderung der Hessischen Gemeindeordnung vom 16.12.2011 zusätzlich die **weiteren mittelbaren Beteiligungen** mit einem durchgerechneten Anteil über 20 Prozent, seit 2014 außerdem die direkten Beteiligungen unter 20 % dargestellt. Die digitale Anlage enthält auch eine **grafische Darstellung** des **Gesamtportfolios**.

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeiner Teil

1.	Organisation des Beteiligungsmanagements der Stadt Frankfurt am Main	9
2.	Gesetzliche Grundlagen	10
2.1	Europäisches Beihilferecht	12
2.2	Bilanzrichtlinien Umsetzungsgesetz (BilRUG)	13
2.3	Umsetzung Public Corporate Governance Kodex	14
3.	Veränderungen und Struktur des Beteiligungsbestands der Stadt Frankfurt am Main im Jahr 2015	15
4.	Betriebswirtschaftliche Eckdaten der wesentlichen Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetriebe	19
5.	Verzinsung des eingesetzten Kapitals	31

II. Übersicht über die wesentlichen Beteiligungen

1. Wirtschaft und Stadtentwicklung	33	
1.1	BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	35
1.2	Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum-Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG	38
1.3	Dom Römer GmbH	42
1.4	FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH	45
1.5	FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region	49
1.6	Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH	54
1.7	Hafenbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	57
1.8	HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung	60
1.9	KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH	64
1.10	Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	67
1.10.1	Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH	70
1.11	Messe Frankfurt GmbH und Konzern	73
1.11.1	Messe Frankfurt Exhibition GmbH	81
1.11.2	Messe Frankfurt Venue GmbH	86
1.12	Rebstock Projektgesellschaft mbH	91
1.13	Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main	94
1.14	Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development – GmbH	98
2. Verkehr, Ver- und Entsorgung	103	
2.1	FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH und Konzern	105
2.2	ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	111
2.3	RTW Planungsgesellschaft mbH	115
2.4	Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	119
2.5	Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH und Konzern	123
2.5.1	AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH	129
2.5.2	BäderBetriebe Frankfurt GmbH	132
2.5.3	Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide und Konzern	135

2.5.4	Mainova AG	143
2.5.5	Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	152
2.5.6	In-der-City-Bus GmbH	157
2.5.7	Main Mobil Frankfurt GmbH	160
2.6	traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	163
3. Wohnungsbau		167
3.1	ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH und Konzern	169
3.1.1	Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	175
3.1.2	Hellerhof GmbH	179
3.1.3	SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH	182
3.1.4	WOHNHEIM GmbH	185
3.2	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH und Konzern	188
4. Kultur		193
4.1	Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH	195
4.2	Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH	198
4.3	Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH	202
4.4	Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH	205
4.5	Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH	209
	SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH (siehe 3.1.3)	182
4.6	MuseumsBausteine Frankfurt GmbH	212
4.7	Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH	215
4.8	Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH	218
5. Freizeit und Bildung		221
	BäderBetriebe Frankfurt GmbH (siehe 2.5.2)	132
5.1	Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	223
5.2	Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH	226
5.3	Kita Frankfurt (Eigenbetrieb)	229
5.4	Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	233
6. Gesundheit und Soziales		239
6.1	Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	241
6.2	Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	245
	6.2.1 Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt-Höchst GmbH	249
6.3	Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH	252
6.4	Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH	255
III. Trägerbericht Nassauische Sparkasse		259

IV. Anlagen

Abkürzungsverzeichnis	271
Gesellschaftenverzeichnis mit Verweis der Fundstelle Buch oder digitale Anlage	276
Alphabetisches Verzeichnis der im gebundenen Beteiligungsbericht dargestellten Gesellschaften und Eigenbetriebe	292
Erläuterungen und Begriffsdefinitionen	294
Gesetzestexte, Internetfundstellen	297

V. Digitale Anlagen (CD-ROM)

1. Übersicht über die direkten Beteiligungen unter 20 %
2. Übersicht über die weiteren mittelbaren Beteiligungen
3. Graphische Gesamtübersicht der Beteiligungen
4. Digitale Wiedergabe des Teils I. bis IV. des Beteiligungsberichts 2015

I. Allgemeiner Teil



I. Allgemeiner Teil

1.	Organisation des Beteiligungsmanagements der Stadt Frankfurt am Main	9
2.	Gesetzliche Grundlagen	10
2.1	Europäisches Beihilferecht	12
2.2	Bilanzrichtlinien Umsetzungsgesetz (BilRUG)	13
2.3	Umsetzung Public Corporate Governance Kodex	14
3.	Veränderungen und Struktur des Beteiligungsbestands der Stadt Frankfurt am Main im Jahr 2015	15
4.	Betriebswirtschaftliche Eckdaten der wesentlichen Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetriebe	19
5.	Verzinsung des eingesetzten Kapitals	31

1. Organisation des Beteiligungsmanagements der Stadt Frankfurt am Main

Das Beteiligungsmanagement, eine Abteilung im Zentralamt der Stadtkämmerei, wirkt mit seinen 16 Beschäftigten (14 Vollzeitäquivalente) als zentrale Serviceeinheit mit bei der Aufgabe, die Beteiligungsunternehmen zu steuern und zu überwachen. Hierbei sind sowohl die Gemeinwohlorientierung als auch die Wirtschaftlichkeit der Gesellschaften zu beachten. Im Rahmen des Beteiligungsmanagements werden die der Stadt Frankfurt am Main als Gesellschafterin obliegenden Funktionen ebenso wahrgenommen wie die Betreuung der städtischen Aufsichtsratsmitglieder. Das Beteiligungsmanagement arbeitet insbesondere bei der Gründung, Umwandlung, Auflösung und Umstrukturierung von Gesellschaften mit. Daneben ist das Beteiligungsmanagement zuständig für die Erstellung des jährlichen Beteiligungsberichts der Stadt Frankfurt am Main, der auf dem Stadtverordnetenbeschluss vom 22.10.1998 sowie auf den Vorgaben der im Jahr 2005 geänderten Hessischen Gemeindeordnung (§ 123a HGO) basiert.

Der Anspruch an die Steuerung und Transparenz der Unternehmensführung bei den städtischen Beteiligungsunternehmen ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Eine Reihe von Bilanzskandalen und nicht zuletzt die Finanzkrise waren Auslöser mehrerer Gesetzesänderungen, die jeweils eine Verbesserung von Steuerung und Transparenz sowie eine verantwortungsvolle und nachhaltige Unternehmensführung zum Ziel hatten. Diesen in den letzten Jahren stetig gestiegenen quantitativen und qualitativen Anforderungen kann das Beteiligungsmanagement nur mit Hilfe einer modernen datenbankorientierten Software gerecht werden, die seit 2006 im Einsatz ist und alle Informationen zum Beteiligungsportfolio der Stadt Frankfurt am Main aus einer Quelle bietet.

Optimierung des Beteiligungscontrollings

Diese Spezialsoftware für das Beteiligungsmanagement (AMI) ermöglicht den Gesellschaften und Eigenbetrieben eine webbasierte Eingabe der Quartalszahlen direkt in die Datenbank des Beteiligungsmanagements. Zur Unterstützung der Analyse entwickelte das Beteiligungsmanagement für die Gesellschaften und Eigenbetriebe sogenannte „Dashboards“. Hierbei handelt es sich um eine Zusammenstellung wesentlicher Finanz-, Personal- sowie Leistungskennzahlen über mehrere Jahre, die visuell aufbereitet dem jeweiligen Adressaten einen schnellen Überblick über die Geschäftsentwicklung ermöglicht. Die „Dashboard“-Dateien werden in erster Linie aus den auf der Datenbank angesammelten Unternehmensdaten gespeist. Es können Zeitreihen über 10 Jahre (Basis 2003) grafisch dargestellt werden. Mit Hilfe dieses Analysetools haben die Beschäftigten des Beteiligungsmanagements die Geschäftsentwicklung der Gesellschaften über einen großen Zeitraum stets im Blick.

Vor dem Hintergrund zunehmend knapperer Haushaltsmittel ist absehbar, dass dem Instrument der mittelfristigen Finanzplanung künftig eine deutlich gewichtigere Frühwarn- und Steuerungsfunktion beizumessen ist. In diesem Sinne entwickelte das Beteiligungsmanagement ein systemgestütztes Analysetool für die in AMI erfassten Mittelfristplanungen der Gesellschaften und Eigenbetriebe. Mit dem Analysetool können auf 5 Jahre die prognostizierten Werte der verschiedenen GuV- und Cash-Flow-Positionen sowie die Investitionsplanungen grafisch ausgewertet, miteinander verglichen und in den jährlich stattfindenden Wirtschaftsplangesprächen die zukünftige Entwicklung der Gesellschaften im Sinne einer strategischen Steuerung des Portfolios zielführender hinterfragt werden.

2. Gesetzliche Grundlagen

Das den Gemeinden durch Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz garantierte Selbstverwaltungsrecht umfasst auch das Recht auf wirtschaftliche Betätigung. Konkretisiert wird dieses Recht durch die §§ 121 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO). Hinter der dort normierten Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung einer Gemeinde steht das Ziel, ihr in möglichst optimaler Form zu ermöglichen, Leistungen im Rahmen der Daseinsvorsorge zu erbringen.

Zur Erfüllung dieses Zwecks darf die Gemeinde auch Gesellschaften gründen oder sich an solchen beteiligen, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet sind (§ 122 Abs. 1 HGO). Allerdings müssen die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO erfüllt sein, wonach für die wirtschaftliche Betätigung erforderlich ist, dass 1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt, 2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und 3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Bereits keine wirtschaftliche Betätigung liegt vor, wenn 1. die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist oder 2. auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung, der Breitbandversorgung oder 3. zur Deckung des Eigenbedarfs tätig ist.

Für den Bereich der erneuerbaren Energien ist die Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung gegenüber der Subsidiaritätsklausel in § 121 Abs. 1 Nr. 3 HGO gelockert. Die Gemeinde darf sich gemäß Abs. 1a auf dem Gebiet der Erzeugung, Speicherung und Einspeisung und des Vertriebs von Strom, Wärme und Gas aus erneuerbaren Energien sowie der Verteilung von hieraus gewonnener thermischer Energie wirtschaftlich betätigen, wenn diese Betätigung innerhalb des Gemeindegebiets oder im regionalen Umfeld in den Formen interkommunaler Zusammenarbeit erfolgt.

Ausgenommen von Abs. 1a sind wie bei der allgemeinen Subsidiaritätsklausel in Abs. 1 Nr. 3 Tätigkeiten, die vor dem 01.04.2004 bereits ausgeübt worden sind.

Neben den oben genannten drei Voraussetzungen des § 121 HGO muss sichergestellt sein, dass die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit begrenzt ist (§ 122 Abs. 1 Nr. 2 HGO) und die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält (§ 122 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 HGO). Weiterhin muss gewährleistet sein, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt und geprüft werden (§ 122 Abs. 1 Nr. 4 HGO).

§ 123 HGO installiert außerdem die Unterrichts- und Prüfungsrechte gegenüber privatrechtlichen Unternehmen gemäß §§ 53 und 54 Haushaltsgrundsatzgesetz (HGrG). Für die städtischen Mehrheitsbeteiligungen und die Beteiligungen, an denen die Stadt mit mindestens 25 % beteiligt ist und bei denen ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zusteht, ist im Rahmen der Abschlussprüfung insbesondere auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung zu prüfen. In den Satzungen ist zu verankern, dass Revisionsamt und Landesrechnungshof die Rechte nach § 54 HGrG zustehen, d. h. dass sie sich zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung auftreten, unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck auch den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen können.

Unmittelbare und mittelbare Beteiligungen

Einige Regelungen für die wirtschaftliche Betätigung von Gemeinden gelten ausdrücklich für unmittelbare und für mittelbare Beteiligungen:

So gelten die Voraussetzungen zur Gründung oder Beteiligung an Unternehmen in § 122 Abs. 1 bis 3 HGO gemäß Abs. 5 entsprechend, wenn eine

Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will (§ 122 Abs. 5 HGO).

Die Pflicht zur Sicherstellung der Unterrichts- und Prüfungsrechte nach § 123 HGO i. V. m. § 53 HGrG gilt ferner auch für mittelbare Beteiligungen, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 HGrG beteiligt ist.

In den jährlichen Beteiligungsbericht sind nach § 123a HGO Informationen über unmittelbare und mittelbare Beteiligungen von mindestens 20 Prozent aufzunehmen. Entsprechend dieser erweiterten Vorgabe enthält der Beteiligungsbericht 2015 wie die vier Vorgängerberichte eine digitale Anlage, in der über die im gedruckten Teil enthaltenen Unternehmen alle weiteren (insbesondere mittelbaren) Beteiligungen ab 20 Prozent dargestellt werden.

Gemäß § 124 Abs. 2 HGO gilt die Schranke für Veräußerungsgeschäfte von Mehrheitsbeteiligungen nunmehr auch für mittelbare Beteiligungen. Demnach sind unabhängig von der Stufe der Mehrheitsbeteiligung Veräußerungs- oder ähnliche Geschäfte nur zulässig, wenn dadurch die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

Vorsitz des Oberbürgermeisters/der Oberbürgermeisterin in den Gesellschaftsorganen (§ 125 HGO)

Nach § 125 Abs. 2 HGO führt der Oberbürgermeister oder das von ihm bestimmte Mitglied des Gemeindevorstands in den Gesellschaftsorganen der städtischen Eigengesellschaften und Mehrheitsbeteiligungen den Vorsitz, außer es gelten weitergehende gesetzliche Vorschriften oder andere gesetzliche Regelungen stehen dem entgegen (z. B. Wahl des/der Vorsitzenden nach § 107 AktG).

Paritätische Besetzung von Aufsichtsgremien (§ 125 Abs. 2 HGO)

Mit Änderung der HGO zum 01.01.2016 hat der Gemeindevorstand darauf hinzuwirken, dass die Gemeinde möglichst paritätisch durch Frauen und Männer vertreten wird. Für das Berichtsjahr 2015 ist diese Regelung mithin noch nicht zum Tragen gekommen. Auch das **Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen**, welches am 01.05.2015 in Kraft getreten ist, enthält Regelungen zu Frauen- bzw. Geschlechterquoten, betrifft aber nur einen Teil der städtischen Beteiligungsunternehmen. U. a. ist darin für Aufsichtsräte von Unternehmen, die börsennotiert und voll mitbestimmt sind, eine Geschlechterquote von 30 Prozent vorgesehen, die ab dem 01.01.2016 sukzessive für neu zu besetzende Aufsichtsratsposten zu beachten ist. Unternehmen, die entweder börsennotiert oder mitbestimmt sind, sind verpflichtet, Zielgrößen zur Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten, Vorständen und obersten Management-Ebenen (erstmalig spätestens bis zum 30.09.2015) festzulegen.

Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts (§ 126a HGO)

Den hessischen Gemeinden ist es erlaubt, Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts zu errichten oder Regie- oder Eigenbetriebe in eine solche umzuwandeln. § 126a HGO enthält Regelungen zur Ausgestaltung, Organisation und Wirtschaftsführung sowie zu Befugnissen. Die Stadt Frankfurt am Main hat von dieser Möglichkeit bislang keinen Gebrauch gemacht.

2.1 Europäisches Beihilferecht

Die Bedeutung des europäischen Beihilfenrechts nimmt auch für die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Frankfurt am Main ständig zu. Dabei ist die Stadt Frankfurt am Main mit den Anforderungen aufgrund der europa- und beihilferechtlichen Regelungen und deren Umsetzung in nationales Recht bereits seit geraumer Zeit konfrontiert.

Beihilfeverbot (Art. 107 Absatz 1 AEUV)

Eine verbotene Beihilfe nach Artikel 107 Abs. 1 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der EU, einer der Kernregelungen des sog. Lissabon-Vertrags; Amtsblatt der EU Nr. C 115 v. 09.05.2008) ist jeder gewährte wirtschaftliche Vorteil ohne angemessene Gegenleistung, den das (Beteiligungs-) Unternehmen unter marktüblichen Bedingungen nicht erhalten hätte. Als klassisches Beispiel für verbotene Beihilfen sind direkte Zuwendungen (z.B. Betriebsmittelzuschuss, Bürgschaft), aber auch indirekte Zuwendungen (wie z.B. Personalüberlassung zu marktunüblichen Konditionen, Grundstücksveräußerungen unter Wert) zu nennen.

Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI)

Gemäß Artikel 106 Abs. 2 AEUV gilt auch für Unternehmen, die mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse, also mit der klassischen Daseinsvorsorge, wie die städtischen Beteiligungsunternehmen betraut sind - und oftmals strukturell defizitär arbeiten - das Beihilfeverbot. Allerdings hält das EU-Beihilferecht hier Erleichterungen bereit z. B. mit dem Freistellungsbeschluss, dem Kern des sog. Almunia-Pakets (Mitteilung der EU-Kommission 2012/C 8/02). Danach können tatbestandsmäßige Beihilfen mittels eines Betrauungsaktes legitimiert werden. Ziel des Betrauungsverfahrens ist es, eine Überkompensation bzw. eine Quersubventionierung anderer erwerbswirtschaftlicher Unternehmensbereiche zu verhindern. Dementsprechend wichtig sind Dokumentation und Kontrolle. Der Betrauungsakt muss an ein bestimmtes Unternehmen gerichtet und rechtlich verbindlich sein.

Umsetzung durch die Stadt Frankfurt am Main

In Umsetzung des Freistellungsbeschlusses der EU-Kommission wurden in 2012 bis 2015 diverse städtische Beteiligungsunternehmen durch den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main (formal bestätigend) betraut und die Betrauung mittels gesellschaftsrechtlicher Weisung rechtsverbindlich für das betroffene Beteiligungsunternehmen normiert (sog. gesellschaftsrechtliche Lösung). Am Ende des Berichtszeitraums hat die Stadt Frankfurt am Main begonnen, die Zuschussgesellschaften aus dem Kulturbereich über die Anwendung der sog. Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) beihilferechtlich zu beordnen. Die Verordnung Nr. 651/2014 (AGVO) wurde von der EU-Kommission aufgrund einer Ermächtigungsverordnung des Rates am 17.06.2014 erlassen. Sie gilt unmittelbar in jedem Mitgliedsstaat und ist am 01.07.2014 in Kraft getreten.

Ausblick 2016

Der letzte Meldetermin gemäß Artikel 9 des Freistellungsbeschlusses war am 30.06.2016 (für 2014 u. 2015). Der Trend der Europäischen Kommission geht klar zu einer Verdichtung der Kontrolle. So gibt es bei dem jüngsten Legitimationsinstrument der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) keine Meldetermine mehr, sondern es tritt an deren Stelle eine Veröffentlichungspflicht sowie eine Meldepflicht an die EU-Kommission binnen 20 Arbeitstagen! Dabei erfolgt die Kurzmitteilung der Stadt Frankfurt am Main an das Hessische Landwirtschaftsministerium über eine elektronische Webanwendung (SANI – Statement Aid Notification Interactive). Nach Freigabe geht die Kurzmitteilung an das Bundeswirtschaftsministerium, welches die Daten ebenfalls durch Freigabe (Validierung) an die EU-Kommission übermittelt.

Weitere Informationen sowie das Handbuch ‚EU-Beihilferecht für Kommunen und kommunale Unternehmen‘ finden Sie im Internet unter www.beteiligungsmanagement.stadt-frankfurt.de

2.2 Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG)

Die EU-Bilanzrichtlinie 2013/34/EU ersetzt die 4. und 7. EU-Richtlinie, die in 1985 eine maßgebliche Änderung der Bilanzierung nach sich zog. Die Umsetzung der EU-Bilanzrichtlinie in nationales Recht erfolgte mit dem Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG), welches im Bundesgesetzblatt I am 22.07.2016 verkündet wurde. Das Gesetz betrifft Regelungen zur Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, zum Anhang und Lagebericht sowie zur Konzernrechnungslegung im HGB. Nachfolgend werden einige maßgebliche Änderungen aufgeführt.

Verpflichtend sind die neuen Regelungen für die Geschäftsjahre anzuwenden, die nach dem 31.12.2015 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung der erhöhten Schwellenwerte nach § 267 HGB und der neuen Umsatzdefinition (§ 277 Abs. 1 HGB) ist zulässig: „Als Umsatzerlöse sind die Erlöse aus dem Verkauf und der Vermietung oder Verpachtung von Produkten sowie aus der Erbringung von Dienstleistungen der Kapitalgesellschaft nach Abzug von Erlösschmälerungen und der Umsatzsteuer sowie sonstiger direkt mit dem Umsatz verbundener Steuern auszuweisen.“

Die neue Definition der Umsatzerlöse, bei der nicht mehr auf die Erträge aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit abzustellen ist, führt im Regelfall zu einer Erhöhung der Umsatzerlöse und dies grundsätzlich zu Lasten der sonstigen betrieblichen Erträge.

Der bisherige gesonderte Ausweis der außerordentlichen Aufwendungen und Erträge in der Gewinn- und Verlustrechnung entfällt. Die nach altem Recht dort einzustufenden Positionen sind zukünftig den anderen GuV-Positionen zuzuordnen und bei Bedarf im Anhang zu erläutern. Die Bedeutung des Anhangs wurde durch die Gesetzesänderung gestärkt.

Einige Änderungen betreffen auch die Bilanz, so z. B. die Festlegung einer Nutzungsdauer auf 10 Jahre, sofern die voraussichtliche Nutzungsdauer eines selbstgeschaffenen immateriellen Vermögensgegenstandes nicht verlässlich geschätzt werden kann (§ 253 Abs. 3 S. 3 HGB).

2.3 Umsetzung Public Corporate Governance Kodex

Mit der „Richtlinie guter Unternehmensführung – Public Corporate Governance Kodex – für die Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen der Stadt Frankfurt am Main“ (PCGK) verpflichtet sich die Stadt Frankfurt am Main (auf der Grundlage des Stadtverordnetenbeschlusses vom 25.03.2010), eine gute, verantwortungsvolle Unternehmensführung und -kontrolle bei ihren Beteiligungsunternehmen zu sichern. Neben der Aufgabe, die Unternehmen bei der Erfüllung des Unternehmenszwecks zu unterstützen und die wirtschaftliche Effizienz zu optimieren, hat die Stadt daher im Rahmen kommunaler Selbstverwaltung gleichzeitig zu gewährleisten, dass bei der Leitung, Steuerung und Überwachung der Unternehmen, insbesondere die öffentlichen Belange, d. h. die Daseinsvorsorge, angemessen berücksichtigt werden. Gemäß Abschnitt A 3.4 des Public Corporate Governance Kodex (PCGK) ist im Beteiligungsbericht jährlich zusammenfassend über die Einhaltung des Kodex zu berichten.

In den städtischen Mehrheitsbeteiligungen wurden im Berichtsjahr bereits zum fünften Mal in Folge die durch den PCGK (Abschnitt B 1.4) neu eingeführten jährlichen Wirtschaftsplangespräche durchgeführt. Grundlage der Gespräche war der Entwurf des Wirtschaftsplans mit ausführlichen Erläuterungen zu den Planungsgrundlagen (gem. Abschnitt B 1.3 PCGK). Im Wirtschaftsplangespräch werden die Planungsprämissen mit zugrunde liegenden unternehmensspezifischen Annahmen den zuständigen Mitarbeitern des Unternehmens erläutert. Besonderer Schwerpunkt waren die Finanz- und Investitionsplanung.

Da gemäß PCGK (vgl. Abschnitt B 2.2) die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften über die Einhaltung des PCGK berichten und die Abschlussprüfungen der städtischen Mehrheitsbeteiligungen von diversen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften durchgeführt

werden, die zudem nach spätestens fünf Jahren jeweils wechseln müssen, wurde mit Unterstützung einer großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ein Prüfkatalog „Umsetzungsprüfung PCGK“ als Arbeitshilfe erstellt. Die Durchführung der PCGK-Prüfung wird in den Wirtschaftsprüferberichten über die testierten Jahresabschlüsse dokumentiert und dem Aufsichtsrat jeweils im Rahmen seiner Bilanzsitzung vorgestellt. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass im Rahmen der Jahresabschlussprüfungen 2015 keine gravierenden Verstöße bei der Einhaltung des Kodex festgestellt wurden.

Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat erfolgte erstmals 2012 eine Evaluierung der Effizienz der Aufsichtsratsarbeit in den städtischen Mehrheitsgesellschaften (Abschnitt A 3.2.5 PCGK). Dazu wurde bereits in 2011 ein entsprechender Fragebogen entwickelt. Er orientiert sich überwiegend an den Vorgaben und Empfehlungen des PCGK und den relevanten gesetzlichen Vorschriften des GmbH-Gesetzes. Im Rahmen der Selbst-Evaluierung hatte jedes Aufsichtsratsmitglied die Möglichkeit, Themen für Fortbildungsveranstaltungen gegliedert nach Branchen-Know-How, wirtschaftlichen Fragestellungen, rechtlichen Anforderungen und Entwicklungen sowie Sonstigem vorzuschlagen. Schulungen werden in der Regel im Rahmen der regulären Gremiensitzungen absolviert.

Weitere Informationen sowie den Wortlaut des Public Corporate Governance Kodex finden Sie im Internet unter www.beteiligungsmanagement.stadtfrankfurt.de.

3. Veränderungen und Struktur des Beteiligungsbestands der Stadt Frankfurt am Main im Jahr 2015

Zur Erhöhung der Transparenz erfolgt seit dem Beteiligungsbericht 2014 eine veränderte Aufgliederung des Beteiligungsportfolios.

Entsprechend der Vorgabe nach § 123 a HGO konzentriert sich der Beteiligungsbericht auf die Beteiligungen, an denen die Stadt Frankfurt am Main mit mindestens 20 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist (analog § 271 HGB). Alle anderen 327 (Vj. 326) direkten und indirekten Beteiligungen unter 20 Prozent werden zusammengefasst in der Tabelle sowie im Gesamtstrukturbericht aufgeführt. Die Anzahl der darin enthaltenen direkten Beteiligungen unter 20 % beträgt hierbei unverändert 11 (Vj. 11) und enthält 7 Gesellschaften sowie vier Genossenschaften. Diese 11 Unternehmen werden auch weiterhin in Einzeldarstellungen erläutert, finden sich nun aber in der digitalen Anlage zum Beteiligungsbericht wieder. Die Zahl aller Beteiligungen der Stadt Frankfurt am Main zum 31.12.2015 beträgt 542 (Vj. 538).

Anzahl der Beteiligungen ab 20 %

Zur Ermittlung der Anzahl der Beteiligungen wird die Tatsache berücksichtigt, dass aufgrund der komplexen Struktur des städtischen Beteiligungsportfolios eine Reihe von Gesellschaften mehrere Mütter haben. Um Doppelzählungen zu vermeiden, werden daher Gesellschaften mit Mehrfachbeziehungen der

obersten Ebene zugeordnet. So ist z. B. an der WOHNHEIM GmbH und der FAAG die Stadt Frankfurt am Main sowohl direkt mit geringen Anteilen als auch indirekt über die ABG mit höheren Anteilen beteiligt. Aufgrund der direkten Anteile der Stadt Frankfurt am Main werden diese Gesellschaften unter den direkten Minderheitsbeteiligungen ausgewiesen.

Zum 31.12.2015 war die Stadt Frankfurt am Main an 215 Gesellschaften direkt oder indirekt mit einem Anteil von mindestens 20 Prozent beteiligt (Vj. 212). Im Jahr 2015 ergaben 11 Zugänge (davon 8 tatsächliche Zugänge, ein nachträglich erfasster Zugang und 2 Anteilsveränderungen auf größer gleich 20 %) und 8 Abgänge (davon 6 tatsächliche Abgänge und 2 Anteilsveränderungen auf kleiner als 20 %) die Veränderung von 3 gegenüber dem Vorjahr. Im Einzelnen sind diese Gesellschaften aus der Tabelle am Ende dieses Abschnitts namentlich ablesbar. Bei den Zugängen ist eine direkte Beteiligung enthalten (SBEV Stadtbahn Europaviertel Projektbaugesellschaft mbH).

Von den 215 Gesellschaften entfällt mit 43 Gesellschaften ein Fünftel auf die direkten Beteiligungen; hiervon sind 28 Gesellschaften direkte Mehrheitsbeteiligungen, d. h. Gesellschaften, an denen die Stadt Frankfurt am Main Anteile am Stammkapital von über 50 % hält. Die Anzahl der direkten Mehrheits-

Anzahl der Beteiligungen >= 20 %	2015		2014	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Direkte Beteiligungen >= 20 %	43	20,0%	42	19,8%
Direkte Mehrheitsbeteiligungen*	28	13,0%	28	13,2%
Direkte Minderheitsbeteiligungen	15	7,0%	14	6,6%
Indirekte Beteiligungen >= 20 %	172	80,0%	170	80,2%
Beteiligungen 2. Grades	47	21,9%	46	21,7%
Beteiligungen 3. Grades	79	36,7%	80	37,7%
Beteiligungen 4. Grades	31	14,4%	29	13,7%
Beteiligungen ab 5. Grades	15	7,0%	15	7,1%
Beteiligungen mit einem Anteil von mindestens 20 % nach § 123 a HGO	215	100,0%	212	100,0%
<i>Andere Beteiligungen < 20 %</i>	<i>327</i>		<i>326</i>	
<i>davon direkt**</i>	<i>11</i>		<i>11</i>	
<i>Beteiligungen gesamt</i>	<i>542</i>		<i>538</i>	

* Anzahl inklusive 7 Eigenbetriebe, ** Anzahl inklusive 4 Genossenschaften

beteiligungen beinhalten auch die 7 Eigenbetriebe. Die Zahl der indirekten Beteiligungen ab 20 % beträgt 172 (Vj. 170). Die Anzahl der Beteiligungen 2. Grades (Enkelgesellschaften) beträgt 47 (Vj. 46); die Beteiligungen 3. Grades (Urenkelgesellschaften) summieren sich auf 79 (Vj. 80). Daneben bestehen 31 (Vj. 29) Beteiligungen 4. Grades und 15 (Vj. 15) Beteiligungen größer gleich 5. Grad.

Struktur nach Bereichen

Aufgrund der Konzernstrukturen besteht mehr als die Hälfte der Beteiligungen (119; Vj. 118) ab einem Anteil von 20 % in den Bereichen Verkehr, Ver- und Entsorgung, gefolgt von 48 (Vj. 47) Beteiligungen (22,3 %) im Bereich Wirtschaft und Stadtentwicklung sowie von 29 (Vj. 28) Beteiligungen (13,5 %) im Wohnungsbau. Für die Bereiche Gesundheit und Soziales mit 8 (Vj. 8) Beteiligungen sowie Kultur und Freizeit mit 11 (Vj. 11) Beteiligungen ergeben sich Anteile von 3,7 % bzw. 5,1 %.

Wesentliche Portfolioveränderungen 2015

In der Tabelle am Ende dieses Abschnitts sind alle Zu- und Abgänge der Beteiligungen ab 20 % aufgeführt. Nachfolgend werden zunächst die dort ausgewiesenen wesentlichen Zugänge, im Weiteren dann die Abgänge erläutert; die Tabelle verweist darüber hinaus auf die Fundstellen im Beteiligungsbericht, an denen hierzu noch jeweils weitere Informationen zu finden sind.

Portfolioveränderungen – Zugänge:

Die **Messe Frankfurt GmbH** hat im Berichtsjahr ihre Präsenz in Russland durch den Erwerb von 50 % der Gesellschaftsanteile an der Media Globe Hannover Expo CJSC, Moskau, über ihre russische Tochtergesellschaft, die Messe Frankfurt RUS O.O.O., Moskau, weiter gestärkt. Die weiteren 50 % der Gesellschaftsanteile übernahm die ITE Rus O.O.O., Moskau, eine russische Tochtergesellschaft der ITE Group Plc., London, aus Großbritannien. Nach Abschluss aller Übernahmeformalitäten firmiert das neue Joint-Venture seit Februar 2015 unter dem Namen ITEMF Expo A.O., Moskau. Die Gesellschaft organisiert in Moskau die Messeveranstaltungen Comtrans (eine Veranstaltung mit dem

Veranstaltungsschwerpunkt Nutz- und Transportfahrzeuge mit internationaler Ausrichtung) und Autotrans (eine Veranstaltung mit dem Veranstaltungsschwerpunkt Nutz- und Transportfahrzeuge mit nationaler Ausrichtung).

Die **ABG Frankfurt Holding Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG)** hat im Berichtsjahr 94,9 % der Kommanditanteile an der ABG Poststraße GmbH & Co. KG Frankfurt am Main (vormals G & P Hafestraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main) erworben. Der Immobilienbestand umfasst 67 eigene geförderte Wohneinheiten und 47 Tiefgaragenplätze. Die ABG hat in 2015 auch 94 % der Kommanditanteile an der Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG, Frankfurt am Main erworben. Die Bebauung umfasst 102 eigene Wohneinheiten, drei Gewerbeobjekte mit 181 Kfz-Stellplätzen sowie 63 Eigentumswohnungen mit 63 Kfz-Stellplätzen. Die ABG wickelt das komplette operative Geschäft für diese Gesellschaften ab. Die Gesellschaften wurden gegründet, um die Grundstücke zu erwerben und mit Wohnungen zu bebauen.

Die ABG ist Kommanditist der ABG Güterplatz GmbH & Co. KG, die im Jahr 2015 gegründet wurde. Die Tätigkeit der Gesellschaft beschränkte sich im Geschäftsjahr 2015 auf den Abschluss eines aufschiebend bedingten Grundstückskaufvertrages für ein Grundstück in Frankfurt am Main.

Die **Stadtbahn Europaviertel Projektgesellschaft mbH (SBEV)** wurde am 24.06.2015 als eine 100%ige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF) gegründet und am 05.08.2015 ins Handelsregister eingetragen. Am 11.11.2015 erwarb die Stadt Frankfurt am Main 49 % der Anteile an der SBEV. Der Gesellschaftszweck der SBEV ist die Realisierung des Neubaus der Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3, Europaviertel in Frankfurt am Main („Stadtbahn Europaviertel“). Die Gesellschaft erstellt die Bauwerke und Anlagen einschließlich der Tunnelbauwerke der Stadtbahn Europaviertel als Totalübernehmer „schlüsselfertig“ und vergibt die dafür notwendigen Bau- und Planungsleistungen vollständig im eigenen Namen und auf eigene Rechnung. Planungs- oder Bauleistungen erbringt die

Gesellschaft in Eigenleistung nicht. Vorbild waren vergleichbare Großprojekte in deutschen Großstädten, bei denen sich eigenständige Projektbaugesellschaften bewährt haben. Vorhabenträgerin (im Sinne des Personenbeförderungsgesetzes) des Baus der Stadtbahn Europaviertel ist die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, die an den zu diesen Zweck herzustellenden Bauwerken und Anlagen einschließlich der Tunnelbauwerke Eigentümerin wird. Die Gesellschaft baut die Bauwerke und Anlagen somit für die VGF und erlangt weder Eigentums- noch Nutzungsrechte daran. Es ist beabsichtigt, die ersten Bauarbeiten im Bereich der Startbaugruppe und beim Baugrubenverbau der Station Güterplatz noch im Jahr 2016 zu beginnen. Der Einsatz der Tunnelvortriebsmaschine ist dann für Ende 2017 geplant. Der Gesamtaufwand des Bauprojektes wird zurzeit auf rd. 281 Mio. € beziffert und ist damit eines der größten Bauvorhaben der Stadt Frankfurt am Main.

Die **Fraport AG** hat für den Bereich der Entsorgungsdienstleistungen die Flughafen Kanalreinigungsgesellschaft mbH (für flughafeninterne Operationen) und die Frankfurter Kanalreinigungsgesellschaft (für externes Geschäft) gegründet, die beide von der Fraport Beteiligungs-Holding GmbH gehalten werden. Im externen Geschäft wurden in Antizipation des Abschlusses des Betreibervertrags für 14 griechische Regionalflughäfen drei Gesellschaften in Griechenland gegründet (Fraport Regional Airports of Greece A, B und Management Company S.A.). Alle Neugründungen waren in 2015 noch nicht operativ tätig.

Portfolioveränderungen – Abgänge:

Die **Mainova AG** hielt in der Vergangenheit die Gaskonzession in der Stadt Mörfelden-Walldorf. Da die Konzessionsverträge für das Stromnetz und der Gasnetz ausliefen, hat sich die Stadt Mörfelden-Walldorf im Zuge der Neu-Vergabe entschlossen, die Vergabe für das Strom- und das Gasnetz in einem gemeinsamen Verfahren durchzuführen und zugleich die Gründung von Netzeigentumsgesell-

schaften (Kooperationsmodell mit Stadt und Gesellschaften) auszuschreiben. Aus diesem Grund wurden die Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG sowie die Komplementärin Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf Verwaltung GmbH 2014 gegründet. Die Anteilsquoten der Mainova AG haben sich von 2014 zu 2015 durch den Gesellschafterbeitritt der Stadt Mörfelden-Walldorf verringert.

Rückwirkend zum 01.01.2015 wurde die Mainova EnergieDienste GmbH (MED) auf die **Mainova AG** verschmolzen. (Durch diese Transaktion wurde die Hotmobil Deutschland GmbH jetzt eine direkte Tochtergesellschaft der Mainova AG und sie wird nicht mehr indirekt über die MED gehalten). Ebenfalls nur im Beteiligungsspiegel der Mainova AG (durchgerechneter Anteil unter 20 %) ist die Veräußerung des 25 %-Anteils an der Metegra GmbH zu sehen.

Verkauft wurden die im amerikanischen Markt tätige Air-Transport IT Services, Inc., und der von der **Fraport AG** gehaltene Anteil an der FSG Flughafen Service GmbH an einen Mitgesellschafter. Die nicht mehr operativ tätige FRA Vorfeldaufsicht GmbH wurde in 2015 liquidiert.

Die Anteile an der FSG Flughafen Service GmbH, an der die **FES Frankfurter Entsorgungs- Service GmbH** mit 33,3 % beteiligt war, wurden mit Wirkung zum 01.10.2015 verkauft. Die geschäftlichen Aktivitäten der FSG Flughafen-Service GmbH (FSG) konzentrierten sich im Wesentlichen auf die Erbringung von Entsorgungsleistungen am Flughafen Frankfurt am Main.

Mit Wirkung vom 31.12.2015 wurden die ABG Erste Kulturcampus Frankfurt GmbH & Co. KG und die ABG Zweite Kulturcampus Frankfurt GmbH & Co. KG aufgelöst und das Vermögen der Gesellschaften mit allen Aktiven und Passiven im Wege der Anwachsung auf die **ABG** übertragen.

Zugänge Beteiligungen mit >= 20 % Anteilsbeteiligung in 2015	Beitrag auf CD Nr.	Abgänge
AO ITEMF Expo, Moskau	2.1.11.1	Air-Transport IT Services, Inc., Delaware/USA
Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG	9.14	Mainova EnergieDienste GmbH
ABG Poststraße GmbH & Co. KG	9.8	FRA - Vorfeldaufsicht GmbH
ABG Güterplatz GmbH & Co. KG	9.7	FSG Flughafen-Service GmbH, Frankfurt am Main
SBEV Stadtbahn Europaviertel Projekbaugesellschaft mbH	Buch Kap. 1. 3.	ABG Erste Kulturcampus Frankfurt GmbH & Co. KG
Fraport Beteiligungs-Holding GmbH	6.13	ABG Zweite Kulturcampus Frankfurt GmbH & Co. KG
Frankfurter Kanalreinigungsgesellschaft mbH	6.13.2	
Flughafen-Kanalreinigungsgesellschaft mbH	6.13.1	
GCS Gesellschaft für Cleaning Service mbH & Co. Airport Frankfurt/Main KG*	6.25	Fraport Cargo Services GmbH, Frankfurt am Main*
eWerk GbR*	7.8.2.2	ABO Wind WP Weilrod GmbH & Co. KG*
Aerodrom Ljubljana, d.d.**	6.1	

* Kapitalanteilsveränderungen auf >=20 % oder auf unter 20 %
 ** Nacherfassung für 2014

Portfolioveränderungen: Ausblick

Mit Beschluss vom 16.10.2014 hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main der Übertragung aller Gesellschaftsanteile der **Frankfurter Hippodrom GmbH** auf die Stadt Frankfurt am Main und der Aufhebung des Mietvertrags über das Rennbahngelände in Frankfurt am Main zugestimmt. Das Stammkapital der Gesellschaft beläuft sich auf 2 Mio. €. Der Kauf- und Abtretungsvertrag inklusive der Vereinbarung zur Aufhebung des Mietvertrags wurden vor dem Hintergrund der Neuordnung des Areals zur Sicherung der uneingeschränkten Verfügbarkeit über das Gelände geschlossen. Die Stadt Frankfurt am Main beabsichtigt nicht, die Frankfurter Hippodrom GmbH operativ fortzuführen. Die Zustimmung zur Übernahme der Anteile war daher gleichzeitig mit dem Auftrag verbunden, die Vorbereitungen für eine Auflösung der Frankfurter Hippodrom GmbH aufzunehmen und die Liquidation

schnellstmöglich umzusetzen. Mit Gesellschafterbeschluss vom 03.07.2015 wurde Herr Alfred Gangel zum Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt, um nach einer Übergabephase den bisherigen Geschäftsführer Herrn Manfred Hellwig abzulösen. Die Gesellschaft verfügt über keinen Aufsichtsrat und keine Unternehmensbeteiligungen. Gegenstand des Unternehmens ist gemäß Gesellschaftsvertrag der Betrieb und die Entwicklung der als Galopprennbahn Frankfurt am Main bekannten Liegenschaft. Die Gesellschaft steht zur Abwicklung an.

4. Betriebswirtschaftliche Eckdaten der wesentlichen Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetriebe

Die nachfolgenden Darstellungen geben einen kurzen Einblick in die Ertrags- sowie die Vermögens- und Finanzlage der wesentlichen (bemessen an Anteil, Bilanz- und GuV-Werten) städtischen Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetriebe.

Von 28 direkten Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetrieben der Stadt Frankfurt am Main werden 23, darunter sechs Eigenbetriebe und 17 Gesellschaften, mit ihren Kennzahlen in den folgenden Tabellen 1 bis 4 berücksichtigt. Der Eigenbetrieb Städtische Kliniken Frankfurt am Main – Höchst sowie die BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum – Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, die Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH, die MuseumsBausteine Frankfurt GmbH sowie die Frankfurter Hippodrom GmbH finden aufgrund des Wesentlichkeitsprinzips keine Berücksichtigung.

Neben den direkten Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetrieben werden die Wohnheim GmbH und FAAG (mit geringen direkten aber hohen indirekten Anteilen) sowie 11 wesentliche mittelbare Mehrheitsgesellschaften in die Betrachtungen mit aufgenommen, erstmals auch die In-der-City-Bus GmbH. Sie war bis zum 31.08.2014 ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF). Zum 01.09.2014 wurden sämtliche Anteile an der Gesellschaft im Zuge einer Neuausrichtung der Busaktivitäten im

Konzern von der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) übernommen. 172 Busse der VGF wurden zuvor in die ICB im Wege einer Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage eingelegt.

Um die gesamte Breite des Betätigungsfelds der in städtischem Besitz stehenden Gesellschaften möglichst adäquat darstellen zu können, wurden bei der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (Wohnungsbau), der Messe Frankfurt GmbH (Wirtschaft), der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (Entsorgung) und der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (Verkehr, Versorgung) zusätzlich zu den Abschlüssen der Gesellschaften die jeweiligen Konzernabschlüsse abgebildet.

Für die Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH (Kultur) enthalten die Übersichten die Abschlussdaten des abweichenden Geschäftsjahres vom 01.09.2014 bis zum 31.08.2015 (Vorjahr 01.09.2013 bis zum 31.08.2014). Für die übrigen aufgeführten Beteiligungen gilt Geschäftsjahr gleich Kalenderjahr.

Die Bilanzkennzahlen stellen Stichtagswerte zum 31.12. (bzw. 31.08. Städtische Bühnen) dar, während sich die Kennzahlen der GuV auf den Zeitraum eines Geschäftsjahres beziehen.

Eine Erläuterung zur Berechnung der Kennzahlen finden Sie am Ende des Beteiligungsberichts.

Erläuterungen zu Tabelle 1

(Gesamtleistung und Jahresergebnis)

Tabelle 1 sowie die Abbildungen 1.1-1.3 geben einen Überblick über die Entwicklung der Gesamtleistung und der Jahresergebnisse der einzelnen Gesellschaften zusammengefasst nach Unternehmensbereichen. Die Unternehmen der Stadt Frankfurt am Main erbringen unterschiedlichste Leistungen auf vielen verschiedenen Gebieten. So resultiert die Leistung der Gesellschaften des Kulturbereichs unter anderem aus verkauften Eintrittskarten und die des Krankenhauses überwiegend aus Erstattungen der Krankenkassen, während die Wohnungsunternehmen ihre Gesamtleistung zu einem großen Teil aus Mieteinnahmen erzielen.

Die Zahlen der Unternehmen im Kultur- und Sozialbereich zeigen, dass die monetäre Bewertung der Leistungen oft in keiner angemessenen Relation zu den tatsächlich anfallenden Kosten steht. Dem gegenüber steht jedoch der tatsächliche gesellschaftliche Nutzen der betreffenden Betriebe für die Stadt Frankfurt am Main und der Region. Gleiches gilt für die im Wirtschaftssektor angesiedelten Unternehmen zur Förderung des Tourismus und zur Stärkung der Wirtschaftskraft sowie für den öffentlichen Nahverkehr. Wenn für einige Gesellschaften die Kennzahl Gesamtleistung nicht ausgewiesen wird (z. B. die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH), so hat dies ausschließlich bilanztechnische und handelsrechtliche Gründe. Die Leistung dieser Gesellschaften zeigt sich i.d.R. in den sonstigen betrieblichen Erträgen.

Einige der in der Tabelle 1 aufgeführten Gesellschaften schließen das Geschäftsjahr scheinbar „erfolglos“ ab, was in einer Null als Jahresergebnis zum Ausdruck kommt. Diese Gesellschaften haben im Jahr 2015 ebenso wie in den Vorjahren Jahresüberschüsse (Messe Frankfurt Exhibition GmbH, Messe Frankfurt Venue GmbH, AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH, Frankfurter Aufbau AG; Mainova AG) oder Jahresfehlbeträge (Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main GmbH; Bäderbetriebe Frankfurt GmbH, SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH) erwirtschaftet, die im Rahmen von Ergebnisabführungsverträgen an die jeweilige Muttergesellschaft überwiesen oder

von dieser durch Verlustübernahme ausgeglichen wurden. Bei der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main GmbH, der Mainova AG, der AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH und der Bäderbetriebe Frankfurt GmbH handelt es sich um Gesellschaften, die unter dem Dach der Stadtwerke Holding einen steuerlichen Querverbund bilden.

Die Alte Oper und die Städtischen Bühnen zeigen bei annähernd gleichen monetären Leistungsvolumen sehr unterschiedliche Jahresergebnisse. Dies hat seine Ursache in dem sehr personalintensiven Betrieb der Städtischen Bühnen, während die Alte Oper über kein eigenes Ensemble verfügt. Der größte Verlustbringer der hier dargestellten Gesellschaften und Eigenbetriebe ist der Eigenbetrieb Kita Frankfurt mit einem Jahresfehlbetrag von -113 Mio. € (Vj. -106 Mio. €). Der Eigenbetrieb ist damit auch der größte Zuschussempfänger der Stadt Frankfurt am Main. Zu den Aufgaben des Eigenbetriebs gehören die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern ab 8 Wochen bis 10 bzw. 12 Jahren in Kindertageseinrichtungen. Aufgrund des sehr personalintensiven Betriebs sind die Personalaufwendungen von 112 Mio. € (Vj. 104 Mio. €) der größte Kostenfaktor.

An zweiter Stelle ist die Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH mit einem Jahresfehlbetrag von -66 Mio. € (Vj. -66 Mio. €) zu nennen.

Zu den größten Gewinnbringern zählen die Mainova AG, als einzige hier dargestellte Aktiengesellschaft, mit einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von rd. 110 Mio. € (Vj. rd. 90 Mio. €) und die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH mit einem Jahresüberschuss von 79 Mio. € (Vj. 64 Mio. €).

	Gesamtleistung (in T€)		Veränderung	Jahresergebnis (in T€)		Veränderung
	2015	2014	(in %)	2015	2014	(in %)
Wirtschaft und Stadtentwicklung						
BKRZ KG	8.598	-6.251	-237,55	622	483	28,76
Dom Römer	30.136	24.249	24,28	-1.915	-5.600	-65,81
Hafen (EB)	4.276	4.561	-6,26	4.908	1.453	237,82
HFM	19.387	19.940	-2,77	3.043	2.961	2,77
Markt (EB)	753	837	-10,06	176	89	97,38
Messe Frankfurt	50.001	48.048	4,07	26.815	25.315	5,93
Messe Frankfurt Exhibition	237.050	244.032	-2,86	0	0	-
Messe Frankfurt Venue	210.763	173.777	21,28	0	0	-
TCF	5.086	5.162	-1,47	-2.815	-2.273	23,87
WFÖ	4.488	4.546	-1,28	-4.754	-4.973	-4,41
Gesamt (nicht konsolidiert)	570.539	518.901	9,95	26.080	17.455	49,42
Verkehr, Ver- und Entsorgung						
AVA	31.392	26.798	17,14	0	0	-
BäderBetriebe	10.644	10.058	5,83	0	0	-
FES	213.761	212.055	0,80	22.788	23.395	-2,59
ICB	25.339	31.787	-20,28	-2.329	-2.022	15,14
Mainova	2.010.195	2.128.472	-5,56	0	0	-
Stadtentwässerung (EB)	114.558	111.221	3,00	2.112	2.112	0,00
SWFH	0	0	-	14.777	3.102	376,34
traffiQ	0	0	-	-8.609	-8.887	-3,12
VGf	190.637	179.889	5,97	0	0	-
Gesamt (nicht konsolidiert)	2.596.527	2.700.280	-3,84	28.740	17.700	62,37
Wohnungsbau						
ABG	206.620	202.734	1,92	78.894	64.341	22,62
FAAG	93.130	91.797	1,45	0	0	-
Hellerhof	42.332	41.514	1,97	6.681	7.194	-7,13
MIBAU	12.431	12.382	0,40	941	1.085	-13,34
Saalbau Betriebsgesellschaft mbH	8.150	8.174	-0,29	0	0	-
WOHNHEIM	100.377	97.956	2,47	1.813	-111	-1.728,64
Gesamt (nicht konsolidiert)	463.040	454.556	1,87	88.328	72.508	21,82
Kultur, Freizeit und Bildung						
Alte Oper	10.730	9.651	11,18	-6.698	-6.408	4,53
Kita (EB)	36.733	34.936	5,14	-112.618	-105.544	6,70
Mousonturm	496	478	3,74	-3.776	-4.008	-5,80
SBF	11.924	10.933	9,06	-66.281	-65.993	0,44
Schirn Kunsthalle	1.408	2.568	-45,17	-5.399	-5.508	-1,98
Sportpark Stadion	8.471	8.913	-4,96	-878	-128	584,20
VHS (EB)	7.510	7.280	3,17	-7.939	-8.137	-2,43
Gesamt (nicht konsolidiert)	77.272	74.758	3,36	-203.589	-195.726	4,02
Gesundheit und Soziales						
KKJF (EB)	8.056	7.192	12,01	-13.110	-12.993	0,90
Klinikum FH	172.249	170.875	0,80	-9.336	-4.252	119,57
Medizinisches Versorgungszentrum	692	847	-18,35	22	-27	-184,09
ZEG	0	0	-	1	0	-
Gesamt (nicht konsolidiert)	180.997	178.914	1,16	-22.422	-17.271	29,82
Summe dargestellter Beteiligungen	3.888.375	3.927.409	-0,99	-82.863	-105.334	-21,33

Tabelle 1: Gesamtleistung / Jahresergebnis

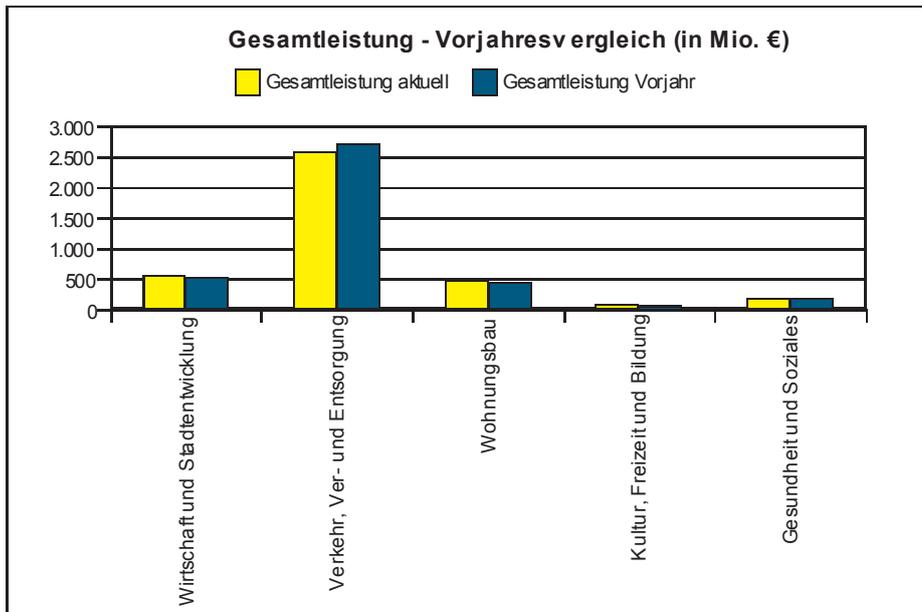


Abb. 1.1

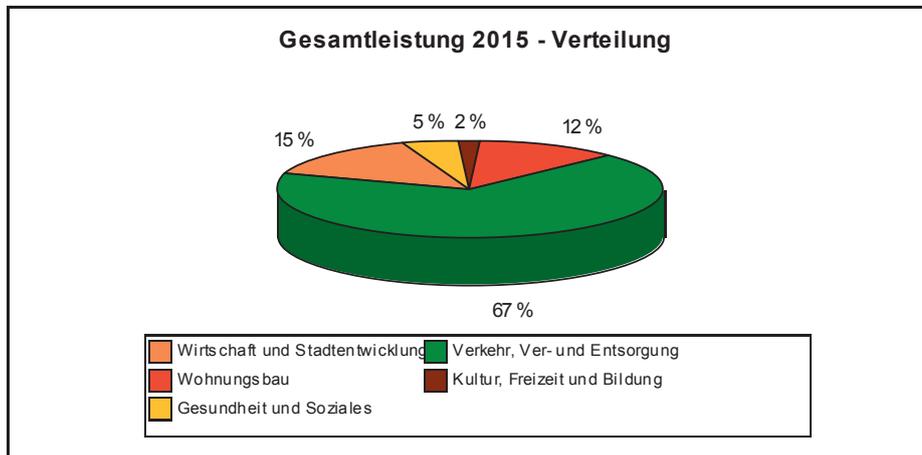


Abb. 1.2

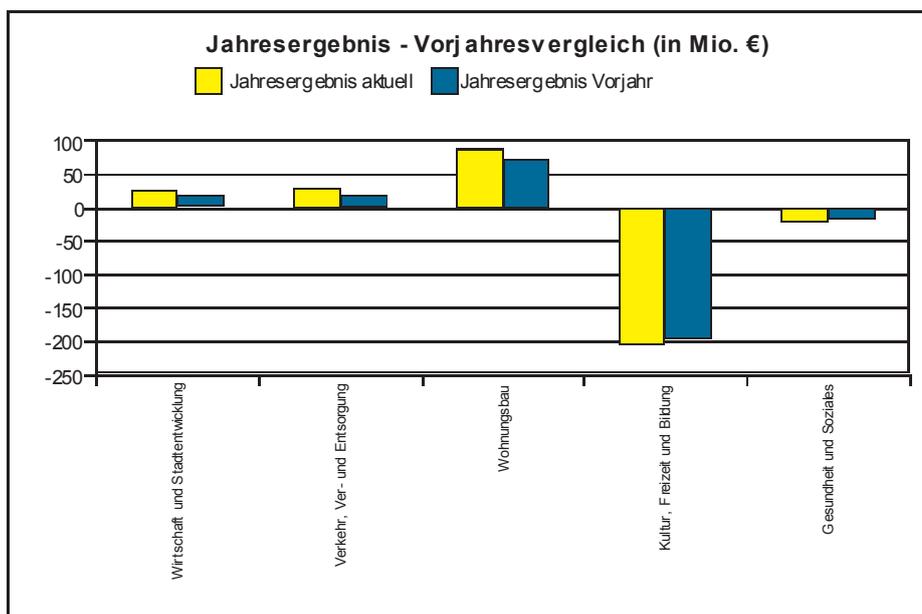


Abb. 1.3

Erläuterungen zu den Tabellen 2 und 3

(Anlagevermögen, Bilanzsumme, Eigenkapital,
Zahl der Mitarbeiter/-innen)

Die Tabellen 2 und 3 sowie die Abbildungen 2.1-2.3 und 3 fassen Daten zu Anlagevermögen, Bilanzsumme, Eigenkapital und Mitarbeiter/-innen der Beteiligungen zusammen, teilweise ergänzt durch die Bildung von Kennzahlen: Eigenkapitalquote, Anlagenintensität und Produktivität. Zur Bewertung der Eigenkapitalquote der Gesellschaften wird häufig auf einen in anderen Wirtschaftsbereichen als ausreichend angesehenen Wert (z. B. mehr als 30 % der Bilanzsumme) verwiesen. Dabei ist jedoch einerseits zu beachten, dass diese Vergleichswerte sehr von der jeweiligen Branche geprägt sind und dass andererseits viele Unternehmen der öffentlichen Hand aufgrund ihres Gesellschaftszweckes durch Zuschüsse finanziert werden und sich somit nicht über den Kapitalmarkt refinanzieren müssen. Die größte Eigenkapitalquote mit über 83 % besitzen die Hafengebiete der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb).

Bei der Dom Römer GmbH im Vorjahr sowie der Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH weist die Bilanz ein Eigenkapital von Null auf, das sich infolge wiederholter Verluste eigentlich als negativer Betrag errechnet und nur durch die Position „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ausgeglichen wird. Der mittelfristig angestrebte Ausgleich beim Eigenkapital ist bei der Dom Römer GmbH im Berichtsjahr bereits vollständig abgeschlossen, bei der Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH durch anteilige Reduzierung des Fehlbetrags plangemäß erfolgt. Den größten Wert beim Eigenkapital weist die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH mit

674 Mio. € (Vj. 604 Mio. €) aus. Die ABG liegt zusammen mit der Mainova AG auch beim Anlagevermögen mit jeweils knapp über 1 Mrd. € an erster Stelle. Beide haben somit auch eine Bilanzsumme von über 1 Mrd. €. Die größte Anlagenintensität (Verhältnis von Anlagevermögen zur Bilanzsumme) mit über 90 % errechnet sich bei folgenden Unternehmen: Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum- Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG, Messe Frankfurt Venue GmbH, BäderBetriebe Frankfurt GmbH, Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb), Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, WOHNHEIM GmbH, Kita Frankfurt (Eigenbetrieb), Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH sowie Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH.

Die Summe der durchschnittlichen Mitarbeiter/-innen im Berichtsjahr 2015 der hier dargestellten Gesellschaften und Eigenbetriebe liegt bei 15.078. Davon haben die Mainova AG, die Kita Frankfurt (Eigenbetrieb) sowie die Klinikum Frankfurt Höchst GmbH mit durchschnittlich jeweils über 2.000 Mitarbeiter/-innen den höchsten Personalbestand. Mit durchschnittlich jeweils über 1.000 Mitarbeiter/-innen folgen die FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH und die Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH (bei letzterer gestellte und GmbH-eigene Beschäftigte).

	Anlagevermögen (in T€)		Veränderung	Eigenkapital (in T€)		Veränderung
	2015	2014	(in %)	2015	2013	(in %)
Wirtschaft und Stadtentwicklung						
BKRZ KG	123.911	123.493	0,34	100.790	95.249	5,82
Dom Römer	86	105	-18,09	2.179	0	-
Hafen (EB)	23.356	24.500	-4,67	28.092	24.637	14,03
HFM	2.349	2.482	-5,36	6.268	6.186	1,33
Markt (EB)	25.516	25.471	0,18	10.334	10.247	0,85
Messe Frankfurt	341.642	334.663	2,09	380.339	366.523	3,77
Messe Frankfurt Exhibition	83.951	86.861	-3,35	46.637	46.637	0,00
Messe Frankfurt Venue	530.013	543.594	-2,50	362.862	362.862	0,00
TCF	188	240	-21,65	999	991	0,73
WfÖ	167	227	-26,43	2.674	3.061	-12,64
Gesamt (nicht konsolidiert)	1.131.179	1.141.636	-0,92	941.174	916.394	2,70
Verkehr, Ver- und Entsorgung						
AVA	67.511	83.538	-19,19	403	403	0,00
BäderBetriebe	68.511	68.887	-0,55	37.710	37.710	0,00
FES	65.041	62.037	4,84	45.982	46.588	-1,30
ICB	6.708	9.600	-30,12	6.075	8.403	-27,71
Mainova	1.041.120	1.027.603	1,32	356.679	356.679	0,00
Stadtentwässerung (EB)	639.208	640.833	-0,25	150.028	150.028	0,00
SWFH	786.746	803.664	-2,11	342.691	327.914	4,51
traffiQ	467	425	9,93	716	239	199,85
VGF	664.536	623.717	6,54	38.017	38.017	0,00
Gesamt (nicht konsolidiert)	3.339.849	3.320.305	0,59	978.300	965.981	1,28
Wohnungsbau						
ABG	1.145.037	1.007.427	13,66	674.486	603.907	11,69
FAAG	310.029	305.279	1,56	70.545	70.545	0,00
Hellerhof	124.616	129.044	-3,43	67.882	61.202	10,92
MIBAU	23.980	25.084	-4,40	28.070	27.129	3,47
Saalbau Betriebsgesellschaft mbH	27	45	-39,61	25	25	0,00
WOHNHEIM	417.203	428.657	-2,67	108.421	106.609	1,70
Gesamt (nicht konsolidiert)	2.020.891	1.895.536	6,61	949.429	869.417	9,20
Kultur, Freizeit und Bildung						
Alte Oper	3.343	3.424	-2,38	3.022	3.221	-6,15
Kita (EB)	132.741	127.751	3,91	49.310	56.828	-13,23
Mousonturm	196	226	-13,44	0	0	-
SBF	28.900	30.452	-5,10	19.007	15.623	21,66
Schirn Kunsthalle	411	82	399,51	839	844	-0,62
Sportpark Stadion	148.644	154.115	-3,55	64.848	64.209	1,00
VHS (EB)	925	1.085	-14,81	963	811	18,78
Gesamt (nicht konsolidiert)	315.159	317.137	-0,62	137.990	141.536	-2,51
Gesundheit und Soziales						
KKJF (EB)	1.941	2.017	-3,80	441	628	-29,72
Klinikum FH	13.956	14.301	-2,41	5.379	6.245	-13,86
Medizinisches Versorgungszentrum	180	243	-25,90	204	182	12,29
ZEG	20.353	14.788	37,63	26	25	5,06
Gesamt (nicht konsolidiert)	36.430	31.349	16,21	6.051	7.079	-14,53
Summe dargestellter Beteiligungen	6.843.507	6.705.962	2,05	3.012.944	2.900.407	3,88

Tabelle 2: Anlagevermögen / Eigenkapital

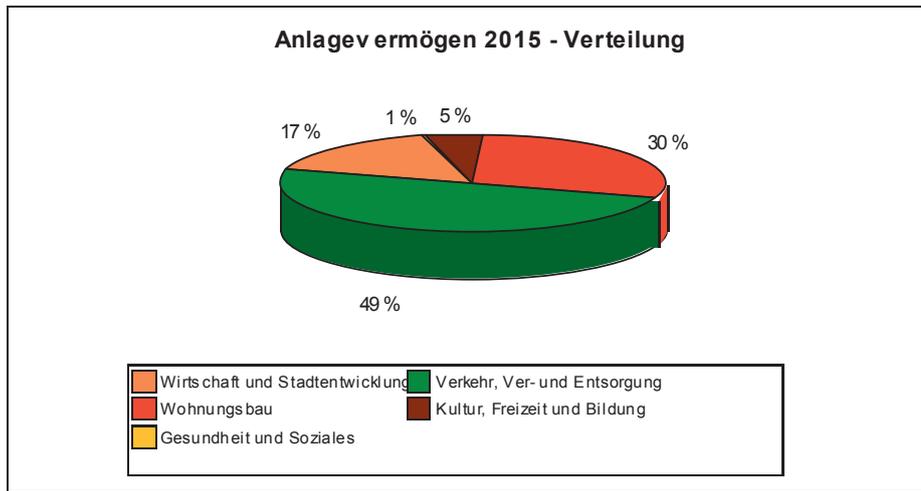


Abb. 2.1

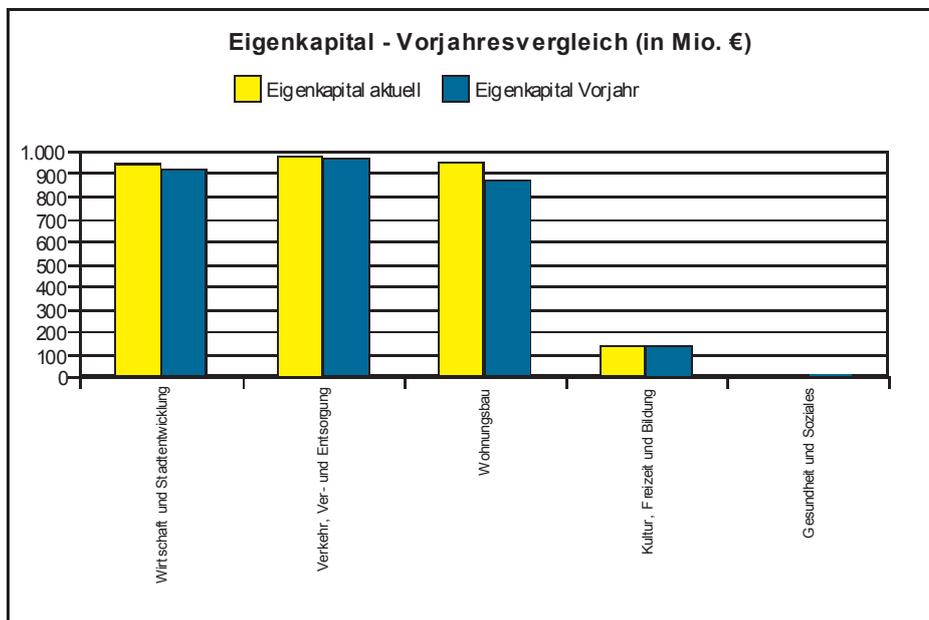


Abb. 2.2

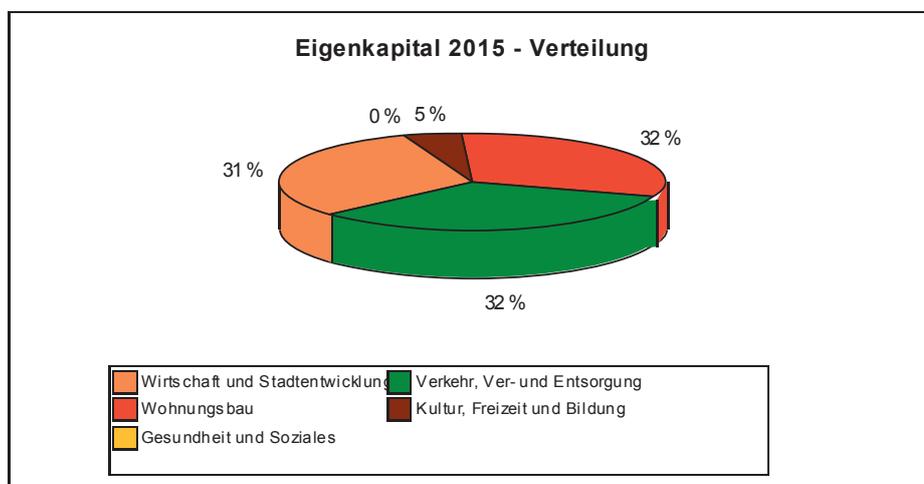


Abb. 2.3

	Bilanzsumme 2015 (in T€)	Eigenkapital- quote (in %)	Anlagen- intensität (in %)	Mitarbeiter/-innen im Jahresdurch- schnitt (2015)	Produktivität (in T€)
Wirtschaft und Stadtentwicklung					
BKRZ KG	135.305	74,49	91,58	15	573
Dom Römer	75.357	2,89	0,11	5	6.027
Hafen (EB)	33.711	83,33	69,28	38	113
HFM	10.346	60,58	22,70	52	373
Markt (EB)	34.451	30,00	74,07	8	94
Messe Frankfurt	511.746	74,32	66,76	267	187
Messe Frankfurt Exhibition	188.455	24,75	44,55	310	765
Messe Frankfurt Venue	550.510	65,91	96,28	234	901
TCF	3.056	32,67	6,15	61	83
WFÖ	4.659	57,40	3,59	40	112
Gesamt (nicht konsolidiert)	1.547.596	60,82	73,09	1.030	554
Verkehr, Ver- und Entsorgung					
AVA	79.697	0,51	84,71	0	-
Bäder Betriebe	73.899	51,03	92,71	181	59
FES	105.186	43,71	61,83	1.229	174
ICB	9.323	65,15	71,95	336	75
Mainova	1.290.326	27,64	80,69	2.588	777
Stadtentwässerung (EB)	674.023	22,26	94,83	404	284
SWFH	840.356	40,78	93,62	90	0
traffiQ	23.378	3,06	2,00	88	0
VGF	731.058	5,20	90,90	1.942	98
Gesamt (nicht konsolidiert)	3.827.246	25,56	87,27	6.858	379
Wohnungsbau					
ABG	1.341.915	50,26	85,33	260	795
FAAG	387.532	18,20	80,00	123	757
Hellerhof	170.109	39,91	73,26	0	-
MIBAU	39.915	70,32	60,08	0	-
Saalbau Betriebsgesellschaft mbH	2.794	0,89	0,97	125	65
WOHNHEIM	462.512	23,44	90,20	117	858
Gesamt (nicht konsolidiert)	2.404.778	39,48	84,04	625	741
Kultur, Freizeit und Bildung					
Alte Oper	8.193	36,89	40,81	35	307
Kita (EB)	146.285	33,71	90,74	2.873	13
Mousonturm	1.065	0,00	18,38	29	17
SBF	57.656	32,97	50,13	1.123	11
Schirn Kunsthalle	3.222	26,04	12,74	38	37
Sportpark Stadion	154.466	41,98	96,23	17	498
VHS (EB)	13.824	6,97	6,69	129	58
Gesamt (nicht konsolidiert)	384.710	35,87	81,92	4.244	18
Gesundheit und Soziales					
KKJF (EB)	10.199	4,32	19,03	281	29
Klinikum FH	64.423	8,35	21,66	2.023	85
Medizinisches Versorgungszentrum	652	31,31	27,62	13	53
ZEG	21.599	0,12	94,23	4	0
Gesamt (nicht konsolidiert)	96.873	6,25	37,61	2.321	78
Summe dargestellter Beteiligungen	8.261.202	36,47	82,84	15.078	258

Tabelle 3: Bilanzsumme / EK-Quote / Anlagenintensität / Mitarbeiter/-innen im Jahresdurchschnitt / Produktivität

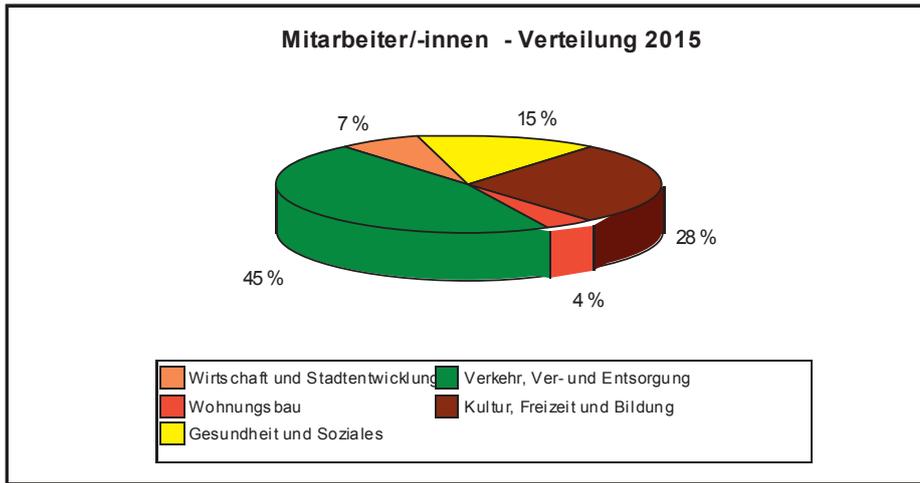


Abb.3

Erläuterungen zu Tabelle 4

(Verbindlichkeiten)

Tabelle 4 gibt Auskunft über den Schuldenstand der einzelnen Gesellschaften und den Anteil der Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten. Die Abbildungen 4.1 und 4.2 stellen die Bankverbindlichkeiten dar. Beim Vergleich der Zahlen bestätigt sich die allgemeine

Erfahrung, dass Bereiche mit einer hohen Anlagenintensität zur Finanzierung des Anlagevermögens verstärkt auf Fremdkapital zurückgreifen müssen.

Zusätzlich wird für jeden Unternehmensbereich die Summe aller Verbindlichkeiten (nicht konsolidiert) ausgewiesen.

	Verbindlichkeiten gesamt (in T€)			Verbindlichkeiten Kreditinstitute (in T€)		
	2015	2014	Veränderung (in %)	2015	2014	Veränderung (in %)
Wirtschaft und Stadtentwicklung						
BKRZ KG	26.530	30.978	-14,36	24.974	27.411	-8,89
Dom Römer	66.041	54.750	20,62	21.415	29.982	-28,57
Hafen (EB)	1.240	2.440	-49,17	-	-	-
HFM	1.361	660	106,34	-	-	-
Markt (EB)	19.147	18.365	4,26	16.311	0	-
Messe Frankfurt	117.561	115.667	1,64	-	-	-
Messe Frankfurt Exhibition	120.783	120.562	0,18	-	-	-
Messe Frankfurt Venue	120.450	133.362	-9,68	57.642	67.769	-14,94
TCF	1.217	700	73,73	-	-	-
WFÖ	1.064	1.125	-5,43	-	-	-
Gesamt (nicht konsolidiert)	475.394	478.608	-0,67	120.341	125.162	-3,85
Verkehr, Ver- und Entsorgung						
AVA	79.154	85.007	-6,89	75.309	80.826	-6,83
BäderBetriebe	26.482	23.772	11,40	-	-	-
FES	19.814	16.068	23,31	1	0	-
ICB	2.442	5.199	-53,02	-	-	-
Mainova	494.298	533.199	-7,30	102.518	154.311	-33,56
Stadtentwässerung (EB)	359.179	360.794	-0,45	313.659	325.718	-3,70
SWFH	481.187	501.355	-4,02	318.638	241.506	31,94
traffiQ	21.559	24.323	-11,36	-	-	-
VGF	593.053	608.407	-2,52	491.273	511.672	-3,99
Gesamt (nicht konsolidiert)	2.077.167	2.158.123	-3,75	1.301.398	1.314.034	-0,96
Wohnungsbau						
ABG	611.544	579.462	5,54	258.561	269.327	-4,00
FAAG	241.734	214.414	12,74	114.895	122.528	-6,23
Hellerhof	96.765	97.760	-1,02	46.859	47.039	-0,38
MIBAU	10.597	10.572	0,23	4.253	4.587	-7,28
Saalbau Betriebsgesellschaft mbH	1.556	2.563	-39,28	-	-	-
WOHNHEIM	350.252	362.272	-3,32	202.555	213.569	-5,16
Gesamt (nicht konsolidiert)	1.312.449	1.267.042	3,58	627.122	657.051	-4,55
Kultur, Freizeit und Bildung						
Alte Oper	2.402	2.529	-5,05	-	-	-
Kita (EB)	14.790	15.062	-1,80	8.711	-	-
Mousonturm	841	825	1,89	0	0	-100,00
SBF	19.534	19.338	1,01	-	-	-
Schirn Kunsthalle	1.875	1.938	-3,26	-	-	-
SportparkStadion	64.899	70.470	-7,91	63.367	69.021	-8,19
VHS (EB)	1.764	1.136	55,28	-	-	-
Gesamt (nicht konsolidiert)	106.105	111.299	-4,67	72.078	69.021	4,43
Gesundheit und Soziales						
KKJF (EB)	1.778	1.948	-8,71	1.285	0	-
Klinikum FH	24.631	26.496	-7,04	-	-	-
Medizinisches Versorgungszentrum	344	394	-12,71	-	-	-
ZEG	2.049	936	118,83	-	-	-
Gesamt (nicht konsolidiert)	28.802	29.774	-3,27	1.285	0	
Summe dargestellter Beteiligungen	3.999.917	4.044.846	-1,11	2.122.225	2.165.267	-1,99

Tabelle 4: Verbindlichkeiten gesamt / Verbindlichkeiten Kreditinstitute

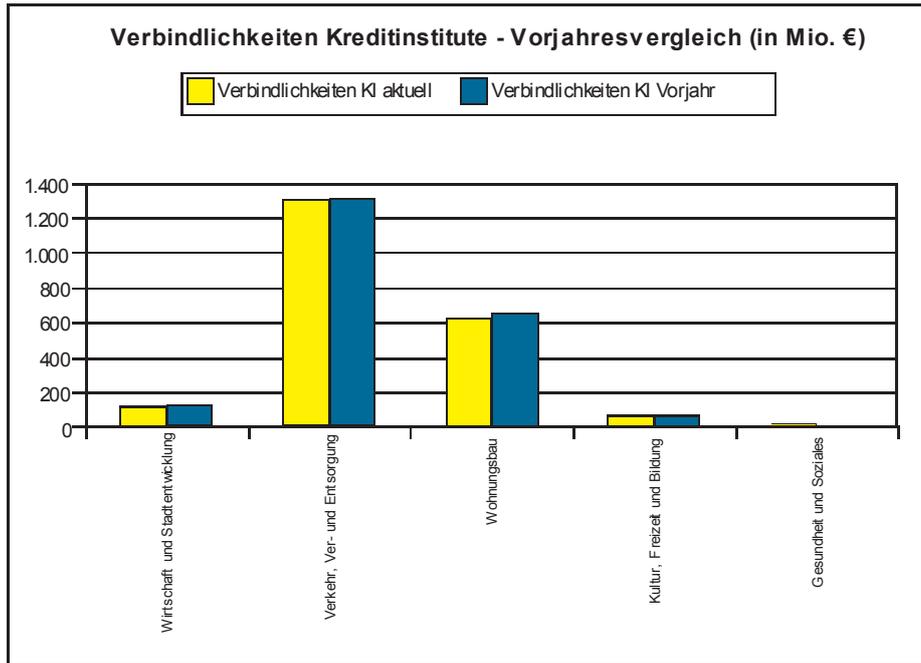


Abb. 4.1

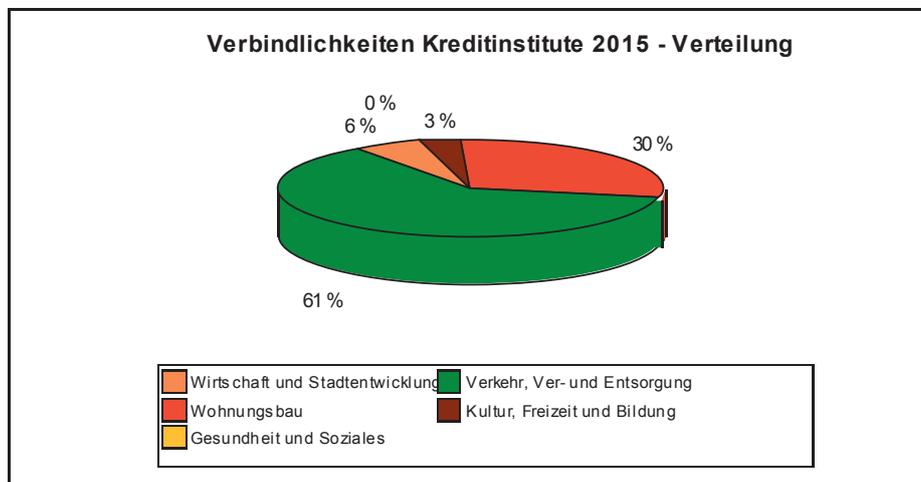


Abb. 4.2

Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 8
(Ergebnisse der Konzerne)

Die Tabellen 5-8 zeigen die o. g. Kennzahlen auf der Ebene der 4 Konzerne. Bei den Werten der einzelnen Konzerne handelt es sich um konsolidierte Angaben der Muttergesellschaft und ihrer verbundenen Unternehmen. Die jeweiligen internen Finanzbeziehungen sind darin entsprechend der Einheitstheorie eliminiert. Im Unterschied dazu stellen die ebenfalls ausgewiesenen Summen in den Tabellen keine Konsolidierung dar.

Den Kern des städtischen Beteiligungsportfolios bilden die 4 Konzerne ABG, FES, Messe Frankfurt und SWFH, auf die knapp über 80 % des Vermögens und knapp über 90 % der gesamten Leistung (bezogen auf die in den Tabellen 1 - 4 und 9 aufgeführten Gesellschaften und Eigenbetriebe) entfallen. Auffallend ist, dass auch im öffentlichen Sektor Unternehmen mit großem Anlagevermögen (z. B. SWFH und ABG) hohe Verbindlichkeiten aufweisen.

Konzerne	Gesamtleistung (in T€)		Veränderung (in %)	Jahresergebnis (in T€)		Veränderung (in %)
	2015	2014		2015	2014	
ABG	474.985	461.369	2,95	90.515	68.088	32,94
FES	232.974	229.759	1,40	24.769	25.172	-1,60
Messe Frankfurt	647.720	553.378	17,05	33.218	30.222	9,92
SWFH	2.181.655	2.262.682	-3,58	37.971	38.966	-2,56
Summe dargestellter Beteiligungen	3.537.335	3.507.188	0,86	186.473	162.448	14,79

Tabelle 5: Gesamtleistung / Jahresergebnis (bei ABG, Messe und SWFH nach Anteilen anderer Gesellschafter)

Konzerne	Anlagevermögen (in T€)		Veränderung (in %)	Eigenkapital (in T€)		Veränderung (in %)
	2015	2014		2015	2014	
ABG	1.913.041	1.803.274	6,09	804.842	722.538	11,39
FES	70.775	67.891	4,25	59.569	58.195	2,36
Messe Frankfurt	587.383	599.747	-2,06	475.477	453.182	4,92
SWFH	3.125.228	3.112.111	0,42	836.789	804.241	4,05
Summe dargestellter Beteiligungen	5.696.427	5.583.023	2,03	2.176.677	2.038.156	6,80

Tabelle 6: Anlagevermögen / Eigenkapital

Konzerne	Verbindlichkeiten gesamt (in T€)		Veränderung (in %)	Verbindlichkeiten Kreditinstitute (in T€)		Veränderung (in %)
	2015	2014		2015	2014	
ABG	1.195.094	1.209.582	-1,20	679.232	704.744	-3,62
FES	12.398	10.106	22,68	1	0	-
Messe Frankfurt	270.857	272.706	-0,68	57.642	67.769	-14,94
SWFH	2.004.595	2.016.819	-0,61	1.502.588	1.518.034	-1,02
Summe dargestellter Beteiligungen	3.482.944	3.509.213	-0,75	2.239.464	2.290.548	-2,23

Tabelle 7: Verbindlichkeiten gesamt / Verbindlichkeiten Kreditinstitute

Konzerne	Bilanzsumme 2015 (in T€)	Eigenkapital- quote (in %)	Anlagen- intensität (in %)	Mitarbeiter/-innen im Jahresdurch- schnitt (2015)	Produktivität (in T€)
ABG	2.148.219	37,47	89,05	789	602
FES	115.281	51,67	61,39	1.621	144
Messe Frankfurt	888.025	53,54	66,14	2.128	304
SWFH	3.521.976	23,76	88,74	5.327	410
Summe dargestellter Beteiligungen	6.673.501	32,62	85,36	9.865	359

Tabelle 8: Bilanzsumme / EK-Quote / Anlagenintensität / Mitarbeiter/-innen im Jahresdurchschnitt / Produktivität

5. Verzinsung des eingesetzten Kapitals

Zur Berechnung der Wirtschaftlichkeit wird der Zinsfuß angesetzt, der sich aus dem Mittelwert der Kämmererschuldzinsen der letzten 10 Jahre ergibt. Dieser beträgt 3,727 % p.a. für die Jahre 2006 - 2015. Im Vorjahr betrug der Zinssatz für die letzten 10 Jahre 3,847 % p.a.

Die Aufstellung beruht auf der Methode der Opportunitätsanlagebetrachtung. Hier stellt sich die Frage, ob die Eigenkapitalbindung in dem betreffenden Unternehmen günstiger ist als eine Anlage am Kapitalmarkt.

Dabei ist zu beachten, dass rein erwerbswirtschaftliche Betätigungen, die ausschließlich darauf gerichtet sind, die finanzielle Situation der Gemeinde zu verbessern, nach einhelliger Meinung in Literatur und Rechtsprechung grundsätzlich nicht zulässig sind. Das Unternehmen muss unmittelbar durch seine Leistung, nicht nur durch seine Gewinne und Erträge, dem Wohl der Gemeindebürger dienen. Maßgeblich ist deshalb, dass ein wirtschaftliches Unternehmen so zu führen ist, dass der öffentliche Zweck erfüllt wird und ein Ertrag nur dann ausgeschüttet werden soll, wenn dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht gefährdet wird. Ausnahmsweise darf aber auch eine gewinnorientierte Tätigkeit bei einer rechtlich legitimierten Sachaufga-

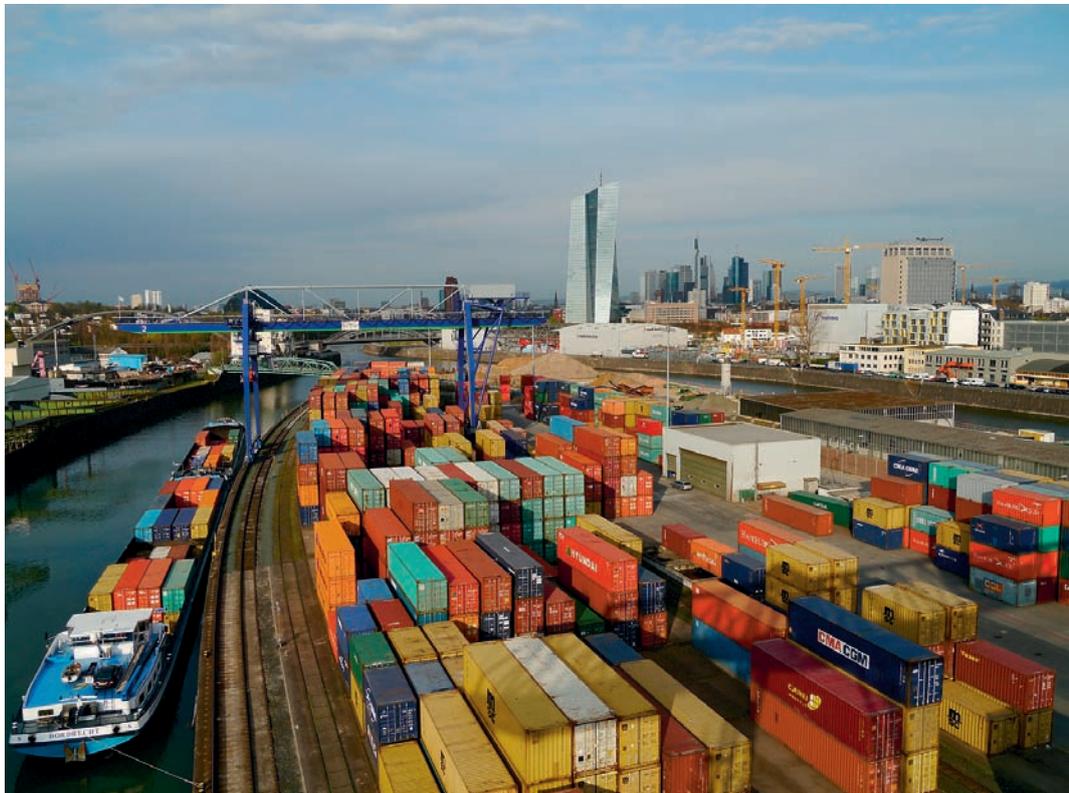
be wahrgenommen werden, insbesondere um sonst brachliegendes Wirtschaftspotenzial auszunutzen. Eine gewinnorientierte Betrachtung ist für eine Vielzahl der Unternehmen im städtischen Portfolio nicht angezeigt. Es handelt sich oftmals um Unternehmen - hierzu zählen auch die defizitären Eigenbetriebe -, die als reine Zuschussgesellschaften geführt werden. Ihr Geschäftszweck ist nicht auf wirtschaftlichen Erfolg ausgelegt, die Eigenkapitalausstattungen sind in der Regel stark beschränkt bzw. negativ. Die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH entzieht sich ebenfalls der Betrachtung, da sie lediglich einen gesellschaftsrechtlichen Rahmen zur Realisierung des steuerlichen Verbunds zwischen Verkehr, Bäderbetrieben und Energieversorgung darstellt. Insofern sollten nur die Gesellschaften der geforderten Betrachtung unterworfen werden, die neben der Erfüllung des öffentlichen Zwecks eine Gewinnerzielungsabsicht vorweisen. Unabhängig von der Möglichkeit oder Zulässigkeit einer Gewinnerzielung sind alle Gesellschaften beauftragt, die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel wirtschaftlich einzusetzen. Projektentwicklungsgesellschaften werden ebenfalls nicht in die Betrachtung einbezogen.

Eigenkapitalverzinsung 2015	durchschnittliches		
	Eigenkapital (in T€)	Jahresüberschuss* (in T€)	Eigenkapitalrendite (in %)
ABG (Konzern)	763.690	90.627	11,9%
BKRZ KG	98.020	622	0,6%
BKRZ GmbH	21	2	9,8%
FES (Konzern)	58.882	24.769	42,1%
Frischezentrum	6.429	43	0,7%
Hafen	26.365	4.908	18,6%
HFM	6.227	3.043	48,9%
Markt	10.291	176	1,7%
Medizinisches Versorgungszentrum	193	22	11,4%
Messe (Konzern)	464.330	38.230	8,2%
Nassauische Heimstätte (Konzern)	476.994	24.339	5,1%
Stadtentwässerung	150.028	2.112	1,4%

*Bei den Konzernen ABG, Messe und Nassauische Heimstätte wird der Konzern-Jahresüberschuss inkl. der Anteile anderer Gesellschafter dargestellt.

II. Übersicht über die wesentlichen Beteiligungen

1. Wirtschaft und Stadtentwicklung



1. Wirtschaft und Stadtentwicklung	33
1.1 BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	35
1.2 Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum-Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG	38
1.3 Dom Römer GmbH	42
1.4 FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH	45
1.5 FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region	49
1.6 Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH	54
1.7 Hafenbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	57
1.8 HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung	60
1.9 KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH	64
1.10 Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	67
1.10.1 Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH	70
1.11 Messe Frankfurt GmbH und Konzern	73
1.11.1 Messe Frankfurt Exhibition GmbH	81
1.11.2 Messe Frankfurt Venue GmbH	86
1.12 Rebstock Projektgesellschaft mbH	91
1.13 Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main	94
1.14 Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development – GmbH	98

1.1 BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH

Anschrift: Feuerwehrstraße 1 60435 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/2 12-72 80 05 0 69/2 12-72 80 09	E-Mail/Internet: --- ---
Gründung: 21.12.1999	Unternehmensgegenstand: Beteiligung an der Firma "Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft mbH und Co. KG" in Frankfurt am Main als persönlich haftende Gesellschafterin. Ferner der Bau von Brandschutz-, Rettungsdienst- und Katastrophenschutzdienstgebäuden für die Stadt Frankfurt am Main durch Drittfirmen sowie die Vermietung solcher Gebäude an die Stadt Frankfurt am Main.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführer: Herr Prof. Reinhard Ries (Direktor der Branddirektion Frankfurt am Main)		

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Der Jahresabschluss 2015 lag zum Redaktionsschluss nur in der Entwurfsfassung vor. Die BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH (BKRZ GmbH) hat auch im Geschäftsjahr 2015 ihre Aufgabe der Geschäftsführung der Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG (BKRZ KG) wahrgenommen. Für die Aufgabe der Geschäftsführung wird ein nebenamtlicher Geschäftsführer beschäftigt. Darüber hinaus hat die Gesellschaft keine Mitarbeitenden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich im Geschäftsjahr 2015 gegenüber dem Vorjahr gerundet um 30 T € verringert und beträgt nun 34 T € (Vj. 63 T €). Die Vermögenslage wird auf der Aktivseite ausschließlich durch liquide Mittel bestimmt. Die Passivseite enthält neben dem Eigenkapital (21 T €) und den Rückstellungen (rund 4 T €) für die Jahresabschluss- und Prüfkosten nur kurzfristige Verbindlichkeiten (9 T €). Die Eigenkapitalquote beträgt 63,48 % (Vj. 31,23 %).

Zur Erfolgslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresüberschuss von 2 T € (Vj. 2 T €) ab. Die Erträge setzen sich zusammen aus der Haftungsvergütung von 6 T € (25 % des Stammkapitals) und

der Tätigkeitsvergütung von 4,9 T €, die beide von der BKRZ KG gezahlt werden. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen die Aufwendungen für die extern durchgeführte Buchführung und die Erstellung des Jahresabschlusses 2015.

B. Ausblick

Auch im Jahr 2016 wird die BKRZ GmbH die Aufgabe der Geschäftsführung für die BKRZ KG wahrnehmen. Für die Jahre 2016 und 2017 wird wieder von einem ausgeglichenen Ergebnis in etwa auf dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres ausgegangen. Besondere Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung bestehen derzeit nicht.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind für das Unternehmen erfüllt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Die Bezüge des Geschäftsführers betragen im Geschäftsjahr 4,9 T €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der

Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 10.11.2014 für das Planjahr 2015 und am 04.11.2015 für das Planjahr 2016.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücks-
verwaltungsgesellschaft mbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Umlaufvermögen	34	63	-30	-46,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0	0	-0	-
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	34	63	-30	-46,8
Bilanzsumme	34	63	-30	-46,8
PASSIVA				
Eigenkapital	21	20	2	8,1
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-5	-7	2	-23,8
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	2	2	-0	-1,9
Rückstellungen	4	4	-1	-14,5
Verbindlichkeiten	9	39	-31	-77,7
Bilanzsumme	34	63	-30	-46,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	6	6	0	0,0
Gesamtleistung	6	6	0	0,0
sonstige betriebliche Erträge	5	5	0	0,0
Personalaufwand	-5	-5	0	0,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-5	-5	0	-0,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	2	2	0	1,9
Finanzergebnis	-0	0	-0	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2	2	-0	-1,9
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	2	2	-0	-1,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	2	2	-0	-1,9
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

1.2 Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft mbH und Co. KG

Anschrift: Feuerwehrstraße 1 60435 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/2 12-72 80 05 0 69/2 12-72 80 09	E-Mail/Internet: --- ---
Gründung: 21.12.1999	Unternehmensgegenstand: Bau von Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstgebäuden für die Stadt Frankfurt am Main sowie deren Vermietung an die Stadt.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main BKRZ Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH (1 Stimmenanteil)	Kapitalanteile: 50.000 € = 100,00 % 0 € = 0,00 % 50.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung (BKRZ GmbH): Herr Prof. Reinhard Ries (Direktor der Branddirektion in Frankfurt am Main)		
Aufsichtsrat:	5 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Markus Frank	
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Markus Frank Herr StR Peter Mensinger Frau Stv Jessica Purkhardt Herr Stv Günther Quirin Frau Stv Anneliese Scheurich	
Satzungsmäßige Besetzung: 5 Mitglieder	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Der Jahresabschluss 2015 liegt zum Redaktionsabschluss nur in der Entwurfsfassung vor. Die Geschäfte werden von der Komplementärin BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH (BKRZ GmbH) geführt. Grundsätzlich werden die Bau- und Sanierungsmaßnahmen durch die Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG (BKRZ KG) an Drittfirmen vergeben. Die Finanzierung erfolgt durch die Inanspruchnahme von Zuschüssen des Landes Hessen, Mitteln aus den Konjunkturprogrammen, Darlehensaufnahmen bei Kreditinstituten, Einlagen der Stadt Frankfurt am Main sowie der Vermarktung von Grundstücken. Die Finanzierung der laufenden Instandhaltung und Betriebskosten erfolgt im Wesentlichen über die Vermietung an die Stadt Frankfurt am Main. Der Verkauf des unter der Bilanzposition „zum Verkauf bestimmte Grundstücke“ ausgewiesenen Grundstücks Hanauer Landstr. 77-79 konnte bereits im

Geschäftsjahr 2014 umgesetzt werden. Die Rückstellungen für potentielle Schadensersatzleistungen, unter anderem aus eventuell bestehenden Altlasten, betragen wie in den Vorjahren 200 T€. Im Geschäftsjahr 2015 wurden Planungen für diverse Umbaumaßnahmen im Brandschutzzentrum (BKRZ-Gebäude) aufgenommen, die u. a. die vor Ort befindliche Kassenärztliche Vereinigung Hessen (KV), die Zentrale Leitstelle und weitere Umbaumaßnahmen für die Branddirektion betrafen und u. a. aus organisatorischen und arbeitsschutzrechtlichen Gründen erforderlich wurden. Im Laufe des Geschäftsjahres 2015 konnten bereits die Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen für die Rettungswache 1 abgeschlossen werden. Die weiteren Umbaumaßnahmen sollen im Geschäftsjahr 2016 abgeschlossen werden. Die Bereichsleitungswache (BLW) 2 wird in der Heinrichstraße/Frankenallee verbleiben, allerdings ist eine bauliche Erneuerung notwendig, die in den kommenden Jahren erfolgen soll. Die Sanierungsmaßnahmen in den Neubauvorhaben der BLW 3 (Nied) und der Freiwilligen Feuerwehr Nied wegen Wassereintrüben aufgrund

undichter Leitungen konnten im Geschäftsjahr 2015 abgeschlossen werden. Die Bereichswache (BW) 20 (Gateway Gardens) wurde im Mai 2015 in Betrieb genommen. Im Laufe des Geschäftsjahres 2015 konnten die Verhandlungen über Nachträge, Mängel und Minderungen mit dem Generalunternehmer abgeschlossen werden. Für die BW 21 (Nordweststadt) kann das geplante Bauvorhaben auf dem von der Branddirektion vorgesehenen Grundstück – zwischen Rosa-Luxemburg-Straße und Erich-Ollenhauer-Ring (neben den „Römischen Töpferöfen“) - realisiert werden. Wegen andauernder denkmalrechtlicher Voruntersuchungen konnte der GU-Auftrag erst Mitte 2015 vergeben werden. Im 3. Quartal 2015 wurde daraufhin mit den Bauarbeiten begonnen. Mit der Fertigstellung der Bereichswache wird Ende 2016 gerechnet. Nach derzeitigen Schätzungen werden sich Mehrkosten von 4,5 % z. B. wegen Problemen mit dem Baugrund ergeben. Die BW 30 (Westerbachstraße) ist bereits im Jahr 2011 in Betrieb gegangen. Eine Notausfahrt auf die Zufahrtrampe der Autobahn wurde im Jahr 2012 hergestellt. Deren Inbetriebnahme verzögerte sich allerdings auch in diesem Berichtszeitraum und wird erst für 2016 erwartet. Zu Beginn des Geschäftsjahres 2015 konnte auch der 2. Bauabschnitt des Feuer- und Rettungstrainingscenters (FRTC), ungeachtet einiger Restleistungen und -mängel, nutzungsbereit hergestellt und seiner Zweckbestimmung zugeführt werden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanz schließt mit einer Summe von 135,3 Mio. € ab (Vj. 134,6 Mio. €). Der Zuwachs von 0,7 Mio. € ist auf der Aktivseite im Wesentlichen auf die im Geschäftsjahr 2015 erfolgte Steigerung des Sachanlagevermögens sowie beim Umlaufvermögen auf gestiegene Forderungen gegen den Gesellschafter (gestiegenes Stadtkassenguthaben) zurückzuführen. Bei den Passiva nahm das Kommanditkapital unter Berücksichtigung einer Kapitaleinlage der Stadt Frankfurt am Main von 5 Mio. € zur weiteren Finanzierung des 2. Bauabschnitts des FRTC um 5,5 Mio. € auf rund 101 Mio. € zu. Dem gegenüber sanken die Verbindlichkeiten gegenüber

Kreditinstituten durch Tilgungen um 2,4 Mio. €. Ebenso konnten die Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen mit 2,9 Mio. € vollständig aufgelöst werden. Die Eigenkapitalquote stieg leicht auf 74,5 % (Vj. 70,7 %).

Zur Erfolgslage

Die Erlöse aus Mieteinnahmen inklusive der Einspeisevergütung von Photovoltaikanlagen betragen im Geschäftsjahr 5,5 Mio. € (Vj. 3,7 Mio. €), die Erlöse aus der Erstattung der Nebenkosten 3 Mio. € (Vj. 2,5 Mio. €). Der Anstieg resultiert unter anderem aus der Überprüfung der Mietforderungen gegenüber der Branddirektion verbunden mit den Abschlüssen von Mietverträgen zwischen der Gesellschaft und ihrer Mieterin, der Branddirektion der Stadt Frankfurt am Main. Die übrigen sonstigen betrieblichen Erträge lagen im Geschäftsjahr 2015 bei 2,4 Mio. € (Vj. 16,3 Mio. €). Der deutliche Unterschied zum Vorjahr ergab sich aus dem Grundstücksverkauf Hanauer Landstraße, der im Vorjahr mit 14 Mio. € in die sonstigen betrieblichen Erträge einfluss, dem gleichzeitig aber Abgänge bei Bestandsänderungen in gleicher Höhe gegenüberstanden. Der Materialaufwand stieg um 0,8 Mio. € auf 4,8 Mio. € und resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Bauunterhaltungskosten bedingt durch verstärkte Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen. Die Abschreibungen sanken um 0,2 Mio. € auf 3,7 Mio. €. Das Geschäftsjahr 2015 schloss mit einem Jahresüberschuss von 0,6 Mio. € (Vj. 0,5 Mio. €) ab.

B. Ausblick

Für die Gesellschaft wird für das Geschäftsjahr 2016 mit einer ausgeglichenen Ertrags- und Aufwandssituation sowie mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis gerechnet. Wesentliche Abweichungen von den Annahmen der Planung sind derzeit nicht erkennbar.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind für das Unternehmen erfüllt.

Beziehungen zum Haushalt

Eine von der Stadt Frankfurt am Main gewährte Sicherheit (Ausfallbürgschaft) beläuft sich zum 31.12.2015 auf 6,5 Mio. € (Restschuld ohne Zinsen).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft obliegt der persönlich haftenden Gesellschafterin BKRZ GmbH. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 10.11.2014 für das Planjahr 2015 und am 04.11.2015 für das Planjahr 2016. Das Abschlussgespräch 2015 wird im Spätsommer 2016 geführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft
mbH & Co. KG (Entwurfassung)**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	123.911	123.493	418	0,3
Immaterielle Vermögensgegenstände	11	31	-20	-64,5
Sachanlagen	123.900	123.462	438	0,4
Umlaufvermögen	11.394	11.136	258	2,3
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.218	10.900	318	2,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	176	236	-60	-25,4
Bilanzsumme	135.305	134.630	676	0,5
PASSIVA				
Eigenkapital	100.790	95.249	5.541	5,8
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	50	50	0	0,0
Kapitalrücklage	103.339	98.419	4.919	5,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-3.220	-3.703	483	-13,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	622	483	139	28,8
Sonderposten	6.388	6.643	-255	-3,8
Rückstellungen	580	826	-247	-29,8
Verbindlichkeiten	26.530	30.978	-4.448	-14,4
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	24.974	27.411	-2.438	-8,9
Rechnungsabgrenzungsposten	1.016	933	84	9,0
Bilanzsumme	135.305	134.630	676	0,5
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	8.598	8.249	349	4,2
Bestandsänderung UE / FE	0	-14.500	14.500	-
Gesamtleistung	8.598	-6.251	14.849	-237,5
sonstige betriebliche Erträge	2.351	16.298	-13.946	-85,6
Materialaufwand	-4.846	-4.004	-843	21,1
Personalaufwand	-848	-703	-145	20,7
Abschreibungen	-3.661	-3.837	176	-4,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-509	-323	-185	57,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	1.086	1.180	-94	-7,9
Finanzergebnis	-463	-696	233	-33,4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	622	483	139	28,8
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-0	-0	-0	28,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	622	483	139	28,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	622	483	139	28,8
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	15	13	2	15,4

1.3 Dom Römer GmbH

Anschrift: Liebfrauenberg 39 60313 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/6 53 00 07 40 0 69/6 53 00 07 44	E-Mail/Internet: info@domroemer.de www.domroemer.de
Gründung: 28.07.2009	Unternehmensgegenstand: Projektentwicklung und Baureifmachung, sowie die Bebauung und Vermarktung des Dom Römer Areals.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Michael F. Guntersdorf		
Aufsichtsrat:	8 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr BM Olaf Cunitz	
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Ulrich Baier	
	Herr StK Uwe Becker	
	Herr BM Olaf Cunitz	
	Herr Stv Thomas Kirchner	
	Herr Stv Michael zu Löwenstein	
	Frau StRin Elke Sautner	
	Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth	
	Herr Stv Wolfgang Siefert	
Satzungsmäßige Besetzung: mindestens 7 Mitglieder	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.	
Beirat:	3 stimmberechtigte Mitglieder	
	Herr Prof. Arno Lederer	
	Herr Prof. Christoph Mäckler	
	Herr Prof. Dr. Fritz Neumeyer	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Zwischen Dom, Schirn Kunsthalle und Römerberg entwickelt die Gesellschaft das neue Altstadtquartier. Auf einem rund 7.000 Quadratmeter großen Areal entstehen 35 Altsstadthäuser (darunter 15 Rekonstruktionen) sowie das Stadthaus, das als Veranstaltungs- und Begegnungsort dienen soll. Das Areal wird von einem historischen Netz aus Gassen und Plätzen einschließlich des historischen Krönungswegs durchzogen werden. Nach den umfangreichen Rückbau-, Planungs-, Umbau- und Gründungsarbeiten der ersten Jahre ist das Altstadtquartier im Geschäftsjahr sichtbar in die Höhe gewachsen. Bis zum Jahresende 2015 wurden Kaufverträge für insgesamt 37 Wohnungen bzw. Häuser notariell beurkundet; für weitere Wohnungen liefen die entsprechenden Vorbereitungen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich aufgrund des Projektfortschritts weiter auf 75,4 Mio. € erhöht (Vj. 65,9 Mio. €). Das Vorratsvermögen auf der Aktivseite und die Verbindlichkeiten auf der Passivseite sind gestiegen. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag des Vorjahres konnte vollständig beseitigt werden. Die Bilanz weist ein positives Eigenkapital von 2,2 Mio. € aus, nachdem die Gesellschafterin eine Kapitaleinlage von 7,5 Mio. € beschlossen hat. Der Rückgang der Rückstellungen betrifft die Drohverlustrückstellungen für erwartete Verluste aus der Veräußerung der Neubebauung. Im Wirtschaftsjahr wurden in diesem Zusammenhang bereits Wertberichtigungen vorgenommen.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag von -1,9 Mio. € ab (Vj. -5,6 Mio. €). Ein voll-

ständiger Ausgleich des Fehlbetrags aus der Kapitalrücklage ist gewährleistet. Wegen des Grundsatzes der verlustfreien Bewertung der zur Veräußerung bestimmten Neubebauung erfolgte im Berichtsjahr eine Wertberichtigung in Höhe von 8,3 Mio. € (Vj. 9 Mio. €), die unter den Abschreibungen ausgewiesen wird. Die Vorjahreszahl wurde zur besseren Vergleichbarkeit angepasst.

B. Ausblick

Als erstes Gebäude wurde im ersten Halbjahr 2016 das Stadthaus fertig gestellt, an die Stadt Frankfurt am Main übergeben und am 12.06.2016 eröffnet. Die Beurkundung der Kaufverträge mit den Wohnungsinteressenten wird fortgesetzt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2015 Mittel von 0 € sowie Reste von 700 T € zur Verfügung. Hiervon sind aufgrund des liquiditätsorientierten Mittelabrufs bis zum Jahresende Auszahlungen von 700 T € erfolgt.

Eine von der Stadt Frankfurt am Main gewährte Sicherheit (Ausfallbürgschaft) beläuft sich zum 31.12.2015 auf 46,4 Mio. € (Restschuld ohne Zinsen).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat, die Geschäftsführung sowie der Gestaltungsbeirat.

Im Geschäftsjahr 2015 betragen die Bezüge von Herrn Geschäftsführer Gunterdorf 108 T €.

An die Mitglieder des Aufsichtsrats wurden im Berichtsjahr Sitzungsgelder von rund 2 T € gezahlt.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 09.10.2014 für das Planjahr 2015 sowie am 09.10.2015 für das Planjahr 2016. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 24.03.2016 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2015 der Dom Römer GmbH

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	86	105	-19	-18,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	6	3	3	135,1
Sachanlagen	80	102	-22	-21,9
Umlaufvermögen	75.258	61.689	13.569	22,0
Vorräte	57.080	38.135	18.945	49,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.948	22.982	-15.034	-65,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	10.229	572	9.657	1.687,9
Rechnungsabgrenzungsposten	14	10	4	38,0
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	4.106	-4.106	-
Bilanzsumme	75.357	65.910	9.447	14,3
PASSIVA				
Eigenkapital	2.179	0	2.179	-
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Kapitalrücklage	23.164	14.964	8.200	54,8
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-19.096	-13.495	-5.600	41,5
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-1.915	-5.600	3.686	-65,8
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	4.106	-4.106	-
Rückstellungen	7.137	11.160	-4.023	-36,1
Verbindlichkeiten	66.041	54.750	11.292	20,6
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	21.415	29.982	-8.567	-28,6
Bilanzsumme	75.357	65.910	9.447	14,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	2.919	20.772	-17.853	-85,9
Bestandsänderung UE / FE	27.217	3.477	23.740	682,8
Gesamtleistung	30.136	24.249	5.887	24,3
sonstige betriebliche Erträge	320	220	101	45,8
Materialaufwand	-22.244	-19.438	-2.806	14,4
Personalaufwand	-491	-549	58	-10,5
Abschreibungen	-8.311	-9.042	731	-8,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.134	-883	-251	28,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-1.724	-5.443	3.719	-68,3
Finanzergebnis	-190	-157	-34	21,4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.914	-5.600	3.686	-65,8
Steuern	0	0	0	50,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-1.915	-5.600	3.686	-65,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-1.915	-5.600	3.686	-65,8
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	5	5	0	0,0

1.4 FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH

Anschrift: Altenhöferallee 3 60438 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/80 08 65-0 0 69/80 08 65-19	E-Mail/Internet: info@fiz-biotech.de www.fiz-biotech.de
Gründung: 25.06.2002	Unternehmensgegenstand: Die Unterstützung der Entwicklung der Biotechnologiewirtschaft im Rhein-Main-Gebiet, die Förderung und Erhaltung der in der Region vorhandenen Biotechnologie-Potenziale, die Ansiedlung von Unternehmen aus dem Bereich der Biotechnologie in der Region und die Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen in diesem Bereich, insbesondere durch den Betrieb eines Zentrums für biotechnologieorientierte Existenzgründer und Unternehmen.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Land Hessen Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 40.000 € = 40,00 % 40.000 € = 40,00 % 20.000 € = 20,00 % 100.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Dr. Christian Garbe		
Aufsichtsrat:	11 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr MP Volker Bouffier	
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Markus Frank Herr StR Claus Möbius Herr StR Jan Schneider	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr MP Volker Bouffier Frau Dr. Anna Carina Eichhorn Herr StS Ingmar Jung Herr Präs. Dr. Mathias Müller Herr Detlev Osterloh Herr Prof. Dr. Stefan Schreiber Frau StS Dr. Bernadette Weyland Frau Präs. Prof. Dr. Birgitta Wolff	
Satzungsmäßige Besetzung: 11 Mitglieder	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat: Ausgeschiedene Mitglieder: Herr Staatsmin Dr. Thomas Schäfer (bis 05.11.2015)	Neue Mitglieder: Frau StS Dr. Bernadette Weyland (seit 06.11.2015)
Beirat:	5 Mitglieder Herr Prof. Dr. Gerhard Gustav Steinmann Herr Dr. Norbert Hittel Herr Dr. Malik Larak Herr Dr. Jens Maier Herr Prof. Dr. Günter K. Stahl	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2015 wurde durch die FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH (FIZ GmbH) das Format „Frankfurt Forward“ (f->forward) entwickelt, das zum Bestandteil des Masterplanes Industrie der Stadt Frankfurt am Main geworden ist. Im Gegensatz zu vielen Gründerwettbewerben wird bei Frankfurt Forward

gezielt ein junges Startup Unternehmen aus dem Bereich der Digitalisierung mit einem in Frankfurt angesiedelten Großunternehmen zusammengeführt. Ziel ist es, Brücken zwischen den beiden Welten zu bauen und auch Folgeprojekte zu generieren.

Alle drei Gebäudekomplexe der Gesellschaft (FiZ 1, FiZ 2 und FiZ 3) waren im Geschäftsjahr 2015 voll ausgelastet. Dies bestätigt das angedachte Modell

der individuell nach den Bedürfnissen der Unternehmen anpassbaren Infrastruktur und Dienstleistungen. Im September 2015 wurde die Sanierung der Außenfassaden FIZ 3 durch den Errichter Infra-serv GmbH & Co. Höchst KG sowie deren Nachunternehmer Züblin abgeschlossen. Zuvor sind in diesem Zusammenhang rund 800 von FIZ gemeldete Gewährleistungsmängel vollständig beseitigt worden. Parallel hierzu wurden auch die Verhandlungen über eine finale schriftliche Vereinbarung zwischen den Beteiligten erfolgreich abgeschlossen. Mit der am Ende des Geschäftsjahres fertiggestellten Erneuerung der ELA Anlage (Elektroakustische Anlage) im FIZ 1 konnte der letzte wesentliche Punkt aus der vergangenen TÜV Sachverständigenprüfung der einzelnen technischen Anlagen umgesetzt werden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanz der FIZ GmbH ist weiterhin von einem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag geprägt, der zum 31.12.2015 mit rund 8,3 Mio. € einen Anteil von 66,1 % (Vj. 62,1 %) der Bilanzsumme (12,5 Mio. €) ausmacht. Der Fehlbetrag ergibt sich im Wesentlichen aus der Bildung von Rückstellungen für drohende Verluste aus der Vermietung des Gebäudekomplexes FIZ 1. Diese Rückstellung wurde gebildet, da die finanziellen Verpflichtungen aus den abgeschlossenen Verträgen die geplanten eigenen Mieteinnahmen übersteigen.

Zur Erfolgslage

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2015 mit einem Jahresfehlbetrag von -3,7 Mio. € ab. Das Jahresergebnis hat sich damit gegenüber dem Vorjahr (-1,4 Mio. €) um rund 2,3 Mio. € reduziert. Auch im Vergleich zur Planung (Jahresfehlbetrag von rund -2,3 Mio. €) stellt sich das Jahresergebnis schlechter dar. Die Verschlechterung ist jedoch im Wesentlichen auf die Veränderung der Drohverlustrückstellung zurückzuführen. Bereinigt um diesen Effekt hätte sich das Jahresergebnis gegenüber dem Vorjahr um rund 0,3 Mio. € verbessert. Auch gegenüber der Planung wäre das Ergebnis (berei-

nigt um diesen Effekt) um rund 0,1 Mio. € besser ausgefallen.

Die Drohverlustrückstellung für den Gebäudekomplex FIZ 1 erhöhte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um insgesamt 0,7 Mio. €. Im Berichtsjahr 2015 erfolgte eine entsprechende Zuführung in die Rückstellung für drohende Verluste, um die das Ergebnis negativ beeinflusst ist. Die Berechnung der Rückstellung erfolgte auf Basis von geplanten Mieteinnahmen, Betriebskosten sowie Leasingraten für die Restlaufzeit der zugrundeliegenden Leasingvereinbarung. Die zu Grunde gelegte Laufzeit entspricht der Laufzeit aus dem bestehenden Leasingvertrag mit der Dino Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH. Die Drohverlustrückstellung wird mit dem jeweils laufzeitadäquaten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Im Berichtsjahr betragen die Umsatzerlöse rund 5,3 Mio. € (Vj. 4,9 Mio. €). Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Vollvermietung der Gebäudekomplexe FIZ 1 und FIZ 3 im gesamten Berichtsjahr zurückzuführen.

B. Ausblick

Im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Biotech-Branche wird festgestellt, dass die deutsche Biotechnologie zwar wichtige Entwicklungen auf den Markt gebracht hat, diese aber oft nicht mehr als „made in Germany“ zu erkennen seien. Positiv wird jedoch hervorgehoben, dass das neu eingelegte Eigenkapital einiger deutscher Unternehmen und neue Börsengänge des Biotech-Sektors weiteres Wachstum in diesem Wirtschaftszweig sicherstellen. Die Geschäftsführung sieht weiterhin eine stabile Entwicklung für die FIZ GmbH. Für das Geschäftsjahr 2016 werden Umsatzerlöse aus der Vermietungstätigkeit von 5,3 Mio. € und ein Jahresfehlbetrag von -2,2 Mio. € erwartet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

1.5 FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Unterschweinstiege 8 60549 Frankfurt am Main	0 69/68 60 3 8-0 0 69/68 60 38-11	info@frm-united.com www.frm-united.com

Gründung: 24.03.2005	Unternehmensgegenstand: Internationales Standortmarketing für den Wirtschaftsraum FrankfurtRheinMain. Zum Gegenstand der Gesellschaft gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraums zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraums und seiner Standortvorteile und das Interesse an diesem zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraums ein gemeinsames, profiliertes Erscheinungsbild der Region FrankfurtRheinMain als Marke zu entwickeln und zu pflegen. Mit ihrer Geschäftstätigkeit nimmt die Gesellschaft übergeordnete Aufgaben im Rahmen des Standortmarketings wahr. Die Gesellschaft konkurriert nicht mit den kommunalen Wirtschaftsförderungen der Gesellschafter. Aufgaben der Wirtschaftsförderung nimmt die Gesellschaft nur subsidiär zu den kommunalen Stellen wahr.
--------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	93.750 € = 37,50 %
IHK Forum Rhein-Main	18.750 € = 7,50 %
IHK Frankfurt am Main	12.500 € = 5,00 %
FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region	11.875 € = 4,75 %
Stadt Wiesbaden	10.000 € = 4,00 %
Landkreis Hochtaunus	8.750 € = 3,50 %
Landkreis Main-Kinzig	8.750 € = 3,50 %
Landkreis Main-Taunus	8.750 € = 3,50 %
Landkreis Offenbach	8.750 € = 3,50 %
Land Hessen	8.125 € = 3,25 %
Regionalverband FrankfurtRheinMain	7.500 € = 3,00 %
Landkreis Groß-Gerau	6.250 € = 2,50 %
Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e. V.	6.250 € = 2,50 %
Stadt Darmstadt	5.000 € = 2,00 %
Stadt Eschborn	5.000 € = 2,00 %
Stadt Offenbach am Main	5.000 € = 2,00 %
ZENTEC Zentrum für Technologie, Existenzgründung und Cooperation GmbH (Region Bayrischer Untermain)	5.000 € = 2,00 %
Landkreis Bergstraße	2.500 € = 1,00 %
Landkreis Darmstadt – Dieburg	2.500 € = 1,00 %
Landkreis Rheingau-Taunus	2.500 € = 1,00 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	2.500 € = 1,00 %
Stadt Hanau	2.500 € = 1,00 %
Stadt Rüsselsheim	2.500 € = 1,00 %
Wirtschaftsförderung Region Frankfurt RheinMain e.V.	2.500 € = 1,00 %
Handwerkskammer Rhein-Main	1.250 € = 0,50 %
Stadt Neu-Isenburg	1.250 € = 0,50 %
	250.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Eric Menges
Herr Oliver Schwebel (seit 01.05.2015)

Aufsichtsrat:	26 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr OB Peter Manuel Feldmann
Mandatsträger der Stadt:	Herr OB Peter Manuel Feldmann
	Herr StR Markus Frank
	Herr Stv Uwe Paulsen

Wirtschaft und Stadtentwicklung

Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr LRat Burkhard Albers
	Herr StR Detlev Bendel
	Herr Prof. Dr. Wilhelm Bender
	Herr OB Patrick Burghardt
	Herr LRat Michael Cyriax
	Herr LRat Christian Engelhardt
	Herr BM Mathias Geiger
	Herr Matthias Gräßle
	Herr Martin H. Herkströter
	Herr OB Klaus Herzog
	Herr OB Alexander W. Hetjes
	Herr BM Herbert Hunkel
	Herr OB Claus Kaminsky
	Herr LRat Ulrich Krebs
	Herr OB Jochen Partsch
	Herr LRat Erich Pipa
	Herr LRat Dirk-Oliver Quilling
	Herr Dr. Christof Riess
	Herr LRat Klaus Peter Schellhaas
	Herr OB Horst Schneider
	Frau Prof. Dr. Kristina Sinemus
	Herr Verb.dir. Ludger Stüve
	Herr LRat Thomas Will

Satzungsmäßige Besetzung:	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat:	
24 Mitglieder	Ausgeschiedene Mitglieder:	Neue Mitglieder:
	Herr BM Karl-Heinz Krug (bis 03.11.2015)	Herr LRat Burkhard Albers (seit 07.07.2015)
	Herr LRat Matthias Wilkes (bis 15.09.2015)	Herr LRat Christian Engelhardt (seit 16.09.2015)
		Herr OB Alexander W. Hetjes (seit 04.11.2015)
		Herr BM Herbert Hunkel (seit 21.04.2015)

Beirat:	11 Mitglieder
	Herr Prof. Dr. Theodor Dingermann
	Frau Eva Dude
	Herr Dr. Michael Freytag
	Herr Alfred Gohdes
	Herr Baki Irmak
	Herr Peter Knapp
	Herr Thorsten N. Kern
	Herr Volker Schier
	Herr Prof. Tom Sommerlatte
	Herr Gerhard Wiesheu
	Frau Simone Thomsen

Beteiligungen:	Kapitalanteile:
FrankfurtRheinMain Corp., USA	10.000 US\$ = 100,00 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2015 wurden 35 Firmen bei der Ansiedlung in der Region begleitet (Vj. 32). Die drei

Top-Branchen waren wie im Vorjahr IKT, Consulting und Konsumgüter. Die Gesellschaft beschäftigte im Berichtsjahr unverändert durchschnittlich 23 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

1.5 FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region

Anschrift: Unterschweinstiege 8 60549 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/68 60 3 8-0 0 69/68 60 38-11	E-Mail/Internet: info@frm-united.com www.frm-united.com
----------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gründung: 24.03.2005	Unternehmensgegenstand: Internationales Standortmarketing für den Wirtschaftsraum FrankfurtRheinMain. Zum Gegenstand der Gesellschaft gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraums zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraums und seiner Standortvorteile und das Interesse an diesem zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraums ein gemeinsames, profiliertes Erscheinungsbild der Region FrankfurtRheinMain als Marke zu entwickeln und zu pflegen. Mit ihrer Geschäftstätigkeit nimmt die Gesellschaft übergeordnete Aufgaben im Rahmen des Standortmarketings wahr. Die Gesellschaft konkurriert nicht mit den kommunalen Wirtschaftsförderungen der Gesellschafter. Aufgaben der Wirtschaftsförderung nimmt die Gesellschaft nur subsidiär zu den kommunalen Stellen wahr.
--------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	93.750 € = 37,50 %
IHK Forum Rhein-Main	18.750 € = 7,50 %
IHK Frankfurt am Main	12.500 € = 5,00 %
FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region	11.875 € = 4,75 %
Stadt Wiesbaden	10.000 € = 4,00 %
Landkreis Hochtaunus	8.750 € = 3,50 %
Landkreis Main-Kinzig	8.750 € = 3,50 %
Landkreis Main-Taunus	8.750 € = 3,50 %
Landkreis Offenbach	8.750 € = 3,50 %
Land Hessen	8.125 € = 3,25 %
Regionalverband FrankfurtRheinMain	7.500 € = 3,00 %
Landkreis Groß-Gerau	6.250 € = 2,50 %
Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e. V.	6.250 € = 2,50 %
Stadt Darmstadt	5.000 € = 2,00 %
Stadt Eschborn	5.000 € = 2,00 %
Stadt Offenbach am Main	5.000 € = 2,00 %
ZENTEC Zentrum für Technologie, Existenzgründung und Cooperation GmbH (Region Bayrischer Untermain)	5.000 € = 2,00 %
Landkreis Bergstraße	2.500 € = 1,00 %
Landkreis Darmstadt – Dieburg	2.500 € = 1,00 %
Landkreis Rheingau-Taunus	2.500 € = 1,00 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	2.500 € = 1,00 %
Stadt Hanau	2.500 € = 1,00 %
Stadt Rüsselsheim	2.500 € = 1,00 %
Wirtschaftsförderung Region Frankfurt RheinMain e.V.	2.500 € = 1,00 %
Handwerkskammer Rhein-Main	1.250 € = 0,50 %
Stadt Neu-Isenburg	1.250 € = 0,50 %
	250.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Eric Menges
Herr Oliver Schwebel (seit 01.05.2015)

Aufsichtsrat:	26 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr OB Peter Manuel Feldmann
Mandatsträger der Stadt:	Herr OB Peter Manuel Feldmann Herr StR Markus Frank Herr Stv Uwe Paulsen

Wirtschaft und Stadtentwicklung

Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr LRat Burkhard Albers Herr StR Detlev Bendel Herr Prof. Dr. Wilhelm Bender Herr OB Patrick Burghardt Herr LRat Michael Cyriax Herr LRat Christian Engelhardt Herr BM Mathias Geiger Herr Matthias Gräßle Herr Martin H. Herkströter Herr OB Klaus Herzog Herr OB Alexander W. Hetjes Herr BM Herbert Hunkel Herr OB Claus Kaminsky Herr LRat Ulrich Krebs Herr OB Jochen Partsch Herr LRat Erich Pipa Herr LRat Dirk-Oliver Quilling Herr Dr. Christof Riess Herr LRat Klaus Peter Schellhaas Herr OB Horst Schneider Frau Prof. Dr. Kristina Sinemus Herr Verb.dir. Ludger Stüve Herr LRat Thomas Will
-----------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Satzungsmäßige Besetzung:	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat:	
24 Mitglieder	Ausgeschiedene Mitglieder:	Neue Mitglieder:
	Herr BM Karl-Heinz Krug (bis 03.11.2015) Herr LRat Matthias Wilkes (bis 15.09.2015)	Herr LRat Burkhard Albers (seit 07.07.2015) Herr LRat Christian Engelhardt (seit 16.09.2015) Herr OB Alexander W. Hetjes (seit 04.11.2015) Herr BM Herbert Hunkel (seit 21.04.2015)

Beirat:	11 Mitglieder
	Herr Prof. Dr. Theodor Dingermann Frau Eva Dude Herr Dr. Michael Freytag Herr Alfred Gohdes Herr Baki Irmak Herr Peter Knapp Herr Thorsten N. Kern Herr Volker Schier Herr Prof. Tom Sommerlatte Herr Gerhard Wiesheu Frau Simone Thomsen

Beteiligungen:	Kapitalanteile:
FrankfurtRheinMain Corp., USA	10.000 US\$ = 100,00 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2015 wurden 35 Firmen bei der Ansiedlung in der Region begleitet (Vj. 32). Die drei Top-Branchen waren wie im Vorjahr IKT, Consulting

und Konsumgüter. Die Gesellschaft beschäftigte im Berichtsjahr unverändert durchschnittlich 23 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Der Mietvertrag für die Geschäftsräume am Standort Unterschweinstiege wurde nach Einholung von

Vergleichsangeboten im Jahr 2015 verlängert. Herr Oliver Schwebel wurde zum 01.05.2015 zum weiteren Geschäftsführer bestellt und insbesondere mit der Aufgabe des Kompetenzzentrums beauftragt. Hierzu fanden eine Online-Befragung und ein Workshop mit interessierten Gesellschaftern sowie Mitgliedern des Wifö e. V. statt. Ziel ist die Erarbeitung eines Dienstleistungskataloges für das Kompetenzzentrum. Im Zuge der Bestellung eines zweiten Geschäftsführers wurden die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung ergänzt und ein Geschäftsverteilungsplan aufgestellt.

Die FRM GmbH führte den Auftritt auf der Immobilienmesse Expo Real im Jahr 2015 erstmals im eigenen Namen und auf eigene Rechnung durch und gewann 14 Standpartner und 8 Sponsoringfirmen. Für die Expo Real 2016 wurde eine gemeinsame Ausschreibung mit sechs Kooperationen aus der Region realisiert. Die 2013 im Rahmen des Strategieprozesses definierten Tätigkeitsschwerpunkte wurden 2015 weiter implementiert. Die Tochtergesellschaft FrankfurtRheinMain Corporation in Chicago (FRM Corp.) erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2015 einen Jahresüberschuss von 1.299 \$ (1.165 €). Zum 31.12.2015 weist die FRM Corp. einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von 15.829 \$ (14.198 €) aus. Der Buchwert der Beteiligung ist auf 1 € abgeschrieben. Die Tochtergesellschaft finanziert sich durch Zuschüsse der FRM GmbH. 2015 wurden 84 T € geleistet. Neue Gesellschafterinnen und Gesellschafter konnten im Jahr 2015 hinzugewonnen und ausgetretene wiedergewonnen werden. Die Stadt Neu-Isenburg übernahm 0,5 % der Anteile. Das Land Hessen kehrte mit 3,25 % anstelle der ausgetretenen Hessen Agentur wieder zurück. Ebenso trat der Rheingau Taunuskreis wieder mit 1 % bei. Der Regionalverband Frankfurt-Rhein/Main sowie der Bayrische Untermain verdoppelten ihre Anteile. Die Stadt Offenbach hingegen ist seit 2015 nur noch mit 2 % statt 4 % beteiligt. Der Wifö e. V. hat seine Mitgliedschaft zum 31.12.2016 gekündigt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist von 1,8 Mio. € auf 2,2 Mio. € gestiegen. Ursächlich ist aktivisch neben einer im Wesentlichen stichtagsbedingten Veränderung bei den Forderungen eine Zunahme der liquiden Mittel von 1,5 Mio. € auf 1,7 Mio. €. Passivisch haben sich neben der gleichfalls stichtagsbedingten Veränderung der Verbindlichkeiten das Eigenkapital von 1,5 Mio. € auf 1,6 Mio. € sowie die Rückstellungen von 0,1 Mio. € auf 0,2 Mio. € erhöht. Letztere betreffen insbesondere Personalkosten. Der Mittelabfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 3,4 Mio. € sowie der Investitionstätigkeit von 0,1 Mio. € wurde durch die Zuzahlungen der Gesellschafter/-innen in Höhe von 3,7 Mio. € mehr als kompensiert. Zum Jahresende betrug der Finanzmittelfonds (liquide Mittel) 1,7 Mio. € (Vj. 1,5 Mio. €).

Zur Erfolgslage

Der Jahresabschluss zum 31.12.2015 schließt mit einem Fehlbetrag von -3,6 Mio. €. Gegenüber 2014 bedeutet dies eine Verschlechterung um 0,5 Mio. €. Ursächlich ist insbesondere der um 0,8 Mio. € auf 1,9 Mio. € gestiegene Materialaufwand aufgrund einer Ausweitung der Marketingaktivitäten. Wegen höherer Personalarückstellungen, der Erweiterung der Geschäftsführung sowie Gehaltserhöhungen hat sich zudem der Personalaufwand um 0,2 Mio. € auf 1,6 Mio. € erhöht. Gegenläufig haben sich die Umsatzerlöse entwickelt. Sie sind im Wesentlichen aufgrund der Einrichtung des Kompetenzzentrums sowie gesteigener Kostenbeteiligungen um 0,6 Mio. € auf 0,7 Mio. € gestiegen.

B. Ausblick

Auch zukünftig wird die Gesellschaft aufgabenbedingt nur einen kleinen Teil der Kosten durch Erlöse decken können. In den nächsten Jahren rechnet die Geschäftsführung jedoch mit einer höheren Deckung aufgrund der Errichtung des Kompetenzzentrums. Für 2016 wird ein negatives Geschäftsergebnis von rund -4,4 Mio. € (Stand Juni 2016) erwartet, das durch Kapitaleinlagen sowie vorhandene Rücklagen finanziert wird. Für die Finanzierung der Tochtergesellschaft FRM Corp. sind Zuschüsse in Höhe von 0,3 Mio. € budgetiert.

Die Chancen für die Entwicklung von qualifizierten Kundenkontakten bzw. die Weiterleitung von potentiellen Ansiedlungsinteressierten an die kommunalen Wirtschaftsförderungsinstitutionen sind weiterhin positiv zu bewerten. Die Strategie im Bereich Standortmarketing soll 2016 turnusgemäß überprüft und ggf. weiter optimiert werden. Die strategische Neuausrichtung der Gesellschaft führt auch 2016 zu weiteren Gesellschaftsbeitritten. So haben der Odenwaldkreis und die Stadt Dreieich bereits einen Beitritt beschlossen. Konkrete Gespräche mit weiteren Interessierten, z. B. der Region Rheinhessen, werden geführt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2015 Mittel von 1,4 Mio. € zur Verfügung. Bis zum Jahresende wurden 1,5 Mio. € als Gesellschafterzuzahlung an die FRM geleistet.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und der Beirat. Die Gesamtbezüge von Herrn Menges betragen im Geschäftsjahr 166 T €, die Bezüge von Herrn Schwebel betragen 13 T € im Geschäftsjahr. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	161	92	69	75,3
Immaterielle Vermögensgegenstände	63	33	31	94,0
Sachanlagen	97	59	38	65,0
Finanzanlagen	0	0	0	0,0
Umlaufvermögen	1.922	1.573	350	22,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	214	97	117	120,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.708	1.475	233	15,8
Rechnungsabgrenzungsposten	158	88	70	79,1
Bilanzsumme	2.241	1.752	488	27,9
PASSIVA				
Eigenkapital	1.617	1.494	123	8,2
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	238	250	-12	-4,8
Kapitalrücklage	24.750	24.123	627	2,6
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-23.371	-22.879	-493	2,2
Rückstellungen	243	77	166	216,4
Verbindlichkeiten	381	182	200	110,0
Bilanzsumme	2.241	1.752	488	27,9
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	704	126	577	456,7
Gesamtleistung	704	126	577	456,7
sonstige betriebliche Erträge	74	13	61	474,8
Materialaufwand	-1.914	-1.161	-753	64,9
Personalaufwand	-1.562	-1.323	-238	18,0
Abschreibungen	-36	-20	-17	83,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-850	-695	-155	22,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-3.585	-3.060	-526	17,2
Finanzergebnis	2	2	-0	-0,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.583	-3.058	-526	17,2
Steuern	27	-6	33	-546,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-3.556	-3.064	-493	16,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-3.556	-3.064	-493	16,1
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-22.879	-22.952	73	-0,3
Entnahme aus den Kapitalrücklagen	3.064	3.136	-73	-2,3
Bilanzergebnis	-23.371	-22.879	-493	2,2
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	23	23	0	0,0
Zahl der Neuansiedlungen	35	32	3	9,4

1.6 Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH

Anschrift: Speicherstraße 55 60327 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/9 17 32-01 0 69/9 17 32-7 45	E-Mail/Internet: info@gateway-gardens.de www.gateway-gardens.de
Gründung: 27.09.2004	Unternehmensgegenstand: Technische und planerische Koordination der Entwicklung und Baureifmachung von Grundstücken mit den zu beteiligenden Behörden als Dienstleistung für Dritte, insbesondere im Gebiet Gateway Gardens am Flughafen in Frankfurt am Main. Nach § 34 c GewO erlaubnispflichtige Geschäfte sind ausgeschlossen. Die Gesellschaft verwirklicht diesen Unternehmenszweck zunächst durch die Koordination von Planungs- und Realisierungskonzepten für das Gebiet Gateway Gardens für die gemeinsam mit der Stadt Frankfurt am Main zu entwickelnde Bauleitplanung als Dienstleistung für die Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH	Kapitalanteile: 100.000 € = 50,00 % 100.000 € = 50,00 % 200.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Peter Buchholz Herr Sanfrid Spory		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	12 Mitglieder Herr BM Olaf Cunitz Herr Stv Ulrich Baier Herr StK Uwe Becker Herr BM Olaf Cunitz Herr StR Markus Frank Herr Stv Helmut Alexander Heuser Herr StR Stefan Majer	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Karl-Heinz Dietrich Herr Jürgen Fenk Herr Jürgen Groß Herr Peter Matteo N.N Herr Dr. Alois Rhiel	
Satzungsmäßige Besetzung: höchstens 13 Mitglieder	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat: Ausgeschiedene Mitglieder: Herr ehemaliger Stv Klaus Vowinckel (bis 10.08.2015)	Neue Mitglieder: Herr StR Markus Frank (seit 11.08.2015)

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Der Bebauungsplan 851 „Gateway Gardens“ ist am 11.03.2008 in Kraft getreten. Die Anhebung der Ausnutzung auf bis zu 740.000 qm Geschossfläche wurde durch den Beschluss § 3631 der Stadtverordnetenversammlung vom 12.09.2013 über die Aufstellung des Änderungsplanes 851 Ä zum Bebauungsplan 851 beschlossen. Zur Vervollständigung der Erschließung mit dem ÖPNV wurde der Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH (GGP) die Koordination der Planungen der DB-Anlage mit einer S-Bahn-Station übertragen. Der

Planfeststellungsbeschluss zum S-Bahnbau wurde am 31.01.2014 erlassen. Da beim Ablauf der Klage- und Einspruchsfrist am 05.05.2014 keine Einsprüche oder Klagen vorlagen, wurde der Planfeststellungsbeschluss damit rechtsbeständig. Am 19.08.2014 wurde der Finanzierungsvertrag für die S-Bahn unterzeichnet. Die Zusage des Bundesanteiles in Höhe von bis zu 60 % der zuwendungsfähigen Kosten erfolgte mit Bescheid vom 27.05.2015. Aufgrund der Gesamtwirtschaftslage ergaben sich Verzögerungen im Abverkauf, so dass der Beschluss gefasst wurde, die Projektlaufzeit um fünf Jahre bis 2021 zu verlängern. Die Vermarktung der

Grundstücke erreichte in 2014 nicht die selbst gesetzten Zielvorgaben. Diese Unterschreitung konnte auch in 2015 nicht ausgeglichen werden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 93 T € auf 331 T € (Vj. 238 T €). Sie ist auf der Aktivseite durch den hohen Anteil der liquiden Mittel sowie auf der Passivseite durch das Eigenkapital geprägt.

Zur Erfolgslage

Gemäß vertraglicher Vereinbarung werden die Aufwendungen der Projektentwicklungs-GmbH in der entstandenen Höhe von der Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH übernommen. Den Erträgen von 453 T € (Vj. 324 T €) stehen Aufwendungen von 448 T € gegenüber (Vj. 319 T €). Die Gesellschaft schließt mit einem Jahresüberschuss von 5 T € (Vj. 4 T €) ab.

B. Ausblick

Die weitere Entwicklung der Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH bleibt eng mit der Entwicklung der Grundstücksgesellschaft und darüber hinaus mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Projekts „Gateway Gardens“ verbunden.

Der Anschluss des Areals Gateway Gardens an das S-Bahnnetz geht von der Planung in die Umsetzung

über, die Inbetriebnahme der Station ist für Dezember 2019 geplant.

Gemäß den Regelungen des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, den Controllingleistungen beim Bau der S-Bahn und dem Wirtschaftsplan der Gesellschaft, werden in den Folgejahren weiterhin ausgeglichene Jahresergebnisse erwartet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	2	1	1	169,4
Sachanlagen	2	1	1	169,4
Umlaufvermögen	325	237	87	36,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	29	17	12	70,3
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	296	221	76	34,2
Rechnungsabgrenzungsposten	4	0	4	-
Bilanzsumme	331	238	93	38,9
PASSIVA				
Eigenkapital	216	211	5	2,4
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	200	200	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	11	7	4	61,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	5	4	1	22,8
Rückstellungen	25	23	2	8,1
Verbindlichkeiten	90	4	86	2.013,4
Bilanzsumme	331	238	93	38,9
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	453	323	131	40,5
Gesamtleistung	453	323	131	40,5
sonstige betriebliche Erträge	0	1	-0	-34,3
Materialaufwand	-297	-171	-126	73,8
Personalaufwand	-124	-114	-10	8,5
Abschreibungen	-0	-0	-0	412,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-24	-31	7	-23,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	8	7	2	23,1
Finanzergebnis	-0	0	-0	-1.407,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	8	7	1	22,8
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-3	-2	-1	22,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	5	4	1	22,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	5	4	1	22,8
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

1.7 Hafenbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Anschrift: Lindleystraße 14 60314 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/2 12-3 51 86 0 69/2 12-4 32 10	E-Mail/Internet: info@hfm-frankfurt.de www.hfm-frankfurt.de
Gründung: 01.01.1976	Unternehmensgegenstand: Vorhalten und Betreiben der städtischen Häfen, der Hafen- und Industriebahn, sowie der städtischen Lagerhäuser einschließlich der dazugehörigen Einrichtungen.	
Träger: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 10.225.838 € = 100,00 %	
Betriebsleitung: Herr Herbert Janicke Herr Ralf Karpa		
Betriebskommission:	15 Mitglieder	
Betriebskommissionsvorsitz:	Herr StR Michael Paris	
Mandatsträger der Stadt:	Frau Stv Hilime Arslaner Herr StK Uwe Becker Herr StR Markus Frank Herr Stv Dr. Martin Gerhardt Frau StRin Rosemarie Heilig Herr Stv Mike Josef Frau Stv Christiane Loizides Herr StR Peter Mensinger Herr StR Michael Paris Herr Stv Lothar Reininger	
Weitere Kommissionsmitglieder:	Herr Thorsten Blum (AN) Frau Jutta Ehret Frau Sabine Kiepfer (AN) Herr Roman Stolper Herr Dr. Alexander Theiss	
Satzungsmäßige Besetzung: 15 Mitglieder, davon 2 Mitglieder des Personalrats und 3 Bürgerschaftsvertreter	Keine unterjährige Veränderung in der Betriebskommission.	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Die Hafenbetriebe führen aufgrund des mit der HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mbH geschlossenen Betriebspachtvertrags seit Juli 2002 keine eigenen Hafenaktivitäten mehr durch. Ihre Unternehmenstätigkeit beschränkt sich im Wesentlichen auf die Vermögensverwaltung, die Aufgaben der Hafenbehörde und die Betreuung des an die HFM gestellten Personals. Die Erlöse des Eigenbetriebes werden ausschließlich aus dem Pachtzins und der Erstattung der unmittelbaren Personalkosten erwirtschaftet.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich von 30,3 Mio. € auf 33,7 Mio. € erhöht. Die Aktivseite ist geprägt durch das Sachanlagevermögen von 23,4 Mio. € (Vj. 24,5 Mio. €) und durch Forderungen an die Stadt Frankfurt am Main von 10,3 Mio. €, wovon 9,8 Mio. € auf das Guthaben bei der Stadtkasse entfallen und die sich um 4,5 Mio. € erhöht haben. Auf der Passivseite sind die Rückstellungen um 0,1 Mio. € auf 2,4 Mio. € angestiegen. In den ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind Anzahlungen im Rahmen eines Grundstücksverkaufes von 0,4 Mio. € enthalten. Das Eigenkapital hat sich bedingt durch den Jahresgewinn um 3,5 Mio. € auf 28,1 Mio. € erhöht. Die bilanzielle Eigenkapitalquo-

te der Hafенbetriebe beträgt zum Abschlussstichtag 83,3 % (Vj. 81,4 %). Der Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit (1,5 Mio. €) konnte vollständig durch den Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (2,1 Mio. €) und den Cashflow aus der Investitionstätigkeit (3,9 Mio. €) gedeckt werden. Dadurch hat sich der Finanzmittelfonds von 5,3 Mio. € auf 9,8 Mio. € erhöhet.

Zur Erfolgslage

Zum 31.12.2015 erzielte der Betrieb einen Gewinn in Hohе von 4,9 Mio. € (Vj. 1,5 Mio. €). Diese Ergebnisverbesserung von 3,4 Mio. € gegenüber dem Vorjahr ergibt sich primär aus dem Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge um 4,4 Mio. €. Dies erklärt sich überwiegend durch den Abgang von Grundstücken i. H. v. 3,4 Mio. € und der Schlussabrechnung aus dem Westhafenverkauf mit einem Nachtragerlos von 2,3 Mio. €. Die Umsatzerlöse liegen mit 4,3 Mio. € unter dem Vorjahreswert (4,6 Mio. €). Die Abweichung resultiert vor allem aus der Umsatzpacht und der Personalkostenerstattung. Der Personalaufwand hat sich infolge der geringeren Mitarbeiterzahl gegenüber dem Vorjahr von 2,5 Mio. € auf 2,3 Mio. € reduziert. Da im Zuge der getätigten Grundstücksgeschäfte steuerliche Rücklagen gemäß § 6b EStG genutzt wurden, die zu Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerrecht führten, sind die Steuern vom Einkommen und Ertrag um 1,6 Mio. € gestiegen und entfallen im Wesentlichen auf zu bildende passive latente Steuern.

B. Ausblick

Aufgrund der Verpachtung sind sowohl die künftige Umsatz- und Ergebnisentwicklung als auch das Risikofrüherkennungssystem weiterhin von der HFM GmbH abhängig. So existiert ein informelles System zur Risikofrüherkennung über die HFM GmbH, mit dem die wirtschaftliche Entwicklung des Hafens durch das Controlling fortlaufend beobachtet wird. Auch für das Geschäftsjahr 2016 wird mit einem positiven Geschäftsergebnis gerechnet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Betriebsleitung und die Betriebskommissionsorgane des Eigenbetriebes in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hatzen. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 05.06.2014 für das Planjahr 2015 und am 21.10.2015 für das Planjahr 2016. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 19.05.2016 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2015 der Hafenbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	23.356	24.500	-1.144	-4,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	-
Sachanlagen	23.310	24.451	-1.141	-4,7
Finanzanlagen	46	49	-3	-6,2
Umlaufvermögen	10.354	5.763	4.592	79,7
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.354	5.763	4.592	79,7
Bilanzsumme	33.711	30.262	3.448	11,4
PASSIVA				
Eigenkapital	28.092	24.637	3.455	14,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	10.226	10.226	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	11.551	11.551	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	1.407	1.407	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	4.908	1.453	3.455	237,8
Rückstellungen	2.372	2.262	110	4,8
Verbindlichkeiten	1.240	2.440	-1.200	-49,2
Passive latente Steuern	1.785	679	1.106	163,1
Rechnungsabgrenzungsposten	222	245	-23	-9,5
Bilanzsumme	33.711	30.262	3.448	11,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	4.276	4.561	-286	-6,3
Gesamtleistung	4.276	4.561	-286	-6,3
sonstige betriebliche Erträge	5.875	1.516	4.358	287,4
Personalaufwand	-2.300	-2.495	195	-7,8
Abschreibungen	-1.086	-1.114	28	-2,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-351	-276	-75	27,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	6.413	2.193	4.221	192,5
Finanzergebnis	691	-125	816	-654,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.105	2.068	5.036	243,5
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-2.196	-615	-1.581	257,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	4.908	1.453	3.455	237,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	4.908	1.453	3.455	237,8
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	38	39	-1	-2,6

1.8 HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung

Anschrift: Lindleystraße 14 60314 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/2 12-3 51 86 0 69/2 12-4 32 10	E-Mail/Internet: info@hfm-frankfurt.de www.hfm-frankfurt.de
Gründung: 02.04.2001	Unternehmensgegenstand: Die Verwaltung und der Betrieb sämtlicher Hafeneinrichtungen der Stadt Frankfurt am Main sowie die Durchführung eines Hafensbetriebs in all seinen Bereichen der Güterlogistik und der Lagerung. Außerdem die Verwaltung und der Betrieb sämtlicher Kleinmarkthallen und Wochenmärkte der Stadt Frankfurt am Main.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Herbert Janicke Herr Ralf Karpa		
Aufsichtsrat:	5 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Michael Paris	
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Markus Frank Herr Stv Martin Gerhardt Frau Stv Ursula auf der Heide Herr StR Michael Paris Herr Stv Uwe Paulsen	
Satzungsmäßige Besetzung: 5 Mitglieder	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.	
Beirat:	5 Mitglieder Herr Michael Loulakis Herr Rudolf Sehring Herr Roger Simak Herr Dr. Andreas Theiss Herr Eberhard Weiß	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Seit dem 01.07.2002 hat die HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mbH (HFM) den gesamten Geschäftsbetrieb der Hafensbetriebe (Eigenbetrieb) gepachtet. Analog dazu hat die HFM GmbH zum 01.01.2007 auch den Geschäftsbetrieb der Marktbetriebe (Eigenbetrieb) übernommen.

Im Geschäftssegment Hafen liegt der Fokus der HFM auf der Stärkung der Gewerbe- und Industriegebiete im Osthafen und Gutleuthafen, der Attraktivitätssteigerung des Hafenstandortes und darauf, zur Ver- und Entsorgung des Wirtschaftsraumes Frankfurt beizutragen. Hierzu unterstützt die Gesellschaft die Entwicklung und Realisierung logistischer Konzepte der Hafenswirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Verkehrsträger Binnenschiff und Bahn.

Der Schiffsgüterumschlag ist gegenüber dem Vorjahr um 12,3 % auf 2.569.287 t gesunken. Dies ist dem Niedrigwasser in den Sommer- und Herbstmonaten geschuldet. Aufgrund des Niedrigwassers in Verbindung mit dem milden Winter waren auch die Gütergruppen Steine, Erde und Baustoffe mit 14,7 % und die festen, mineralischen Brennstoffe mit 21,6 % stark rückläufig. Einen Zuwachs konnte die Gruppe anderer Nahrungs- und Futtermittel mit 14,1 % verzeichnen.

Auch das Segment Containerlogistik war stark rückläufig. Die Bahnverkehre konnten diese Rückgänge teilweise kompensieren. Der Bahn- und schiffseitige Umschlag von Containern verzeichnet einen Rückgang von 6,9 % auf 77.265 T €.

Mit der Frankfurter Hafenbahn konnte ein Gütervolumen von 1.472.707 t befördert werden. Dies entspricht einem Zuwachs der Tonnage um 3,1 %. Die

Steigerung konnte hauptsächlich im Hanauer Hafen erzielt werden. Die angebotenen Wagenmeister-Dienstleistungen für Dritte wurden in steigendem Maße nachgefragt, so dass der Umsatz in diesem Bereich im Vergleich zum Vorjahr um 12,5 % stieg. Im Bereich Markt organisierte die HFM GmbH 23 Wochenmarktveranstaltungen auf insgesamt 18 Marktplätzen in der Innenstadt und in diversen Stadtteilen. Im Ostend wurde in 2015 ein neuer Stadtteilmarkt eröffnet und im Nordend das 10-jährige Bestehen gefeiert. Neben den Wochenmärkten ist die HFM GmbH für den Betrieb der Markthallen, des Frankfurter Flohmarktes sowie von Sondermärkten zuständig.

Durch den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Sicherung des Osthafens 2050+ wurde ein Bekenntnis der Stadt Frankfurt zum Osthafenstandort ausgesprochen, welches den Abschluss von langfristigen Mietverträgen ermöglicht. Insofern konnten auch in 2015 den im Hafen ansässigen Unternehmen langfristige Mietverträge angeboten und abgeschlossen werden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist von 10,1 Mio. € auf 10,3 Mio. € gestiegen. Auf der Aktivseite liegen vor allem die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit 0,5 Mio. € über dem Vorjahr. Auf der Passivseite sind die Rückstellungen um 0,5 Mio. € gesunken und die Verbindlichkeiten liegen um 0,7 Mio. € über dem Vorjahr. Der Anstieg des Eigenkapitals ergibt sich aus dem Gewinn 2015. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt zum Abschlussstichtag 60,6 % (Vj. 61,3 %).

Der Finanzmittelfonds (liquide Mittel) hat sich um 0,1 Mio. € auf 5,3 Mio. € verringert.

Zur Erfolgslage

Zum 31.12.2015 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von 3 Mio. € aus und liegt damit um 0,1 Mio. € über dem Vorjahr. Die Ergebnisverbesserung resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge, welcher aus der Weiterbelastung erbrachter Leistungen zur Sanierung der Ufermauern Höchst zurückzuführen ist. Zudem sind die Materialaufwendungen gegen-

über dem Vorjahr um 6,7 % bzw. 0,8 Mio. € zurückgegangen. Die Umsatzerlöse hingegen sind insbesondere aufgrund der rückläufigen Verkehrsleistungen und Platzmieten sowie einem geringeren Güterumschlag um 2,8 % gesunken.

Die Ertragssteuern beinhalten die Gewerbesteuer sowie die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag für das Geschäftsjahr 2015 sowie Korrekturen im Bereich der Ertragssteuern für Vorjahre.

Zum positiven Unternehmensergebnis beigetragen haben die Bereiche Immobilienvermietung und Markt. Vor allem im Bereich Markt konnte ein um 0,4 Mio. € besseres Ergebnis als im Vorjahr erreicht werden. Defizitär sind nach wie vor insbesondere die Bereiche Hafen mit -1 Mio. € (Vj. -2,2 Mio. €), Hafenbahn Verkehr mit -1,5 Mio. € (Vj. -1,2 Mio. €) und Hafenbahn Infrastruktur inkl. Werkstatt mit -0,9 Mio. € (Vj. -1 Mio. €).

B. Ausblick

Aufgrund der günstigeren Witterung Anfang des Jahres 2016 wird im Bereich Hafenbahn eine bessere Umschlagsleistung erwartet. Dem gegenüber steht allerdings die Abwicklung des Verkehrs im Hafen Hanau. Seit dem 01.01.2016 wird dort kein Verkehr mehr abgewickelt und infolgedessen kommt es zu einem Rückgang der Hafenbahnverkehre. Es erfolgen derzeit Umstrukturierungen im Bereich Bahnbetrieb Frankfurt mit der Überlegung, das Dienstleistungsgeschäft auszubauen.

Auf der Agenda steht zudem die Errichtung von neuen Wochenmärkten am Standort Ginnheim und am Campus-Westend.

Die Ertüchtigung der 100 Jahre alten Betonmauern im Osthafen 1 sowie die Sanierung der Sandstein-Kaimauern in der Innenstadt werden in 2016 ff. fortgesetzt. Zudem ist die Sanierung der Stützen der Kleinmarkthalle, die ursprünglich für das Jahr 2015 vorgesehen war, geplant.

Hinsichtlich des Erbpachtvertrags mit der Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH besteht weiterhin ein finanzielles Risiko. Der Verkauf des Grundstückes ist derzeit noch nicht absehbar.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Beziehungen zum Haushalt

Im Jahr 2015 wurde eine Nettodividende für das Geschäftsjahr 2014 von knapp 2,5 Mio. € an den Haushalt der Stadt Frankfurt am Main abgeführt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und der Beirat.

Im Geschäftsjahr 2015 betragen die Bezüge von Herrn Geschäftsführer Karpa 175 T € und die Bezüge von Herrn Geschäftsführer Janicke 126 T €.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2015 betragen 1,1 T €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 05.06.2014 für das Planjahr 2015 und am 21.10.2015 für das Planjahr 2016. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 19.05.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	2.349	2.482	-133	-5,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	192	197	-5	-2,3
Sachanlagen	2.157	2.285	-129	-5,6
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	7.973	7.597	376	5,0
Vorräte	305	308	-3	-1,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.377	7.228	149	2,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	291	61	231	380,9
Rechnungsabgrenzungsposten	24	13	11	89,8
Bilanzsumme	10.346	10.092	254	2,5
PASSIVA				
Eigenkapital	6.268	6.186	82	1,3
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Kapitalrücklage	675	675	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	2.525	2.525	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	3.043	2.961	82	2,8
Rückstellungen	2.690	3.225	-536	-16,6
Verbindlichkeiten	1.361	660	701	106,3
Rechnungsabgrenzungsposten	28	21	7	32,3
Bilanzsumme	10.346	10.092	254	2,5
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	19.387	19.940	-552	-2,8
Gesamtleistung	19.387	19.940	-552	-2,8
sonstige betriebliche Erträge	1.677	825	852	103,2
Materialaufwand	-10.519	-11.274	755	-6,7
Personalaufwand	-2.522	-2.305	-216	9,4
Abschreibungen	-310	-335	25	-7,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.860	-2.069	-792	38,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	4.854	4.782	72	1,5
Finanzergebnis	17	20	-3	-12,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4.871	4.802	69	1,4
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-1.828	-1.841	13	-0,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	3.043	2.961	82	2,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	3.043	2.961	82	2,8
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	52	48	4	8,3
Schiffsgüterumschlag (in t)	2.569.287	2.929.608	-360.321	-12,3
Hafenbahnverkehr (in t)	1.472.707	1.428.310	44.397	3,1
Lagerhaus (in t)	0	2.305	-2.305	-

1.9 KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH

Anschrift: Uhlandstraße 11 60314 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/40 58 73-12 0 69/40 58 73-40	E-Mail/Internet: info@keg-frankfurt.de www.keg-frankfurt.de
-----------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gründung: 26.01.1995	Unternehmensgegenstand: Erwerb, Entwicklung und Veräußerung von Flächen, vorrangig im Stadtgebiet Frankfurt am Main, deren bisherige, insbesondere militärische Nutzung für andere Zwecke, vornehmlich den Wohnungsbau, geändert werden soll. Soweit es wirtschaftlich und städteplanerisch zweckmäßig erscheint, ist die Gesellschaft zudem berechtigt, mittel- und ggf. auch längerfristige Nutzungsverhältnisse (bspw. Vermietung an Dritte) zu begründen. Die Gesellschaft kann auch zum Zwecke der Errichtung von öffentlich geförderten Wohngebäuden Flächen erwerben, bebauen, verwalten und vermieten.
--------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gesellschafter: BSMF Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 40.000 € = 50,00 % 40.000 € = 50,00 % 80.000 € = 100,00 %
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------

Geschäftsführung: Herr Dipl. Ing. Rainer Wrenger

Aufsichtsrat:	10 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr BM Olaf Cunitz
Mandatsträger der Stadt:	Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld Herr BM Olaf Cunitz Herr StR Peter Mensinger Herr Stv Wolfgang Siefert Herr StvVorst Stephan Siegler
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Otmar Adelfang Herr Robert Faktor Herr Heinrich Liman Herr Gerald Lipka Herr Holger Tracht

Satzungsmäßige Besetzung: 10 Mitglieder, davon entsendet jeder Gesellschafter 5	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.
----------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Die BSMF Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH, Mitgesellschafterin der KEG, fungiert als Geschäftsbesorgerin. Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit im Berichtsjahr waren u. a.:

- Fertigstellung der Neubauten im Gerhart-Hauptmann-Ring,
- Fertigstellung der Häuser Höhenstraße 25 und 29,
- Weitgehende Fertigstellung der Obergeschosse im Allmeygang 8,
- Veräußerung des Objekts Berger Straße 328.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2015 beträgt 109,5 Mio. €. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Erhöhung um 10,8 Mio. €. Auf der Aktivseite haben sich die Grundstücke mit Wohnbauten von 42,9 Mio. € auf 68,8 Mio. € erhöht. Dies betraf im Wesentlichen die Zugänge der Objekte Kameliensstraße 1, Breuerwiesenstraße (Haus 1 und 2), Gerhart-Hauptmann-Ring, Flinschstraße und die Baufelder in der Parkstadt I für das Mehrfamilienhaus. Die Anlagen im Bau haben sich von 15,8 Mio. € auf 5,6 Mio. € verringert; davon betreffen 2,4 Mio. € das Objekt Flinschstraße.

Passivisch sind insbesondere die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber der Stadt Frankfurt am Main von 20,5 Mio. € auf 30,4 Mio. € angestiegen; davon

21,5 Mio. € mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren. Der Anstieg des Anlagevermögens im Zuge der intensivierten Geschäftstätigkeit hat zu einer um rd. 10 Mio. € höheren Inanspruchnahme von Darlehen der Stadt Frankfurt am Main und einer Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten geführt. Der Finanzmittelbestand ist gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Mio. € auf 0,4 Mio. € gesunken. Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit (17,7 Mio. €) und dem laufenden Geschäft (1,7 Mio. €) konnte durch die Kreditfinanzierung (17,9 Mio. €) nicht vollständig kompensiert werden. Der Überhang des kurzfristigen Fremdkapitals gegenüber den flüssigen Mitteln und kurzfristigen Forderungen und Vermögensgegenständen beträgt rd. 21 Mio. € und ist damit gegenüber dem Vorjahr (16 Mio. €) noch gestiegen.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2015 schließt mit einem Fehlbetrag von -310 T € (Vj. Überschuss von 362 T €). Während sich die Erlöse aus Grundstücksverkäufen um 1,5 auf 4,4 Mio. € verringert haben, ist der Aufwand für Verkaufsgrundstücke nur um 1,3 Mio. € auf 4,7 Mio. € gesunken. Hinzu kommt eine Verminderung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen um 0,6 Mio. € gegenüber einer Erhöhung im Vorjahr von 0,5 Mio. €.

B. Ausblick

Für 2016 sind insbesondere folgende Projekte geplant:

- Fertigstellung 2. Bauabschnitt Parkstadt I,
- Fertigstellung Objekt Melchiorstraße 10,
- Fertigstellung Objekt Allmeygang 8,
- Förderantrag für Mittel aus dem Programm „Stadtumbau in Hessen“ im Zusammenhang mit dem Städtebaulichen Entwicklungskonzept Griesheim.

Die in 2016 geplanten Verkaufs- und Mieterlöse werden die laufenden Aufwendungen im Geschäftsjahr aller Voraussicht nach decken.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Die KEG hat von der Stadt Frankfurt am Main Gesellschafterdarlehen erhalten, die zum Stichtag 31.12.2015 mit 30,4 Mio. € ausgewiesen sind.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	94.355	77.890	16.465	21,1
Sachanlagen	94.355	77.890	16.465	21,1
Finanzanlagen	0	0	0	0,0
Umlaufvermögen	14.891	20.593	-5.702	-27,7
Vorräte	12.670	15.765	-3.094	-19,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.396	1.587	-190	-12,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	824	3.242	-2.418	-74,6
Rechnungsabgrenzungsposten	251	244	7	2,9
Bilanzsumme	109.497	98.728	10.770	10,9
PASSIVA				
Eigenkapital	6.930	7.240	-310	-4,3
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	80	80	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	3.905	3.905	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	3.255	2.893	362	12,5
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-310	362	-672	-185,6
Rückstellungen	3.913	11.056	-7.143	-64,6
Verbindlichkeiten	95.803	77.510	18.292	23,6
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	60.174	51.775	8.400	16,2
Passive latente Steuern	2.797	2.873	-76	-2,6
Rechnungsabgrenzungsposten	55	48	7	13,6
Bilanzsumme	109.497	98.728	10.770	10,9
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	9.296	9.828	-532	-5,4
Bestandsänderung UE / FE	-626	520	-1.146	-220,6
Gesamtleistung	8.669	10.347	-1.678	-16,2
sonstige betriebliche Erträge	334	643	-309	-48,0
Materialaufwand	-5.839	-7.142	1.303	-18,2
Personalaufwand	-15	-14	-1	5,8
Abschreibungen	-1.274	-1.073	-201	18,7
sonstige betriebliche Aufwendungen	-741	-897	156	-17,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	1.135	1.864	-729	-39,1
Finanzergebnis	-1.413	-1.184	-228	19,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-277	680	-957	-140,8
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-33	-318	285	-89,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-310	362	-672	-185,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-310	362	-672	-185,6
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	1	0	1	-

1.10 Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Anschrift: Lindleystraße 14 60314 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/2 12-3 36 98 0 69/2 12-4 76 47	E-Mail/Internet: info@hfm-frankfurt.de www.hfm-frankfurt.de
Gründung: 01.01.1968	Unternehmensgegenstand: Abhaltung und Unterstützung sowie die Förderung der Abhaltung von Märkten (Großmarkt für Lebensmittel, insbesondere für Obst und Gemüse, Einzelhandelsmarkthallen in der Innenstadt und im Stadtteil Höchst sowie offene Märkte) nach Maßgabe der Marktordnung der Stadt Frankfurt am Main, ggf. auch die Schließung sowie Auflösung der städtischen Märkte, wobei eine Übertragung des Geschäftsbetriebs auf Dritte möglich ist. Darüber hinaus besteht der Zweck des Eigenbetriebes auch in der Bereitstellung von Gewerbe- und sonstigen Flächen, inklusive deren Erwerb, Entwicklung und Verkauf.	
Träger: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 1.278.230 € = 100,00 %	
Betriebsleitung: Herr Herbert Janicke Herr Ralf Karpa		
Betriebskommission:	14 Mitglieder	
Betriebskommissionsvorsitz:	Herr StR Michael Paris	
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Uwe Becker Herr StR Markus Frank Herr Stv Martin Gerhardt Frau Stv Ursula auf der Heide Frau StRin Rosemarie Heilig Frau Stv Christiane Loizides Herr StR Peter Mensinger Herr StR Michael Paris Herr Stv Jochen Vielhauer Herr Stv Arnold Weber	
Weitere Kommissionsmitglieder:	Herr Thorsten Blum (AN) Frau Jutta Ehret Frau Sabine Kiepfer (AN) Herr Dr. Andreas Theiss	
Satzungsmäßige Besetzung: 14 Mitglieder, davon 2 Vertreter des Personalrats und 2 von der Stadt berufene wirtschaftlich oder technisch besonders erfahrene Personen	Unterjährige Veränderung in der Betriebskommission: Ausgeschiedene Mitglieder: Frau Stv Dominike Pauli (bis 15.07.2015)	Neue Mitglieder: Herr Stv Jochen Vielhauer (seit 16.07.2015)
Beteiligungen: Frischezentrum Frankfurt am Main - Großmarkt GmbH	Kapitalanteile: 1.688.100 € = 25,00 %	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Seit dem 01.01.2007 hat der Eigenbetrieb seinen gesamten Geschäftsbetrieb an die HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mbH verpachtet. Die Unternehmenstätigkeit beschränkt sich im Wesentlichen auf die Vermögensverwaltung und die Betreuung des an die HFM gestellten Personals. Die Erlöse des Eigenbetriebes werden aus dem

Pachtzins und der Erstattung der unmittelbaren Personalkosten erwirtschaftet sowie aus der Darlehensgewährung an das Frischezentrum.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich von 34,3 Mio. € auf 34,5 Mio. € erhöht.

Die Aktivseite ist geprägt durch Finanzanlagen von 18 Mio. € (Vj. 19,8 Mio. €) und durch Forderungen

an die Stadt Frankfurt am Main von 8,7 Mio. € (Vj. 8,6 Mio. €), welche aus dem Guthaben bei der Stadtkasse resultieren. Der Rückgang des Finanzanlagevermögens betrifft die planmäßige Tilgung von Darlehen durch das Frischezentrum. Bei den Sachanlagen schlagen nachträgliche Anpassungen der Anschaffungskosten von Grundstücken (-0,8 Mio. €) und ein Grundstücksverkauf (2,7 Mio. €) zu Buche. Auf der Passivseite haben sich die langfristigen Rückstellungen um 0,1 Mio. € und die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (14,4 Mio. €) um 1,9 Mio. € im Wesentlichen durch planmäßige Tilgungen reduziert. Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt haben sich aufgrund einer Grundstücksübertragung erhöht. Die Zahlung des Kaufpreises erfolgte in 2016.

Das Eigenkapital hat sich bedingt durch den Jahresgewinn leicht auf 10,3 Mio. € erhöht. Die bilanzielle Eigenkapitalquote der Marktbetriebe beträgt zum Abschlussstichtag 30 % (Vj. 29,9 %). Der Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit (2,7 Mio. €) konnte den Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (0,7 Mio. €) und den Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (2 Mio. €) ausgleichen. Dadurch hat sich der Finanzmittelfonds von 8,6 Mio. € auf 8,7 Mio. € erhöht.

Zur Erfolgslage

Zum 31.12.2015 erzielte der Betrieb einen Gewinn von 176 T € (Vj. 89 T €). Die Umsatzerlöse (753 T €) bestehen aus Personalkostenerstattungen (354 T €), Pachtumsatzerlösen (395 T €) und Pachterlösen aus Anlagevermögen (4 T €). Aufgrund von geringeren Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen haben sich die sonstigen betrieblichen Erträge (20 T €) um 141 T € reduziert. Der Personalaufwand hat sich u. a. infolge der geringeren Mitarbeiterzahl gegenüber dem Vorjahr von 595 T € auf 480 T € reduziert. Auch die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (121 T €) sind gegenüber dem Vorjahr um 252 T € gesunken. Dies ist im Wesentlichen auf geringere nicht aktivierbare Planungskosten im Zusammenhang mit der Sanierung der Kleinmarkthalle zurückzuführen. Die Steuern vom Einkommen und Ertrag sind gegenüber dem

Vorjahr angestiegen, wobei sich der Aufwand aus der Gewerbe- und Körperschaftsteuer um 108 T € verringerte. Auf die Auflösung von latenten Steuern ist ein Betrag von -7 T € zurückzuführen.

B. Ausblick

Sowohl das Jahresergebnis als auch das Risiko-früherkennungssystem stehen in engem Zusammenhang mit der HFM GmbH. So existiert ein informelles System zur Risikofrüherkennung, mit dem die wirtschaftliche Entwicklung der Märkte und Beteiligungen fortlaufend beobachtet wird. Die Entwicklung der Wochenmärkte und der Kleinmarkthalle ist weiterhin stabil und gewährleistet damit eine solide Ertragslage aus der Betriebspacht.

Hinsichtlich des Erbpachtvertrags mit der Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH besteht weiterhin ein finanzielles Risiko durch den Ausfall von Zinserträgen, welche durch eine mögliche Kündigung des Darlehensvertrages hervorgerufen werden könnten.

Für das Jahr 2016 wird mit einem planmäßigen Geschäftsverlauf und einem positiven Geschäftsergebnis gerechnet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Betriebsleitung und die Betriebskommissionsorgane des Eigenbetriebs in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 05.06.2014 für das Planjahr 2015 und am 21.10.2015 für das Planjahr 2016. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 19.05.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	25.516	25.471	45	0,2
Sachanlagen	7.553	5.628	1.926	34,2
Finanzanlagen	17.963	19.843	-1.880	-9,5
Umlaufvermögen	8.935	8.829	106	1,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.838	8.694	144	1,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	97	135	-38	-28,4
Bilanzsumme	34.451	34.300	151	0,4
PASSIVA				
Eigenkapital	10.334	10.247	87	0,8
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	1.278	1.278	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	8.880	8.880	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	176	89	87	97,4
Rückstellungen	4.625	5.336	-711	-13,3
Verbindlichkeiten	19.147	18.365	782	4,3
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16.311	0	16.311	-
Passive latente Steuern	344	351	-7	-1,9
Bilanzsumme	34.451	34.300	151	0,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	753	837	-84	-10,1
Gesamtleistung	753	837	-84	-10,1
sonstige betriebliche Erträge	20	161	-141	-87,7
Materialaufwand	0	0	0	-
Personalaufwand	-480	-595	116	-19,4
Abschreibungen	-10	-11	2	-14,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-121	-373	252	-67,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	163	20	144	733,1
Finanzergebnis	142	129	13	10,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	305	148	157	105,7
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-129	-59	-70	118,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	176	89	87	97,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	176	89	87	97,4
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	8	9	-1	-11,1

1.10.1 Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH

Anschrift: Josef-Eicher-Straße 10 60437 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/50 77 598-0 0 69/50 77 598-150	E-Mail/Internet: info@frische-zentrum-frankfurt.de www.frische-zentrum-frankfurt.de
Gründung: 29.01.2002	Unternehmensgegenstand: Betrieb eines Frischezentrums mit allen dafür erforderlichen Teilfunktionen.	
Gesellschafter: Händler/-innen Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main Interessengemeinschaft Großmarkt Frankfurt e. V.	Kapitalanteile: 5.060.450 € = 74,94 % 1.688.100 € = 25,00 % 4.150 € = 0,06 % 6.752.700 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Ltd. Magistratsdirektor Adolf Kannengießer (bis 30.09.2015) Frau Silke Pfeffer (seit 01.07.2015)		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	12 Mitglieder Herr StR Claus Möbius Herr StR Markus Frank Herr StR Peter Mensinger Herr StR Claus Möbius	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Kristian Furch Herr Jürgen Gärtner Herr Clemens Götzinger Herr Wolfgang Lindner Herr Thomas Nassall Herr Ercan Satir Herr Ralf Wisser Frau Halime Yalcin Herr Ruhi Yavuz	
Satzungsmäßige Besetzung: 12 Mitglieder	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat: Ausgeschiedene Mitglieder: Frau Meltem Tekirdag (bis 08.09.2015)	Neue Mitglieder: Herr Kristian Furch (seit 09.09.2015)

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Die Gesellschaft hat mit den Marktbetrieben einen Erbbaurechtsvertrag über das Gelände des Frischezentrums geschlossen. Zur Finanzierung der Errichtung des Frischezentrums wurden Darlehen seitens der Marktbetriebe in Anspruch genommen. Ein Hauptaugenmerk lag im Berichtsjahr auf der Prüfung von Möglichkeiten zur finanziellen Entlastung durch eine Umfinanzierung der Darlehen sowie eines Erwerbs des Erbbaugrundstücks durch die Gesellschaft. Die Vermietungssituation in der Verkaufshalle (Halle A) ist gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Mit einer stichtagsbezogenen Vermietungsquote von 98,5 % wurde fast eine

Vollauslastung erzielt. Die Vermietungsquote in der Lagerhalle (Halle B) hat sich von 66,1 % auf 79,3 % verbessert. Die Büroflächen waren zu 76,4 % ausgelastet (Vj. 59,1 %). Zum 31.12.2015 waren damit 79 % der Flächen im Frischezentrum vermietet. Damit ist der Vermietungsstand gegenüber dem Vorjahresstichtag um 13 Prozentpunkte gestiegen. Der Contracting-Vertrag für technische Gebäudeleistungen war zum 31.12.2014 ausgelaufen. Im Jahr 2015 wurde das Gebäudemanagement von einer anderen Firma übernommen. Das anhängige Verfahren aufgrund des mangelhaften Asphaltbodens in der Halle konnte in 2015 nicht beendet werden.

Aufgrund des Mangels an qualifiziertem Fachpersonal konnten in 2015 nicht alle Vakanzen besetzt werden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich von 29,3 Mio. € auf 27,1 Mio. € reduziert. Auf der Aktivseite ist insbesondere das Anlagevermögen aufgrund planmäßiger Abschreibungen um 1,5 Mio. € auf 22,3 Mio. € gesunken. Passivisch haben sich die Verbindlichkeiten um 2,2 Mio. € auf 20,3 Mio. € verringert. Letzteres beruht insbesondere auf der Tilgung der Darlehen der Marktbetriebe. Zum Stichtag bestand hier noch eine Restschuld von rd. 16,3 Mio. €. Der Finanzmittelfonds hat sich um 611 T € auf 766 T € verringert. Der Mittelabfluss aus der Finanzierung (2.940 T €) und der Investitionstätigkeit (20 T €) konnte aus dem Cash-Flow des laufenden Geschäfts (2.349 T €) nicht gedeckt werden.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2015 schließt mit einem Jahresüberschuss von 43 T € gegenüber einem Jahresfehlbetrag von -161 T € im Vorjahr. Die Umsatzerlöse des Vorjahres konnten aufgrund unterjährig leerstehender Flächen nicht erreicht werden. Die Umsatzrentabilität ist demgegenüber jedoch von -2,3 auf 0,6 % gestiegen. Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ist ein Rückgang zu verzeichnen, der auf im Vergleich zum Vorjahr geringeren Schadensersatzzahlungen sowie einer geringeren Auflösung von Rückstellungen beruht. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind aufgrund geringerer Umbau- und Mietvorbereitungskosten sowie geringerer Forderungsverluste gesunken. Daneben waren in 2014 Aufwendungen für den Frische-Erlebnis-Tag enthalten. Aufgrund der Inflationsindexierung war dagegen seit September 2014 ein höherer Erbbauzins zu zahlen.

Im Jahresergebnis sind neutrale Erfolgsbestandteile von insgesamt -155 T € enthalten. Ohne das „neutrale“ Ergebnis würde sich demnach ein Ergebnis von 198 T € ergeben.

B. Ausblick

Die gesamtwirtschaftliche Lage wird sich voraussichtlich auch in 2016 widerspiegeln. Durch das veränderte Konsumverhalten, insbesondere bei der Nachfrage von regionalen Produkten sowie den steigenden Trends zu vegetarischer oder veganer Kost, ist der rückläufige Trend im Großmarktgeschäft jedoch gestoppt. Aufgrund der Nachfrage von Händler/-innen nach weiteren Lagerflächen wird mit einer weiteren Verbesserung der Vermietungsquote in der Lagerhalle gerechnet. Die Gespräche mit Kreditinstituten, Händlergesellschaften/-innen und der Stadt Frankfurt am Main werden mit dem Ziel weitergeführt, die bestehenden Darlehensverbindlichkeiten umzustrukturieren und das Recht zum Ankauf des Grundstücks aus dem Erbbaupertrag auszuüben. Für das Geschäftsjahr 2016 wird ein Jahresüberschuss prognostiziert.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Er wird belegt durch die Struktur der Gesellschaft mit mehrheitlicher Beteiligung diverser privater, am Markt tätiger Firmen. Hierin zeigen sich die Akzeptanz und die Bedeutung des Frischezentrums für den Wirtschaftszweig.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	22.327	23.804	-1.477	-6,2
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	-1	-45,5
Sachanlagen	22.326	23.802	-1.476	-6,2
Umlaufvermögen	2.700	3.354	-654	-19,5
Vorräte	40	0	40	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.908	2.021	-112	-5,6
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	751	1.333	-582	-43,6
Aktive latente Steuern	2	2	0	14,2
Rechnungsabgrenzungsposten	2.101	2.148	-47	-2,2
Bilanzsumme	27.130	29.308	-2.177	-7,4
PASSIVA				
Eigenkapital	6.450	6.407	43	0,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	6.753	6.753	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-346	-185	-161	87,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	43	-161	205	-126,9
Rückstellungen	426	454	-28	-6,2
Verbindlichkeiten	20.250	22.440	-2.190	-9,8
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	214	213	1	0,5
Rechnungsabgrenzungsposten	4	7	-3	-39,6
Bilanzsumme	27.130	29.308	-2.177	-7,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	6.822	7.061	-240	-3,4
Gesamtleistung	6.822	7.061	-240	-3,4
sonstige betriebliche Erträge	224	516	-293	-56,7
Materialaufwand	0	0	0	-
Personalaufwand	-402	-452	50	-11,0
Abschreibungen	-1.498	-1.499	1	-0,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.823	-4.384	561	-12,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	1.322	1.243	80	6,4
Finanzergebnis	-1.059	-1.205	146	-12,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	263	38	225	590,5
Steuern	-220	-199	-20	10,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	43	-161	205	-126,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	43	-161	205	-126,9
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	7	8	-1	-12,5
Vermietungsstand (in %)	79	66	13	20,0

1.11 Messe Frankfurt GmbH und Konzern

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Ludwig-Erhard-Anlage 1 60327 Frankfurt am Main	0 69/75 75-0 0 69/75 75-64 33	info@messefrankfurt.com www.messefrankfurt.com
Gründung:	Unternehmensgegenstand:	
22.11.1907	Förderung der Wirtschaft durch Veranstaltung von Messen und Ausstellungen im In- und Ausland, durch Veranstaltung oder Durchführung von Kongressen und Tagungen und durch alle mit den Messe-, Ausstellungs-, Kongress- und Tagungsgeschäften zusammenhängenden Tätigkeiten. Zur Erfüllung dieses Zwecks unterhält die Gesellschaft Messe- und Ausstellungsanlagen sowie Kongress- und Tagungsräume, die sie für die Veranstaltungen nutzt oder gegen angemessenes Entgelt vermietet. Die Gesellschaft ist auch berechtigt, auf ihrem Gelände Veranstaltungen sportlicher, kultureller oder sonstiger Art durchzuführen oder ihre Anlagen für solche Zwecke zu vermieten.	
Gesellschafter:	Kapitalanteile:	
Stadt Frankfurt am Main	108.000.000 € = 60,00 %	
Land Hessen	72.000.000 € = 40,00 %	
	180.000.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung:		
Herr Uwe Behm		
Herr Detlef Braun		
Herr Wolfgang Marzin		
Aufsichtsrat:	21 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr OB Peter Manuel Feldmann	
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Uwe Becker Herr BM Olaf Cunitz Herr OB Peter Manuel Feldmann Herr StR Markus Frank Herr Stv Manuel Stock	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Jörn Apfelstädt (AN) Herr Staatsmin Tarek Al-Wazir Herr Staatsmin Peter Beuth Frau Britta Böcher (AN) Herr Wolfgang Dimmer (AN) Herr Bernd Ehinger Frau Jetta-Katharina Junk (AN) Herr Alexander Kaiser (AN) Herr Christian Klingler Herr Andreas Pipperek (AN) Herr StR Dr. Lutz Raettig Herr Heinrich Riethmüller Frau Christiane Rüdiger (AN) Herr Staatsmin Dr. Thomas Schäfer Herr Dr. Martin Viessmann Herr Hamid Yazdtschi	
Satzungsmäßige Besetzung:	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat:	
21 Mitglieder davon 7 Vertreter der Arbeitnehmer	Ausgeschiedene Mitglieder:	Neue Mitglieder:
	Herr Jürgen Engel (AN) (bis 19.08.2015)	Herr Alexander Kaiser (AN) (seit 20.08.2015)
	Herr Alexander Neumann (AN) (bis 19.08.2015)	Herr Andreas Pipperek (AN) (seit 20.08.2015)
	Herr Prof. Dr. Gottfried Honnefelder (bis 19.08.2015)	Herr Heinrich Riethmüller (seit 20.08.2015)
	Herr Peter Saalmüller (AN) (bis 19.08.2015)	Frau Christiane Rüdiger (AN) (seit 20.08.2015)
	Herr Peter Thomaschewski (AN) (bis 19.08.2015)	Frau Jetta-Katharina Junk (AN) (seit 20.08.2015)

Beteiligungen:

Messe Frankfurt Exhibition GmbH, Frankfurt am Main
 Messe Frankfurt Venue GmbH, Frankfurt am Main

Kapitalanteile:

25.000.000 € = 100,00 %
 151.000.000 € = 100,00 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015**Allgemeines**

Die Strategie der fortwährenden Internationalisierung hat die Wirtschaftskraft des Konzerns Messe Frankfurt in den vergangenen Jahren beständig gesteigert. Ende 2015 verfügte die Unternehmensgruppe Messe Frankfurt GmbH neben der Muttergesellschaft Messe Frankfurt GmbH über neun inländische, 21 ausländische Tochtergesellschaften, sechs Niederlassungen sowie 55 Sales Partner, die in 175 Ländern aktiv sind.

Das weltwirtschaftliche Expansionstempo blieb im Jahr 2015 gedämpft. Das Wachstum in den Entwicklungs- und Schwellenländern – die zu 70 % zum weltweiten Wachstum beitragen – hat im fünften Jahr in Folge abgenommen, während sich in den Industrieländern die wirtschaftliche Erholung in bescheidenem Rahmen fortgesetzt hat. Die Wachstumsdynamik Chinas nimmt weiterhin allmählich ab, was eine seit einigen Jahren anhaltende, strukturell bedingte Tendenz reflektiert.

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2015 gekennzeichnet durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum. Getragen wurde der Konjunkturaufschwung von der Binnennachfrage und hier zum überwiegenden Teil vom Konsum, befördert von höheren Realeinkommen sowie der Ausweitung der Beschäftigung. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt um 1,7 % höher als im Vorjahr.

Unter diesen Rahmenbedingungen hat die Unternehmensgruppe Messe Frankfurt weltweit 133 Messen und Ausstellungen (Vj. 121) durchgeführt, zu denen 90.772 Aussteller (Vj. 84.708) und 4,2 Mio. Besucherinnen und Besucher (Vj. 3,1 Mio.) kamen. Es wurden insgesamt vom Konzern rund 2,7 Mio. qm Nettofläche vermietet. Neben den o. g. Veranstaltungen gab es am Messeplatz Frankfurt noch 208 Kongresse und Events mit 561.000 Besuchern. Insgesamt besuchten im Berichtsjahr 4,7

Millionen Menschen die Veranstaltungen des Konzerns Messe Frankfurt GmbH.

Am Standort Frankfurt fanden insgesamt 38 Messen und Fachausstellungen statt, darunter 15 konzern-eigene Veranstaltungen mit 18.400 Ausstellern (Vj. 21.600). Bei diesen Eigenveranstaltungen wurden mehr als 678.000 (Vj. 834.900) Besucherinnen und Besucher registriert. Die diesbezüglich vermietete Gesamtnettofläche lag bei 786.300 qm (Vj. 903.900 qm). Bei den konzern-eigenen Messveranstaltungen in Frankfurt am Main kamen im Berichtsjahr 71,1 % der Aussteller (Vj. 73,4 %) aus dem Ausland. Auf der Besucherseite lag der Internationalitätsgrad bei 47,2 % (Vj. 47,9 %). Die durchschnittlichen Internationalitätsgrade für Veranstaltungen am Messeplatz Deutschland beziffert der Ausstellungs- und Messeausschuss der deutschen Wirtschaft (AUMA e.V.) mit 58 % auf der Ausstellerseite bzw. 27 % bei den Besuchern. Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie organisierte und betrieb die Messe Frankfurt den Deutschen Pavillon auf der EXPO 2015 in Mailand, den zwischen dem 01.05. und 30.10. rund drei Millionen Gäste besuchten. Damit wurde die maximale Besucherkapazität ausgelastet. 6.000 Delegationsteilnehmerinnen und Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft waren zu Gast im Deutschen Pavillon. Am Messeplatz Frankfurt kommt neben den Eigenveranstaltungen der Messe Frankfurt auch den Gastveranstaltungen eine große Bedeutung zu. Im Geschäftsjahr 2015 fanden 23 Gastmessen statt. Das Auslandsgeschäft (Messen und Services außerhalb Deutschlands) hatte auch 2015 einen wesentlichen Anteil am Geschäftserfolg des Konzerns Messe Frankfurt. Von den Tochtergesellschaften im Ausland wurden insgesamt 86 Messen (Vj. 77) mit 48.600 (Vj. 42.900) Ausstellern und über 1,7 Mio. (Vj. 1,5 Mio.) Besuchern auf 1.240.600 qm (Vj. 1.060.600 qm) veranstaltet. Regionaler Schwerpunkt des Auslandsgeschäfts war nach wie vor Asien mit 49 Veranstaltungen, von denen allein 27 auf China entfielen. Die Messe

Frankfurt engagiert sich auch weiterhin in den attraktiven Märkten des Wirtschaftsraums EMEA (Europe, Middle East, Africa) mit 25 sowie in Nord- und Südamerika mit zwölf Messeveranstaltungen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme der Messe Frankfurt GmbH ist um rund 15,9 Mio. € auf 511,7 Mio. € gestiegen. Das Anlagevermögen (341,6 Mio. €) der Gesellschaft ist im Wesentlichen geprägt durch die Finanzanlagen (330,9 Mio. €). Sie machen allein rund 64,7 % der Bilanzsumme aus und beinhalten ausschließlich die von der Gesellschaft gehaltenen Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen. Es wurden Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen von 5,1 Mio. € insbesondere für Hard- und Softwareausstattung vorgenommen, denen Abschreibungen von 3,8 Mio. € und Anlagenabgänge von 0,2 Mio. € gegenüberstanden. Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 8,3 Mio. € auf 169,3 Mio. € erhöht. Die Forderungen sind insgesamt um 8,5 Mio. € auf 41,4 Mio. € zurückgegangen. Dabei stand dem Rückgang bei den Forderungen gegen verbundene Unternehmen um 9,8 Mio. € ein Anstieg bei den sonstigen Vermögensgegenständen von 1,3 Mio. € gegenüber. Auf der Passivseite wird aufgrund der im Berichtsjahr beschlossenen Gewinnverwendung des Bilanzergebnisses 2014 (Ausschüttung von 13 Mio. €) sowie des erzielten Jahresüberschusses von 26,8 Mio. € ein gegenüber dem Vorjahr um 13,8 Mio. € erhöhtes Eigenkapital von 380,3 Mio. € ausgewiesen. Dies entspricht wie im Vorjahr einer Eigenkapitalquote von rund 74,3 %.

Zur Erfolgslage

Die Messe Frankfurt GmbH weist im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss von 26,8 Mio. € nach 25,3 Mio. € im Geschäftsjahr 2014 aus. Nach Abzug aller Aufwandspositionen von 53,8 Mio. € (Vj. 51,2 Mio. €) und nach Hinzurechnung des positiven Finanzergebnisses von 33 Mio. € (Vj. 29,4 Mio. €) ergibt sich ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von rund 31,3 Mio. € (Vj. 28,8 Mio. €). Im Geschäftsjahr 2012 wurden Ergebnisabführungsverträge mit der Messe Frank-

furt Exhibition GmbH und der Messe Frankfurt Venue GmbH abgeschlossen. Bedingt durch die Ausgliederung des operativen Geschäfts auf die beiden genannten Tochtergesellschaften in den Jahren 2003 bzw. 2004 resultiert der Umsatz bei der Messe Frankfurt GmbH (Holding) im Wesentlichen aus der Bereitstellung der zentralen Verwaltungsdienstleistungen sowie aus Umlagen für das Unternehmensmarketing an ihre Tochtergesellschaften am Messeplatz Frankfurt. Im Jahr 2015 betrug der Umsatz 50 Mio. € (Vj. 48 Mio. €).

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Die Messe Frankfurt Exhibition GmbH erzielte ein Ergebnis vor Ertragsteuer bzw. Ertragsteuerumlage von 22,6 Mio. € (Vj. 26,3 Mio. €). Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere dadurch begründet, dass ungerade Jahre aufgrund des Mehrjahresturnus einiger Veranstaltungen aus Sicht der Messe Frankfurt Exhibition GmbH ergebnisschwächere Geschäftsjahre sind. Das Finanzergebnis hingegen hat sich mit 25,6 Mio. € aufgrund höherer Beteiligungserträge der Tochtergesellschaften um 0,5 Mio. € verbessert. Nach Abzug der Ertragsteuer bzw. der Ertragsteuerumlage von 4,6 Mio. € verbleibt bei der Messe Frankfurt Exhibition GmbH ein Jahresüberschuss von rund 21 Mio. €

(Vj. 21,7 Mio. €), der jedoch infolge des im Jahr 2012 abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrages vollständig an die Messe Frankfurt GmbH abgeführt wurde. Auch die inländische MESAGO Messe Frankfurt GmbH in Stuttgart trägt mit einem Ergebnis vor Steuern und Gewinnabführung von 5,9 Mio. € (Vj. 8,8 Mio. €) einen wesentlichen Anteil zum Konzernerfolg bei. Für die Messe Frankfurt Venue GmbH war das Geschäftsjahr 2015 ergebnisstärker, da turnusbedingt die großen Gastveranstaltungen IAA Pkw und ACHEMA stattfanden. Auch das Finanzergebnis fiel mit 6,3 Mio. € um 1 Mio. € höher aus als im Vorjahr. Zum einen hat sich das Zinsergebnis per saldo von -4,9 Mio. € auf -4,3 Mio. € verbessert und zum anderen sind die Ergebnisabführungen der Tochtergesellschaften Messe Frankfurt Medien und Service GmbH und

Accente Gastronomie Service GmbH gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 0,4 Mio. € auf 10,5 Mio. € gestiegen. Nach Berücksichtigung der Grundsteuern in Höhe von 3,1 Mio. € und der Ertragsteuerumlage von 2,5 Mio. € resultiert hieraus ein Jahresüberschuss von 6,4 Mio. € (Vj. 1,8 Mio. €), der aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages an die Muttergesellschaft abgeführt wurde.

Die Konzernbilanzsumme beläuft sich auf 888 Mio. € (Vj. 863,5 Mio. €). Das Anlagevermögen des Konzerns Messe Frankfurt von 587,4 Mio. € (Vj. 599,7 Mio. €) ist im Wesentlichen geprägt durch die Grundstücke und Gebäude sowie die Messerechte und Firmenwerte. Im Berichtsjahr wurden darüber hinaus Investitionen von rund 45,5 Mio. € vorgenommen (Vj. 55,8 Mio. €). Davon entfielen 16,8 Mio. € auf immaterielle Vermögensgegenstände insbesondere in Form von Veranstaltungsrechten und Firmenwerten durch den Erwerb der Anteile an den Gesellschaften ITEMF Expo A. O. in Russland, Yeni Dünya Fuarcilik Anonim Sirketi in der Türkei und Messe Frankfurt New Era Business Media Ltd. in Hongkong (China). Die restlichen Zugänge entfielen auf Softwarelizenzen. Weitere 28,8 Mio. € wurden in Sachanlagen investiert, wobei 17,8 Mio. € auf Anlagen im Bau verbucht wurden, die hauptsächlich die Kosten für die neue Halle 12 sowie die technische Sanierung der Halle 6 und die Erweiterung der Via Mobile betreffen. 7,2 Mio. € entfielen auf Betriebs- und Geschäftsausstattungen sowie 1,8 Mio. € auf Betriebsvorrichtungen in den Hallen. Die restlichen Zugänge betreffen kleinere Infrastrukturmaßnahmen. Auf der Passivseite wird für das Eigenkapital aufgrund des im Geschäftsjahr erzielten Jahresüberschusses (38,2 Mio. €), der erfolgten Ausschüttungen (17,1 Mio. €), der Veränderung des Minderheitskapitals (1,1 Mio. €) sowie der Veränderung der Eigenkapitaldifferenz aus der Fremdwährungsumrechnung (+2,9 Mio. €) ein Wert von 475,5 Mio. € bilanziert, der um 22,3 Mio. € über dem Vorjahr (453,2 Mio. €) liegt. Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von rund 53,5 % und führt zu einer Anlagendeckung 1. Grades von rund 81 %. Der Konzern weist einen Jahresüberschuss von 38,2 Mio. € nach 33,4 Mio. € im Geschäftsjahr 2014

aus. Die hieraus resultierende Umsatzrendite nach Steuern beträgt 5,9 % (Vj. 6 %). Im Verhältnis zum Eigenkapital errechnet sich eine Rendite von 8,4 % (Vj. 7,8 %).

Mit 51,8 Mio. € lag das Ergebnis vor Ertragsteuern um 4,5 Mio. € bzw. 9,5 % über dem des Vorjahres (47,3 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Erträge (29,8 Mio. €) beinhalten neben dem laufenden Ertrag aus der jährlichen Auflösung des Sonderpostens zum Finanzierungsbeitrag (2,2 Mio. €) im Wesentlichen Erträge aus Kursdifferenzen von 18,7 Mio. €, der Auflösung von Rückstellungen (3,5 Mio. €) für aus zeitlichen Gründen unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen sowie Erträge aus wertberichtigten Forderungen (1,1 Mio. €). Den Erlösen stehen betriebliche Aufwendungen von insgesamt 619,2 Mio. € (Vj. 519,1 Mio. €) gegenüber. Sie sind damit um 100,1 Mio. € bzw. 19,3 % höher ausgefallen als im Vorjahr. Den höchsten Anteil bei den Aufwendungen haben die veranstaltungsbezogenen Aufwendungen mit 331,4 Mio. € nach 266,2 Mio. € im Jahr 2014. Trotz der starken Geschäftsausweitung ist die Personalkostenquote von 23,6 % im Vorjahr auf 22,6 % im Berichtsjahr zurück gegangen. Die Abschreibungen sind aufgrund der durchgeführten Investitionsmaßnahmen mit 55,5 Mio. € um 3,5 Mio. € höher ausgefallen. Sonstige betriebliche Aufwendungen wurden in Höhe von 85,8 Mio. € verbucht und liegen damit um 15,5 Mio. € über dem Vorjahr. Diese Position beinhaltet alle Aufwendungen, die nicht direkt mit den Veranstaltungen in Zusammenhang stehen, z. B. Bürokosten, Leiharbeitskräfte, Aufwendungen aus Kursdifferenzen sowie Beratung und Unternehmensmarketing. Der Anstieg resultiert insbesondere aus höheren Aufwendungen aus Kursdifferenzen, aus Abgängen von Anlagevermögen sowie aus Aufwendungen für Leiharbeitskräfte. Das Finanzergebnis bzw. Zinsergebnis ist mit -1,9 Mio. € etwas besser ausgefallen als im Vorjahr (-2,4 Mio. €). Während die Zinserträge mit 1,5 Mio. € um 0,1 Mio. € höher ausgefallen sind, haben sich die Zinsaufwendungen mit 3,5 Mio. € um 0,4 Mio. € gegenüber Vorjahr reduziert. Die Zinsaufwendungen resultieren im Wesentlichen aus dem Bankdarlehen der Messe Frankfurt Venue GmbH, das zur

Finanzierung des Baus der Halle 3 aufgenommen wurde. Aufgrund der planmäßigen Tilgung von insgesamt 10,3 Mio. € hat sich der Zinsaufwand verringert. Der überwiegend positive Geschäftsverlauf spiegelt sich auch in der Umsatzentwicklung des Konzerns wider. Mit 647,8 Mio. € konnte im Jahr 2015 ein neuer Höchstumsatz erzielt werden, der um 93,6 Mio. € bzw. 16,9 % über dem des Vorjahres liegt. Das Wachstum im Konzern wurde sowohl im Inland als auch im Ausland generiert. Im Inland ist der Umsatz um 44,7 Mio. € bzw. 12,5 % auf 401 Mio. € angestiegen und hatte einen Anteil von 61,9 % am Konzernumsatz. Obwohl die Messe Frankfurt Exhibition GmbH turnusbedingt 10,8 Mio. € weniger erlöste, konnte dies durch die Mehrerlöse von 45,9 Mio. € der Messe Frankfurt Venue GmbH mehr als kompensiert werden. Hintergrund für diese Entwicklung ist der Turnus der großen Mehrjahresveranstaltungen. Während im ungeraden Jahr 2015 die umsatz- und ergebnisstarken Mehrjahresveranstaltungen Automechanika und Light + Building bei der Messe Frankfurt Exhibition GmbH nicht durchgeführt wurden, fanden bei der Messe Frankfurt Venue GmbH sowohl die Gastveranstaltung IAA Pkw (Zweijahresturnus) als auch die ACHEMA, die einen Dreijahresturnus hat, statt; eine Kombination, die nur alle sechs Jahre eintritt. Darüber hinaus konnten auch die Accente Gastronomie Service GmbH und die MESAGO Messe Frankfurt GmbH ihre Umsätze weiter steigern und haben mit konsolidiert 31,8 Mio. € (+5,9 Mio. €) bzw. 31 Mio. € (+3,7 Mio. €) zur Umsatzsteigerung im Inland beigetragen. Die ausländischen Tochtergesellschaften konnten mit konsolidiert 246,8 Mio. € den Umsatz um 48,9 Mio. € bzw. 24,7 % steigern und haben damit ihren Anteil am Konzernumsatz von 35,7 % im Vorjahr auf 38,1 % weiter ausgebaut. Hierfür waren insbesondere die Mehrumsätze der Tochtergesellschaften in Asien (+25,1 Mio. €), Dubai (+11,2 Mio. €) sowie Argentinien (+5,2 Mio. €) ursächlich. Aber auch die anderen Tochtergesellschaften im Ausland haben mit steigenden bzw. stabilen Umsätzen zur positiven Entwicklung beigetragen.

B. Ausblick

In Deutschland ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahresverlauf 2015 ohne größere Schwankungen leicht gestiegen – ein Trend, der sich im Jahr 2016 nach Einschätzung des ifo-Konjunkturbericht 4/2015, der für die Messe Frankfurt erstellt wird, fortsetzen wird. Maßgeblich hierfür sind die günstigen Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft. Die Finanzierungsbedingungen für neue Unternehmens- und Bauinvestitionen sind aufgrund niedriger Kreditzinsen äußerst vorteilhaft. Die Stütze des Aufschwungs aber wird der private Konsum bleiben, unter anderem auch deshalb, weil die erneut gesunkenen Rohölpreise den Ausgabenspielraum der Verbraucher erhöhen. Der Branchenverband der Messewirtschaft AUMA (Ausstellungs- und Messe-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V., Berlin) erwartet für das Jahr 2016 eine ähnlich positive Entwicklung bei den 185 internationalen und nationalen Messen wie im Jahr 2015. Entsprechend der Befragung des AUMA Messe Trend 2016 wollen die ausstellenden Unternehmen in Deutschland in den Jahren 2016/2017 4,6 % mehr Geld als 2014/2015 in Messebeteiligungen investieren. Nach Einschätzung des AUMA muss manche Erhöhung des Messe-Etats aber auch Preissteigerungen auffangen. Auf ausländischen Märkten setzen sehr viele Firmen auf Kontinuität: Drei Viertel wollen dort die Zahl ihrer Messeauftritte beibehalten. Unter diesen Vorzeichen strebt die Messe Frankfurt im Geschäftsjahr 2016 an, sich mit ihren Veranstaltungen als internationales, wirtschaftsorientiertes Unternehmen mit Frankfurt am Main als modernen Messestandort zu positionieren und weiter – auch international – zu wachsen. Grundsätzlich sieht die Geschäftsführung der Messe Frankfurt Wachstumsmöglichkeiten sowohl im Inland als auch im Ausland. Die Unternehmensgruppe Messe Frankfurt erwartet 2016 erneut ein positives Geschäftsjahr. Anlass hierzu geben das starke Interesse und die stabile Nachfrage nach den großen Messen im Frühjahr 2016 im In- und Ausland und der damit verbundene Flächenbedarf. Obwohl 2016 insbesondere die starken Eigenveranstaltungen Automechanika und Light + Building sowie die IFFA und Texcare International stattfinden, führt der Turnus

der großen Gastveranstaltungen IAA Pkw und ACHEMA dazu, dass im anstehenden Geschäftsjahr von einer etwas geringeren Geländeauslastung ausgegangen wird. Im Ausland wird aufgrund des Messeturnus und neuer Veranstaltungen mit einer Geschäftsentwicklung auf Vorjahresniveau gerechnet. Für das Jahr 2016 plant die Unternehmensgruppe Messe Frankfurt mit rund 640 Mio. € einen Konzernumsatz, der etwas unter Vorjahreshöhe liegt und mit rund 40 Mio. € auch ein weiterhin positives Jahresergebnis.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Eine von der Stadt Frankfurt am Main im Jahr 1964 gewährte Sicherheit (selbstschuldnerische Bürgschaft) beläuft sich zum 31.12.2015 auf knapp 4,9 Mio. €. Dem Haushalt ist in 2015 für das Geschäftsjahr 2014 eine Nettodividende von knapp 6,6 Mio. € zugeflossen.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Im Geschäftsjahr 2015 betragen die Bezüge von Herrn Marzin 574 T €, von Herrn Behm 533 T € und von Herrn Braun 528 T €. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 44 T €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Hessische Landesregierung verabschiedete am 09.11.2015 die Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung im Bereich des Landes Hessen, welche aus dem Public Corporate Governance Kodex und den Hinweisen für gute Beteiligungsführung bei Unternehmen des Landes Hessen bestehen. Nach dem Inkrafttreten des Landeskodex sollen nunmehr aus beiden Richtlinien, d. h. der des Landes Hessen und der der Stadt Frankfurt am Main vom März 2010 die gemeinsamen „Standards“ und die Regelungen, die konfliktfrei im Hinblick auf die unterschiedlichen Zielsetzungen zur Unternehmens- und Beteiligungsführung der Anteilseigner angewandt werden können, in eine speziell für die Messe Frankfurt GmbH erstellte Richtlinie guter Unternehmensführung – Public Corporate Governance Kodex – einfließen.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Messe Frankfurt GmbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	341.642	334.663	6.980	2,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	8.172	6.859	1.314	19,2
Sachanlagen	2.549	2.684	-134	-5,0
Finanzanlagen	330.920	325.120	5.800	1,8
Umlaufvermögen	169.253	160.975	8.278	5,1
Vorräte	22	0	22	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	41.367	49.882	-8.515	-17,1
Wertpapiere	61.804	39.698	22.106	55,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	66.061	71.394	-5.334	-7,5
Rechnungsabgrenzungsposten	850	250	601	240,5
Bilanzsumme	511.746	495.887	15.859	3,2
PASSIVA				
Eigenkapital	380.339	366.523	13.815	3,8
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	180.000	180.000	0	0,0
Kapitalrücklage	85.219	85.219	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	57.000	57.000	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	31.304	18.989	12.315	64,9
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	26.815	25.315	1.500	5,9
Rückstellungen	13.846	13.697	149	1,1
Verbindlichkeiten	117.561	115.667	1.894	1,6
Bilanzsumme	511.746	495.887	15.859	3,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	50.001	48.048	1.953	4,1
Gesamtleistung	50.001	48.048	1.953	4,1
sonstige betriebliche Erträge	2.183	2.582	-400	-15,5
Materialaufwand	-3.151	-4.369	1.218	-27,9
Personalaufwand	-27.010	-25.404	-1.607	6,3
Abschreibungen	-3.753	-3.530	-223	6,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-19.911	-17.879	-2.032	11,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-1.642	-551	-1.090	197,8
Finanzergebnis	32.950	29.372	3.578	12,2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	31.308	28.820	2.488	8,6
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-4.493	-3.505	-988	28,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	26.815	25.315	1.500	5,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	26.815	25.315	1.500	5,9
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	267	261	6	2,3
Anzahl der Messen u. Ausstellungen in Frankfurt	38	36	2	5,6
Anzahl der Aussteller/-innen in Frankfurt	37.290	37.354	-64	-0,2
Vermietete Nettofläche (in Tsd. qm) in Frankfurt	1.312	1.147	165	14,4
Besucher/-innen (in Tsd.) in Frankfurt	2.306	1.431	875	61,1
Weitere Veranstaltungen in Frankfurt	223	245	-22	-9,0

Jahresabschluss zum 31.12.2015 der Messe Frankfurt GmbH Konzern

Bilanz Konzern	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	587.383	599.747	-12.364	-2,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	51.706	50.365	1.341	2,7
Sachanlagen	535.656	549.362	-13.706	-2,5
Finanzanlagen	20	20	0	0,0
Umlaufvermögen	297.889	260.440	37.449	14,4
Vorräte	1.163	1.128	35	3,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	47.633	48.551	-918	-1,9
Wertpapiere	61.804	39.698	22.106	55,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	187.289	171.063	16.226	9,5
Aktive latente Steuern	116	182	-66	-36,3
Rechnungsabgrenzungsposten	2.637	3.091	-454	-14,7
Bilanzsumme	888.025	863.460	24.565	2,8
PASSIVA				
Eigenkapital	475.477	453.182	22.295	4,9
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	180.000	180.000	0	0,0
Kapitalrücklage	112.149	112.146	3	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	83.536	83.386	150	0,2
Eigenkapitaldifferenz aus Fremdwährungsumrechnung	436	-2.423	2.859	-118,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	57.153	40.081	17.072	42,6
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	33.218	30.222	2.996	9,9
Anteile anderer Gesellschafter	8.985	9.768	-783	-8,0
Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung	1.506	0	1.506	-
Sonderposten	21.116	23.263	-2.147	-9,2
Rückstellungen	90.328	83.543	6.785	8,1
Verbindlichkeiten	270.857	272.706	-1.849	-0,7
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	57.642	67.769	-10.127	-14,9
Passive latente Steuern	4.840	4.767	73	1,5
Rechnungsabgrenzungsposten	23.900	25.999	-2.099	-8,1
Bilanzsumme	888.025	863.460	24.565	2,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	647.825	554.189	93.636	16,9
Bestandsveränderungen UE/FE	-105	-811	706	-87,1
Gesamtleistung	647.720	553.378	94.342	17,0
Sonstige betriebliche Erträge	29.812	19.204	10.608	55,2
Materialaufwand	-331.438	-266.177	-65.261	24,5
Personalaufwand	-146.481	-130.671	-15.810	12,1
Abschreibungen	-55.516	-52.034	-3.482	6,7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-85.778	-70.230	-15.548	22,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	58.320	53.469	4.851	9,1
Finanzergebnis	-1.926	-2.373	447	-18,8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	56.394	51.096	5.298	10,4
Steuern	-18.165	-17.690	-475	2,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	38.230	33.406	4.824	14,4
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	-5.011	-3.184	-1.827	57,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	33.218	30.222	2.996	9,9
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	2.128	2.006	122	6,1
Anzahl der gesamten Messen u. Ausstellungen	133	121	12	9,9
Anzahl der Aussteller/-innen	90.772	84.706	6.066	7,2
Vermietete Nettofläche (in Tsd. qm)	2.733	2.375	358	15,1
Besucher/-innen (in Tsd.)	4171	3085	1.086	35,2

1.11.1 Messe Frankfurt Exhibition GmbH

Anschrift: Ludwig-Erhard-Anlage 1 60327 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/75 75-0 0 69/75 75-64 33	E-Mail/Internet: info@messefrankfurt.com www.messefrankfurt.com
Gründung: 18.12.2003	Unternehmensgegenstand: Förderung der Wirtschaft durch Veranstaltung von Messen und Ausstellungen im In- und Ausland und alle mit dem Messe- und Ausstellungsgeschäft zusammenhängenden Tätigkeiten. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen Unternehmen zu beteiligen. Sie darf daneben alle Geschäfte vornehmen, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar und mittelbar förderlich sind.	
Gesellschafter: Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.000.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Uwe Behm Herr Detlef Braun Herr Wolfgang Marzin		
Beteiligungen:	Kapitalanteile:	
MESAGO Messe Frankfurt GmbH, Stuttgart	77.000 € = 100,00 %	
Messe Frankfurt Asia Holding Limited, Hongkong	389.727.618 HK\$ = 100,00 %	
Messe Frankfurt Feiras Ltda., Sao Paulo	24.408.456 BRL = 100,00 %	
Messe Frankfurt France S. A. S., Paris	50.000 € = 100,00 %	
Messe Frankfurt Inc., Atlanta	30.000 US\$ = 100,00 %	
Messe Frankfurt Italia Srl., Mailand	11.000 € = 100,00 %	
Messe Frankfurt Mexico S. de R.L. de C.V., Mexiko-City	10.894.880 MXN = 100,00 %	
Messe Frankfurt Middle East GmbH, Frankfurt am Main*	75.000 € = 100,00 %	
Messe Frankfurt Istanbul L.S., Istanbul	370.000 TRL = 99,99 %	
Messe Frankfurt RUS O. O. O., Moskau	23.518.000 RUB = 99,99 %	
Indexport Messe Frankfurt S. A., Buenos Aires	127.500 ARS = 85,00 %	
South African Shows Messe Frankfurt Proprietary Limited, Südafrika	14.987.561 ZAR = 56,00 %	

*Die bisherige EPOC Messe Frankfurt GmbH mit ihrer Betriebsstätte in Dubai firmiert nunmehr als Messe Frankfurt Middle East GmbH.

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

In den Zuständigkeitsbereich der Messe Frankfurt Exhibition GmbH fallen sämtliche Eigenveranstaltungen im In- und Ausland. Für dieses Kerngeschäft und auch für den Vertrieb ihrer Veranstaltungen weltweit hält sie 26 Tochtergesellschaften und Beteiligungen. Die Holding (Messe Frankfurt GmbH) übt über ihre Tochterunternehmen nur noch eine Klammerfunktion aus, indem sie die Aktivitäten der Gesellschaften steuert. Die Geschäftsführung der Messe Frankfurt GmbH nimmt daher auch bei der Messe Frankfurt Exhibition GmbH die Geschäftsführungsfunktion wahr. Im Geschäftsjahr 2015 haben die Messe Frankfurt Exhibition GmbH und ihre Tochtergesellschaften weltweit 110 Messen und Ausstellungen (Vj. 100) durchgeführt. Darüber hinaus hat sie drei eigene Kongressveranstaltungen

mit begleitenden Ausstellungen organisiert. Zu den 110 Veranstaltungen kamen insgesamt 71.839 Aussteller (Vj. 68.968) und 2,5 Mio. Besucherinnen und Besucher (Vj. 2,5 Mio.). Die vermietete Nettofläche betrug rund 2,2 Mio. qm (Vj. 2,1 Mio. qm). Von den insgesamt 24 Veranstaltungen im Inland fanden 15 Messen auf dem konzerneigenen Gelände in Frankfurt statt. Davon wurden elf Veranstaltungen durch die Messe Frankfurt Exhibition GmbH sowie vier durch die Tochtergesellschaft MESAGO Messe Frankfurt GmbH, Stuttgart, durchgeführt. Zu diesen Messen kamen rund 18.400 Aussteller (Vj. 21.600) und 678.000 Besucherinnen und Besucher (Vj. 835.000). Rund 786.000 qm (Vj. 904.000 qm) wurden bei diesen Messen vermietet. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere dadurch begründet, dass ungerade Jahre aufgrund des Mehrjahresturnus einiger Veranstaltungen aus Sicht der Messe Frankfurt Exhibition GmbH schwä-

chere Messejahre sind. Die Summe der Messerkennziffern der Mehrjahresveranstaltungen im Berichtsjahr 2015 (ISH, Techtexil und Texprocess) ist geringer als die Summe der Kennziffern von Automechanika und Light + Building, die im Vorjahr stattfanden. An anderen deutschen Messeplätzen führten die Messe Frankfurt Exhibition GmbH und die MESAGO Messe Frankfurt GmbH, Stuttgart, neun Veranstaltungen durch. In Berlin veranstaltete die Messe Frankfurt Exhibition GmbH jeweils im Frühjahr und Herbst den Greenshowroom und die Ethical Fashion Show, und in Hamburg wurde die Nordstil im Frühjahr und im Herbst durchgeführt. Die SPS IPC Drives, PCIM Europe, SMT Hybrid Packaging (alle Nürnberg), Parken (Berlin) und die EMV (Stuttgart) gehören zum Portfolio der MESAGO Messe Frankfurt GmbH. Zu diesen Veranstaltungen in Deutschland außerhalb Frankfurts kamen 4.900 Aussteller und 134.600 Besucherinnen und Besucher. Die vermietete Nettofläche betrug insgesamt rund 180.400 qm.

Das Auslandsgeschäft (außerhalb Deutschlands veranstaltete Messen und Services) trug im Berichtsjahr erneut einen wesentlichen Anteil zum Geschäftserfolg der Messe Frankfurt bei: Auf 86 Veranstaltungen (Vj. 77) zeigten rund 48.600 Aussteller (Vj. 42.900) über 1,7 Mio. Besuchern (Vj. 1,5 Mio.) auf rund 1.240.600 qm (Vj. 1.060.600 qm) ihr Leistungsspektrum. Damit stellten die Auslandsmessen auch 2015 ihre Bedeutung für die Unternehmensgruppe unter Beweis. Regionaler Schwerpunkt des Auslandsgeschäfts war nach wie vor Asien mit 49 Veranstaltungen im Berichtsjahr, von denen allein 27 auf China entfielen. Eine weitere attraktive Veranstaltungsregion war für die Messe Frankfurt der Wirtschaftsraum EMEA (Europe, Middle East, Africa): 25 Messen wurden hier durchgeführt. In den Amerikas veranstalteten die amerikanischen Tochtergesellschaften der Messe Frankfurt Exhibition GmbH im Berichtsjahr 12 Messen.

Im Zuge der Optimierung ihres Produktspektrums hat die Messe Frankfurt Exhibition GmbH im Berichtsjahr ihr Portfolio im Ausland erweitert. Insgesamt elf neue Veranstaltungen öffneten 2015 erstmals ihre Tore: jeweils eine in der Türkei, Südaf-

rika, Russland, China, Schanghai, Guangzhou, Argentinien und den USA sowie weitere drei Veranstaltungen in Indien. Neben der Konzeption und Durchführung von Eigenveranstaltungen wurden 15 German Pavilions auf Auslandsmessen organisiert. Dabei handelt es sich um Messebeteiligungen, die im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie durchgeführt wurden. Sie erleichtern kleinen und mittleren Unternehmen den Markteintritt im jeweiligen Land. Ebenfalls im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie organisierte und betrieb die Messe Frankfurt den Deutschen Pavillon auf der EXPO 2015 in Mailand. Rund drei Millionen Gäste besuchten zwischen dem 01.05. und 30.10. den Deutschen Pavillon. Neben den positiven Bewertungen durch die Besucher wurde der deutsche EXPO-Auftritt mehrfach preisgekrönt. So erhielt er den B.I.E. Award, den Red Dot Award: Communication Design 2015, den Exhibitor Magazine's Expo 2015 Award in den Kategorien „Bester Pavillon“ und „Interaktivität“, den FAMAB Award in drei Kategorien (jeweils Gold für das „Best Public Event“ und die „Best Interactive Installation“, Bronze für die „Best Thematic Exhibition“) sowie eine Auszeichnung des Deutschen Designer Clubs für „Gute Gestaltung“.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme beläuft sich auf 188,5 Mio. € (Vj. 190,2 Mio. €). Die Vermögenslage der Messe Frankfurt Exhibition GmbH ist im Wesentlichen geprägt durch Beteiligungen. Zum Jahresende 2015 wird ein Anlagevermögen von 84 Mio. € (Vj. 86,9 Mio. €) ausgewiesen, was einem Anteil von rund 45 % an der o. g. Bilanzsumme entspricht. Das Umlaufvermögen (104 Mio. €) wird im Wesentlichen bestimmt durch Forderungen gegen verbundene Unternehmen, die 99,2 Mio. € nach 96 Mio. € im Vorjahr betragen. Ursächlich für diesen Anstieg sind höhere Cash Pool-Forderungen gegen die Muttergesellschaft im Zusammenhang mit den gegenüber dem Vorjahr höheren erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital (46,6 Mio. €) zum Vorjahr nicht verändert, da der neue Jahresüberschuss aufgrund des Ergebnisab-

führungsvertrages bereits von der Muttergesellschaft Messe Frankfurt GmbH vereinnahmt wurde. Für die Eigenkapitalquote errechnet sich im Berichtsjahr damit ein Anteil von 24,7 % nach 24,5 % im Vorjahr.

Zur Erfolgslage

Der Jahresüberschuss vor Gewinnabführung beträgt 21 Mio. € (Vj. 21,7 Mio. €). Der Umsatz der Messe Frankfurt Exhibition liegt mit 237,1 Mio. € um 7 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis. Hintergrund hierfür ist, dass im Berichtsjahr die umsatzstarken Zweijahresveranstaltungen Automechanika und Light + Building nicht stattfanden. Die stattdessen durchgeführten Mehrjahresveranstaltungen ISH, Tectextil und Texprocess (alle Zweijahresturnus) weisen in Summe einen etwas niedrigeren Umsatz aus. Darüber hinaus wurde die im Vorjahr noch durchgeführte Hair & Beauty aus dem Programm genommen. Andererseits wurden für den Betrieb des deutschen Pavillons im Rahmen der Expo 2015 in Mailand Erlöse in Höhe von 10,2 Mio. € abgerechnet. Gegenüber dem aufgrund der Veranstaltungen besser vergleichbaren Jahr 2013 wurde der Umsatz um 15,2 Mio. € bzw. 6,8 % gesteigert. Hierbei wirkten sich neben den Nordstil-Veranstaltungen in Hamburg die höheren Vertriebsprovisionen, die Abrechnung des Expo-Pavillons sowie die insgesamt gute Entwicklung des Veranstaltungsportfolios positiv aus.

Ergebnisse der Beteiligungen

Die Ergebnisse der in- und ausländischen Tochtergesellschaften der Messe Frankfurt Exhibition GmbH haben eine differenzierte Entwicklung genommen. Insgesamt summieren sich die ausländischen Jahresergebnisse im Berichtsjahr auf 31,1 Mio. € nach 23,5 Mio. € im Vorjahr. Wesentlichen Anteil daran hat der asiatische Teilkonzern, der 18,2 Mio. € nach 12,6 Mio. € im Jahr 2014 erwirtschaftet hat. Dabei ist insbesondere die positive Entwicklung der Tochtergesellschaft in Hongkong für diesen Ergebnisanstieg verantwortlich. Weitere nennenswerte Gewinnanteile erwirtschafteten die Messe Frankfurt Middle East GmbH mit ihrer Be-

triebsstätte in Dubai mit 6 Mio. € (Vj. 5,2 Mio. €) sowie Frankreich mit 2 Mio. € (Vj. 1,8 Mio. €) und die Tochtergesellschaft in der Türkei mit 1,9 Mio. € (Vj. 1,4 Mio. €). Während die Tochtergesellschaften in Südafrika, USA und Mexiko sowie die Messe Frankfurt New Era in Hongkong Jahresfehlbeträge verzeichneten, können alle übrigen Veranstaltungs- und Vertriebsgesellschaften positive Jahresergebnisse ausweisen. Aber auch die inländische MESAGO Messe Frankfurt GmbH in Stuttgart trug mit einem Ergebnis vor Steuern und Gewinnabführung von 5,9 Mio. € (Vj. 8,8 Mio. €) zum Konzernergebnis bei.

B. Ausblick

Im Hinblick auf die weitere Entwicklung bei der Messe Frankfurt Exhibition GmbH kann im Wesentlichen auf die dargelegte Strategie und Geschäftspolitik der Messe Frankfurt GmbH und des Konzerns verwiesen werden. Die Messe Frankfurt sieht weiterhin Wachstumsmöglichkeiten sowohl im Inland als auch im Ausland, insbesondere auf folgenden Handlungsfeldern: Steigerung der Auslastung am Standort Frankfurt, weitere Internationalisierung der Messemarken durch Ausrollen in definierte Märkte, Erweiterung der Marktanteile an Serviceleistungen sowohl im Bereich der Hardware (Standbau, Catering, Advertising) als auch zunehmend im Bereich digitaler Dienstleistungen.

Vor diesem Hintergrund erwartet die Messe Frankfurt Exhibition GmbH für 2016 ein positives Geschäftsjahr. Anlass hierzu geben das starke Interesse und die stabile Nachfrage nach den großen Messen im Frühjahr 2016 und der damit verbundene Flächenbedarf. Darüber hinaus wird in Verbindung mit dem Turnus der Mehrjahresveranstaltungen 2016 erwartet, einen neuen Höchstumsatz von rund 277 Mio. € erreichen zu können. Hintergrund hierfür ist, dass 2016 neben den umsatz- und ertragstarken Messen Automechanika und Light + Building (Zweijahresturnus) sowohl die dreijährliche IFFA als auch die Texcare International stattfinden, die einen Vierjahresturnus hat. Infolgedessen wird auch beim Ergebnis mit einem Anstieg gerechnet. Es ist ein Ergebnis vor Ertragsteuerumlage von 26 Mio. € geplant. Wesentlichen Anteil

hieran haben insbesondere auch die Beteiligungserträge der Tochtergesellschaften in Asien und Dubai sowie die Gewinnabführung durch die MESAGO Messe Frankfurt GmbH in Stuttgart.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Die Geschäftsführung obliegt der Messe Frankfurt GmbH mit den Geschäftsführern der Holding.

Als Aufsichtsrat fungiert ebenfalls der Aufsichtsrat der Messe Frankfurt GmbH. Die Geschäftsführer erhalten ihre Bezüge von der Messe Frankfurt GmbH. Diese werden anteilig umgelegt. Die Geschäftsführer erhalten für ihre Tätigkeit bei den Tochtergesellschaften keine zusätzliche Vergütung. Der Aufsichtsrat der Messe Frankfurt GmbH erhält für die Behandlung von Themen, die die Tochtergesellschaften betreffen, ebenfalls keine gesonderte Vergütung.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Messe Frankfurt Exhibition GmbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	83.951	86.861	-2.910	-3,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.923	5.648	-1.725	-30,5
Finanzanlagen	80.028	81.213	-1.185	-1,5
Umlaufvermögen	103.963	103.078	884	0,9
Vorräte	28	0	28	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	103.740	102.746	994	1,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	195	332	-137	-41,2
Rechnungsabgrenzungsposten	541	225	316	140,8
Bilanzsumme	188.455	190.164	-1.709	-0,9
PASSIVA				
Eigenkapital	46.637	46.637	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25.000	25.000	0	0,0
Kapitalrücklage	6.234	6.234	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	15.403	15.403	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Rückstellungen	21.034	22.965	-1.930	-8,4
Verbindlichkeiten	120.783	120.562	221	0,2
Bilanzsumme	188.455	190.164	-1.709	-0,9
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	237.050	244.032	-6.981	-2,9
Gesamtleistung	237.050	244.032	-6.981	-2,9
sonstige betriebliche Erträge	3.850	3.586	264	7,4
Materialaufwand	-177.302	-180.718	3.416	-1,9
Personalaufwand	-24.971	-24.457	-513	2,1
Abschreibungen	-1.992	-2.813	821	-29,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-39.647	-38.440	-1.206	3,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-3.010	1.190	-4.200	-352,9
Finanzergebnis	25.574	25.066	508	2,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	22.563	26.256	-3.692	-14,1
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-1.570	-4.552	2.982	-65,5
Gewinnabführung	-20.993	-21.704	711	-3,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	310	311	-1	-0,3

1.11.2 Messe Frankfurt Venue GmbH

Anschrift: Ludwig-Erhard-Anlage 1 60327 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/75 75-0 0 69/75 75-64 33	E-Mail/Internet: info@messefrankfurt.com www.messefrankfurt.com
Gründung: 17.12.2002	Unternehmensgegenstand: Erbringung und Vermarktung sämtlicher Serviceleistungen, insbesondere die Durchführung von Messen, Kongressen und Tagungen sowie Errichtung, Erwerb, Besitz, Verwaltung und Vermietung von Immobilien. Die Gesellschaft betreibt das gesamte Facility-Management einschließlich Baumanagement, Logistik und Baueinkauf und erbringt alle Service- und Technikaufgaben im Zusammenhang mit dem vorher beschriebenen Gegenstand des Unternehmens.	
Gesellschafter: Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 151.000.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Uwe Behm Herr Detlef Braun Herr Wolfgang Marzin		
Beteiligungen: Accente Gastronomie Service GmbH, Frankfurt am Main Messe Frankfurt Medien und Service GmbH, Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 260.000 € = 100,00 % 26.000 € = 100,00 %	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Das Kerngeschäft der Messe Frankfurt Venue GmbH, die 2003 aus der Messe Frankfurt GmbH ausgegliedert wurde, besteht in der Vermarktung von Ausstellungsflächen an die Messe Frankfurt Exhibition GmbH sowie an Gastveranstalter. Das Messegelände hat eine Gesamtgröße von 592.000 qm, wovon rund 416.000 qm sich im Eigentum der Gesellschaft befinden und rund 177.000 qm durch Erbbaurechtsverträge mit der Stadt Frankfurt bzw. dem St. Katharinen- und Weißfrauenstift zur Verfügung gestellt werden. Zur Vermarktung sind auf dem Gelände zehn Messehallen errichtet worden. Darüber hinaus verfügt die Gesellschaft über zwei eigene Kongresszentren und umfangreiche Tagungsfazilitäten, die sie an Veranstalter vermietet. Zum Teilkonzern Venue gehören auch die Töchter der Messe Frankfurt Venue GmbH, d. h. die Messe Frankfurt Medien und Service GmbH mit den Bereichen Standbau, Verlag und Werbeservice und die Tochtergesellschaft Accente Gastronomie Service GmbH mit den Bereichen Gastronomieservice, Möbelverleih und Standbewachungsgewerbe. Für die Aussteller und Besucher sowie für Messeveranstalter stellt die Messe Frankfurt Venue GmbH mit ihren Tochtergesellschaften in Frankfurt eine breite Palette von Serviceleistungen bereit. Im Hinblick auf

die weitere Entwicklung des Messestandortes und der Infrastruktur ist im Berichtsjahr die Planung für den Bau einer weiteren Halle fortgesetzt worden. Der Bauantrag für die neue Halle 12 wurde im Juni eingereicht und die Ausschreibung für die Bauleistungen wurde auf den Markt gegeben. Erforderliche Zusatzarbeiten – wie z. B. eine Verlegung des Kreisverkehrs von Tor Nord kommend – wurden bereits im Berichtsjahr umgesetzt. Die geplante Messehalle 12 ermöglicht den Abriss und Neubau der Halle 5, die in den nächsten Jahren ersetzt werden soll. Des Weiteren sollen mittelfristig an der Europaallee neben einem neuen Südeingang ein Bürogebäude und ein Hotel entstehen.

Im Rahmen des Serviceangebots hat die Modernisierung der Online-Plattformen weitere Fortschritte gemacht: Nach dem Online-Konfigurator für Messestände von Fairconstruction, der im Frühjahr an den Start ging, wurde im Herbst der neue Online-Shop für Ausstellerservices eingeschaltet. Darin wurden alle Funktionen realisiert, die Nutzer heute von modernen Online-Shops erwarten. Darüber hinaus wird ein neues personalisiertes Login-Konzept, das den Kunden besonderen Bedienungskomfort bietet, zur Verfügung gestellt. Messegäste, die mit dem Flugzeug anreisen, können neuerdings ihr Gepäck auf dem Messegelände einchecken. Es wird dann von der Lufthansa direkt bis zum Zielflughafen be-

fördert. In Zusammenarbeit mit Fraport können Messegäste ein besonders zeitsparendes Paket mit individuellem Transfer vom Messegelände direkt zum Flughafen und privatem Check-in buchen.

Den Gastveranstaltungen kommt am Messeplatz Frankfurt eine große Bedeutung zu. Sie tragen in hohem Maße sowohl zum wirtschaftlichen Erfolg als auch zur Attraktivität des Messeplatzes Frankfurt bei. Zu den 23 Veranstaltungen kamen rund 18.900 Ausstellerinnen und Aussteller (Vj. 15.700) und 1,6 Mio. Besucherinnen und Besucher (Vj. 0,6 Mio.). Es wurden mehr als 766.000 Brutto-Quadratmeter (Vj. 432.000) vermietet. Diese Steigerungen sind insbesondere auf die Mehrjahresveranstaltungen IAA Pkw und die ACHEMA zurückzuführen, die einen Zwei- bzw. Dreijahresturnus haben, eine Kombination, die sich nur alle sechs Jahre ergibt. Bei beiden Messen konnte darüber hinaus ein deutlicher Besucherzuwachs verzeichnet werden. Darüber hinaus fand die jährliche Frankfurter Buchmesse statt, bei der auf stabilem Niveau in Bezug auf Aussteller- und Besucherbeteiligungen ein neues Messe-Konzept zum Tragen kam und ein neues Hallenlayout vollendet wurde. Auch die jährliche IMEX hatte eine konstante Aussteller- und Besucherbeteiligung. Die COSMETICA Frankfurt – Fachmesse der Kosmetik – fand zum zweiten Mal statt. Die von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft DLG organisierte Land & Genuss sowie die erstmals durchgeführte Cloud Expo rundeten das Veranstaltungsportfolio am Messeplatz Frankfurt ab. Neben Messen und Ausstellungen betreute die Messe Frankfurt Venue GmbH 150 Kongresse und Tagungen (Vj. 138); entsprechend stieg auch die Teilnehmerzahl mit rund 133.000 gegenüber dem Vorjahr (116.800) an. 91 (Vj. 50) dieser Kongresse und Tagungen mit rund 45.950 Teilnehmern wurden im neuen Kongresshaus Kap Europa durchgeführt. Zu den 58 Events (Vj. 92), die vor allem in der traditionsreichen Festhalle stattfanden, kamen mehr als 427.600 Gäste. Neben Firmenevents gehörten hierzu Konzerte, Sportveranstaltungen und Shows. Die Highlights im sportlichen Bereich waren der BMW Frankfurt Marathon mit dem Zieleinlauf in der Festhalle und dem Deutschen Rekord von Arne Gabius, der Box-

Weltmeisterschaftskampf mit Felix Sturm und das Internationale Festhallenreitturnier mit begleitender Ausstellung. Musikalische Höhepunkte boten die Konzerte von internationalen Stars wie Peter Dinklage, Queen, Simply Red, „Night of the Proms“ und Fanta 4. Im Showbereich glänzten der mehrtägige Klassiker „Holiday on Ice“, das Feuerwerk der Turnkunst sowie die magische Faszination der Ehrlich Brothers.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme beläuft sich auf 550,5 Mio. € (Vj. 560,9 Mio. €). Die Vermögenslage des Unternehmens wird wie in den Vorjahren geprägt durch die im Anlagevermögen aktivierten Grundstücke und Gebäude. Im Berichtsjahr wurden Investitionen von rund 25,1 Mio. € (Vj. 23,6 Mio. €) vorgenommen. Hiervon entfielen im Wesentlichen 17,8 Mio. € auf Anlagen im Bau, die hauptsächlich Kosten für die neue Halle 12 sowie Kosten für die technische Sanierung der Halle 6 und die Erweiterung der Via Mobile betreffen. Die restlichen Zugänge von 7,3 Mio. € entfielen insbesondere auf weitere Betriebsvorrichtungen in den Hallen, auf Betriebs- und Geschäftsausstattungen sowie Außenanlagen. Zum Jahresende 2015 wird unter Berücksichtigung der planmäßigen Abschreibungen in Höhe von 34,7 Mio. € und der Anlagenabgänge ein Anlagevermögen von 530 Mio. € nach 543,6 Mio. € im Vorjahr bilanziert. Dies entspricht einem Anteil von 96,3 % an der o. g. Bilanzsumme. Beim Umlaufvermögen weist die Gesellschaft zum Bilanzstichtag mit 20,4 Mio. € einen gegenüber Vorjahr um 3,3 Mio. € höheren Wert aus. Dabei stehen den Rückgängen bei den Vorräten (-0,1 Mio. €) sowie den sonstigen Vermögensgegenständen (-1,2 Mio. €) Anstiege bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (4,2 Mio. €) sowie den Forderungen gegen verbundene Unternehmen (0,3 Mio. €) gegenüber. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen 9 Mio. € (Vj. 4,8 Mio. €) und haben sich turnusbedingt erhöht, da im Berichtsjahr die IAA Pkw stattfand. Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital (362,9 Mio. €) zum Vorjahr nicht verändert, da der Gewinn des Berichtsjahres aufgrund des bestehen-

den Ergebnisabführungsvertrages an die Muttergesellschaft abgeführt wurde. Im Verhältnis zur Bilanzsumme resultiert hieraus eine Eigenkapitalquote von 65,9 % und ein Anlagendeckungsgrad I von 68,5 %.

Zur Erfolgslage

Das Jahresergebnis vor Ergebnisabführung liegt im Geschäftsjahr 2015 turnusbedingt mit 6,4 Mio. € erheblich über dem Vorjahresergebnis (1,8 Mio. €). Der Turnus der Veranstaltungen, die auf dem Gelände der Messe Frankfurt Venue GmbH durchgeführt werden, spiegelt sich auch in der Umsatzentwicklung wider. Mit insgesamt 210,8 Mio. € wurde ein neuer Höchstumsatz erzielt, der um 35,9 Mio. € bzw. 20,5 % über dem des Vorjahres liegt. Wesentlicher Grund dafür ist, dass im Berichtsjahr die großen Gastveranstaltungen IAA Pkw, die alle zwei Jahre ihre Tore öffnet, sowie die ACHEMA (Dreijahresturnus) stattfanden. Darüber hinaus trugen die Neuveranstaltung formnext der Mesago Messe Frankfurt GmbH sowie ein verbessertes Kongress- und Eventgeschäft zur Umsatzsteigerung bei. Die Umsätze mit der Schwestergesellschaft, Messe Frankfurt Exhibition GmbH, fielen dagegen – ebenfalls turnusbedingt – etwas geringer aus. Im Vergleich zu 2013, das aufgrund der Veranstaltungen eigentlich das besser vergleichbare Jahr ist, wurden 9,3 Mio. € bzw. 4,6 % mehr Erlöst. Mit 109,2 Mio. € bzw. 51,8 % hatte die Vermietung der Hallen und des Geländes den größten Anteil am Umsatz der Messe Frankfurt Venue GmbH. Die Umsätze der technischen Serviceleistungen und sonstigen Leistungen – vom Stromanschluss bis zur Reinigung – sind von 79,6 Mio. € auf 101,6 Mio. € angestiegen und machten rund 48,2 % aus. Mit Konzerngesellschaften wurden rund 91,5 Mio. € (Vj. 101,6 Mio. €) bzw. 43,4 % des Umsatzes getätigt, wovon allein 79,7 Mio. € (Vj. 91 Mio. €) auf die Messe Frankfurt Exhibition GmbH entfielen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind mit 3,8 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 Mio. € geringer ausgefallen. Sie bestehen im Wesentlichen wie im Vorjahr aus den Erträgen der ratiellen Auflösung des Sonderpostens für den Finanzierungsbeitrag zum Anlagevermögen, Erträgen aus

der Auflösung von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen und Geldeingänge auf ausgebuchte Forderungen sowie Auflösungen von Rückstellungen. Die Aufwendungen sind im Berichtsjahr auf 208,8 Mio. € (Vj. 179,1 Mio. €) angestiegen. Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hatten die um 25,6 Mio. € auf 112,6 Mio. € erhöhten veranstaltungsbezogenen Aufwendungen. Neben dem Veranstaltungsturnus waren für diesen Anstieg Instandhaltungs- und Bauerneuerungsrückstellungen ursächlich. Die Personalkosten sind insbesondere aufgrund der tariflichen Steigerungen um 0,6 Mio. € bzw. 3,2 % auf 19,8 Mio. € angestiegen.

Ergebnisse der Beteiligungen

Aufgrund bestehender Ergebnisabführungsverträge schlagen sich die Ergebnisse der Tochtergesellschaften Messe Frankfurt Medien und Service GmbH und Accente Gastronomie Service GmbH mit insgesamt 10,5 Mio. € (Vj. 10,1 Mio. €) im Finanzergebnis der Messe Frankfurt Venue GmbH nieder.

B. Ausblick

Die Zielsetzung des Geländemanagements der Gesellschaft besteht darin, die internationale Bedeutung des Messegeländes in Frankfurt zu steigern, ferner das Gelände nachhaltig wirtschaftlich zu betreiben und auszulasten, sowie in einem verantwortungsbewussten Ressourceneinsatz, der die Sicherheit nicht außer Acht lässt. Für das Geschäftsjahr 2016 hat die Messe Frankfurt Venue GmbH Investitionen von rund 80 Mio. € geplant. Sie umfassen neben den ersten Baukosten für die Halle 12 mehrere kleinere Einzelmaßnahmen zur Verbesserung der Hallen und Serviceeinrichtungen. Durch die neue Messehalle 12 soll vor allem eine weitere Erhöhung der Umschlagshäufigkeit sowie eine verbesserte wirtschaftliche Nutzung durch Parallelbespielbarkeit der Hallen und Flächen ermöglicht werden.

Für das anstehende Geschäftsjahr 2016 wird turnusbedingt ein etwas schwächeres Messejahr erwartet und von einem Umsatz von rund 188 Mio. € ausgegangen. Hintergrund hierfür ist, dass die großen Zwei- und Dreijahresgastveranstaltungen IAA Pkw und ACHEMA nicht stattfinden. Dies kann auch

nicht durch den stärkeren Messeturnus der Schwes-
tergesellschaft Messe Frankfurt Exhibition GmbH,
die die Flächen für ihre Eigenveranstaltungen bei
der Messe Frankfurt Venue GmbH anmietet, aus-
geglichen werden. Das Ergebnis vor Gewinnabfüh-
rung wird infolge des Umsatzrückgangs etwas ge-
ringer als 2015 ausfallen und rund 5 Mio. € betra-
gen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgaben-
stellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in
den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen
für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterver-
sammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichts-
rat. Die Geschäftsführung obliegt der Messe Frank-
furt GmbH mit den Geschäftsführern der Holding.
Als Aufsichtsrat fungiert ebenfalls der Aufsichtsrat
der Messe Frankfurt GmbH. Die Geschäftsführer
erhalten ihre Bezüge von der Messe Frankfurt
GmbH. Diese werden anteilig umgelegt. Die Ge-
schäftsführer erhalten für ihre Tätigkeit bei den
Tochtergesellschaften also keine zusätzliche Vergü-
tung. Der Aufsichtsrat der Messe Frankfurt GmbH
erhält für die Behandlung von Themen, die die
Tochtergesellschaften betreffen, ebenfalls keine
gesonderte Vergütung.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Messe Frankfurt Venue GmbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	530.013	543.594	-13.582	-2,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	135	63	72	114,1
Sachanlagen	521.091	534.745	-13.654	-2,6
Finanzanlagen	8.786	8.786	0	0,0
Umlaufvermögen	20.386	17.104	3.281	19,2
Vorräte	51	132	-80	-60,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	20.278	16.966	3.312	19,5
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	56	7	50	740,5
Rechnungsabgrenzungsposten	112	157	-45	-28,6
Bilanzsumme	550.510	560.856	-10.345	-1,8
PASSIVA				
Eigenkapital	362.862	362.862	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	151.000	151.000	0	0,0
Kapitalrücklage	168.430	168.430	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	23.000	23.000	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	20.433	20.433	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Sonderposten	21.116	23.263	-2.147	-9,2
Rückstellungen	22.183	15.370	6.813	44,3
Verbindlichkeiten	120.450	133.362	-12.912	-9,7
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	57.642	67.769	-10.127	-14,9
Rechnungsabgrenzungsposten	23.900	25.999	-2.099	-8,1
Bilanzsumme	550.510	560.856	-10.345	-1,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	210.763	174.906	35.857	20,5
Bestandsänderung UE / FE	0	-1.129	1.129	-
Gesamtleistung	210.763	173.777	36.986	21,3
sonstige betriebliche Erträge	3.795	4.209	-414	-9,8
Materialaufwand	-112.604	-87.045	-25.559	29,4
Personalaufwand	-19.842	-19.233	-609	3,2
Abschreibungen	-34.662	-34.755	93	-0,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-41.711	-38.080	-3.631	9,5
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	5.739	-1.126	6.865	-609,8
Finanzergebnis	6.274	5.230	1.043	19,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	12.013	4.105	7.908	192,7
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-5.637	-2.306	-3.332	144,5
Gewinnabführung	-6.375	-1.799	-4.576	254,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	234	231	3	1,3

1.12 Rebstock Projektgesellschaft mbH

Anschrift: Leonardo-da-Vinci-Allee 20 60486 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/71 67 38-0 0 69/71 67 38-79	E-Mail/Internet: info@rebstockpark-ffm.de www.rebstockpark-ffm.de
Gründung: 21.02.1995	Unternehmensgegenstand: Entwicklung, Baureifmachung und Erschließung der Grundstücke auf dem Rebstockgelände in Frankfurt am Main sowie die wirtschaftliche und technische Baubetreuung von Bauvorhaben auf den dort gelegenen Grundstücken und die Vermarktung der Wohnbauflächen.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Euroga B.V. Concret Vermittlungs- und Verwaltungsgesellschaft für Geschäftsimmobilien mbH	Kapitalanteile: 1.278.230 € = 50,00 % 958.672 € = 37,50 % 319.557 € = 12,50 % 2.556.459 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Michael Knisatschek Herr Michael Matzerath		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt: Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	12 Mitglieder Herr BM Olaf Cunitz Herr Stv Ulrich Baier Herr BM Olaf Cunitz Frau Stv Helga Dörhöfer Herr Stv Helmut Alexander Heuser Herr OV Axel Kaufmann Herr Stv Thomas Kirchner Herr Dr. Frank Büchler Herr Boris Hardi Herr Peter Jürges Herr Dr. Bastian Messow Herr Dr. Jan Markus Plathner Herr Carsten Schumacher	
Satzungsmäßige Besetzung: mindestens 8 Mitglieder, höchstens 12 Mitglieder	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat: Ausgeschiedene Mitglieder: Herr Helmut Wagner (bis 06.10.2015)	Neue Mitglieder: Herr Boris Hardi (seit 06.10.2015)

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Wesentliche Ereignisse im Berichtsjahr waren die Ausschreibung und Durchführung der Erschließungsarbeiten für den Nord-Ost-Bereich des Projektgebietes. Hierbei kam es zu erheblichen Verzögerungen aufgrund unterschiedlicher Sicherheitsauffassungen zwischen der Gesellschaft und einem für den Rohrleitungsbau zuständigen Auftragnehmer. Die Arbeiten konnten im Bereich des Baufeldes 7.1 dennoch termingerecht fertiggestellt werden.

Die im nord-östlichen Projektgebiet angestrebten Planungsänderungen zur Erhöhung des Wohnan-

teils zu Lasten der gewerblichen Nutzung wurden vorangetrieben.

Für das letzte unbebaute Baufeld im Südteil des Projektgebietes, welches auch die zweite Kindertageseinrichtung des Stadtteils aufnehmen soll, wurde der Grundstückskaufvertrag seitens der Gremien der Verkäuferin genehmigt und vom Erwerber die Bauantragsunterlagen eingereicht.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Mio. € auf 9,7 Mio. € gestiegen. Dies ist auf der Aktivseite vor allem auf die Erhöhung der Vorräte zurückzuführen. Auf der Passivseite erhöhten sich insbesondere die erhaltenen Anzahlungen. Durch

den Jahresfehlbetrag reduzierte sich das Eigenkapital auf 6 Mio. € (Vj. 6,3 Mio. €). Die Eigenkapitalquote beträgt 62,3 %.

Zur Erfolgslage

Die Umsatzerlöse haben sich gegenüber dem Vorjahr um 436 T € vermindert. Die ausgewiesenen Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus sonstigen Erlösen, da im Berichtszeitraum keine Teilabschnitte vollständig abgeschlossen wurden.

Das Betriebsergebnis reduzierte sich um 350 T € auf -273 T €. Das Finanzergebnis hat sich trotz gleichbleibender Anlagestrategie auf Grund des niedrigen Zinsniveaus um 5 T € verringert.

Die Gesellschaft erzielte in 2015 einen Jahresfehlbetrag von -271 T € (Vj. Jahresüberschuss von 83 T €).

B. Ausblick

Im Geschäftsjahr 2016 wird die Gesellschaft den ersten Abschnitt der Erschließungsarbeiten im nordöstlichen Projektteilgebiet fertigstellen. Damit ist auch die Erschließung des weiteren, in diesem Bereich neu errichteten Gebäudes hergestellt und kann 2016 in Betrieb gehen. Die Eröffnung des Lebensmittelvollversorgers ist für Anfang März 2016 geplant.

Bei zügiger Umsetzung der angestrebten Planungsänderung in rechtlicher Hinsicht wird die bereits begonnene Vermarktungstätigkeit der Gesellschaft fortgesetzt. Die Ertragslage wird in den nächsten Jahren vorwiegend beeinflusst durch die Entwicklung im Erschließungsabschnitt I „Arbeiten“, der

Entwicklung am Kapitalmarkt und den Vergütungen aus Verkäufen von weiteren Wohnbauflächen.

Die Gesellschaft plant für die Jahre 2016 bis 2019 Verluste. Dies resultiert im Wesentlichen aus einer bisher erwarteten Geschäftsbesorgungsvergütung in Höhe von lediglich 50 T € und einer unveränderten Höhe an Aufwendungen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Seitens der Gesellschaft bestehen bisher nicht eingeforderte Ansprüche auf Ausgabeaufgeld gegen die Stadt Frankfurt am Main von 1,9 Mio. €.

Organe der Gesellschaft

Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Rebstock Projektgesellschaft mbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	0	0	0	0,0
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0,0
Sachanlagen	0	0	0	0,0
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	9.665	8.487	1.178	13,9
Vorräte	3.456	2.242	1.215	54,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.004	2.012	-8	-0,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	4.205	4.233	-28	-0,7
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	3,0
Bilanzsumme	9.666	8.488	1.178	13,9
PASSIVA				
Eigenkapital	6.026	6.297	-271	-4,3
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	2.556	2.556	0	0,0
Kapitalrücklage	7.669	7.669	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	579	579	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-4.507	-4.591	83	-1,8
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-271	83	-355	-425,9
Rückstellungen	405	224	182	81,2
Verbindlichkeiten	3.234	1.966	1.268	64,5
Bilanzsumme	9.666	8.488	1.178	13,9
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	108	544	-436	-80,2
Bestandsänderung UE / FE	1.287	-280	1.567	-559,5
Gesamtleistung	1.395	264	1.131	429,2
sonstige betriebliche Erträge	135	409	-274	-67,0
Materialaufwand	-1.280	-138	-1.143	829,7
Personalaufwand	-289	-301	12	-3,9
Abschreibungen	-73	0	-73	-
sonstige betriebliche Aufwendungen	-161	-158	-3	2,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-273	76	-350	-457,8
Finanzergebnis	2	7	-5	-73,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-271	83	-355	-425,3
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-0	-0	0	-22,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-271	83	-355	-425,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-271	83	-355	-425,9
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	2	2	0	0,0

1.13 Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main

Anschrift: Kaiserstraße 56 60329 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/2 12-3 88 00 0 69/2 12-3 78 80	E-Mail/Internet: info@infofrankfurt.de www.frankfurt-tourismus.de
Gründung: 07.06.1995	Unternehmensgegenstand: Vermarktung der Segmente Tourismus und Kongresse, Vermittlung und Erbringung von touristischen Dienstleistungen im Incoming-Management sowie der Kartenvorverkauf für Dritte, Einführung und Betrieb von City Soft Frankfurt am Main, die Durchführung von Volks- und Stadtfesten, Erbringung von touristischen und werblichen Leistungen für Dritte.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 51.130 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Thomas Feda		
Aufsichtsrat:	11 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr OB Peter Manuel Feldmann	
Mandatsträger der Stadt:	Frau Stv Hilime Arslaner	
	Herr StK Uwe Becker	
	Herr OB Peter Manuel Feldmann	
	Herr StR Markus Frank	
	Herr Stv Martin Gerhardt	
	Frau Stv Ursula auf der Heide	
	Frau Stv Christiane Loizides	
	Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth	
	Herr StR Christian Setzepfandt	
	Herr Stv Manuel Stock	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	N.N. (AN)	
Satzungsmäßige Besetzung: 11 Mitglieder, davon 1 Arbeitnehmervertreter	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.	
Beteiligungen: Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	Kapitalanteile: 5.200 € = 20,00 %	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Das Gäste- und Übernachtungsaufkommen in Frankfurt am Main verzeichnete für das Jahr 2015 erneut eine Steigerung. Die Gästezahlen stiegen um 6,6 % auf 5,1 Mio. € (Vj. 4,8 Mio. €), die Zahl der Übernachtungen stieg um 7,8 % auf 8,7 Mio. €. Rund 90 % der bedeutenden Frankfurter Veranstaltungen werden von der Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main (TCF) durchgeführt. Wie in jedem Jahr wurden folgende Volksfeste organisiert: Wäldchestag, Mainfest, Dippemess, Museumsuferfest und der Frankfurter Weihnachtsmarkt. Die Sparte war auch im Berichtsjahr unverändert einer der wichtigsten Geschäftsbereiche der TCF und trug zur Verringerung des Jahresverlustes bei. Zusätzlich wurden im Oktober 2015 die Feierlichkeiten

zum 25-Jährigen Jubiläum der Deutschen Einheit ausgerichtet.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich um 0,5 Mio. € auf 3,1 Mio. € erhöht. Auf der Aktivseite haben sich die Forderungen gegen die Gesellschafterin (im Wesentlichen Guthaben auf dem Stadtkassenkonto) erhöht (+0,3 Mio. €), ebenso die Forderungen aus Lieferung und Leistung (+0,2 Mio. €). Das Eigenkapital blieb mit 1 Mio. € nahezu konstant. Die Verbindlichkeiten nahmen um 0,5 Mio. € auf 1,2 Mio. € zu.

Der Finanzmittelfonds hat sich um 0,3 Mio. € auf 1,9 Mio. € erhöht. Der Mittelabfluss aus dem laufenden Geschäft (-2,5 Mio. €) sowie der Investitionstätig-

tigkeit (-0,03 Mio. €) wurde durch die Kapitaleinlagen der Gesellschafterin (2,8 Mio. €) kompensiert.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2015 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von -2,8 Mio. € (Vj. -2,3 Mio. €). Bereinigt um die Feierlichkeiten zum 25-jährigen Jubiläum der Deutschen Einheit sind die Umsätze um 0,2 Mio. € gesunken (4,9 Mio. €) durch verminderte Aktivität insbesondere bei den Weihnachtsmärkten in Großbritannien. Der Materialaufwand stieg bereinigt um 0,1 Mio. € auf 4,3 Mio. €. Die einzelnen Geschäftsbereiche haben sich wie folgt entwickelt: Im Bereich Zimmerreservierung konnte das Ergebnis, hauptsächlich wegen zwei Großbuchungen der Polizei zum „Tag der Deutschen Einheit“ und den Blockupy-Protesten, mit einem positiven Ergebnis von 208 T € (Vj. 12 T €) abschließen. Im Kernbereich Marketing wurde das Ergebnis von -2,7 Mio. € (Vj. -2,7 Mio. €) gehalten. Die Schwerpunkte lagen hier abermals auf dem Besuch von Fachmessen und Workshops sowie der Durchführung von Presse- und Studienreisen und Site-Inspections. Bei den traditionellen Volksfesten verschlechterte sich das Ergebnis um 83 T € auf 34 T € (Vj. 117 T €), maßgeblich beeinflusst durch höhere Kosten für Sicherheit und Planung. Die neuen Volksfeste verzeichneten ebenfalls sicherheitsbedingt höhere Kosten und blieben mit 59 T € (Vj. 215 T €) deutlich unter dem Vorjahr. Die englischen Weihnachtsmärkte trugen wieder mit 45 T € (Vj. 60 T €) zum Ergebnis bei. Defizitär geblieben sind mit einem Fehlbetrag von -22 T € (Vj. -20 T €) der Bereich Stadtrundfahrten und -gänge sowie die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit mit -390 T € als einmalige Veranstaltung.

B. Ausblick

Die TCF ist aufgrund ihrer Aufgabenwahrnehmung des Stadtmarketings und der Durchführung traditioneller Feste darauf angewiesen, dass ihr auch zukünftig von der Gesellschafterin Liquiditätszuschüsse bereitgestellt werden. Für das Geschäftsjahr 2016 ist ein Zuschuss von 2,5 Mio. € vorgesehen. Geschäftsrisiken liegen allgemein in weltweiten

Krisensituationen und dadurch geringerem Reiseaufkommen, der Konkurrenzsituation zu anderen Zimmerreservierungsportalen, der Konkurrenz mit anderen Städten sowie der weiteren Entwicklung der englischen Weihnachtsmärkte. Deutlich verschärfte Sicherheitsauflagen verteuern die Durchführung von Volksfesten. Entwicklungsmöglichkeiten bestehen in einer verstärkten Akquisition von Tagungen und Kongressen für die Stadt Frankfurt am Main sowie einer verstärkten Zusammenarbeit mit der Region FrankfurtRheinMain.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2015 Mittel von 2,7 Mio. € zzgl. 103 T € Reste aus dem Vorjahr zur Verfügung. Hiervon sind aufgrund des liquiditätsorientierten Mittelabrufs bis zum Jahresende Auszahlungen von rund 2,8 Mio. € erfolgt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung. Es gibt keinen Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, da die Gesellschaft keinen Betriebsrat hat. Im Geschäftsjahr 2015 betragen die Bezüge des Geschäftsführers 167 T €.

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt

hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirt-

schaftsplangespräche fanden statt am 13.10.2014 für das Planjahr 2015 und am 30.10.2015 für das Planjahr 2016. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 05.06.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	188	240	-52	-21,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	85	103	-18	-17,7
Sachanlagen	103	137	-34	-24,6
Finanzanlagen	0	0	0	0,0
Umlaufvermögen	2.713	2.265	447	19,7
Vorräte	69	26	44	169,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.835	1.639	197	12,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	808	601	207	34,4
Rechnungsabgrenzungsposten	155	36	119	328,1
Bilanzsumme	3.056	2.542	515	20,2
PASSIVA				
Eigenkapital	999	991	7	0,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	51	51	0	0,0
Kapitalrücklage	3.763	3.213	550	17,1
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-2.815	-2.273	-543	23,9
Rückstellungen	650	691	-41	-5,9
Verbindlichkeiten	1.217	700	516	73,7
Rechnungsabgrenzungsposten	191	159	32	20,1
Bilanzsumme	3.056	2.542	515	20,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	5.086	5.162	-76	-1,5
Gesamtleistung	5.086	5.162	-76	-1,5
sonstige betriebliche Erträge	348	272	76	27,7
Materialaufwand	-4.914	-4.273	-641	15,0
Personalaufwand	-2.576	-2.634	58	-2,2
Abschreibungen	-84	-76	-8	9,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-653	-703	50	-7,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-2.792	-2.251	-541	24,0
Finanzergebnis	-21	-20	-1	4,4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.813	-2.271	-542	23,9
Außerordentliches Ergebnis	-2	-2	0	0,0
Steuern	-0	0	-1	-201,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-2.815	-2.273	-543	23,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-2.815	-2.273	-543	23,9
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	61	63	-2	-3,2
Anzahl der Messeauftritte	35	35	0	0,0
Anzahl der Stadtrundfahrten und -rundgänge	1.557	1.758	-201	-11,4
Anzahl der Kundenkontakte in den Touristinfos	309.234	321.129	-11.895	-3,7
Anzahl der durchgeführten Feste	21	21	0	0,0
Anzahl der vermittelten Übernachtungen	32.291	24.932	7.359	29,5

Wirtschaft und
Stadtentwicklung

1.14 Wirtschaftsförderung Frankfurt - Frankfurt Economic Development - GmbH

Anschrift: Hanauer Landstraße 126-128 60314 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/2 12-3 62 09 0 69/2 12-9 80 0	E-Mail/Internet: info@frankfurt-business.net www.frankfurt-business.net
Gründung: 27.04.1987	Unternehmensgegenstand: Förderung aller Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft der Stadt Frankfurt am Main dienen. Die Gesellschaft soll insbesondere im In- und Ausland für die Neuansiedlung von Unternehmen werben und bereits in der Stadt Frankfurt am Main ansässige Unternehmen zur Sicherung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten beraten.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 26.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Frau Anja Obermann (bis 30.04.2015) Herr Oliver Schwebel (seit 01.05.2015)		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	6 Mitglieder Herr OB Peter Manuel Feldmann Frau Stv Hilime Arslaner-Gölbasi Herr StK Uwe Becker Herr BM Olaf Cunitz Herr OB Peter Manuel Feldmann Herr StR Markus Frank Herr StR Dr. Lutz Raettig	
Satzungsmäßige Besetzung: bis zu 10 Mitglieder	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.	
Beteiligungen: (ab 20%) Kompass - Zentrum für Existenzgründungen, Frankfurt am Main gemeinnützige GmbH	Kapitalanteile: 13.750 € = 50,00 %	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Die Aktivitäten der Gesellschaft waren im Berichtsjahr auf folgende Kernbereiche ausgerichtet:

- Bestandspflege, Bestandsentwicklung und Ansiedlungen für den Wirtschaftsstandort Frankfurt am Main,
- Unterstützung bei der Existenzgründung,
- Kommunikation der Standortvorteile der Stadt Frankfurt am Main und Förderung von strukturellen politischen Projekten.

Die Gesellschaft wurde im Januar 2015 mit Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (DAWI) aufgrund des Freistellungsbeschlusses der EU-Kommission 20.12.2011 (K 2011 9380) betraut. Gegenstand der Betrauung ist die Gemeinwohlaufgabe der „Wirtschaftsförderung“, die das Unternehmen im Einklang mit seinem Gesellschaftszweck im Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner für das gesamte Stadtgebiet wahrnimmt.

Im Jahr 2015 wurden 2.284 Unternehmensfälle bearbeitet (Vj. 2.557) und 19 Unternehmen unter Mitwirkung der Gesellschaft in Frankfurt am Main angesiedelt (Vj. 20). Zehn der angesiedelten Unternehmen kommen aus China. Die Reduktion ist wesentlich auf eine angespannte Personalsituation im Berichtsjahr zurückzuführen.

2015 wurden insbesondere folgende Projekte realisiert:

- Sommerempfang für die Frankfurter Wirtschaft,
- Frankfurter Gründer/-innenpreis,
- Verkaufsoffener Stadtteilsonntag: 16 Gewerbevereine und Interessengemeinschaften in 14 Stadtteilen,
- Expo Real – Messestand: 32 Unternehmen, täglich 2.000 Besucherinnen und Besucher,
- MIPIM – Messestand: 18 Unternehmen,
- Masterplan Industrie,
- European Innovative Games Award,

- Frankfurter Automobilausstellung: Sonderschau Elektromobilität,
- Kommunales Immobilienportal: in die Website der Gesellschaft eingebundenes Portal zur Optimierung der Immobiliensuche für ansiedlungsinteressierte und expandierende Unternehmen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich von 5.1 Mio. € auf 4.7 Mio. € verringert. Auf der Aktivseite hat sich das Guthaben auf dem Stadtkassenkonto um 123 T € verringert. Die übrigen liquiden Mittel (Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten) haben sich um 273 T € verringert. Auf der Passivseite hat sich im Wesentlichen das Eigenkapital um 387 T € verringert. Ursächlich sind gegenüber dem Jahresfehlbetrag geringere Zuzahlungen der Stadt Frankfurt am Main. Der Finanzmittelfonds hat sich um 386 T € auf 3,8 Mio. € verringert. Der negative Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (-4,7 Mio. €) sowie der Investitionstätigkeit (-19 T €) wurde durch die unterjährigen Kapitaleinlagen der Stadt Frankfurt am Main (4,4 Mio. €) überwiegend gedeckt. Die kurzfristigen Schulden waren zum Stichtag durch kurzfristige Aktiva gedeckt.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2015 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von -4,8 Mio. € (Vj. -5 Mio. €). Die Verbesserung gegenüber 2015 ist im Wesentlichen auf einen um 263 T € auf 2,6 Mio. € verringerten Personalaufwand zurückzuführen. Die Zahl der Beschäftigten hat sich von 42 auf 40 reduziert. Hinzu kamen Langzeiterkrankungen. Der Personalaufwand pro Mitarbeiter hat sich von 67 T € auf 64 T € verringert. Der Betriebsleistung ist um 102 T € zurückgegangen, wird jedoch durch einen um 332 T € geringeren Betriebsaufwand mehr als kompensiert. Der Anteil der Drittfinanzierung der Projekte hat sich von 56 % auf 50 % verringert. Der Verlust aus durchgeführten Projekten betrug per Saldo 1,6 Mio. € (Vj. 1,3 Mio. €).

B. Ausblick

Im Fokus der Aktivitäten stehen auch in 2016 und 2017 unverändert die Bestandspflege und -entwicklung mit der Fortführung vielfältiger Maßnahmen zur Zielbranchenentwicklung und des Clustermanagements sowie die weitere Profilierung des Wirtschaftsstandorts Frankfurt am Main als Gründerstadt und als Stadt der Kreativen. Bei unveränderter Fortführung der im Berichtsjahr wesentlichen Projekte, insbesondere der Immobilienmessen, der Gründerzentren Kompass und MAINRAUM sowie sonstiger beschlossener oder verpflichteter Aktivitäten, sind rund 73 % des regulären Projektbudgets gebunden. Für den Planungszeitraum bis 2018 werden jeweils reguläre Mittel von 4,5 Mio. € zur Verfügung stehen.

C. Ergänzende Angaben nach §123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2015 Mittel von rund 4,5 Mio. € zur Verfügung. Hiervon sind aufgrund des liquiditätsorientierten Mittelabrufs bis zum Jahresende Einzahlungen in die Kapitalrücklage von knapp 4,4 Mio. € erfolgt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und der Beirat. Im Geschäftsjahr 2015 betragen die Bezüge der Geschäftsführerin 65 T € (bis 30.04.2015), die Bezüge des Geschäftsführers betragen 63 T € (vom 01.05.2015 bis zum 31.12.2015). Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten keine Vergütung.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der

Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 25.09.2014 für das Planjahr 2015 und am 16.10.2015 für das Planjahr 2016. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 08.06.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Wirtschaftsförderung Frankfurt - Frankfurt Economic Development - GmbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	167	227	-60	-26,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	7	9	-2	-19,3
Sachanlagen	146	204	-58	-28,5
Finanzanlagen	14	14	0	0,0
Umlaufvermögen	4.256	4.653	-397	-8,5
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.692	1.817	-125	-6,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	2.563	2.836	-273	-9,6
Rechnungsabgrenzungsposten	236	233	3	1,5
Bilanzsumme	4.659	5.113	-454	-8,9
PASSIVA				
Eigenkapital	2.674	3.061	-387	-12,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	26	26	0	0,0
Kapitalrücklage	7.402	8.009	-606	-7,6
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-4.754	-4.973	219	-4,4
Rückstellungen	921	926	-5	-0,6
Verbindlichkeiten	1.064	1.125	-61	-5,4
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	-
Bilanzsumme	4.659	5.113	-454	-8,9
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	4.488	4.546	-58	-1,3
Gesamtleistung	4.488	4.546	-58	-1,3
sonstige betriebliche Erträge	52	96	-45	-46,5
Materialaufwand	0	0	0	-
Personalaufwand	-2.562	-2.825	263	-9,3
Abschreibungen	-75	-138	63	-45,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.631	-6.633	2	-0,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-4.729	-4.954	225	-4,5
Finanzergebnis	-25	-14	-11	81,2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-4.754	-4.968	214	-4,3
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-0	-6	5	-93,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-4.754	-4.973	219	-4,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-4.754	-4.973	219	-4,4
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	40	42	-2	-4,8
Zahl der Neuansiedlungen (durch Vermittlung Wfö)	19	20	-1	-5,0
Begleitete Firmenfälle/-beratungen gesamt	2.284	2.557	-273	-10,7
davon Existenzgründungen	62	181	-119	-65,7
Anteil Drittfinanzierung der Projekte (in %)	50	56	-6	-11,2

2. Verkehr, Ver- und Entsorgung



2. Verkehr, Ver- und Entsorgung	103
2.1 FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH und Konzern	105
2.2 ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	111
2.3 RTW Planungsgesellschaft mbH	115
2.4 Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	119
2.5 Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH und Konzern	123
2.5.1 AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH	129
2.5.2 BäderBetriebe Frankfurt GmbH	132
2.5.3 Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide und Konzern	135
2.5.4 Mainova AG	143
2.5.5 Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	152
2.5.6 In-der-City-Bus GmbH	157
2.5.7 Main Mobil Frankfurt GmbH	160
2.6 traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	163

2.1 FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH und Konzern

Anschrift: Weidenbornstraße 40 60389 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 08 00/2 00 80 07-0 0 69/21 23 13 23	E-Mail/Internet: services@fes-frankfurt.de www.fes-frankfurt.de
Gründung: 03.07.1995	Unternehmensgegenstand: Erbringung von Dienstleistungen auf dem Gebiet der Abfallentsorgung, der Abfall- und Recyclingwirtschaft, der Stadt- und sonstigen Flächenreinigung sowie der Verkehrssicherung in öffentlichem und privatem Auftrag.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main REMONDIS GmbH & Co KG - Region Süd, München	Kapitalanteile: 2.091.000 € = 51,00 % 2.009.000 € = 49,00 % 4.100.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Dirk Rimmert Herr Benjamin Scheffler		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	16 Mitglieder Frau StRin Rosemarie Heilig Frau Stv Angela Hanisch Herr StR Dr. Bernd Heidenreich Frau StRin Rosemarie Heilig Herr Stv Robert Lange	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Frau Bettina Brauburger (AN) Herr Thomas Conzendorf Herr Jörg Detlof Herr Oliver Dziuba (AN) Herr Georg Eicker Herr Abdenassar Gannoukh (AN) Herr Siegfried Rehberger Herr Olaf Rettig (AN) Herr Norbert Rohleder (AN) Herr Ralf-Rüdiger Stamm (AN) Herr Jürgen Raimund Wachs (AN) Herr Ömer Zengin (AN)	
Satzungsmäßige Besetzung: 16 Mitglieder davon 8 Vertreter der Arbeitnehmer	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.	
Beteiligungen: FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7/Wiesbaden KG, Frankfurt am Main RMB Rhein-Main Biokompost GmbH, Frankfurt am Main FES Abfallmanagement- und Service GmbH, Frankfurt am Main FFR GmbH, Frankfurt am Main RMS Rhein-Main-Solarpark GmbH MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH TRAPP Handelsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 1.200.000 € = 100,00 % 51.129 € = 100,00 % 25.000 € = 100,00 % 25.000 € = 100,00 % 50.000 € = 50,00 % 12.500 € = 50,00 % 12.500 € = 50,00 %	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Das Geschäftsjahr 2015 blieb für die Entsorgungsbranche sowohl im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung als auch auf die Konkretisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen enttäuschend. Das Preisniveau für Entsorgungsleistungen stand erneut unter hohem Wettbewerbsdruck. Immerhin hat die gute Auslastung von Entsorgungskapazitäten für nicht vorbehandelte Abfälle aus Haushalten und Gewerbe - als Folge von Abfallimporten vor allem aus Großbritannien und der anhaltend guten Konjunktur in Deutschland - die Preise für Abfallverbrennung wieder ansteigen lassen.

Zahlreiche Rechtsunsicherheiten wurden immer noch nicht ausgeräumt. Dies betrifft u. a. die Rahmenbedingungen für die Einführung der Wertstofftonne und die geplante Ersatzbaustoffverordnung. Auch die anstehenden Novellierungen verschiedener Gesetze und Verordnungen wurden nicht abgeschlossen. Dies betrifft z. B. die Gewerbeabfallverordnung und Düngeverordnung.

Der Preiswettbewerb bei Entsorgungs- und Reinigungsleistungen hält ungebrochen an. Insgesamt hat die FES-Gruppe im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre führende Marktposition in der Region behaupten können.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft ist gegenüber dem Vorjahr um 7,4 Mio. € auf 105,2 Mio. € gestiegen. Die Eigenkapitalquote sank von 47,6 % im Vorjahr auf 43,7 %. Die Eigenkapitalrentabilität lag bei 49,6 % (Vj. 50,2 %). Die Investitionen lagen mit 13,2 Mio. € unter dem Vorjahresniveau von 16,7 Mio. €.

Zur Erfolgslage

Die Gesellschaft erzielte im Wirtschaftsjahr einen Jahresüberschuss von 22,8 Mio. €. Das Ergebnis liegt damit etwas unter dem Vorjahresniveau von 23,4 Mio. € und über dem Planergebnis von 12,9 Mio. €. Die Planüberschreitung beim Ergebnis ist u. a. zurückzuführen auf deutlich niedrigere als geplante Verbrennungskosten, geringere Abschreibungen als Folge der Nichtinanspruchnahme der

Investitionsbudgets für die Jahre 2014 und 2015 sowie niedrigere Treibstoffkosten. Die Umsatzerlöse der FES betragen 213,8 Mio. € (Vj. 212,3 Mio. €). Den zusätzlichen Umsätzen aus Preisanpassungen und einem neuen Entsorgungsvertrag mit einem kommunalen Kunden stehen geringere Erlöse aus der Vermarktung von Sekundärrohstoffen gegenüber. Der maßgebliche Teil der Umsatzerlöse entfällt mit 97,7 Mio. € bzw. 45,7 % (Vj. 96,4 Mio. € bzw. 45 %) weiterhin auf die EinzelLeistungsverträge mit der Stadt Frankfurt am Main. Der zweitgrößte Umsatzanteil entfällt mit 48,7 Mio. € bzw. 22,8 % (Vj. 50,6 Mio. € bzw. 24 %) auf den Entsorgungsvertrag mit der RMA Rhein-Main Abfall GmbH. Der Umsatz mit Anbietern von dualen Systemen gemäß Verpackungsverordnung beträgt 1,7 Mio. € bzw. 1 % (Vj. 1,9 Mio. €). Der Umsatz im Drittgeschäft, d. h. mit allen übrigen kommunalen, gewerblichen und privaten Kunden, nahm auf 65,6 Mio. € (Vj. 59,4 Mio. €) bzw. 31 % aller Umsätze (Vj. 30 %) zu.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Der Konzernabschluss bildet neben allen Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten sowie allen Erträgen und Aufwendungen der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES) auch die der Tochterunternehmen RMB Rhein-Main Biokompost GmbH (RMB), FES Abfallmanagement- und Service GmbH (FAS), FFR GmbH (FFR) und FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7, Wiesbaden KG (FFR KG) ab.

Die MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH (MHKW), an der die Mainova AG zu 50 % beteiligt ist, wird als assoziiertes Unternehmen gemäß § 312 Abs.1 Nr. 2 HGB at equity in den Konzernabschluss einbezogen. Die RMS Rhein-Main Solarpark GmbH (RMS), an der die FES und die Stadtwerke Dreieich GmbH zu gleichen Teilen beteiligt sind, sowie die TRAPP Handelsgesellschaft GmbH werden ebenfalls als assoziierte Unternehmen gemäß § 312 Abs.1 Nr. 2 HGB at equity in den Konzernabschluss einbezogen. Die Anteile an der

FSG Flughafen Service GmbH, an der die FES mit 33,3 % beteiligt war, wurden mit Wirkung zum 01.10.2015 veräußert. Aus der Veräußerung ist ein Gewinn von 36 T € entstanden, der im Konzernabschluss unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen wird.

Die FAS war im Geschäftsjahr auf zwei Geschäftsfeldern, der Entsorgungslogistik und dem Betrieb von Abfallaufbereitungsanlagen, tätig. Die Umsatzerlöse der Gesellschaft sind mit 13 Mio. € (Vj. 12,7 Mio. €) leicht gestiegen. Die Gesellschaft erzielte einen Jahresüberschuss von 695 T € (Vj. 615 T €).

Die FFR hat im Geschäftsjahr die marktführende Stellung in der Region bei gewerblichen Winterdienst- und Flächenreinigungsleistungen sowie bei Verkehrssicherungsmaßnahmen weiter ausbauen können. Die FFR erzielte einen Jahresüberschuss von 1,2 Mio. € (Vj. 1,1 Mio. €). Die Umsatzerlöse stiegen auf 17,6 Mio. € (Vj. 16,8 Mio. €).

Gegenstand der FFR KG ist die Verwaltung, Verpachtung (an die FFR GmbH) und Entwicklung des Grundstücks Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7 in Wiesbaden. Pächter dieses Grundstücks ist die FFR GmbH. Die FFR KG hat im Geschäftsjahr 2015 Umsätze von 94 T € (Vj. 94 T €) und ein Ergebnis von 55 T € (Vj. 56 T €) erzielt.

Die RMB, Betreiberin einer Biokompostanlage, erzielte im Geschäftsjahr bei Umsätzen von 7,4 Mio. € (Vj. 6,6 Mio. €) einen Jahresüberschuss von 1,6 Mio. € (Vj. 1,6 Mio. €). Der Betrieb des Kompostwerks der RMB verlief auch im Geschäftsjahr 2015 stabil. Insgesamt wurden ca. 54.600 t (Vj. ca. 46.600 t) Bio-, Grün- und andere organische Abfälle angeliefert. Von den angelieferten Abfällen wurden ca. 27.600 t (Vj. 32.300 t) der Anlage zur Verarbeitung zugeführt. Die Anlage war damit wiederum sehr gut ausgelastet.

Die Konzernbilanz weist eine Bilanzsumme von 115,3 Mio. € (Vj. 107,4 Mio. €) aus. Die Konzerneigenkapitalquote beträgt 51,7 % (Vj. 54,1 %). Der Konzernumsatz erhöhte sich geringfügig auf 233 Mio. € (Vj. 230 Mio. €). Der Konzernüberschuss beträgt 24,8 Mio. € (Vj. 25,2 Mio. €).

B. Ausblick

Die Gesellschaft ist grundsätzlich stets Risiken aus der Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen auf dem Entsorgungsmarkt ausgesetzt. Allerdings kann sie im Einzelfall auch an daraus ergebenden Chancen teilhaben. So sah z. B. das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz die Einführung einer Wertstofftonne bis zum Jahr 2015 vor. Die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen sind derzeit allerdings immer noch offen. Chancen werden in der möglicherweise steigenden Nachfrage nach Verwertungskapazitäten für Bioabfälle sowie in der Verwertung von Altpapier und Altkleidern sowie Elektrokleingeräten gesehen.

Die Vielzahl von Abfallbehandlungsanlagen, die in den vergangenen Jahren in Betrieb gegangen sind, hat auch in der Rhein-Main-Region zu Überkapazitäten geführt. Gleichzeitig werden die allgemeine demographische Entwicklung und die Abwanderung des produzierenden Gewerbes im Zeitverlauf einen Rückgang der Nachfrage nach Entsorgungsleistungen bewirken. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass in Großbritannien und anderen EU-Mitgliedsstaaten in absehbarer Zeit ausreichend dimensionierte Kapazitäten für eine EU-rechtskonforme Abfallbehandlung geschaffen werden. Als Folge dieser Entwicklungen muss für die Zukunft von sinkenden Preisen für Abfallbehandlungsleistungen ausgegangen werden. In diesem Zusammenhang gewinnen die stete Kontrolle und Reduzierung der Behandlungskosten zusätzliche Bedeutung.

Die Gesellschaft und der Konzern wollen in den kommenden Jahren ihre führende Position in der Rhein-Main-Region bei kommunalen und gewerblichen Entsorgungs- und Flächenreinigungsdienstleistungen weiter festigen. Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2016 einen Jahresüberschuss von 15,2 Mio. € und Umsätze von 209,8 Mio. €. Für Investitionen sind Mittel von 24,1 Mio. € vorgesehen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der FES handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Im Jahr 2015 wurde eine Nettodividende für das Geschäftsjahr 2014 von 10 Mio. € an den Haushalt der Stadt Frankfurt am Main abgeführt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichts-

rat. Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 21 T €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden am 14.11.2014 für das Planjahr 2015 und am 06.11.2015 für das Planjahr 2016 statt. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 15.03.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	65.041	62.037	3.004	4,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	315	383	-68	-17,6
Sachanlagen	59.759	56.652	3.108	5,5
Finanzanlagen	4.966	5.002	-36	-0,7
Umlaufvermögen	35.032	30.809	4.224	13,7
Vorräte	1.290	1.141	149	13,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	15.071	18.415	-3.344	-18,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	18.671	11.252	7.419	65,9
Aktive latente Steuern	4.860	4.683	177	3,8
Rechnungsabgrenzungsposten	252	272	-19	-7,1
Bilanzsumme	105.186	97.801	7.385	7,6
PASSIVA				
Eigenkapital	45.982	46.588	-606	-1,3
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	4.100	4.100	0	0,0
Kapitalrücklage	6.739	6.739	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	12.354	12.354	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	22.788	23.395	-606	-2,6
Rückstellungen	39.390	34.808	4.581	13,2
Verbindlichkeiten	19.814	16.068	3.746	23,3
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1	0	1	-
Rechnungsabgrenzungsposten	0	336	-336	-
Bilanzsumme	105.186	97.801	7.385	7,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	213.770	212.324	1.446	0,7
Bestandsänderung UE / FE	-9	-270	261	-96,8
Gesamtleistung	213.761	212.055	1.707	0,8
sonstige betriebliche Erträge	4.857	3.196	1.661	52,0
Materialaufwand	-75.902	-74.585	-1.316	1,8
Personalaufwand	-70.055	-66.402	-3.653	5,5
Abschreibungen	-10.134	-10.062	-71	0,7
sonstige betriebliche Aufwendungen	-30.984	-31.500	515	-1,6
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	31.544	32.702	-1.158	-3,5
Finanzergebnis	1.381	1.398	-16	-1,2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	32.925	34.099	-1.174	-3,4
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-10.137	-10.705	568	-5,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	22.788	23.395	-606	-2,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	22.788	23.395	-606	-2,6
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	1.229	1.210	19	1,6

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH Konzern**

Bilanz Konzern	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	70.775	67.891	2.884	4,2
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.123	1.348	-225	-16,7
Sachanlagen	69.164	66.125	3.039	4,6
Finanzanlagen	488	418	70	16,7
Umlaufvermögen	38.952	34.281	4.671	13,6
Vorräte	1.353	1.183	170	14,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	18.540	21.652	-3.112	-14,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	19.059	11.446	7.612	66,5
Aktive latente Steuern	5.147	4.949	198	4,0
Rechnungsabgrenzungsposten	406	285	121	42,3
Bilanzsumme	115.281	107.408	7.873	7,3
PASSIVA				
Eigenkapital	59.569	58.195	1.374	2,4
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	4.100	4.100	0	0,0
Kapitalrücklage	6.739	6.739	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	6.505	6.505	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	17.456	15.679	1.777	11,3
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	24.769	25.172	-402	-1,6
Rückstellungen	42.321	37.676	4.645	12,3
Verbindlichkeiten	12.398	10.106	2.292	22,7
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1	0	1	-
Passive latente Steuern	88	97	-10	-9,9
Rechnungsabgrenzungsposten	905	1.333	-429	-32,2
Bilanzsumme	115.281	107.408	7.873	7,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	232.983	230.029	2.954	1,3
Bestandsveränderung UE / FE	-9	-270	261	-96,8
Gesamtleistung	232.974	229.759	3.215	1,4
sonstige betriebliche Erträge	4.879	3.324	1.555	46,8
Materialaufwand	-68.572	-68.024	-549	0,8
Personalaufwand	-85.446	-80.428	-5.018	6,2
Abschreibungen	-12.876	-12.884	8	-0,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-34.137	-33.921	-216	0,6
Betriebsergebnis	36.822	37.826	-1.004	-2,7
Finanzergebnis	-140	-152	11	-7,4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	36.682	37.675	-993	-2,6
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-11.912	-12.503	591	-4,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	24.769	25.172	-402	-1,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	24.769	25.172	-402	-1,6
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen Konzern (Jahresdurchschnitt)	1.621	1.568	53	3,4
Auszubildende	47	50	-3	-6,0
Gesamelter Restmüll (aus Haushalten u. Gewerbe) (t)	155.900	157.700	-1.800	-1,1
Gesammeltes Altpapier (aus Haushalten u. Gewerbe) (t)	70.500	79.500	-9.000	-11,3
Gesammelte organische Abfälle (aus Haushalten u. Gewerbe) (t)	59.300	51.700	7.600	14,7
Sperrmüllmenge (aus Haushalten u. Gewerbe) (t)	28.600	28.400	200	0,7

2.2 ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)

Anschrift: Lyoner Straße 22 60528 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/66 07 59-0 0 69/66 07 59-90	E-Mail/Internet: info@ivm-rheinmain.de www.ivm-rheinmain.de
------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gründung: 13.05.2002	Unternehmensgegenstand: Förderung der Zusammenarbeit im Verkehrs- und Mobilitätsmanagement der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz und der Landkreise und Städte in der Region Frankfurt RheinMain.
--------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	60.500 € = 25,11 %
Land Hessen	30.500 € = 12,67 %
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	30.000 € = 12,46 %
ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	7.500 € = 3,11 %
Landkreis Darmstadt-Dieburg	7.500 € = 3,11 %
Landkreis Groß-Gerau	7.500 € = 3,11 %
Landkreis Hochtaunus	7.500 € = 3,11 %
Landkreis Main-Kinzig	7.500 € = 3,11 %
Landkreis Main-Taunus	7.500 € = 3,11 %
Landkreis Offenbach	7.500 € = 3,11 %
Landkreis Rheingau-Taunus	7.500 € = 3,11 %
Land Rheinland-Pfalz	7.500 € = 3,11 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	7.500 € = 3,11 %
Stadt Darmstadt	7.500 € = 3,11 %
Stadt Hanau	7.500 € = 3,11 %
Stadt Mainz	7.500 € = 3,11 %
Stadt Offenbach am Main	7.500 € = 3,11 %
Stadt Rüsselsheim	7.500 € = 3,11 %
Stadt Wiesbaden	7.500 € = 3,11 %
	241.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung: Frau Heike Mühlhans

Aufsichtsrat:	19 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr LRat Ulrich Krebs
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Stefan Majer
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr LRat Burkhard Albers
	Herr KrBg Johannes Baron
	Herr OB Patrick Burghardt
	Frau Bg Katrin Eder
	Herr KrBg Christel Fleischmann
	Herr OB Alexander Hetjes
	Frau Erste KrBg Claudia Jäger
	Herr MinDirigent Dr. Lothar Kaufmann
	Herr StR Andreas Kowol
	Herr LRat Ulrich Krebs
	Frau StRin Sigrid Möricke
	Herr Prof. Knut Ringat
	Herr StS Mathias Samson
	Herr OB Horst Schneider
	Herr LRat Thomas Will
	Frau StS Dr. Bernadette Weyland

Verkehr, Ver- und
Entsorgung

	Herr KrBg Matthias Zach Frau StRin Cornelia Zuschke
Satzungsmäßige Besetzung:	Unterbährige Veränderungen im Aufsichtsrat:
Land Hessen 2 Mitglieder, übrige Gesellschafter je 1 Mitglied	Ausgeschiedene Mitglieder: Herr OB Michael Korwisi (bis 17.09.2015)
	Neue Mitglieder: Herr OB Alexander Hetjes (seit 18.09.2015)

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2015 beschäftigte sich die Gesellschaft mit diversen Aufgaben und Projekten, die der Förderung eines integrierten Verkehrs- und Mobilitätsmanagements für die Region Frankfurt RheinMain dienen. Die Mitarbeiter/-innen der ivm GmbH entwickelten Projekte, welche teilweise in Eigenleistung und teils durch Auftragsvergabe an Unternehmen abgearbeitet wurden. Diese Projekte lassen sich den Bereichen Bürgerservice, kommunaler Service und der Wissensbasis zuordnen. Zu den Bürgerserviceangeboten gehören u. a. Projekte wie Radroutenplaner Hessen, Schülerradroutenplaner Hessen, Meldeplattform Radverkehr, Multimodaler Mobilitätslotse Vielmobil, LKW-Empfehlungsnetz LKW-Lotse RheinMain, Plattform zu Barrierefreien Einrichtungen Mobile Menschen, Pendlerservices und Fahrgemeinschaftsvermittlungssysteme sowie die Informationsplattformen zu den Park-und-Ride und Parken-und-Mitnehmen-Angeboten. Der kommunale Service umfasst u. a. Projekte wie Regionales Leihfahrradkonzept, Regionales Park+Ride und Bike+Ride Konzept, Kommunales und Betriebliches sowie Schulisches Mobilitätsmanagement mit dem Schwerpunkt Schülerradroutennetz Frankfurt RheinMain, Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität in Hessen, Elektromobilität, Verkehrsmanagement bei Großveranstaltungen (Begleitung Verkehrliche Koordination der Hessentage). Zu den Themen im Bereich Wissensbasis zählen u. a. regionale Mobilitätsdaten sowie die Verkehrsfolgen von Siedlungsentwicklung und Wirtschaftsverkehr in der Region Frankfurt RheinMain.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist von 1.101 T € im Vorjahr auf 905 T € im Berichtsjahr gesunken. Die Minderung der Bilanzsumme resultiert auf der Aktivseite im Wesentlichen aus der Abnahme der Forderungen

aus Lieferungen und Leistungen um 254 T € sowie dem Anlagevermögen um 3 T €. Dies konnte durch die Zunahme der liquiden Mittel um 66 T € auf 548 T € nur teilweise kompensiert werden. Auf der Passivseite haben sich die Verbindlichkeiten um 183 T € verringert. Erstmals wurde im Vorjahr unter den sonstigen Verbindlichkeiten der Posten „Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt“ (286 T €) ausgewiesen und betraf mit 217 T € die Umsatzsteuernachzahlungen nebst Nachzahlungszinsen für den Zeitraum 2008 bis 2013; der Restbetrag das Jahr 2014. Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt sinken um 242 T € und betreffen im Jahr 2015 die laufende Umsatzsteuer. Die Eigenkapitalquote beträgt einschließlich des Sonderpostens 48 % (Vj. 45 %).

Zur Erfolgslage

Ab dem Jahr 2015 erfolgt die Darstellung der Positionen analog in der Gewinn- und Verlustrechnung unter Berücksichtigung des Vorsteuerabzuges und der auf den unternehmerischen Anteil der Erträge anfallenden abzuführenden Umsatzsteuer in den einzelnen Positionen in Form von Nettowerten. Das Jahresergebnis 2015 ist wie im Vorjahr ausgeglichen. Die nicht durch Erträge gedeckten Aufwendungen der Gesellschaft werden durch Zuschüsse der kommunalen Aufgabenträger und des Landes Hessen, sowie vom Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) und durch Kofinanzierung Dritter ausgeglichen. Im Geschäftsjahr 2015 wurden hierfür Finanzierungsbeiträge der kommunalen Aufgabenträger von 858 T € sowie 392 T € des Landes Hessen vereinnahmt. Zusätzlich beteiligte sich der RMV mit einer projektbezogenen Umlage von 242 T € und es wurden Erträge aus der Kofinanzierung von Dritten vereinnahmt, wobei es sich um Fördermittel (EU, Bund, Land) sowie um Mittel im Rahmen von projektbezogener Kooperation mit Dritten handelte.

B. Ausblick

Die ivm GmbH erarbeitet Handlungsansätze für eine zukunftsfähige, effiziente und nachhaltige Mobilität in der Region Frankfurt RheinMain. Hierfür erhält sie neben einer Umlage ihrer Gesellschafter auch projektbezogene Leistungsentgelte Dritter in geringerem Umfang. Aufgrund des gegebenen Budgetrahmens und den Vorgaben des Gesellschaftsvertrages ergeben sich für die Gesellschaft keine nennenswerten wirtschaftlichen Entwicklungschancen, die über den gegebenen Budgetrahmen hinausgehen. Die Projektarbeit wird auch im Jahr 2016 auf den bisher erfolgreichen Ansätzen, insbesondere im Verkehrs- und Mobilitätsmanagement aufbauen. Vor allem aktuelle Entwicklungen prägen hierbei die Ausrichtung der Unternehmensaktivitäten, welche das Thema einer nachhaltigen und klimafreundlichen Mobilität in den Fokus rücken. Für die Folgejahre wird ein wichtiger Handlungsschwerpunkt der ivm GmbH auch auf der Verbreitung und Nutzbarmachung der vorliegenden Grundlagen und Angebote zur Erreichung der verkehrs- und umweltpolitischen Zielstellungen der Gesellschafter liegen. Das Einbinden und Begleiten der Prozesse zur Erarbeitung und Umsetzung kommunaler und regionaler Strategien zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität auf kommunaler und regionaler Ebene wird in den Folgejahren daher weiter an Bedeutung gewinnen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gründung der Gesellschaft erfolgte im Jahr 2002 (zunächst als Vorbereitungsgesellschaft) auf der Grundlage des hessischen Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main vom 19.12.2000 (BallrG), damit diese die Aufgaben des integrierten Verkehrsmanagements in der Region Frankfurt Rhein-Main (§ 1 Abs. 1 Ziffer 8 BallrG) übernimmt. Zum 01.04.2011 ging der Regelungsgehalt des Ballungsraumgesetzes im „Gesetz über die Metro-

polregion Frankfurt/Rhein-Main (MetropolG)“ vom 08.03.2011 auf.

Der öffentliche Zweck der ivm GmbH ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der ivm GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Die Gesellschaft finanziert sich durch Zuschüsse der Gesellschafter sowie durch Drittmittel. Das Land Hessen leistet seinen Beitrag im Rahmen einer anteiligen Fehlbedarfsfinanzierung. Die Stadt Frankfurt am Main steuert einen jährlichen Betrag von rd. 645 T € bei. Den restlichen Finanzierungsanteil leisten die beteiligten Gebietskörperschaften, mit Ausnahme des Landes Rheinland-Pfalz sowie der Stadt Mainz, in Form einer einwohnerbezogenen Umlage von 0,13 € pro Einwohner. Das Land Rheinland-Pfalz leistet seinen Finanzierungsanteil in Form einer Projektfinanzierung, die Stadt Mainz durch eine Personalabstellung.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 1.150 €. Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	267	269	-3	-1,0
Immaterielle Vermögensgegenstände	243	228	15	6,5
Sachanlagen	24	41	-17	-42,2
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	629	819	-191	-23,3
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	81	338	-257	-76,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	548	481	66	13,8
Rechnungsabgrenzungsposten	10	12	-3	-22,3
Bilanzsumme	905	1.101	-196	-17,8
PASSIVA				
Eigenkapital	234	234	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	234	234	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Sonderposten	267	269	-3	-1,0
Rückstellungen	27	26	1	3,9
Verbindlichkeiten	377	560	-183	-32,6
Rechnungsabgrenzungsposten	0	12	-12	-
Bilanzsumme	905	1.101	-196	-17,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Gesamtleistung	0	0	0	-
sonstige betriebliche Erträge	1.835	2.222	-387	-17,4
Materialaufwand	-520	-599	79	-13,1
Personalaufwand	-809	-779	-30	3,9
Abschreibungen	-128	-97	-31	32,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-378	-463	85	-18,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-0	285	-285	-100,1
Finanzergebnis	0	-28	28	-101,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	257	-257	-99,9
Steuern	-0	-257	257	-99,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	13	13	0	0,0

2.3 RTW Planungsgesellschaft mbH

Anschrift: Stiftstraße 9-17 60313 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/2 12 – 2 72 50 0 69/2 12 – 2 72 52	E-Mail/Internet: kontakt@rtw-planung.info www.rtw-planung.info
------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------

Gründung: 27.11.2008	Unternehmensgegenstand: Die planerische Vorbereitung des Vorhabens „Regionaltangente West“, darunter werden folgende Aufgaben verstanden: - Vorbereitung und Ausschreibung von Planungsleistungen, - Steuerung der Planungsleistungen, - Koordinierung der Prozesse für die beteiligten Aufgabenträger, - Erarbeitung der Grundlagen für die Herbeiführung der Bau- und Finanzierungsbeschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger.
--------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	10.000 € = 33,33 %
Land Hessen	5.000 € = 16,67 %
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV)	5.000 € = 16,67 %
Landkreis Hochtaunus	2.500 € = 8,33 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	2.500 € = 8,33 %
Landkreis Offenbach	2.100 € = 7,00 %
Landkreis Main-Taunus	1.700 € = 5,67 %
Stadt Eschborn	400 € = 1,33 %
Stadt Neu-Isenburg	400 € = 1,33 %
Stadt Schwalbach	400 € = 1,33 %
	30.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung: Herr Peter Forst Herr Rolf Valussi

Aufsichtsrat:	13 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Stefan Majer
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Helmut Heuser Herr StR Stefan Majer
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Frau BM Christiane Augsburger Herr KrBg Johannes Baron Herr MinDirigent Elmar Damm Herr Erster StR Thomas Ebert Herr OB Alexander Hetjes Frau Erste KrBg Claudia Jäger Herr Dr. André Kavai Herr Erster KrBg Uwe Kraft Herr MinDirigent Bernhard Maßberg Herr Prof. Knut Ringat Herr Erster StR Stefan Schmitt

Satzungsmäßige Besetzung: 13 Mitglieder	Unterjährige Veränderungen im Aufsichtsrat: Ausgeschiedene Mitglieder: Herr OB Michael Korwisi (bis 17.09.2015)	Neue Mitglieder: Frau BM Christiane Augsburger (seit 27.04.2015) Herr MinDir Elmar Damm (seit 27.04.2015) Herr Erster StR Thomas Ebert (seit 27.04.2015) Herr OB Alexander Hetjes (seit 18.09.2015) Herr Dr. André Kavai (seit 27.04.2015) Herr MinDir Bernhard Maßberg (seit 27.04.2015) Herr Erster StR Stefan Schmitt (seit 27.04.2015)
---------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Mit Datum vom 12.11.2015 wurde der Gesellschaftsvertrag neu gefasst. Gegenstand der Gesellschaft ist nunmehr neben der Planung auch der Bau sowie der Betrieb der Infrastruktur der Regionaltangente West. Die Handelsregistereintragung erfolgte am 27.01.2016. Aus einem möglichen neuen Betätigungsfeld der Gesellschaft können sich für die Zukunft unternehmerische Risiken ergeben. Die Finanzierungsmodalitäten der Gesellschaft sehen eine umlagenbezogene Finanzierung seitens der Gebietskörperschaften vor. Das Gesamtbudget für die Planung der RTW beträgt seit Gründung 26,6 Mio. €.

Der Antrag der RTW GmbH auf Bezuschussung der Planungskosten, abgegeben im Januar 2015, wurde von der EU Kommission positiv beschieden; die RTW GmbH erhält als Zuschuss zu den Planungskosten bis zum Abschluss der Planfeststellung bis zu 7,7 Mio. €.

Ab dem 26.11.2014 sind, mit Beschluss der Gesellschafterversammlung, die Befristung der Gesellschaft entfallen und die Städte Eschborn, Schwalbach und Neu-Isenburg sowie das Land Hessen der Gesellschaft als Gesellschafter beigetreten und haben Geschäftsanteile von den Gründungsgesellschaftern übernommen (Eintragung in das Handelsregister in 2015). Das Budget der Gesellschaft erhöht sich dadurch nicht.

In Erfüllung der Aufgabenvereinbarung werden von Mitarbeitern der RTW GmbH Projekte entwickelt, die teils in Eigenleistung und teilweise durch Auftragsvergabe an Unternehmen abgearbeitet werden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 3,3 Mio. € auf 10,4 Mio. € erhöht. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf die gegenüber dem Vorjahr höheren Forderungen gegen und Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern zurückzuführen.

Die Aktivseite weist im Geschäftsjahr 2015 ein Umlaufvermögen aus, welches im Wesentlichen aus liquiden Mitteln von 6,1 Mio. € (Vj. 7 Mio. €) und

Forderungen gegen Gesellschafter von 1,6 Mio. € sowie sonstigen Vermögensgegenständen von 2,6 Mio. € besteht.

Die Passivseite ist geprägt von den Verbindlichkeiten, insbesondere den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern von 9,7 Mio. € (Vj. 6 Mio. €). Die unterjährige Zahlungsfähigkeit konnte gewährleistet werden.

Zur Erfolgslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung führt wie im Vorjahr zu einem ausgeglichenen Jahresergebnis.

Die Betriebsaufwendungen (Materialaufwand, Personalaufwand, Abschreibungen, sonstige betriebliche Aufwendungen) haben sich im Wesentlichen aufgrund der geringeren Planungsleistungen im Jahr 2015 um 2,8 Mio. € auf 2,7 Mio. € reduziert. Die Erträge aus Beiträgen der Gesellschafter (hier unter „sonstigen betrieblichen Erträgen“ erfasst) belaufen sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 1 Mio. € (Vj. 5,4 Mio. €). Zudem wird unter dieser Position auch der Zuschuss im Rahmen der EU-Finanzhilfvereinbarung für das Jahr 2014 von 1,5 Mio. € ausgewiesen.

B. Ausblick

Kernziel ist die Erarbeitung der technischen Planung, für die die Planfeststellung beantragt werden soll. Gemäß Vorabstimmungen mit den zuständigen Behörden sollen Teilabschnitte gebildet werden, damit einerseits eine sequenzielle Bearbeitung durch die Genehmigungsbehörde möglich ist und andererseits der jeweilige Kreis der potenziell Betroffenen genauer gefasst werden kann. Für den Planfeststellungsabschnitt Nord ist die Erarbeitung der Antragsunterlagen bis Herbst 2016 geplant, für die anderen Abschnitte wird das Frühjahr 2017 angestrebt.

Die Feldarbeiten der zweiten Bohrkampagne werden in 2016 abgeschlossen. Daran schließen sich die Laborversuche und die Erarbeitung der Baugrundgutachten an. Die noch ausstehenden Gutachten für den Planfeststellungsabschnitt Nord haben vor dem Hintergrund der beabsichtigten Termine für die Planfeststellung höchste Priorität. Die Umweltverträglichkeitsstudie und der land-

schaftspflegerische Begleitplan sind zwingende Bestandteile der Planfeststellungsunterlagen. Dieser Plan wird gemeinsam mit der eigentlichen Maßnahme planfestgestellt, die Umweltverträglichkeitsstudie ist die vorgelagerte Analyse der Eingriffswirkung der geplanten Maßnahmen, für die die im landschaftspflegerischen Begleitplan festgelegten Ausgleichsmaßnahmen entwickelt werden.

Am 07.07.2016 gibt der zweite Geschäftsführer, Herr Peter Forst, bekannt, dass er sein Amt als Geschäftsführer der RTW GmbH mit Wirkung zum 31.10.2016 niederlegt. Ein Nachfolger soll zeitnah bestellt werden.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der RTW GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Das Budget der Gesellschaft betrug bis zum 31.12.2012 insgesamt 5,8 Mio. €, wovon auf die Stadt Frankfurt am Main ein Finanzierungsanteil von insgesamt rd. 1,6 Mio. € fiel. Für die Planungen ab 2013 wurde ein weiterer Budgetrahmen von 20,8 Mio. € beschlossen. Auf die Stadt Frankfurt am Main entfällt davon ein Finanzierungsanteil von rd. 11 Mio. €. Im Geschäftsjahr 2015 wurden Erträge aus Beiträgen der Gesellschafter von 1 Mio. € verbucht (Anteil Frankfurt am Main 0,6 Mio. €).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Im Geschäftsjahr 2015 betragen die Bezüge von Herrn Geschäftsführer Valussi 177 T € und Herrn Forst 101 T €. Die Aufsichtsräte üben ihre Aufgabe ehrenamtlich aus und erhalten keine Vergütung.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
RTW Planungsgesellschaft mbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	4	6	-3	-41,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	4	6	-3	-41,4
Umlaufvermögen	10.356	7.011	3.345	47,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.238	3	4.235	129.348,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	6.118	7.007	-890	-12,7
Rechnungsabgrenzungsposten	2	2	-1	-31,2
Bilanzsumme	10.361	7.020	3.342	47,6
PASSIVA				
Eigenkapital	22	22	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	30	30	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-8	-8	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Sonderposten	4	6	-3	-41,4
Rückstellungen	76	490	-415	-84,6
Verbindlichkeiten	10.259	6.500	3.759	57,8
Bilanzsumme	10.361	7.020	3.342	47,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
sonstige betriebliche Erträge	2.661	5.433	-2.773	-51,0
Materialaufwand	-1.902	-4.773	2.870	-60,1
Personalaufwand	-370	-349	-21	6,1
Abschreibungen	-3	-2	-1	71,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-389	-323	-67	20,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-4	-12	8	-70,0
Finanzergebnis	4	12	-8	-67,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0	0,0
Steuern	-0	-0	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	4	4	0	0,0

2.4 Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Anschrift: Goldsteinstraße 160 60528 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/2 12-3 46 66 0 69/2 12-3 79 45	E-Mail/Internet: poststelle.eb68@stadt-frankfurt.de www.stadtentwaesserung-frankfurt.de
Gründung: 17.12.1998	Unternehmensgegenstand: Reinhaltung und naturnahe Entwicklung der Gewässer in Frankfurt am Main durch umweltschützende Ableitung und Reinigung des Abwassers, durch naturgerechte Gewässerunterhaltung und naturnahen Gewässerausbau bei angemessenem Hochwasserschutz.	
Träger: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 7.669.378 € = 100,00 %	
Betriebsleitung: Herr Ernst Appel Herr Werner Kristeller		
Betriebskommission:	13 Mitglieder	
Betriebskommissionsvorsitz:	Herr StR Stefan Majer	
Mandatsträger der Stadt:	Frau Stv Odetta Barbosa de Lima Herr StK Uwe Becker Frau Stv Nimatoulaye Diallo Frau StRin Rosemarie Heilig Herr Stv Martin Kliehm Herr Stv Robert Lange Herr StR Stefan Majer Herr StR Peter Mensinger Herr StR Michael Paris Herr Stv Roger Podstatny Herr Stv Günther Quirin	
Weitere Kommissionsmitglieder:	Herr Rainer Fitzek (AN) Herr Andreas Krug (AN)	
Satzungsmäßige Besetzung: 13 Mitglieder davon 6 Vertreter der Stadtverordnetenversammlung, 5 Vertreter des Magistrats und 2 Vertreter der Arbeitnehmer	Unterjährige Veränderung in der Betriebskommission: Ausgeschiedene Mitglieder: Herr Stv Helmut Ulshöfer (verstorben 08.05.2015)	Neue Mitglieder: Frau Stv Odetta Barbosa de Lima (seit 16.07.2015)

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Der Eigenbetrieb Stadtentwässerung Frankfurt am Main (SEF) hat die gesetzlichen Pflichtaufgaben der ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung im Stadtgebiet durch Sammlung, Ableitung und Reinigung des anfallenden Abwassers und der Unterhaltung der fließenden Gewässer zweiter und dritter Ordnung, jeweils entsprechend den wasserrechtlichen Vorschriften. Zur Erfüllung der Aufgaben des Eigenbetriebes betreibt die SEF öffentliche Entwässerungskanäle ebenso wie zahlreiche Pumpwerke, Regenentlastungen, Regenüberlaufbecken und Stauraumkanäle sowie zwei Abwasserreinigungsanlagen (ARA) mit einer Gesamtkapazität von ca.

2 Mio. Einwohnergleichwerten. Die Entsorgung der anfallenden Schlämme erfolgt in einer Schlamm-entwässerungs- und verbrennungsanlage (SEVA). Neben der Entsorgung im Einzugsgebiet der Stadt Frankfurt am Main erfolgt die Entsorgung der Abwässer der Städte Maintal (Stadtteil Bischofsheim), Neu-Isenburg, Offenbach, Kelsterbach und Steinbach sowie der in den Abwasserverbänden Maintaunus und Westerbach zusammengeschlossenen Städte. Darüber hinaus gehört es zu den Aufgaben der SEF, zahlreiche Gewässer mit einer Gesamtlänge von ca. 160 km zu unterhalten. Es handelt sich dabei um kleine Gräben und Bäche und den Fluss Nidda, der im Stadtgebiet durch fünf bewegliche Wehre staugeregelt ist. Die Abwassergebühr

beträgt seit 1995 unverändert 1,76 € pro Kubikmeter Abwasser.

Für den Betrieb der Kanalisation wurden der zweite Durchgang der flächendeckenden Inspektion der Kanäle, die Erarbeitung von Sanierungskonzepten und die Wiederherstellung eines einwandfreien Zustandes schadhafter Kanalabschnitte fortgesetzt. Bis Ende 2015 waren ca. 50 % des gesamten Kanalnetzes in diesem Wiederholungszyklus inspiziert. Neben der Behandlung der öffentlichen Kanäle wurde auch die systematische Untersuchung der Zuleitungskanäle fortgesetzt. Hier lag der Schwerpunkt in den Stadtteilen Niederrad, Kalbach, Nordweststadt, Sindlingen und Lerchesberg. Der Betrieb der Abwasserableitung lief im Berichtsjahr ordnungsgemäß ohne wesentliche Betriebsstörungen. Für die beiden Abwasserreinigungsanlagen stehen zwei wesentliche und zukunftsweisende Projekte an. Für die Klärschlammbehandlung ist in einem ersten Schritt der Neubau einer Klärschlammfau- lung geplant. In einem zweiten Schritt soll dann die vorhandene SEVA durch den Neubau einer Klärschlammverbrennung mit anschließender Klärschlammverbrennung ersetzt werden. Ein weiteres Projekt betrifft die ARA Frankfurt-Griesheim mit dem Neubau der Einlaufgruppe. Hier ist vorgesehen, die Anlagenteile für das Rohwasserpumpwerk, das Rechengebäude und den Sandfang neu zu errichten. Der naturnahe Umbau des Höchster Wehres, der im Juli 2013 erfolgreich abgeschlossen wurde, wird von der Bevölkerung positiv beurteilt und hat die naturnahe Entwicklung der Nidda in diesem Abschnitt stark verbessert. Als nächste Maßnahme ist der naturnahe Umbau des Sossenheimer Wehres geplant. Bei den weiteren Planungsschritten wurden die Öffentlichkeit und Interessenvertretungen frühzeitig in Form einer Planungswerkstatt eingebunden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 2,2 Mio. € auf 674 Mio. € gestiegen. Mit einem Anteil von 94,8 % macht das Sachanlagevermögen den überwiegenden Teil der Bilanzsumme aus. Die Eigenkapitalquote zum 31.12.2015 beträgt 22,3 % (Vj. 22,3 %).

Zur Erfolgslage

Mit der Novellierung des Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG) in Hessen zum 01.01.2013 wurde in § 10 ausdrücklich geregelt, dass bei Kostenüberdeckungen auch in der handelsrechtlichen Rechnungslegung entsprechende Verbindlichkeiten und Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen auszuweisen sind. Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses vor Sondereinflüssen in Höhe von 7,7 Mio. € und einer Ertragsminderung für die Zuführung zu Rückstellungen wegen Zahlungsverpflichtungen von 5,6 Mio. € beläuft sich der Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr auf 2,1 Mio. €.

B. Ausblick

Da die Leistungen der Stadtentwässerung im Hoheitsbereich erbracht werden, werden keine unmittelbaren wirtschaftlichen Risiken gesehen. Die Diskussion über die steuerliche Gleichbehandlung von Betrieben der Wasserversorgung mit der Abwasserentsorgung wird nach wie vor geführt, eine mögliche Gesetzesinitiative ist jedoch nicht absehbar. Der Eigenbetrieb hat als Grundlage für das eigene Handeln und Selbstverständnis in den letzten Jahren eine Unternehmensvision sowie ein Unternehmens- und Führungsleitbild formuliert. In das geforderte Zielbild wurden die strategischen Aussagen aus Vision, Unternehmensleitbild sowie Führungsleitbild eingearbeitet, mit Blick auf aktuelle strategische Zielsetzungen aktualisiert und in Form eines Geschäftsmodells zusammengeführt. Der ständige Betrieb der Anlagen wird durch Schichtdienste im Bereich der Anlagen und durch Rufbereitschaften für besondere Betriebssituationen sichergestellt. Darüber hinaus ist der laufende Betrieb durch ein umfassendes technisches Sicherheitsmanagement (TSM) gewährleistet. Sonstige technische Risiken wurden zusammengestellt und bewertet. Aus derzeitiger Sicht werden keine bestandsgefährdenden Markt- oder Betriebsrisiken gesehen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Betriebsleitung und die Betriebskommissionsorgane des Eigenbetriebes in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien ge-

handelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden am 02.09.2014 für die Planjahre 2015 und 2016 statt. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 29.06.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	639.208	640.833	-1.625	-0,3
Immaterielle Vermögensgegenstände	218	183	35	19,3
Sachanlagen	638.990	640.651	-1.661	-0,3
Umlaufvermögen	34.815	30.979	3.835	12,4
Vorräte	7.434	6.981	453	6,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	26.951	23.206	3.744	16,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	430	792	-362	-45,8
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	-
Bilanzsumme	674.023	671.813	2.210	0,3
PASSIVA				
Eigenkapital	150.028	150.028	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	7.669	7.669	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	140.247	140.247	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	0	0	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	2.112	2.112	0	0,0
Sonderposten	115.606	121.863	-6.257	-5,1
Rückstellungen	45.410	35.328	10.082	28,5
Verbindlichkeiten	359.179	360.794	-1.615	-0,4
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	313.659	325.718	-12.059	-3,7
Rechnungsabgrenzungsposten	3.800	3.800	0	0,0
Bilanzsumme	674.023	671.813	2.210	0,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	112.616	109.433	3.183	2,9
andere aktivierte Eigenleistungen	1.942	1.788	154	8,6
Gesamtleistung	114.558	111.221	3.337	3,0
sonstige betriebliche Erträge	3.357	2.669	688	25,8
Materialaufwand	-39.537	-40.993	1.455	-3,6
Personalaufwand	-27.146	-26.027	-1.120	4,3
Abschreibungen	-21.717	-22.374	656	-2,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-18.127	-12.282	-5.845	47,6
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	11.387	12.216	-829	-6,8
Finanzergebnis	-9.246	-9.993	748	-7,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.141	2.222	-81	-3,6
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-29	-110	81	-73,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	2.112	2.112	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	2.112	2.112	0	0,0
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	404	399	5	1,3
Öffentliche Entwässerungskanäle in km (ca.)	1.603	1.581	22	1,4

2.5 Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH und Konzern

Anschrift: Kurt-Schumacher-Straße 8 60311 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/2 13-01 0 69/2 13-2 27 40	E-Mail/Internet: info@stadtwerke-frankfurt.de www.stadtwerke-frankfurt.de
--------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gründung: 01.01.1995	Unternehmensgegenstand: Erwerb, Halten und Verwalten von Beteiligungen jeder Art an Unternehmen, deren Gegenstand die Versorgung mit leitungsgebundenen Energieträgern und Wasser, Telekommunikation sowie artverwandten Dienstleistungen und das Erbringen von Verkehrs- und Verkehrsdienstleistungen ist.
--------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 52.001.000 € = 100,00 %
---------------------------------------------------	---------------------------------------------------

Geschäftsführung: Herr Dr. Constantin H. Alsheimer Herr Lothar Herbst Herr Thomas Wissgott

Aufsichtsrat:	20 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr OB Peter Manuel Feldmann
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Uwe Becker Herr OB Peter Manuel Feldmann Frau StRin Rosemarie Heilig Herr Stv Helmut Alexander Heuser Herr Stv Michael zu Löwenstein Herr StR Claus Möbius Herr Stv Uwe Paulsen Frau StRin Erika Pfreundschuh Herr Stv Dr. Christoph Schmitt Herr Stv Manuel Stock
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Peter Arnold (AN) Herr Mahmut Bas (AN) Herr Erich Braun (AN) Herr Karl Heinz Dauth (AN) Herr Reinhold Falk (AN) Herr Lothar Huber (AN) Herr Jochen Koppel (AN) Frau Cornelia Kröll (AN) Herr Ralf Stamm (AN) Herr Athanasios Stavrakidis (AN)

Satzungsmäßige Besetzung: 20 Mitglieder davon 10 Vertreter der Arbeitnehmer	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.
------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------

Beteiligungen: (ab 20 %)	Kapitalanteile:
AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH	25.500 € = 100,00 %
BäderBetriebe Frankfurt GmbH	26.600 € = 100,00 %
IN-DER-CITY-BUS GmbH	10.572.000 € = 100,00 %
Main Mobil Frankfurt GmbH	204.100 € = 100,00 %
Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft Frankfurt am Main mbH	25.000 € = 100,00 %
Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	25.565 € = 100,00 %
Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	11.000.000 € = 100,00 %
Mainova AG	107.061.248 € = 75,22 %
Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide	184.911.621 € = 20,02 %
Nassauische Sparkasse (stille Einlage ohne Stimmrechte)	8.060.000 €

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Die Gesellschaft leistet - zusammen mit ihren direkten und indirekten Beteiligungsgesellschaften - als wesentliche städtische Beteiligung einen nachhaltigen Beitrag für die Stadt Frankfurt am Main. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen dabei stets die Aspekte Wirtschaftlichkeit und Daseinsvorsorge. Zu den vorrangigen Zielen des Steuerungskonzeptes der Stadt Frankfurt am Main zählt die Sicherung des Ergebnisbeitrages für die Anteilseignerin. Ebenso relevant sind Aufrechterhaltung und Ausbau der Daseinsvorsorge der Stadt Frankfurt am Main gegenüber ihren Bürgern. Dabei sollen Investitionstätigkeiten aus eigenen Mitteln und ohne Haushaltszuschüsse durchgeführt werden.

Zu den operativen Aufgaben zählen neben der Vermietung des Verwaltungsgebäudes weitere Konzernaufgaben, vor allem in den Bereichen Rechnungswesen, Treasury, Betriebsrestauration, betriebsärztlicher Dienst, Revision sowie Aus- und Fortbildung. Die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) bildet für die Konzerngesellschaften in gewerblichen und kaufmännischen Ausbildungsberufen aus. Die von den Tochtergesellschaften Mainova AG und VGF bezogenen Leistungen betreffen maßgeblich gebäudebezogene und EDV-Dienstleistungen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft ist um 2,9 Mio. € auf 840,4 Mio. € gesunken.

Ausschlaggebend hierfür ist auf der Aktivseite hauptsächlich das abschreibungsbedingt gesunkene Anlagevermögen. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Prozentpunkte auf 93,6 % verringert. Gegenläufig haben sich die sonstigen Vermögensgegenstände aufgrund der gestiegenen Ansprüche aus Steuerforderungen erhöht.

Auf der Passivseite erhöhten sich vor allem die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie die sonstigen Verbindlichkeiten durch kurzfristige Termingeldaufnahmen. Weiterhin hat sich das Eigenkapital durch den Jahresüberschuss erhöht. Der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme ist um

1,9 Prozentpunkte auf 40,8 % gestiegen. Gegenläufig haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bedingt durch das gemeinsame Cash Pooling-Verfahren verringert.

Auf der Vermögensseite stellen die Finanzanlagen den wichtigsten Aktivposten dar. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die Beteiligungen an der Mainova AG, der Fraport AG, der SWG, der AVA GmbH sowie die stille Beteiligung an der Nassauischen Sparkasse.

Zur Erfolgslage

Die Ertragslage der Gesellschaft ist maßgeblich durch das Finanzergebnis bestimmt, welches sich aus dem Beteiligungsergebnis und dem sonstigen Finanzergebnis zusammensetzt. Der Anstieg des Finanzergebnisses resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg des Beteiligungsergebnisses infolge der gestiegenen Erträge aus Gewinnabführung der AVA (rund 7,5 Mio. €) und der Mainova (rund 16,4 Mio. €). Gegenläufig sind die Aufwendungen aus Verlustübernahme um 5,7 Mio. € auf 83,9 Mio. € gestiegen. Dies ist vor allem auf den Anstieg des Aufwands aus Verlustübernahme gegenüber der VGF in Höhe von rund 3,9 Mio. € auf 57,7 Mio. € (Vj. 53,8 Mio. €) sowie gegenüber der BBF in Höhe von rund 1,8 Mio. € auf 26,2 Mio. € (Vj. 24,4 Mio. €) zurückzuführen.

Im Berichtsjahr sind Abschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von 4,3 Mio. € enthalten. Sie betreffen ausschließlich die außerplanmäßige Abschreibung auf die Beteiligung an der ICB. Die Abschreibung erfolgte auf Grund der anhaltenden Verlustsituation der Gesellschaft.

Der Rückgang des Personalaufwandes um 0,2 Mio. € resultiert vor allem aus den rückläufigen Mitarbeiterzahlen. Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die SWFH GmbH 90 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Vj. 96). Die Stammebelegschaft ist im Vergleich zum Vorjahr von 87 auf 81 Beschäftigte gesunken.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Die Konzernbilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 12,1 Mio. € auf 3.522 Mio. € verringert.

Auf der Aktivseite erhöhte sich das Sachanlagevermögen um 39,3 Mio. € auf 1.765,9 Mio. €. Im Konzern wurden im Berichtsjahr 185,1 Mio. € (Vj. 186,5 Mio. €) in Sachlagen investiert. Den Schwerpunkt der Zugänge bei den Sachanlagen bilden die Erweiterung und Erneuerung der Erzeugungs- und Verteilungsanlage im Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmebereich, die Erneuerung der Fahrtreppen, die Erweiterung der Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen, die Beschaffung neuer Fahrzeuge im Stadtbahn- und Straßenbahnbereich sowie die Sanierung in den verschiedenen Schwimmbädern.

Das Finanzanlagevermögen ist um 24,5 Mio. € auf 1.313,5 Mio. € gesunken. Im Wesentlichen resultiert dies aus dem Rückgang bei den Beteiligungen an assoziierten Unternehmen gegenüber dem Vorjahr.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um 32,6 Mio. € erhöht. Der Anstieg resultiert vor allem aus dem positiven Konzernergebnis des Berichtsjahres. Die Verbindlichkeiten verringerten sich um 12,2 Mio. € auf rund 2.004,6 Mio. €. Der Rückgang resultiert vor allem aus den aufgrund planmäßiger Darlehenstilgungen gesunkenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, ist der Rückgang durch stichtagsbedingt niedrige Verpflichtungen aus Lieferungen und Leistungen verursacht. Aufgrund kurzfristiger Termingeldaufnahmen haben sich die sonstigen Verbindlichkeiten erhöht.

Der Jahresüberschuss des Konzerns beträgt 54,7 Mio. € (Vj. 54,2 Mio. €). Nach Verrechnung des auf andere Gesellschafter entfallenden Gewinns ergibt sich ein positives Konzernergebnis von 38 Mio. € (Vj. 39 Mio. €). Die Konzernumsatzerlöse beliefen sich im Berichtszeitraum auf 2.162 Mio. € und lagen damit um 85 Mio. € bzw. 3,8 % unter den Vorjahreserlösen.

Der Materialaufwand betrifft überwiegend den Gas-, Strom-, Wasser- und Wärmebezug, die Kosten für den Gas-, Kohle- und Heizöleinsatz in den eigenen Kraftwerken sowie Netzentgelte. Ursächlich für den Rückgang um 6,9 % oder 117,6 Mio. € auf 1.594,1 Mio. € waren die rückläufigen Gas- und Stromvertriebsmengen.

Der Personalaufwand lag mit 354,6 Mio. € leicht um 6,3 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Die Konzernbelegschaft betrug 5.327 (Vj. 5.390) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang von 63 Mitarbeitenden.

B. Ausblick

Die Auswirkungen des volatilen Marktumfelds sowie die unsicheren gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zeigen sich in nahezu allen Bereichen des Konzerns. Der SWFH-Konzern ist vor dem Hintergrund der durch die Liberalisierung des Energie- und Verkehrsmarkts entstandenen Veränderungen sowie europäischer Vorgaben gehalten, den bereits in den Vorjahren eingeleiteten Um- und Restrukturierungsprozess, der zur Verschlinkung sowie Rationalisierung von Arbeitsprozessen und darüber hinaus zu strukturellen Anpassungen geführt hat, auch in den folgenden Jahren fortzuführen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Beziehungen zum Haushalt

Die von der Stadt Frankfurt am Main gewährten Sicherheiten (Ausfallbürgschaft) belaufen sich zum 31.12.2015 auf knapp 112,5 Mio. € (Restschuld ohne Zinsen). Weiterhin hat die SWFH GmbH eine Garantie von 8 Mio. € für die Stille Einlage bei der Nassauischen Sparkasse erhalten.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 13 T €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in

Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 22.10.2014 für das Planjahr 2015 und am 04.11.2015 für das Planjahr 2016 statt. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 25.05.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	786.746	803.664	-16.918	-2,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	6	14	-8	-56,5
Sachanlagen	24.590	28.073	-3.483	-12,4
Finanzanlagen	762.150	775.577	-13.427	-1,7
Umlaufvermögen	53.611	39.556	14.054	35,5
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	53.555	39.516	14.039	35,5
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	56	41	15	36,4
Bilanzsumme	840.356	843.220	-2.864	-0,3
PASSIVA				
Eigenkapital	342.691	327.914	14.777	4,5
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	52.001	52.001	0	0,0
Kapitalrücklage	387.136	387.136	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-111.224	-114.326	3.102	-2,7
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	14.777	3.102	11.675	376,3
Rückstellungen	16.479	13.951	2.527	18,1
Verbindlichkeiten	481.187	501.355	-20.168	-4,0
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	318.638	241.506	77.132	31,9
Bilanzsumme	840.356	843.220	-2.864	-0,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Gesamtleistung	0	0	0	-
sonstige betriebliche Erträge	16.323	17.094	-771	-4,5
Materialaufwand	0	0	0	-
Personalaufwand	-11.094	-11.273	180	-1,6
Abschreibungen	-3.574	-3.735	160	-4,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-10.937	-8.624	-2.313	26,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-9.282	-6.538	-2.744	42,0
Finanzergebnis	24.644	9.018	15.626	173,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	15.361	2.480	12.881	519,4
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-584	622	-1.207	-193,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	14.777	3.102	11.675	376,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	14.777	3.102	11.675	376,3
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	90	96	-6	-6,3
Auszubildende	167	154	13	8,4

Jahresabschluss zum 31.12.2015 der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH Konzern

Bilanz Konzern	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	3.125.228	3.112.111	13.117	0,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	45.855	47.484	-1.629	-3,4
Sachanlagen	1.765.923	1.726.668	39.255	2,3
Finanzanlagen	1.313.450	1.337.959	-24.509	-1,8
Umlaufvermögen	391.619	392.985	-1.366	-0,3
Vorräte	60.521	60.388	133	0,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	308.978	313.735	-4.757	-1,5
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	22.120	18.862	3.258	17,3
Rechnungsabgrenzungsposten	5.130	4.775	355	7,4
Bilanzsumme	3.521.976	3.509.871	12.105	0,3
PASSIVA				
Eigenkapital	836.789	804.241	32.548	4,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	52.001	52.001	0	0,0
Kapitalrücklage	387.136	387.136	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	190.712	154.944	35.768	23,1
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	37.971	38.966	-995	-2,6
Anteile anderer Gesellschafter	168.969	171.193	-2.224	-1,3
Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung	72.033	72.033	0	0,0
Sonderposten	153.545	148.961	4.584	3,1
Rückstellungen	429.397	445.331	-15.934	-3,6
Verbindlichkeiten	2.004.595	2.016.819	-12.224	-0,6
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.502.588	1.518.034	-15.446	-1,0
Rechnungsabgrenzungsposten	25.619	22.486	3.133	13,9
Bilanzsumme	3.521.976	3.509.871	12.105	0,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	2.162.014	2.247.046	-85.032	-3,8
Bestandsveränderungen UE/FE	2.385	-1.661	4.046	-243,6
andere aktivierte Eigenleistungen	17.257	17.297	-40	-0,2
Gesamtleistung	2.181.655	2.262.682	-81.027	-3,6
Sonstige betriebliche Erträge	149.733	151.279	-1.546	-1,0
Materialaufwand	-1.594.081	-1.711.721	117.640	-6,9
Personalaufwand	-354.579	-348.309	-6.270	1,8
Abschreibungen	-147.908	-151.616	3.708	-2,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-180.574	-172.544	-8.030	4,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	54.246	29.772	24.474	82,2
Finanzergebnis	9.162	31.312	-22.150	-70,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	63.408	61.084	2.324	3,8
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-8.692	-6.855	-1.837	26,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	54.716	54.229	487	0,9
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	-16.746	-15.263	-1.483	9,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	37.971	38.966	-995	-2,6
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter/-innen Konzern (Jahresdurchschnitt)	5.327	5.390	-63	-1,2

2.5.1 AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH

Anschrift: Peter-Fischer-Allee 23 65929 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/58 60 43-0 0 69/58 60 43-39	E-Mail/Internet: services@mhkw-frankfurt.de www.mhkw-frankfurt.de/
Gründung: 02.04.2001	Unternehmensgegenstand: Sanierung der Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt in Frankfurt am Main zur Sicherstellung der Entsorgungssicherheit in der Region.	
Gesellschafter: Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	Kapitalanteile: 25.500 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Udo Findt		
Aufsichtsrat:	6 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau StRin Rosemarie Heilig	
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Markus Frank	
	Frau Stv Angela Hanisch	
	Frau StRin Rosemarie Heilig	
	Herr Stv Ulf Homeyer	
	Herr Stv Roger Podstatny	
	Herr Stv Gert Trinklein	
Satzungsmäßige Besetzung: 6 Mitglieder	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Gesellschaftszweck ist, nach Beendigung der Sanierung der vier Verbrennungslinien der Abfallverbrennungsanlage in der Nordweststadt in Frankfurt am Main im Jahr 2009, alle im Zusammenhang mit der Erhaltung der Betriebsbereitschaft der Anlage und der Sicherstellung der operativen Entsorgungstätigkeit erforderlichen Maßnahmen vorzunehmen. Seit 01.07.2009 steht der Stadt Frankfurt am Main und der Region eine genehmigte Kapazität von 526.600 Jahrestonnen für die Verbrennung von Haus- und Gewerbemüll zur Verfügung. Im Geschäftsjahr 2015 wurden 522.312 Tonnen Abfälle zur Verbrennung geliefert.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 5,9 Mio. € auf 79,7 Mio. €.

Der Rückgang des Anlagevermögens resultiert mit 14 Mio. € hauptsächlich aus den Abschreibungen des Geschäftsjahres. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme macht 65,9 % (Vj. 77,8 %) aus. Die Finanzanlagen resultieren aus

einem an die Gesellschafterin gewährten langfristigen Darlehen und haben einen Anteil von 18,8 % an der Bilanzsumme.

Das Umlaufvermögen ist in 2015 um 10,1 Mio. € auf 12,1 Mio. € gestiegen und macht 15,2 % (Vj. 2,4 %) der Bilanzsumme aus. Ursächlich für diese Veränderung ist vor allem, die wie im Vorjahr vorgenommene Verrechnung der Forderungen gegen die Gesellschafterin mit den entsprechenden Verbindlichkeiten und dem daraus zum Bilanzstichtag resultierenden Ausweis unter den Verbindlichkeiten. Der Anstieg beruht überwiegend auf dem gestiegenen Stichtagswert des gemeinsamen Konzern-Cash-Pooling mit der SWFH. Außerdem haben sich die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen im Wesentlichen aufgrund der Pachtsonderzahlung aus dem Betreibervertrag für 2015 um 6 Mio. € auf 7,9 Mio. € erhöht.

Auf der Passivseite verminderten sich die Verbindlichkeiten um 5,9 Mio. € auf 79,2 Mio. €. Der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 5,5 Mio. € beruht fast ausschließlich auf den planmäßigen Tilgungsleistungen des Berichtsjahres. Die zur Finanzierung der Sanierung der Abfallverbrennungsanlage aufgenommenen Darlehen

machen auf der Passivseite 93,3 % (Vj. 93,2 %) der Bilanzsumme aus.

Zur Erfolgslage

Die Gesellschaft hat Umsatzerlöse von 31,4 Mio. € (Vj. 26,8 Mio. €) aus der Verpachtung der Verbrennungslinien 1 bis 4 an die MHKW GmbH erzielt. Der Anstieg der Umsatzerlöse resultiert aus einer Sonderpacht der MHKW GmbH in Höhe von 5 Mio. €. Der Materialaufwand beinhaltet ausschließlich Aufwendungen für bezogene Leistungen von 6,8 Mio. € (Vj. 6,3 Mio. €), die im Rahmen der Anmietung des Heizkraftwerks der Mainova anfallen. Der Rückgang der Abschreibungen um 2,2 Mio. € resultiert vor allem daraus, dass für die technischen Anlagen und Maschinen die degressive Abschreibungsmethode angewandt wird. Das negative Finanzergebnis ist hauptsächlich auf die Zinsaufwendungen von 2,7 Mio. € (Vj. 4,2 Mio. €), die aus den Darlehen zur Finanzierung der Sanierung der Verbrennungslinien 1 bis 4 resultieren, sowie den Aufwand für Avalprovisionen von 0,3 Mio. € (Vj. 0,5 Mio. €) zurückzuführen. Der Rückgang der Zinsaufwendungen für Darlehen und Avalprovisionen resultiert aus den planmäßigen Tilgungsleistungen.

Der Jahresüberschuss vor Gewinnabführung betrug im Geschäftsjahr 7,9 Mio. € (Vj. 0,4 Mio. €). Auf Grund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages mit der Stadtwerke Holding wird der Jahresüberschuss vollständig abgeführt.

B. Ausblick

Die Gesellschaft sieht keine bestandsgefährdenden Risiken, hat jedoch in der Risikoinventur zum 31.12.2015 die Risiken im technischen und gesetzlichen Bereich analysiert und deren Schadenserwartungswert als gering bis mittel für die AVA eingestuft. Aufgrund der vereinbarten Pachtzahlungen und unter Berücksichtigung der Entwicklung der Aufwendungen für die Abschreibungen der Verbrennungslinien rechnet die Gesellschaft mit dauerhaften positiven Jahresergebnissen, die dann an die Muttergesellschaft abgeführt werden.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der AVA GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Eine von der Stadt Frankfurt am Main gewährte Sicherheit (Ausfallbürgschaft) beläuft sich zum 31.12.2015 auf rund 74,3 Mio. € (Restschuld ohne Zinsen).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Der Geschäftsführer ist nebenamtlich tätig.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Absatz 4 HGB verzichtet.

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 30.09.2014 für das Planjahr 2015 und am 02.11.2015 für das Planjahr 2016. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 22.04.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	67.511	83.538	-16.027	-19,2
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	1	-0	-54,6
Sachanlagen	52.511	66.537	-14.027	-21,1
Finanzanlagen	15.000	17.000	-2.000	-11,8
Umlaufvermögen	12.145	2.011	10.135	504,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.145	2.011	10.134	504,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	0	0	0	108,0
Rechnungsabgrenzungsposten	40	0	40	-
Bilanzsumme	79.697	85.549	-5.852	-6,8
PASSIVA				
Eigenkapital	403	403	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	26	26	0	0,0
Kapitalrücklage	377	377	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Rückstellungen	140	139	1	0,9
Verbindlichkeiten	79.154	85.007	-5.853	-6,9
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	75.309	80.826	-5.518	-6,8
Bilanzsumme	79.697	85.549	-5.852	-6,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	31.392	26.798	4.594	17,1
Gesamtleistung	31.392	26.798	4.594	17,1
sonstige betriebliche Erträge	902	1.104	-203	-18,4
Materialaufwand	-6.836	-6.312	-524	8,3
Personalaufwand	-41	-42	0	-1,2
Abschreibungen	-14.030	-16.239	2.209	-13,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-832	-577	-255	44,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	10.554	4.733	5.821	123,0
Finanzergebnis	-2.615	-4.260	1.645	-38,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.939	473	7.466	1.579,8
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-66	-69	3	-4,4
Gewinnabführung	-7.873	-403	-7.469	1.851,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

2.5.2 BäderBetriebe Frankfurt GmbH

Anschrift: Am Hauptbahnhof 16 60329 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/27 10 89-10 10 0 69/27 10 89-10 09	E-Mail/Internet: info@bbf-frankfurt.de www.bbf-frankfurt.de
Gründung: 02.01.2003 Ausgliederung	Unternehmensgegenstand: Bau, Unterhaltung und Betrieb von Hallen- und Freibädern sowie die Durchführung von Veranstaltungen innerhalb und außerhalb dieser Einrichtungen. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung.	
Gesellschafter: Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	Kapitalanteile: 26.600 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Frank Müller		
Aufsichtsrat:	9 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Markus Frank	
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Eugen Emmerling	
	Herr StR Markus Frank	
	Herr Stv Martin Gerhardt	
	Frau Stv Angela Hanisch	
	Frau StRin Erika Pfreundschuh	
	Herr Stv Matthias Münz	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Frau Ajsela Jukovic (AN)	
	Herr Robby Schink (AN)	
	Herr Armin Vessali (AN)	
Satzungsmäßige Besetzung: 9 Mitglieder davon 3 Vertreter der Arbeitnehmer	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat: Ausgeschiedene Mitglieder: Herr Stv Helmut Ulshöfer (verstorben am 08.05.2015)	Neue Mitglieder: Herr Stv Matthias Münz (seit 28.09.2015)

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Sieben Freibäder und sieben Hallenbäder sind der Gesellschaft zugeordnet, darunter die drei Erlebnisbäder Rebstockbad, Titus Thermen und Panoramabad sowie das von der TG Bornheim als Vereinsbad betriebene Gartenbad Fechenheim. Im Jahr 2015 wurden in den genannten Schwimmbädern insgesamt rd. 2,4 Mio. Besucherinnen und Besucher gezählt. Gegenüber dem Vorjahr (2,2 Mio. Badegäste) ist witterungsbedingt ein Zuwachs zu verzeichnen: Die Freibadeintritte sind um 0,3 Mio. auf rund 0,8 Mio. angestiegen. Die besucherstärksten Bäder waren erneut die Erlebnisbäder, vorne an das Rebstockbad mit gut 0,5 Mio. Badegästen gefolgt von den Titus Thermen (rund 0,4 Mio. Besucherinnen und Besucher) und dem Panoramabad (gut 0,2 Mio.).

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist um 3,4 Mio. € auf 73,9 Mio. € angestiegen. Das Eigenkapital beträgt unverändert 37,7 Mio. €, da die Ergebnisse aufgrund des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags von der Gesellschafterin, der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH), ausgeglichen werden. Wegen der höheren Bilanzsumme ist die Eigenkapitalquote auf 51 % (Vj. 53,5 %) gesunken.

Auf der Aktivseite resultiert der Anstieg der Bilanzsumme vor allem aus höheren Forderungen gegen die Gesellschafterin. Die Forderungen aus Verlustübernahme und Verbindlichkeiten aus Cashpooling werden saldiert auf der Aktivseite ausgewiesen. Auf der Passivseite steigen die Verbindlichkeiten durch drei neue ZVK-Darlehen.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2015 schließt mit einem Ergebnis vor Verlustübernahme in Höhe von -26,2 Mio. € ab. Dies entspricht fast punktgenau dem Planwert.

Im Vergleich zum Vorjahr (-24,4 Mio. €) zeigt sich das Ergebnis um 1,8 Mio. € verschlechtert. Ein Ausgleich des Defizits ist aufgrund des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags durch die SWFH gewährleistet.

Die Umsätze zeigen sich gegenüber Plan und Vorjahr durch die witterungsbedingt gute Freibadsaison verbessert.

Die höheren Materialaufwendungen gehen auf ein Mehr an Instandhaltungsmaßnahmen zurück. Beim Anstieg des Personalaufwands wirken sich die Tarifierhöhung, erhöhte Rückstellungszuführungen sowie ein leichter Anstieg der durchschnittlich beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wirken sich eine Vielzahl von Faktoren aus u. a. höhere Entwässerungsgebühren.

B. Ausblick

Auch in finanziell schwierigeren Zeiten geht es bei der BäderBetriebe Frankfurt GmbH primär darum, die flächendeckende Grundversorgung der Bevölkerung mit Schwimmstätten (auch für das Vereins- und Schulschwimmen) dauerhaft zu sichern. Die Gesellschaft erarbeitet dafür ein „Frankfurter Bäderkonzept 2025“, mit dem die Weichen für eine Fortentwicklung der BäderBetriebe Frankfurt GmbH gestellt werden sollen. Zudem steht weiterhin die Projektierung eines neuen Familienbades an der Frankfurter Eissporthalle als Ersatz für das Panoramabad Bornheim im Fokus.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitges-

taltung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der BäderBetriebe Frankfurt GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 entfällt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betragen im Geschäftsjahr 142 T €.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (Sitzungsgelder) betragen im Geschäftsjahr 1.450 €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 17.10.2014 für das Planjahr 2015 und am 26.10.2015 für das Planjahr 2016. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 18.04.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
BäderBetriebe Frankfurt GmbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	68.511	68.887	-377	-0,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	3	6	-2	-43,7
Sachanlagen	68.508	68.882	-374	-0,5
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	5.389	1.624	3.765	231,8
Vorräte	161	187	-26	-14,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.162	1.380	3.782	274,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	66	57	9	15,3
Bilanzsumme	73.899	70.511	3.388	4,8
PASSIVA				
Eigenkapital	37.710	37.710	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	27	27	0	0,0
Kapitalrücklage	37.683	37.683	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	0	0	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Rückstellungen	8.527	8.109	419	5,2
Verbindlichkeiten	26.482	23.772	2.710	11,4
Rechnungsabgrenzungsposten	1.180	921	259	28,1
Bilanzsumme	73.899	70.511	3.388	4,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	10.644	10.058	587	5,8
Gesamtleistung	10.644	10.058	587	5,8
sonstige betriebliche Erträge	2.187	2.157	30	1,4
Materialaufwand	-15.577	-14.413	-1.164	8,1
Personalaufwand	-10.484	-9.881	-604	6,1
Abschreibungen	-3.558	-3.520	-38	1,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-8.060	-7.601	-459	6,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-24.848	-23.201	-1.647	7,1
Finanzergebnis	-1.308	-1.134	-174	15,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-26.156	-24.335	-1.821	7,5
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-40	-33	-7	19,5
Erträge aus Verlustübernahme	26.196	24.368	1.827	7,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	181	180	1	0,6
Besucher/-innen insgesamt	2.407.637	2.202.253	205.384	9,3
Besucher/-innen Erlebnis- und Hallenbäder	1.645.900	1.733.326	-87.426	-5,0
Besucher/-innen Freibäder	761.737	468.927	292.810	62,4

2.5.3 Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide und Konzern

Anschrift: Flughafen 60547 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/6 90-0 0 69/6 90-2 52 01	E-Mail/Internet: info@fraport.de www.fraport.de
-----------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gründung: 02.07.1924	Unternehmensgegenstand: Der Betrieb, die Unterhaltung, die Entwicklung und der Ausbau des Flughafens Frankfurt am Main. Der Betrieb, die Unterhaltung, die Entwicklung und der Ausbau anderer Flughäfen im In- und Ausland und die Erbringung damit zusammenhängender Dienstleistungen sowie die Nutzung und Vermarktung der dabei gewonnenen Kenntnisse und Fähigkeiten im In- und Ausland.
--------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Land Hessen	289.538.714 € = 31,34 %
Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	184.911.621 € = 20,02 %
Weitere Anteilseigner (einschl. Streubesitz)	449.400.425 € = 48,64 %
	923.850.760 € = 100,00 %

Vorstand:
Frau Anke Giesen
Herr Michael Müller
Herr Dr. Stefan Schulte
Herr Dr. Matthias Zieschang

Aufsichtsrat:	20 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr Staatsmin a. D. Karlheinz Weimar
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Uwe Becker
	Herr OB Peter Manuel Feldmann
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Frau Claudia Amier (AN)
	Herr Devrim Arslan (AN)
	Herr Hakan Cicek (AN)
	Frau Kathrin Dahnke
	Herr Peter Gerber
	Frau Dr. Margarete Haase
	Herr Frank-Peter Kaufmann, MdL
	Herr Staatsmin a. D. Lothar Klemm
	Herr Dr. Roland Krieg (AN)
	Herr StS Michael Odenwald
	Herr Mehmet Özdemir (AN)
	Herr Arno Prangenberg (AN)
	Herr Gerold Schaub (AN)
	Herr Hans-Jürgen Schmidt (AN)
	Herr Werner Schmidt (AN)
	Herr Edgar Stejskal (AN)
	Herr Staatsmin a.D. Karlheinz Weimar
	Frau Prof. Dr.-Ing. Katja Windt

Satzungsmäßige Besetzung:	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.
20 Mitglieder	
davon 10 Vertreter der Anteilseigner	

Beteiligungen: (ab 20%)	Kapitalanteile:
Aerodrom Ljubljana, d.o.o. Zgomji Brnik, Slowenien	15.842.626 € = 100,00 %
Afriport S.A., Luxemburg	1.452.499 € = 100,00 %
AirIT Services AG, Lautzenhausen	500.000 € = 100,00 %
Airport Assekuranz Vermittlungs-GmbH, Neu-Isenburg	52.000 € = 100,00 %

Airport Cater Service GmbH, Frankfurt am Main	25.565 € =	100,00 %
AMU Holdings Inc., Pittsburgh/USA	3.000 US\$ =	100,00 %
Antalya Havalimani Uluslararası Terminal İletmeciliği Anonim Şirketi, Istanbul/Türkei	68.372.538 TRL =	100,00 %
APS Airport Personal Service GmbH, Frankfurt am Main	50.000 € =	100,00 %
Energy Air GmbH, Frankfurt am Main	52.000 € =	100,00 %
Fraport Frankfurt Airport Service Worldwide (Greece) Monoprosopi EPE, Athen/Griechenland	120.000 € =	100,00 %
FRA – Vorfeldkontrolle GmbH	25.000 € =	100,00 %
Fraport Asia Ltd., Hong Kong/China	10.000 HK\$ =	100,00 %
Fraport Beteiligungsgesellschaft mbH, Neu-Isenburg	75.000 € =	100,00 %
Fraport Beteiligungs-Holding GmbH, Kelsterbach	25.000 € =	100,00 %
Fraport Casa GmbH, Neu Isenburg	1.000.000 € =	100,00 %
Fraport Casa Commercial GmbH, Neu Isenburg	250.000 € =	100,00 %
Fraport Immobilienservice und -entwicklungs GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	25.000 € =	100,00 %
Fraport Passenger Services GmbH, Frankfurt am Main	50.000 € =	100,00 %
Fraport Peru S.A.C., Lima/Peru	37.096 PEN =	100,00 %
Fraport (Philippines) Services, Inc. i.L., Manila/Philippinen	26.180.300 PHP =	100,00 %
Fraport Real Estate Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	25.000 € =	100,00 %
FraSec Fraport Security Services GmbH, Frankfurt am Main	470.450 € =	100,00 %
GCS Gesellschaft für Cleaning Service mbH & Co. Airport Frankfurt/Main KG	1.025.000 € =	100,00 %
VCS Verwaltungsgesellschaft für Cleaning Service mbH, Frankfurt am Main	26.000 € =	100,00 %
Fraport Malta Ltd., St. Julians/Malta	1.499 € =	99,93 %
Fraport Saudi Arabia for Airport Management and Development Services Company Ltd., SA.	480.000 US\$ =	90,00 %
Lima Airport Partners S. R. L., Lima/Peru	46.917.869 US\$ =	70,01 %
Fraport Regional Airports of Greece A S.A., Athen, Griechenland	15.600 € =	65,00 %
Fraport Regional Airports of Greece B S.A., Athen, Griechenland	15.600 € =	65,00 %
Fraport Regional Airports of Greece Management S.A., Athen, Griechenland	15.600 € =	65,00 %
Fraport Twin Star Airport Management AD, Varna/Bulgarien	3.898.345 € =	60,00 %
N*ICE Aircraft Services & Support GmbH, Frankfurt am Main	676.000 € =	52,00 %
Fraport IC İctas Antalya Havalimani Terminal Yatırım ve İletmeciliği A.Ş., Antalya/Türkei	28.835 € =	51,00 %
FraCareServices GmbH, Frankfurt am Main	25.500 € =	51,00 %
Media Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	133.015 € =	51,00 %
AirIT Systems Hannover GmbH, Hannover	1.000.000 € =	50,00 %
Medical Airport Service GmbH, Kelsterbach	19.175 € =	50,00 %
operational services GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	62.500 € =	50,00 %
Shanghai Frankfurt Airport Consulting Services Co., Ltd. Shanghai/China	1.013.430 CNY =	50,00 %
ASG Airport Service Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	127.400 € =	49,00 %
FCS Frankfurt Cargo Services GmbH, Frankfurt am Main	2.129.589 € =	49,00 %
Airmail Center Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	104.000 € =	40,00 %
Philippine Airport and Ground Services Terminals Holdings, Inc., Pasay City/Philippinen	3.200.000 PHP =	40,00 %
Philippine Airport and Ground Services Terminals, Inc., Manila/Philippinen	3.200.000 PHP =	40,00 %
Philippine Airport and Ground Services, Inc., Manila/Philippinen	45.000.000 PHP =	40,00 %
Fraport IC İctas Havalimani İletme A.Ş., Antalya/Türkei	6.224.494 € =	38,56 %
Thalita Trading Ltd., Lakatamia/ Zypern	97.732 € =	35,50 %
Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	100.000 € =	33,33 %
Flughafen Hannover-Langenhagen GmbH, Hannover	9.210.000 € =	30,00 %
Philippine International Air Terminals Co., Inc., Manila/Philippinen	1.170.000.000 PHP =	30,00 %
Ineuropa Handling Alicante U.T.E., Madrid/Spanien	7.785 € =	20,00 %
Ineuropa Handling Madrid U.T.E., Madrid/Spanien	48.484 € =	20,00 %
Ineuropa Handling Mallorca U.T.E., Madrid/Spanien	22.217 € =	20,00 %
Ineuropa Handling Teneriffa U.T.E., Madrid/Spanien	89.847 € =	20,00 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Der Frankfurter Flughafen belegt im europäischen Vergleich hinter London-Heathrow und Paris Charles-De-Gaulle die dritte Position. Mehr als 80.000 Beschäftigte in rund 500 Firmen und Organisationen bilden die größte lokale Arbeitsstätte Deutschlands. Angebunden an die Region durch drei Autobahnen und drei Bahnhöfe, davon ein Bahnhof mit Anbindung an das Hochgeschwindigkeitsnetz, ist der kontinentale und interkontinentale Flugverkehr optimal mit anderen Verkehrsmitteln vernetzt. Fast 300 Flugziele in 104 Ländern eröffnen ein großes Spektrum an möglichen Zielorten, mehr als an jedem anderen Verkehrsflughafen weltweit. Gemeinsam mit Partnern entwickelt die Fraport AG den Frankfurter Flughafen zur „Frankfurt Airport City“, einem herausragenden Mobilitäts-, Erlebnis- und Immobilienstandort. Exemplarisch stehen hierfür das Mönchhof-Gelände oder das Quartier Gateway Gardens, deren Vermarktung von der unmittelbaren Nähe zum Flughafen und dessen Mobilitätsangebot profitieren. Auch die CargoCity Nord und Süd für die Bereiche Luftfracht und Luftpost werden bedarfsgerecht weiterentwickelt.

Der Standort Frankfurt verzeichnete erneut Höchstwerte bei den Passagierzahlen. Trotz zahlreicher streik- und einiger witterungsbedingter Flugausfälle nutzten 61 Mio. Passagiere (Vj. 59,6 Mio.) den Frankfurter Flughafen, dies entspricht einem Zuwachs von 2,5 %.

Der Zuwachs der Passagierzahlen verteilte sich mit +3 % auf den Inlandsverkehr und mit +2,3 % auf den Europaverkehr. Der Interkontinentalverkehr erfuhr eine Steigerung von 2,5 %, nachdem das Vorjahr noch rückläufig war (-0,5 %). Bei der Fracht (Cargo-Tonnage) wurde mit 2 Mio. t ein Rückgang von -2,5 % (- 52.634 t) verzeichnet. Die Zahl der Flugbewegungen sank aufgrund von Angebotsreduzierungen und Annullierungen sowie gestiegenen Höchststartgewichten (+2 %, Einsatz größerer Flugzeuge und erhöhtes Sitzplatzangebot) um 0,2 % auf 468.153 (Vj. 469.026). Der Standort Deutschland, Flughafen Frankfurt, ist im Fraport-

Konzern nach wie vor der Wichtigste mit z. B. über 90 % der Beschäftigten.

Mitte April 2015 haben Vorstand und Aufsichtsrat der Fraport AG nach detaillierter Prüfung der vorliegenden Verkehrsgutachten die Entscheidung zum Bau des Terminals 3 bestätigt. Bis zum Jahr 2021 wird mit einem Passagieraufkommen zwischen 68 und 73 Mio. Passagieren gerechnet. Der Spatenstich fand am 05.10.2015 statt, die Bauzeit inklusive Testphase soll sieben Jahre betragen, die Inbetriebnahme ist für 2022 vorgesehen. Die Kosten für den Bau der Terminals 3 und die land- und luftseitige Erschließung werden zwischen 2,5 und 3 Mrd. € betragen.

Der am 01.07.2015 beim Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung (HMWEVL) gestellte Antrag auf Erhöhung der Flughafen-Entgelte für das Geschäftsjahr 2016 um durchschnittlich 1,9 % wurde am 29.10.2015 wegen Auffassungsunterschieden zur Aufsichtsbehörde zurückgezogen. Im Geschäftsjahr 2016 wird nach erneuter Berechnung ein neuer Antrag gestellt werden.

Am 02.11.2015 wurden 51 % der Anteile an der FCS Fraport Cargo Services GmbH an die World Flight Services Holding S.A. verkauft, mit der im Bereich der Frachtabfertigung eine strategische Partnerschaft eingegangen wurde. Die Gesellschaft wird nun als Gemeinschaftsunternehmen At-Equity in den Konzern einbezogen. Die Anteile an der Air-Transport IT Services, Inc. wurden am 22.04.2015 vollständig mit einem Abgangsgewinn von 8 Mio. € verkauft. Der Ausbau des externen Geschäfts außerhalb des Standorts Frankfurt am Main wurde durch die gemeinsame Akquise mit dem griechischen Partner Copelouzos Group von 14 griechischen Regionalflughäfen fortgesetzt. Die Konzessionsverträge mit der griechischen Privatisierungsgesellschaft Hellenic Republic Assets Development Fund (HRADF) wurden am 14.12.2015 unterzeichnet. Die Leistungen werden den Betrieb der Flughäfen (u. a. Chania auf Kreta, Mykonos, Rhodos, Samos, Santorini) auf 40 Jahre umfassen, der Kaufpreis beträgt 1.234 Mio. € sowie jährliche Mindestkonzessionszahlungen von 22,9 Mio. €. Die Finalisierung der Finanzierungsverträge und der

aufschiebenden Bedingungen, wie der wettbewerbsrechtlichen Freigabe durch die EU sowie der Ratifizierung der Konzessionsverträge durch das griechische Parlament, stehen noch aus. Der endgültige Abschluss wird für Ende 2016 erwartet, zu diesem Zeitpunkt wird auch der Betrieb der Regionalflughäfen übernommen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Vermögensstruktur wird durch die langfristig gebundenen Vermögenswerte der Terminals und der Flughafeninfrastruktur zum Betrieb des Flughafens bestimmt. Die Bilanzsumme verringerte sich um 5,2 Mio. € auf 7.643 Mio. €. Dabei stieg das Anlagevermögen, während das Umlaufvermögen fast in gleichem Maße abnahm. Das Anlagevermögen erhöhte sich auf 7.094,1 Mio. € um 201,5 Mio. € (+ 2,9 %). Bedingt wurde dies vornehmlich durch Investitionen in verbundene Unternehmen und in Wertpapiere. Das Umlaufvermögen (ohne den aktiven Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung) reduzierte sich im Wesentlichen durch geringere Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten aufgrund der Anteilerwerbe, der Tilgung von Finanzschulden und Dividendenzahlungen von 659,5 Mio. € um 213,3 Mio. € auf 445,9 Mio. € (-32,4 %). Bei den Passiva stiegen das Eigenkapital um 89,6 Mio. € (+3,3 %) auf 2.779,8 Mio. €. Die Verbindlichkeiten sanken um 118,1 Mio. € auf 4.220,9 Mio. €. Die Eigenkapitalquote (ohne den zur Ausschüttung vorgesehenen Betrag) nahm im Vergleich zum Vorjahr leicht um 1,2 Prozentpunkte auf 34,7 % (Vj. 33,5 %) zu. Die Rückstellungen wuchsen um 20 Mio. € auf 569,4 Mio. € an.

Zur Erfolgslage

Die Gesellschaft hat einen Jahresüberschuss von 211,7 Mio. € (Vj. 178,5 Mio. €) erwirtschaftet. Damit liegt der Jahresüberschuss um 33,2 Mio. € (18,6 %) über dem Vorjahreswert. Der Bilanzgewinn lag unverändert bei 124,7 Mio. €. Die Steuerquote betrug 2015 32,4 % (Vj. 34,5 %). Die Umsatzerlöse waren mit 2.084,4 Mio. € um 99,2 Mio. € oder 5 % verbessert und wurden wie im Vorjahr von der positiven Passagierentwicklung und der Erhöhung der

Flughafen- und Infrastrukturentgelte in Frankfurt am Main getragen. Zusätzlich trugen gestiegene Retail-Einnahmen und Parkgebühren positiv zum Umsatz bei. Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um 1,7 Mio. € (+3,9 %) auf 44,9 Mio. €, hauptsächlich aufgrund von höheren Rückstellungsaufösungen. 2015 stiegen die Aufwendungen beim Personal, Material und sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Der gesamte operative Aufwand stieg um 6,4 % auf 1.485 Mio. € (Vj. 1.395,8 Mio. €). Im Einzelnen steigerte sich der Materialaufwand aufgrund von Instandhaltungsmaßnahmen, bezogenen Fremdleistungen und Verrechnungen von Sicherheitsleistungen gegenüber einer Tochter um 49,6 Mio. € auf 611,8 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich von um 6,9 Mio. € u.a. wegen negativer Währungseffekte und Rückstellungsbildungen auf 181 Mio. €. Der Personalaufwand steigerte sich im Wesentlichen durch Tariferhöhungen aus 2014 um 32,7 Mio. € auf 692,2 Mio. €. Das Finanzergebnis verbesserte sich von -92,5 Mio. € um 32,3 Mio. € auf -60,2 Mio. €. Ursächlich waren gestiegene Beteiligungserträge aus den Konzern-Unternehmen Lima und Antalya und ein besseres Zinsergebnis bei rückläufigen Zinsaufwendungen für langfristige Finanzschulden. Auch die positivere Marktbewertung von Derivaten wirkte sich dort erhöhend aus.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Das Konzern-Ergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 45,2 Mio. € oder +18 % auf 297 Mio. €. Das unverwässerte Ergebnis je Aktie stieg von 2,54 € auf 3 € (+18,1 %). Die Umsatzerlöse stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 204,3 Mio. € auf 2.598,9 Mio. € (+8,5 %). Bereinigt um die ergebnisneutrale Erfassung von kapazitativen Investitionen in den Konzerngesellschaften Lima und Twin Star (IFRIC12) erhöhte sich der Konzern-Umsatz auf 2.583,8 Mio. € (Vj. 2.383,8 Mio. €), eine Steigerung von 8,4 %. Konzernweit stieg der Personalaufwand um 56,3 Mio. € auf 1.026,7 Mio. € (+5,8 %), auch hier waren hauptsächlich Tariferhöhungen maßgebend. Der Materialaufwand wuchs um 77,1 Mio. € (14,5 %) auf

610,4 Mio. € aufgrund von verkehrs- und währungsbedingt höheren Aufwendungen für die Gesellschaften Lima sowie die in 2014 erworbenen Gesellschaften AMU Holdings Inc. und Ljubljana, bei denen erstmals ganzjährig Materialaufwand fällig wurde. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen durch höhere Wertberichtigungen und die neuen Konzern-Gesellschaften AMU Holdings Inc. und Ljubljana um 21 Mio. € auf 193,2 Mio. € (Vj. 172,2 Mio. €). Das negative Finanzergebnis zeigte sich mit -86,7 Mio. € um 21,4 Mio. € verbessert gegenüber dem Vorjahr (-108,1 Mio. €). Dabei war das Ergebnis aus At-Equity bewerteten Unternehmen durch die negative Verkehrsentwicklung der Konzern-Gesellschaft Antalya rückläufig, die Marktbewertung von Derivaten führte jedoch zu einem besseren sonstigen Finanzergebnis und auch das Zinsergebnis fiel besser aus. Im Segment Aviation war ein Umsatzzuwachs von 43,1 Mio. € (+4,9 %) auf 927,3 Mio. € (Vj. 884,2 Mio. €) zu verzeichnen, der auf die leicht gestiegenen Passagierzahlen und die Anhebung der Flughafen-Entgelte in Frankfurt zum 01.01.2015 zurückzuführen war. Die Umsätze aus Luftsicherheitskontrolldienstleistungen stiegen dabei um 8,1 Mio. € (+7,4 %). Dem stand ein erhöhter Personalaufwand (+24,8 Mio. €, + 8,4 %) von 320,9 Mio. € (Vj. 296,1 Mio. €) gegenüber, der bei leicht rückgängiger Beschäftigtenzahl (6.043, Vj. 6.082) in diesem Segment durch Tarifabschluss bedingt war. Das Segment-EBIT blieb nahezu unverändert bei 116,3 Mio. € (Vj. 115,5 Mio. €). Das Segment Ground Handling konnte bei leicht gestiegenen Höchststartgewichten, höheren Infrastruktur-entgelten und höheren Passagierzahlen einen Umsatzanstieg von 16,9 Mio. € (+ 2,6 %) auf 673,1 Mio. € (Vj. 656,2 Mio. €) verzeichnen. Der Personalaufwand stieg verkehrsmengen- und preisbedingt um 17,4 Mio. € auf 429,4 Mio. € (Vj. 412 Mio. €). Das Segment-EBIT verringerte sich auch trotz eines gegenüber dem Vorjahr höheren EBITAs auf 6 Mio. € (Vj. 7,5 Mio. €). Die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten im Segment betrug 9.262 (Vj. 9.038). Das Segment External Activities & Services, welches hauptsächlich Beteiligungen außerhalb des Standorts Frankfurt umfasst, verzeichnete einen deutlichen Umsatzanstieg um

111,8 Mio. € (28,4 %) auf 510,3 Mio. € (Vj. 398,5 Mio. €). Bereinigt um die ergebnisneutrale Erfassung kapazitiver Investitionen in Zusammenhang mit der Anwendung von IFRIC 12 (Bilanzierungsvorschrift) erhöhte sich der Umsatz um 107,5 Mio. € auf 495,2 Mio. € (Vj. 387,7 Mio. €). Dies lag mit 66,7 Mio. € an den neuen Konzerngesellschaften AMU Holdings Inc. und Ljubljana, die in 2015 erstmalig ganzjährig konsolidiert wurden. Währungseffekte waren auch ein Grund für den Zuwachs. Die Passagierentwicklung der Twin Star war rückläufig und wirkte sich ebenso negativ auf die Umsätze aus wie der Verkauf der Air-Transport IT Services und der im Vorjahr ausgelaufene Management-Vertrag mit Saudi-Arabien. Der Personalaufwand wuchs um 11,7 Mio. € auf 227,8 Mio. € (Vj. 216,1 Mio. €). Das Segment-EBIT stieg um 18,3 Mio. € (21,6 %) auf 103,1 Mio. € (Vj. 84,8 Mio. €). Die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten im Segment betrug 4.791 (Vj. 4.662). Im Segment Retail & Real Estate führten vor allem ein wieder gestiegener Netto-Retail-Erlös pro Passagier von 3,62 € (Vj. 3,43 €) aufgrund veränderter Passagierstruktur sowie gestiegener Passagierzahlen und höherer Erlöse aus Vermietung und Parken zu einem Umsatz von 488,2 Mio. € (Vj. 455,7 Mio. €). Grundstücksverkäufe auf dem Mönchhof-Gelände führten zu Umsatzerlösen im einstelligen Millionenbereich. Der Personalaufwand stieg auf 48,6 Mio. € (+2,4 Mio. €, +5,2 %). Das Segment-EBIT stieg trotz höherer Aufwendungen im Zusammenhang mit Grundstücksverkäufen sowie Tarif- und Mengeneffekten und höheren Abschreibungen um 20,1 Mio. € (+7,3 %) auf 295,1 Mio. € (Vj. 275 Mio. €). Die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten im Segment betrug 624 (Vj. 613).

B. Ausblick

Die Bauarbeiten für das Terminal 3, welches in modularer Bauweise errichtet wird und in der ersten Bauphase Kapazitäten für 14 Millionen Passagiere bietet, werden in 2016 fortgesetzt. Die Aufnahme des Betriebs ist für 2022 angesetzt. Dabei wird das Investitionsvolumen in Sachanlagen am Standort Frankfurt am Main auf Vorjahresniveau oder darüber liegen.

Die seit dem 23.04.2015 am Frankfurter Flughafen erprobten siebenstündigen Lärmpausen wurden am 30.05.2016 in den Regelbetrieb übernommen. Dadurch sollen am frühen Morgen und am späten Abend einzelne Lande- und Startbahnen nicht genutzt werden und so alternierend den Anwohnern unter den jeweiligen Flugrouten eine Stunde länger Nachtruhe ermöglichen. Das sogenannte Modell 4 kann allerdings nur bei Westbetrieb (Betriebsrichtung 25) genutzt werden.

Die Gesellschaft geht aufgrund der leicht verbesserten Entwicklung der Weltwirtschaftslage sowie verschiedener Prognosen von Fachverbänden für den Standort Frankfurt von einem Zuwachs an Passagieren zwischen 1 % und 3 % aus, während beim Cargoaufkommen von keiner nennenswerten Erholung ausgegangen wird und ein Aufkommen auf Vorjahresniveau erwartet wird. Im Laufe des Jahres soll auch ein überarbeiteter Antrag auf höhere Flughafen- und Infrastrukturentgelte in Frankfurt beim HMWEVL eingereicht werden, der im Geschäftsjahr 2016 aber nicht mehr zu Preissteigerungen führen wird. Weiterhin wird ein positiver Free Cash Flow erwartet, der aufgrund der zu erwartenden geringeren Dividenden aus der At-Equity bewerteten Konzerngesellschaft Antalya allerdings nicht über dem Vorjahreswert liegen wird. Für die Standorte Xi'an und Lima wird überproportionales Wachstum von 5 % und mehr erwartet. Ein leicht niedrigeres Wachstum wird für Ljubljana und Hannover erwartet. An den Standorten Antalya, St. Petersburg und Varna und Burgas kann aufgrund der politischen Lage eine negative Entwicklung der Passagierzahlen eintreten. Bisher geht der Vorstand jedoch auch dort von Passagierzahlen leicht über dem Vorjahr aus. Durch die unsichere politische Lage nach einem Putschversuch in der Türkei ist eine Prognose

für die Konzerngesellschaft jedoch schwierig. Sollte der Abschluss über den Betrieb von 14 griechischen Regionalflughäfen Ende 2016 noch zustande kommen, wovon derzeit auszugehen ist, würde dies wegen der zu diesem Zeitpunkt bereits abgeschlossenen Ferienreisezeit keine nennenswerten Auswirkungen auf das Konzernergebnis haben. Für 2017 wird allerdings ein deutlicher Umsatzzuwachs aus den Beteiligungen in Griechenland erwartet. Weitere bedeutende Akquisitionen und Unternehmensverkäufe sind im Geschäftsjahr 2016 nicht vorgesehen. Es wird ein Konzern-Ergebnis auf Vorjahresniveau (297 Mio. €) erwartet, die Dividende von 1,35 € pro Aktie soll gehalten werden. Die finanzielle Situation der Gesellschaft wird als weiterhin stabil angesehen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat.

Die Gesamtbezüge des Vorstandes betragen im Geschäftsjahr 2015 5.409,5 T €.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 889 T € (Vj. 877 T €).

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	7.094.100	6.892.600	201.500	2,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	56.000	47.700	8.300	17,4
Sachanlagen	5.231.300	5.311.500	-80.200	-1,5
Finanzanlagen	1.806.800	1.533.400	273.400	17,8
Umlaufvermögen	462.100	669.800	-207.700	-31,0
Vorräte	14.200	13.000	1.200	9,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	303.700	340.600	-36.900	-10,8
Wertpapiere	67.900	89.800	-21.900	-24,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	76.300	226.400	-150.100	-66,3
Aktive latente Steuern	50.600	49.200	1.400	2,8
Rechnungsabgrenzungsposten	36.200	36.600	-400	-1,1
Bilanzsumme	7.643.000	7.648.200	-5.200	-0,1
PASSIVA				
Eigenkapital	2.779.800	2.690.200	89.600	3,3
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	923.100	922.600	500	0,1
Kapitalrücklage	602.200	600.200	2.000	0,3
Gewinnrücklagen / variables Kapital	1.129.800	1.042.700	87.100	8,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	124.700	124.700	0	0,0
Sonderposten	11.600	12.700	-1.100	-8,7
Rückstellungen	569.400	549.400	20.000	3,6
Verbindlichkeiten	4.220.900	4.339.000	-118.100	-2,7
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.725.900	3.094.900	-369.000	-11,9
Passive latente Steuern	21.100	15.000	6.100	40,7
Rechnungsabgrenzungsposten	40.200	41.900	-1.700	-4,1
Bilanzsumme	7.643.000	7.648.200	-5.200	-0,1
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	2.084.400	1.985.200	99.200	5,0
andere aktivierte Eigenleistungen	26.600	25.700	900	3,5
Gesamtleistung	2.111.000	2.010.900	100.100	5,0
sonstige betriebliche Erträge	44.900	43.200	1.700	3,9
Materialaufwand	-611.800	-562.200	-49.600	8,8
Personalaufwand	-692.200	-659.500	-32.700	5,0
Abschreibungen	-297.400	-293.200	-4.200	1,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-181.000	-174.100	-6.900	4,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	373.500	365.100	8.400	2,3
Finanzergebnis	-60.200	-92.500	32.300	-34,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	313.300	272.600	40.700	14,9
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-101.600	-94.100	-7.500	8,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	211.700	178.500	33.200	18,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	211.700	178.500	33.200	18,6
Einstellungen in die Gewinnrücklagen	-87.000	-53.800	-33.200	61,7
Bilanzergebnis	124.700	124.700	0	0,0
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	10.561	10.278	283	2,8
Passagiere (Mio.)	61	60	1	1,7
Cargo (Fracht+Post, ohne Transit, in Tsd. t)	2.115	2.132	-17	-0,8
Flugzeugbewegungen (ohne Militärflüge, in Tsd.)	468	469	-1	-0,2
Passagiere/Flugbew. (Linien- u. zivil. Charter-Verk)	140	136	4	2,9

Verkehr, Ver- und
Entsorgung

Jahresabschluss zum 31.12.2015 der Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide Konzern

Bilanz Konzern	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Langfristige Vermögenswerte	7.926.300	8.081.300	-155.000	-1,9
Immaterielle Vermögenswerte	703.800	678.000	25.800	3,8
Sachanlagen	6.045.400	6.127.700	-82.300	-1,3
Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien	74.500	63.000	11.500	18,3
At-Equity bilanzierte Beteiligungen	237.600	216.900	20.700	9,5
Übrige langfr. Ford. u. finanzielle Vermögenswerte	831.600	964.600	-133.000	-13,8
Latente Steueransprüche	33.400	31.100	2.300	7,4
Kurzfristige Vermögenswerte	921.000	931.900	-10.900	-1,2
Vorräte	42.800	43.700	-900	-2,1
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	154.000	174.700	-20.700	-11,8
Sonstige Vermögensgegenstände	318.200	312.400	5.800	1,9
Flüssige Mittel	406.000	401.100	4.900	1,2
Bilanzsumme	8.847.300	9.013.200	-165.900	-1,8
PASSIVA				
Eigenkapital	3.511.700	3.286.000	225.700	6,9
Anteile des Konzerns	3.437.300	3.221.100	216.200	6,7
Gezeichnetes Kapital	923.100	922.700	400	0,0
Kapitalrücklage	594.300	592.300	2.000	0,3
Gewinnrücklage	1.919.900	1.706.100	213.800	12,5
Minderheitenanteile	74.400	64.900	9.500	14,6
Langfristige Schulden	4.230.600	4.908.100	-677.500	-13,8
Langfristige Finanzschulden	3.273.800	3.874.300	-600.500	-15,5
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	552.300	613.400	-61.100	-10,0
Latente Steuerverpflichtungen	172.200	158.700	13.500	8,5
Pensionsrückstellungen	30.700	33.700	-3.000	-8,9
Andere langfristige Rückstellungen	201.600	228.000	-26.400	-11,6
Kurzfristige Schulden	1.105.000	819.100	285.900	34,9
Kurzfristige Finanzschulden	543.600	318.100	225.500	70,9
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	143.100	134.500	8.600	6,4
Sonstige kurzfristige Rückstellungen	232.900	223.800	9.100	4,1
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	185.400	142.700	42.700	29,9
Bilanzsumme	8.847.300	9.013.200	-165.900	-1,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	2.598.900	2.394.600	204.300	8,5
Bestandsveränderungen UE/FE	500	600	-100	-16,7
Andere aktivierte Eigenleistungen	29.900	28.300	1.600	5,7
Gesamtleistung	2.629.300	2.423.500	205.800	8,5
Sonstige betriebliche Erträge	49.800	42.500	7.300	17,2
Materialaufwand	-610.400	-533.300	-77.100	14,5
Personalaufwand	-1.026.700	-970.400	-56.300	5,8
Abschreibungen	-328.300	-307.300	-21.000	6,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-193.200	-172.200	-21.000	12,2
Betriebliches Ergebnis	520.500	482.800	37.700	7,8
Finanzergebnis	-86.700	-108.100	21.400	-19,8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	433.800	374.700	59.100	15,8
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-136.800	-122.900	-13.900	11,3
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (incl. Minderheiten)	297.000	251.800	45.200	18,0
Minderheitsgesellschaftern zurechenbares Jahresergebnis	20.500	17.100	3.400	19,9
Gesellschaftern zurechenbares Jahresergebnis	276.500	234.700	41.800	17,8
Kennzahlen	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter/-innen Konzern (Jahresdurchschnitt)	20.720	20.395	325	1,6
davon in Frankfurt beschäftigt	18.865	18.657	208	1,1

2.5.4 Mainova AG

Anschrift: Solmsstraße 38 60623 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/2 13-02 0 69/2 13-8 11 22	E-Mail/Internet: info@mainova.de www.mainova.de
Gründung: 05.12.1930	Unternehmensgegenstand: Versorgung mit Energie und Wasser, insbesondere die Erzeugung, Gewinnung, Beschaffung, Nutzung, Fortleitung, Übertragung, Verteilung, der Transport, Handel und Vertrieb und die Erbringung damit zusammenhängender Dienstleistungen, die Planung, Errichtung und der Betrieb von Telekommunikationseinrichtungen.	
Gesellschafter: Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH Thüga AG München Streubesitz	Kapitalanteile: 107.061.248 € = 75,22 % 34.829.056 € = 24,47 % 445.696 € = 0,31 % 142.336.000 € = 100,00 %	
Vorstand: Herr Dr. Constantin H. Alsheimer Herr Prof. Dr. Peter Birkner (bis 30.06.2015) Herr Norbert Breitenbach Herr Lothar Herbst		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	20 Mitglieder Herr StK Uwe Becker Herr StK Uwe Becker Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld Herr StR Markus Frank Frau StRin Rosemarie Heilig Herr StR Stefan Majer Herr Stv Klaus Oesterling Weitere Aufsichtsratsmitglieder: Herr Peter Arnold (AN) Herr Dr. Jörg Becker (AN) Herr Peter Bodens (AN) Herr Dr. Matthias Cord Herr Reinhold Falk (AN) Herr René Gehringer (AN) Herr StK a.D. Dr. h. c. Ernst Gerhardt Herr Holger Klingbeil (AN) Frau Cornelia Kröll (AN) Frau Nicole Salm (AN) Herr Dr. Christof Schulte Herr Ralf-Rüdiger Stamm (AN) Herr Jürgen Wachs (AN) Frau Michaela Wanka	
Satzungsmäßige Besetzung: 20 Mitglieder davon 10 Vertreter der Arbeitnehmer	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat: Ausgeschiedene Mitglieder:	Neue Mitglieder: Herr Dr. Matthias Cord (seit 22.01.2015) Herr Dr. Christof Schulte (seit 22.01.2015) Frau Michaela Wanka (seit 12.03.2015)

Beirat:

40 Mitglieder

Beiratsvorsitz:

Herr OB Claus Kaminsky

Mandatsträger der Stadt:

Herr StR Peter Mensinger

Weitere Beiratsmitglieder:

- Herr BM Norbert Altenkamp
- Herr LRat Joachim Arnold
- Frau BM Christiane Augsburg
- Herr Prof. Dr.-Ing. Gerd Balzer
- Herr BM Heinz-Peter Becker
- Herr Helmut Becker
- Herr BM Hans-Georg Brum
- Herr BM Horst Burghardt
- Herr LRat Michael Cyriax
- Herr Bernd Ehinger
- Herr Dr. Christian Garbe
- Herr BM Leonhard Helm
- Herr OB Alexander W. Hetjes
- Herr Frank Junker
- Herr OB Claus Kaminsky
- Herr Peter Knapp
- Herr Dr. Ingo Koch
- Frau BM Antje Köster
- Herr LRat Ulrich Krebs
- Herr Dr. Joachim Kreysing
- Herr Matthias Kruse
- Herr BM Albrecht Kündiger
- Herr Wolfgang Marzin
- Herr StR Peter Mensinger
- Herr Prof. Dr. Achim Morkramer
- Herr Robert Restani
- Herr LRat Dr. Ulrich Reuter
- Herr Karl-Christian Schelzke
- Herr OB Horst Schneider
- Herr Dr. Norbert Schraad
- Herr BM Christian Seitz
- Herr Georg Friedrich Sommer
- Herr BM Gregor Sommer
- Frau BM Gisela Stang
- Herr Verb.dir. Ludger Stüve
- Herr BM Klaus Temmen
- Herr BM Dirk Westedt
- Herr Claus Wisser
- Herr Dr. Matthias Zieschang
- Herr BM Dieter Zimmer

Beteiligungen:

(ab 20 %)

- Energieversorgung Main-Spessart GmbH
- FERME EOLIENNE DE MIGE S.A.R.L.
- Hotmobil Deutschland GmbH
- Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH
- Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH
- Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG
- Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG
- Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH

Kapitalanteile:

- 5.000.000 € = 100,00 %
- 100 € = 100,00 %
- 26.000 € = 100,00 %
- 25.000 € = 100,00 %
- 25.000 € = 100,00 %
- 10.000 € = 100,00 %
- 10.000 € = 100,00 %
- 50.000 € = 100,00 %

Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH	25.000 € = 100,00 %
Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG	5.000 € = 100,00 %
Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG	5.000 € = 100,00 %
Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG	5.000 € = 100,00 %
Netzwerk Offshore Wind Verwaltungs GmbH i. L.	25.000 € = 100,00 %
NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH	500.000 € = 100,00 %
Offshore-Wind für Hessen Verwaltungs GmbH i. L.	25.000 € = 100,00 %
SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH	25.000 € = 100,00 %
Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	25.000 € = 100,00 %
Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH	5.740.200 € = 90,00 %
Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	4.250 € = 85,00 %
Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH	4.542.206 € = 62,22 %
ABGnova GmbH	50.000 € = 50,00 %
ENAG/MAINGAS Energieanlagen GmbH	12.500 € = 50,00 %
eserv GmbH & Co. KG	20.000 € = 50,00 %
eserv Verwaltungsgesellschaft mbH	12.500 € = 50,00 %
Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen	4.300.000 € = 50,00 %
MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	12.500 € = 50,00 %
Oberhessische Gasversorgung GmbH, Friedberg	1.800.000 € = 50,00 %
Infranova Bioerdgas GmbH	49.900 € = 49,90 %
Stadtwerke Hanau GmbH	7.485.000 € = 49,90 %
WPE – Hessische Windpark Entwicklungs GmbH	12.475 € = 49,90 %
Hessenwasser GmbH & Co. KG, Groß-Gerau	6.000.000 € = 36,36 %
Hessenwasser Verwaltungs GmbH, Groß-Gerau	11.100 € = 36,33 %
Gas-Union GmbH	8.671.000 € = 34,27 %
book'n'drive mobilitätssysteme GmbH	16.873 € = 33,00 %
CEE Mainova WP Kirchhain GmbH & Co. KG	1.500 € = 30,00 %
Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH	307.970 € = 29,90 %
Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG	7.232,50 € = 28,93 %
Stadtwerke Dreieich GmbH	2.100.000 € = 26,25 %
Gasversorgung Offenbach GmbH	2.566.740 € = 25,10 %
Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG	2.510.000 € = 25,10 %
SYNECO Verwaltungs GmbH, München	6.275 € = 25,10 %
Joblinge gAG	10.000 € = 20,00 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Die Mainova AG ist ein börsennotierter, kommunaler Versorger, der Gas, Strom, Wärme, Dampf, Kälte und Wasser liefert. Das operative Kerngeschäft nehmen die Mainova AG und ihre drei Tochtergesellschaften wahr: Die NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH (NRM), die das Strom- und Gasnetz pachtet und für das Fernwärme- und Wasserversorgungsnetz die Betriebsführung übernimmt, die Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH (MSD), die das Messwesen, die Erstellung der Abrechnungen für Kunden/-innen, die Kundenbetreuung und das Forderungsmanagement übernimmt, sowie die SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH (SRM), die das Straßenbeleuchtungsnetz in Frankfurt am Main betreut. Aufgrund der

Verschmelzung der Mainova EnergieDienste GmbH (MED) auf die Mainova AG sind das Energiedienstleistungsgeschäft und das technische Facility Management ab dem 01.01.2015 auf die Mainova AG übergegangen.

Der Mainova-Konzern versorgt rund eine Million Menschen überwiegend in Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen mit Strom und Gas sowie in Frankfurt am Main zusätzlich mit Wasser und Wärme. Zudem beliefert Mainova regionale Energieversorgungsunternehmen sowie bundesweit Geschäftskunden mit Gas und Strom. Des Weiteren gewährleistet sie Dritten den Netzzugang und -anschluss sowie den sachgerechten Transport von Energie und Wasser. Daneben betreibt Mainova auch Kraftwerke bzw. ist an Kraftwerken und an

Erzeugungsgesellschaften, die Onshore-Windparks und Photovoltaikanlagen betreiben, beteiligt.

Die Energiebranche wird durch zahlreiche kurzfristige Änderungen der politischen Rahmenbedingungen auf nationaler und europäischer Ebene beeinflusst. Dabei spielt die Intensivierung des Klimaschutzes eine große Rolle. Die Witterung, die Energiepreise und die Konjunktur haben ebenfalls einen erheblichen Einfluss auf den Geschäftsverlauf der Mainova AG.

Die Wärmeerzeugungsmengen der Mainova AG sind aufgrund der kälteren Witterung im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Die Stromerzeugungsmengen waren aufgrund der angespannten Marktsituation rückläufig. Die Stromerzeugung in den Beteiligungen blieb nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr, während die Wärme/Kälte-Erzeugung angestiegen ist.

Gas- und Stromabsatz waren insbesondere aufgrund geringerer Handelsaktivitäten rückläufig. Der Absatz bei der Wärme und dem Wasser erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich um 4 % auf 1.290,3 Mio. € gegenüber dem Vorjahr vermindert. Auf der Aktivseite hat sich das Anlagevermögen nur marginal verändert. Das Sachanlagevermögen erhöhte sich bedingt durch Investitionen, die über den Abschreibungen lagen, und den Zugang der Erzeugungsanlagen im Rahmen der Verschmelzung der MED auf die Mainova AG. Der Rückgang bei den Finanzanlagen ist durch eine Vielzahl von teils gegenläufigen Ereignissen bedingt. Geringere Ausleihungen aufgrund der Verschmelzung der MED auf die Mainova AG und die außerplanmäßige Abschreibung auf die Beteiligung an einem Gaskraftwerk in Höhe von fast 20 Mio. € minderten den Wert der Finanzanlagen, während Investitionen in verbundene Unternehmen erhöhend wirkten. Das Anlagevermögen war zu 34,3 % (Vj. 34,7 %) durch Eigenkapital gedeckt.

Das Umlaufvermögen lag unter dem Vorjahresniveau, was insbesondere auf einen geringeren Bestand an Forderungen im Rahmen des Cash Pools

und eine höhere Gewinnabführung zurückzuführen war.

Auf der Passivseite wirkten sich Darlehenstilgungen, geringere Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen sowie ein Rückgang bei den Rückstellungen aus. Gegenläufig entwickelten sich Verbindlichkeiten gegenüber den verbundenen Unternehmen aus Termingeldanlagen. Das Eigenkapital bestand in unveränderter Höhe zum Vorjahr; dies bedeutet eine Eigenkapitalquote von 27,6 % (Vj. 26,5 %).

Die finanziellen Mittel der Mainova AG (Finanzmittelfonds) setzten sich zusammen aus den Forderungen aus der Konzernfinanzierung (bei der SWFH im Rahmen des Cash-Pools angelegte Tagesgelder) von 91,6 Mio. € (Vj. 148,4 Mio. €) zuzüglich der liquiden Mittel von 1,5 Mio. € (Vj. 0,7 Mio. €) abzüglich der Verbindlichkeiten aus Konzernfinanzierung von 148,2 Mio. € (Vj. 84,3 Mio. €). In Summe ergab dies -55,1 Mio. €. Der positive Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit von 66,2 Mio. € nahm deutlich gegenüber dem Vorjahr ab. Dies ist auf die Reduzierung der Verbindlichkeiten zurückzuführen. Der negative Cashflow aus Finanzierungstätigkeit resultierte wie im Vorjahr aus der Gewinnabführung an die SWFH und der planmäßigen Tilgung von Krediten. Die Mittelabflüsse aus Investitionstätigkeit lagen aufgrund höherer Investitionen in die Infrastruktur der Mainova AG um 22 Mio. € über dem Vorjahr.

Zur Erfolgslage

Im Geschäftsjahr 2015 konnte die Mainova AG ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 110,2 Mio. € erzielen, welches um 20,3 Mio. € über dem Vorjahr und auch deutlich über dem Plan lag. Trotz einer höheren Gradtagszahl lagen die Umsatzerlöse und der Materialaufwand unter dem des Vorjahres. Der Rückgang resultierte im Wesentlichen aus geringeren Strom- und Gashandelsgeschäften. Höhere Auflösungen für Rückstellungen insbesondere für vertriebliche Risiken führten zu einem Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge. Trotz eines gesunkenen Mitarbeiterbestands erhöhte sich der Personalaufwand bedingt durch die tariflichen Gehaltsanpassungen. Im Durchschnitt

waren 2.588 Mitarbeiter/-innen bei der Mainova AG beschäftigt (Vj. 2.638). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen, da insbesondere höhere Rückstellungen im Zusammenhang mit Kraftwerksbeteiligungen zu bilden waren. Das schlechtere Ergebnis aus Finanzanlagen beruhte im Wesentlichen auf einer höheren außerplanmäßigen Abschreibung, die ebenfalls auf eine Beteiligung an einem Gaskraftwerk entfiel. Des Weiteren haben sich höhere Aufwendungen aus Rückstellungsaufzinsung und eine geringere Verlustübernahme ausgewirkt. Die oben genannten Gründe sowie die Einbringung des Gasnetzes Mörfelden-Walldorf in eine Netzeigentums-gesellschaft im Rahmen eines Kooperationsmodells, welches sich in mehreren Positionen widerspiegelte, führten insgesamt zu dem gestiegenen Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Die Mainova AG hat 31,1 Mio. € als Zugänge bei den Finanzanlagen verbucht und die Abgänge betrugen 41,2 Mio. €. Abschreibungen von 19,7 Mio. € wurden vorgenommen. Der Buchwert der Finanzanlagen betrug insgesamt 252,3 Mio. €.

Die Erträge aus Beteiligungen betrugen 30,2 Mio. € (Vj. 29,3 Mio. €), aus Gewinnabführungsverträgen 9,5 Mio. € (Vj. 11,1 Mio. €) und die Aufwendungen aus Verlustübernahmen 3,1 Mio. € (Vj. 7,4 Mio. €) sowie die oben erwähnten Abschreibungen 19,7 Mio. € (Vj. 13,1 Mio. €).

Der Konzernabschluss der Mainova AG wurde nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. In den Mainova-Konzern wurden 18 (Vj. 19) Tochterunternehmen, unverändert 16 assoziierte Unternehmen und 8 (Vj. 9) Gemeinschaftsunternehmen einbezogen. Änderungen im Vergleich zum Vorjahr beruhten auf der Verschmelzung der MED auf die Mainova AG und der Anteilsveräußerung der Metegra.

Die Konzern-Bilanzsumme nach IFRS betrug 2.674,2 Mio. € (Vj. 2.776,3 Mio. €). Dies bedeutete einen leichten Rückgang um 3,7 %. Sowohl die langfristigen Vermögenswerte (-0,9 %) als auch die kurzfristigen Vermögenswerte (-16,7 %) sanken. Die

gesunkenen langfristigen Vermögenswerte beruhten im Wesentlichen auf dem Rückgang bei den nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen, da überwiegend geringere Ergebnisse im Rahmen der Fortschreibung der Buchwerte zu erfassen waren. Gegenläufig entwickelte sich das Sachanlagevermögen, da die Investitionen über den Abschreibungen lagen. Der Anteil des langfristigen Vermögens an der Bilanzsumme belief sich auf 84,9 % (Vj. 82,5 %) und es wurde zu 44,6 % (Vj. 44,4 %) durch Eigenkapital gedeckt. Ursächlich für den Rückgang des kurzfristigen Vermögens war der gesunkene Bestand an Cash Pooling.

Die Passivseite wies ein Eigenkapital auf, welches nahezu auf Vorjahresniveau lag. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich auf 37,9 % (Vj. 36,6 %), da die Bilanzsumme stärker gesunken war als das Eigenkapital. Die lang- und kurzfristigen Schulden sanken im Wesentlichen durch Darlehenstilgungen. Daneben war noch ein Rückgang bei den Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung und den sonstigen kurzfristigen Rückstellungen zu verzeichnen.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Konzerns lag bei 102,6 Mio. € (Vj. 105,7 Mio. €). Bereinigt um Ergebniseffekte aus der stichtagsbezogenen Marktbewertung von derivativen Finanzinstrumenten nach IAS 39 belief sich das Ergebnis vor Ertragsteuern auf 128,9 Mio. € (Vj. 136,1 Mio. €). Die Umsatzerlöse lagen um 5,1 % und die Materialaufwendungen um 7,7 % unter den jeweiligen Vorjahreswerten. Im Stromgeschäft war der Umsatzrückgang insbesondere auf geringere Stromhandelsgeschäfte und Preiseffekte im Vertriebsgeschäft zurückzuführen. Im Gasgeschäft standen witterungsbedingt gestiegenen Erlösen Preiseffekte gegenüber. Geringere Gashandelsgeschäfte waren ebenfalls für den Rückgang verantwortlich. Die gestiegenen Wärmeerlöse und Erlöse aus Netzentgelten wirkten hingegen erhöhend.

Das Finanzergebnis hat sich halbiert. Im Vorjahr war das Ergebnis aus Beteiligungen aufgrund eines positiven Einmaleffekts aus einem Rechtsstreit und Zuschreibungen geprägt. Im Geschäftsjahr gab es einen Ergebnisrückgang bei einer Beteiligung aufgrund von Wertminderungen in deren Anlagever-

mögen. Letzteres führte im Wesentlichen zu dem Ergebnismrückgang im Konzernabschluss.

Die Gewinnabföhrung je Anteil für das Geschäftsjahr 2015 betrug für die SWFH 15,29 €/Stück (Vj. 11,14 €/Stück) und die Dividende je Anteil für die außenstehenden Aktionäre 10,84 €/Stück.

B. Ausblick

Die Planung für das Geschäftsjahr 2016 zeigt einen stabilen Ergebnisverlauf. Begründet wird dies mit vertrieblichen Mengensteigerungen, dem Ausbau des Dienstleistungsgeschäfts mit innovativen Ideen zur Energiewende, Kostenreduzierungen und Effizienzsteigerungen. Im Konzernabschluss sollen die bereinigten Segmentergebnisse in der Wärme- und Stromerzeugung deutlich über Vorjahr liegen, leicht über dem Vorjahr soll das EBT der Segmente Wärmeversorgung und Beteiligungen ausfallen, auf Vorjahresniveau das Ergebnis im Segment Wasserversorgung und leicht unter Vorjahresniveau das EBT der Gasversorgung. Die Stromversorgung wird deutlich unter dem Vorjahresergebnis erwartet.

Das geplante Gesamtinvestitionsvolumen des Mainova Konzerns beläuft sich für das Jahr 2016 auf 169 Mio. €, davon entfallen rund 103 Mio. € auf den Ausbau und die Erweiterung der Verteilanlagen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 HGO für eine wirtschaftliche Betätigung sind erfüllt.

Beziehungen zum Haushalt

Die von der Stadt Frankfurt am Main gewährten Sicherheiten (Ausfallbürgschaft) belaufen sich zum 31.12.2015 auf knapp 89,1 Mio. € (Restschuld ohne Zinsen).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind der Vorstand, der Aufsichtsrat, der Beirat und die Hauptversammlung. Die Gesamtbezüge des Vorstands betragen im Geschäftsjahr 1.682 T€.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 338,9 T€.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Mainova AG**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	1.041.120	1.027.603	13.517	1,3
Immaterielle Vermögensgegenstände	42.879	44.336	-1.457	-3,3
Sachanlagen	745.960	705.199	40.761	5,8
Finanzanlagen	252.282	278.068	-25.786	-9,3
Umlaufvermögen	245.769	313.946	-68.178	-21,7
Vorräte	41.052	42.469	-1.417	-3,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	203.168	270.753	-67.584	-25,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.549	724	824	113,8
Rechnungsabgrenzungsposten	3.437	3.153	284	9,0
Bilanzsumme	1.290.326	1.344.703	-54.377	-4,0
PASSIVA				
Eigenkapital	356.679	356.679	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	142.336	142.336	0	0,0
Kapitalrücklage	207.083	207.083	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	7.260	7.260	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Sonderposten	126.265	118.510	7.755	6,5
Rückstellungen	305.857	329.851	-23.995	-7,3
Verbindlichkeiten	494.298	533.199	-38.901	-7,3
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	102.518	154.311	-51.793	-33,6
Rechnungsabgrenzungsposten	7.228	6.464	764	11,8
Bilanzsumme	1.290.326	1.344.703	-54.377	-4,0
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	2.007.621	2.125.774	-118.153	-5,6
Bestandsänderung UE / FE	-112	74	-186	-251,6
andere aktivierte Eigenleistungen	2.685	2.625	61	2,3
Gesamtleistung	2.010.195	2.128.472	-118.278	-5,6
sonstige betriebliche Erträge	111.255	90.916	20.339	22,4
Materialaufwand	-1.595.690	-1.729.436	133.747	-7,7
Personalaufwand	-194.734	-191.004	-3.730	2,0
Abschreibungen	-65.627	-64.642	-985	1,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-155.531	-152.353	-3.178	2,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	109.869	81.954	27.915	34,1
Finanzergebnis	297	7.985	-7.688	-96,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	110.166	89.939	20.227	22,5
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-33.141	-30.243	-2.898	9,6
Gewinnabführung	-77.024	-59.696	-17.329	29,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	2.588	2.638	-50	-1,9

Jahresabschluss zum 31.12.2015 des Mainova AG Konzern

Bilanz Konzern	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	in %
	T€	T€	inT€	
AKTIVA				
Langfristige Vermögenswerte	2.269.654	2.290.785	-21.131	-0,9
Immaterielle Vermögenswerte	61.559	63.118	-1.559	-2,5
Sachanlagen	1.278.941	1.259.309	19.632	1,6
At equity bilanzierte Beteiligungen	792.598	825.692	-33.094	-4,0
Übrige langfr. Ford. u. finanzielle Vermögenswerte	92.657	98.874	-6.217	-6,3
Latente Steueransprüche	43.899	43.792	107	0,2
Kurzfristige Vermögenswerte	404.545	485.538	-80.993	-16,7
Vorräte	48.478	48.079	399	0,8
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	188.866	200.827	-11.961	-6,0
Forderungen aus Ertragsteuern	22.727	31.724	-8.997	-28,4
Sonstige Vermögensgegenstände	124.950	188.283	-63.333	-33,6
Flüssige Mittel	19.524	16.625	2.899	17,4
Bilanzsumme	2.674.199	2.776.323	-102.124	-3,7
PASSIVA				
Eigenkapital	1.012.436	1.018.914	-6.478	-0,6
Anteile des Konzerns	989.423	992.753	-3.330	-0,3
Gezeichnetes Kapital	142.336	142.336	0	0,0
Kapitalrücklage	207.082	207.082	0	0,0
Sonstige Rücklagen	640.005	643.335	-3.330	-0,5
Nicht beherrschende Anteile	23.013	26.161	-3.148	-12,0
Langfristige Schulden	1.049.907	1.089.190	-39.283	-3,6
Erhaltene Zuschüsse	119.990	105.024	14.966	14,3
Langfristige Finanzschulden	577.262	628.692	-51.430	-8,2
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	55.514	58.256	-2.742	-4,7
Latente Steuerverpflichtungen	106.382	108.532	-2.150	-2,0
Pensionsrückstellungen	68.104	69.942	-1.838	-2,6
Andere langfristige Rückstellungen	122.655	118.744	3.911	3,3
Kurzfristige Schulden	611.856	668.219	-56.363	-8,4
Kurzfristige Finanzschulden	46.670	63.491	-16.821	-26,5
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	174.326	197.798	-23.472	-11,9
Sonstige kurzfristige Rückstellungen	111.549	128.197	-16.648	-13,0
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	279.311	278.733	578	0,2
Bilanzsumme	2.674.199	2.776.323	-102.124	-3,7
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	in %
	T€	T€	inT€	
Umsatzerlöse	1.933.687	2.036.746	-103.059	-5,1
Bestandsveränderungen UE/FE	2.009	-1.469	3.478	-236,8
Andere aktivierte Eigenleistungen	14.899	15.184	-285	-1,9
Gesamtleistung	1.950.595	2.050.461	-99.866	-4,9
Sonstige betriebliche Erträge	85.371	77.378	7.993	10,3
Materialaufwand	-1.537.370	-1.665.017	127.647	-7,7
Personalaufwand	-204.661	-202.423	-2.238	1,1
Abschreibungen	-80.470	-80.072	-398	0,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-142.739	-137.604	-5.135	3,7
Operatives Ergebnis	70.726	42.723	28.003	65,5
Finanzergebnis	31.920	62.956	-31.036	-49,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	102.646	105.679	-3.033	-2,9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-21.806	-9.058	-12.748	140,7
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (incl. Minderheiten)	80.840	96.621	-15.781	-16,3
Minderheitsgesellschaftern zurechenbares Jahresergebnis	1.305	2.181	-876	-40,2
Gesellschaftern zurechenbares Jahresergebnis	79.535	94.440	-14.905	-15,8

Kennzahlen	2015	2014	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	2.719	2.768	-49	-1,8
Absatz Gasverkauf (o. Betriebsverbrauch) (Mio.kWh)	12.996	13.734	-738	-5,4
Absatz Stromverkauf (Mio. kWh)	10.008	10.851	-843	-7,8
Gasversorgungsnetz (km)	4.980	4.961	19	0,4
davon Verbund	4.431	4.419	12	0,3
Stromversorgungsnetz (km)	7.503	7.458	45	0,6
davon Verbund	7.503	7.458	45	0,6

2.5.5 Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Anschrift: Kurt-Schumacher-Straße 8 60311 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/2 13-03 0 69/2 13-2 27 40	E-Mail/Internet: info@vgf-ffm.de www.vgf-ffm.de
Gründung: 15.12.1995	Unternehmensgegenstand: Erbringung von Verkehrsdienstleistungen beim Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs, von Gelegenheits- und Sonderverkehren sowie sonstigen Aufgaben der Verkehrsbedienung von Personen und Gütern. Darüber hinaus obliegen der Gesellschaft die Planung, der Bau und die Instandhaltung der oberirdischen Straßen- und Stadtbahnstrecken und der unterirdischen Stadtbahnstrecken inklusive der Tunnelbauwerke.	
Gesellschafter: Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	Kapitalanteile: 11.000.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Michael Budig Herr Thomas Raasch Herr Thomas Wissgott		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	20 Mitglieder Herr StK Uwe Becker Herr StK Uwe Becker Frau Stv Annegret Brein Herr Stv Martin Daum Herr Stv Helmut Alexander Heuser Herr Stv Ulf Homeyer Herr StR Stefan Majer Herr StR Claus Möbius Herr Stv Klaus Oesterling Frau StRin Erika Pfreundschuh Herr Stv Wolfgang Siefert Weitere Aufsichtsratsmitglieder: Herr Holger Abt (AN) Herr Karl de Andrade Huber (AN) Frau Anja Barth-Schmidt (AN) Herr Eckehard Kalweit (AN) Herr Jochen Koppel (AN) Herr Andreas Kretzschmar (AN) Herr Michael Rüffer (AN) Herr Julian Sanchez-Diaz (AN) Herr Athanasios Stavrakidis (AN) Herr Christian Winkler (AN)	
Satzungsmäßige Besetzung: 20 Mitglieder davon 10 Vertreter der Arbeitnehmer	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.	
Beteiligungen: (ab 20 %) SBEV Stadtbahn Europaviertel Projektbaugesellschaft mbH	Kapitalanteile: 12.750 € = 51,00 %	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF) ist tätig als Verkehrsdienstleister beim Betrieb des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), von Gelegenheits- und Sonderverkehren

sowie sonstigen Aufgaben der Verkehrsbedienung. Sie ist eingebunden in den Konzern der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH), mit der ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen ist.

Nach Ausgliederung der In-der-City-Bus GmbH (ICB) unter das Dach der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) erbringt die VGF weiterhin Infrastrukturdienstleistungen sowie Kundendienst und Vertriebsleistungen im Busbereich und stellt der ICB im Rahmen einer Personalüberlassung das Werkstattpersonal sowie das Werkstattgebäude einschließlich des Betriebshofes Rebstock zur Verfügung.

Die VGF deckt ihren Strombedarf zukünftig weitgehend durch eigenerzeugten Strom, da die Kosten zunehmend durch Abgaben und Steuern bestimmt werden. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Eigenstromversorgung als Alternative zum Fremdstrombezug wirtschaftlich an Attraktivität.

Zur Realisierung des Neubaus der Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3, Europaviertel in Frankfurt am Main wurde gemeinsam mit der Stadt Frankfurt am Main die Stadtbahn Europaviertel Projektbaugesellschaft mbH (SBEV) gegründet.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 19,5 Mio. € auf 731,1 Mio. € verringert und ist wesentlich durch das Sachanlagevermögen und dessen Finanzierung beeinflusst. Hierbei wurden Investitionen (insbesondere die Beschaffung neuer Fahrzeuge im Stadtbahn- und Straßenbahnbereich sowie Investitionen in Gleisanlagen, der Generalüberholung der Fahrausweisverkaufsautomaten, der Verstärkung der Fahrstromversorgung, dem barrierefreien Umbau von oberirdischen Stadtbahn- und Straßenbahnstationen) durch kurzfristige Mittelaufnahmen über das konzerninterne Cash Pooling finanziert. Hierdurch erhöhte sich der Anteil des Anlagevermögens von 83,1 % auf 90,9 % während sich der Anteil des Umlaufvermögens entsprechend von 16,9 % auf 9,1 % verminderte.

Auf der Passivseite verminderten sich die Verbindlichkeiten von 608,4 Mio. € auf 593,1 Mio. €, was im Wesentlichen auf den tilgungsbedingten Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 20,4 Mio. € auf 491,3 Mio. € zurückzuführen ist. Zum Berichtszeitpunkt beträgt die Eigenkapitalquote nahezu unverändert 5,2 %.

Zur Erfolgslage

Der Jahresfehlbetrag (vor Verlustübernahme) hat sich um 3,9 Mio. € auf -57,7 Mio. € erhöht. Das Betriebsergebnis zeigt sich verbessert, was im Wesentlichen auf dem Anstieg der Umsatzerlöse (um rd. 10,1 Mio. €) bei geringem Anstieg des betrieblichen Aufwands und leicht verbesserte Beteiligungs- und Finanzergebnis beruht. Allerdings hat sich das periodenfremde Ergebnis um 5,8 Mio. € vermindert. Dies ist insbesondere auf Veränderungen der Rückstellungen sowie Vorjahreseffekte durch die Ausgliederung der ICB zurückzuführen. Ferner hatten im Vorjahr Erträge aus Vergleichsvereinbarungen sowie Rückstellungen von Sozialversicherungsbeiträgen positiv zum periodenfremden Ergebnis beigetragen.

Der Personalaufwand ist um 5 Mio. € bzw. 4,5 % angestiegen auf 115,7 Mio. €.

B. Ausblick

Der bereits in den Vorjahren durchgeführte Um- und Restrukturierungsprozess der VGF, der zur Verschlankung sowie Rationalisierung von Arbeitsprozessen und zu strukturellen Anpassungen geführt hat, wird auch im Jahr 2016 in allen Bereichen des Unternehmens fortgesetzt. Dabei wird die VGF, wie auch in den Jahren zuvor, weiterhin einen bedarfsgerechten und attraktiven öffentlichen Personennahverkehr in Frankfurt am Main anbieten.

Für 2016 ist ein Investitionsvolumen für Sachanlagen und immaterielle Anlagenwerte von rund 111,2 Mio. € geplant. Eine hohe Investitionstätigkeit, insbesondere bei der Fahrzeugbeschaffung und in Infrastrukturanlagen hat zur Folge, dass die Zinsaufwendungen und die Abschreibungen steigen. Sofern bei sinkenden Zuschüssen die Betriebseinnahmen nicht in gleichem Umfang steigen bzw. die Betriebsaufwendungen bzw. sonstigen Aufwendungen des jeweiligen Jahres nicht reduziert werden können, erhöht sich das strukturelle Defizit der Gesellschaft.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Beziehungen zum Haushalt

Die von der Stadt Frankfurt am Main gewährte Sicherheit (Ausfallbürgschaft) beläuft sich zum 31.12.2015 auf knapp 292,1 Mio. € (Restschuld ohne Zinsen).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betragen im Geschäftsjahr 597 T €. Die Gesamtbezü-

ge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 29 T €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden am 21.10.2014 für das Planjahr 2015 und am 04.11.2015 für das Planjahr 2016 statt. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 03.05.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	664.536	623.717	40.819	6,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.459	798	660	82,7
Sachanlagen	663.064	622.917	40.146	6,4
Finanzanlagen	14	1	13	1.062,5
Umlaufvermögen	66.376	126.604	-60.229	-47,6
Vorräte	11.561	11.807	-246	-2,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	52.668	112.666	-59.998	-53,3
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	2.147	2.132	15	0,7
Rechnungsabgrenzungsposten	146	190	-44	-23,1
Bilanzsumme	731.058	750.511	-19.453	-2,6
PASSIVA				
Eigenkapital	38.017	38.017	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	11.000	11.000	0	0,0
Kapitalrücklage	18.768	18.768	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	8.249	8.249	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Rückstellungen	82.916	89.129	-6.213	-7,0
Verbindlichkeiten	593.053	608.407	-15.354	-2,5
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	491.273	511.672	-20.399	-4,0
Rechnungsabgrenzungsposten	17.071	14.958	2.113	14,1
Bilanzsumme	731.058	750.511	-19.453	-2,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	187.673	177.588	10.085	5,7
Bestandsänderung UE / FE	375	-192	567	-295,4
andere aktivierte Eigenleistungen	2.589	2.493	96	3,9
Gesamtleistung	190.637	179.889	10.748	6,0
sonstige betriebliche Erträge	56.697	72.900	-16.203	-22,2
Materialaufwand	-87.869	-92.337	4.468	-4,8
Personalaufwand	-115.652	-110.653	-4.999	4,5
Abschreibungen	-43.236	-42.358	-878	2,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-33.566	-39.218	5.651	-14,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-32.989	-31.778	-1.212	3,8
Finanzergebnis	-24.445	-21.767	-2.679	12,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-57.435	-53.544	-3.890	7,3
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-266	-288	22	-7,6
Erträge aus Verlustübernahme	57.700	53.832	3.868	7,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-

Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	1.942	1.874	68	3,6
Nutzwagenkilometer (in Tsd.)	28.132	27.749	383	1,4
davon Bus	0	0	0	-
davon Straßenbahn	7.071	7.025	46	0,7
davon U-Bahn	21.061	20.724	337	1,6
Platzkilometer (in Mio.)	5.089	4.932	157	3,2
davon Bus	0	0	0	-
davon Straßenbahn	1.248	1.212	36	3,0
davon U-Bahn	3.841	3.720	121	3,3
Anzahl der Fahrten (beförderte Personen) (in Mio.)	187	180	7	3,9
davon Bus	0	0	0	-
davon Straßenbahn	59	57	2	3,5
davon U-Bahn	127	123	4	3,3

2.5.6 In-der-City-Bus GmbH

Anschrift: Am Römerhof 27 60486 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/7 19 18 93 - 0 0 69/7 19 18 93 - 18	E-Mail/Internet: info@icb-ffm.de www.stadtwerke-frankfurt.de/verkehr
Gründung: 08.09.1992	Unternehmensgegenstand: Verkehrsbedienung: Die Gesellschaft ist tätig als Verkehrsdienstleister beim Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), von Gelegenheits- und Sonderverkehren sowie sonstigen Aufgaben der Verkehrsbedienung von Personen und Gütern.	
Gesellschafter: Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	Kapitalanteile: 10.572.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Alois Rautschka Herr Christian Schaefer		

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Bis zum 31.08.2014 war die In-der-City-Bus GmbH (ICB) ein 100 %iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF). Zum 01.09.2014 wurden sämtliche Anteile an der Gesellschaft im Zuge einer Neuausrichtung der Busaktivitäten im Konzern von der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) übernommen.

Die ICB betreibt das Linienbündel D mit eigener Konzession. Der von der traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (traffiQ) ausgeschriebene Vertrag zur Bedienung des Linienbündels D aus dem Jahr 2011 wurde einvernehmlich zum 31.07.2015 beendet und einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung folgend durch eine Direktvergabe an die ICB nach EU-Verordnung 1370/2007 mit einer Laufzeit bis 31.07.2025 ersetzt.

Im Zuge der Neuausrichtung wurden zur Kapitalstärkung der ICB von der VGF sämtliche dort für den Linienverkehr und für die Fahrschul Ausbildung vorhandenen 172 Busse in die ICB im Wege einer Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage eingelegt. Um den Werkstattbetrieb unter Führung der ICB aufrecht erhalten zu können, wurde die Werkstatt im Rahmen eines Pachtvertrages von der ICB übernommen, die dort von der VGF beschäftigten Mitarbeiter/-innen werden – nachdem diese einem Betriebsübergang nach § 613a BGB widersprochen haben – seither im Rahmen einer Arbeitnehmerüberlassung von der ICB eingesetzt.

Aufgrund der im Rahmen der Betrauung für das Linienbündel D festgelegten Vergütungen, die ab dem 01.08.2015 greifen, konnte der Verlust der Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr begrenzt werden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich um 4,9 Mio. € auf 9,3 Mio. € reduziert. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf das durch die aufgelaufenen Verluste reduzierte Eigenkapital sowie die Abnahme von Forderungen und Verbindlichkeiten zurückzuführen. Darüber hinaus wirkt sich die planmäßige Abschreibung auf die Omnibusse mindernd aus. Das Umlaufvermögen hat sich um 2 Mio. € reduziert. Dabei sind insbesondere die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 1,2 Mio. € auf 1,9 Mio. € gesunken. Ursächlich hierfür ist ein früherer Forderungsausgleich durch den Auftraggeber traffiQ. Das Eigenkapital der Gesellschaft reduzierte sich nach Verrechnung mit dem Jahresfehlbetrag zum Berichtszeitpunkt auf 6,1 Mio. €.

Zur Erfolgslage

Die ICB weist einen Jahresfehlbetrag in 2015 von -2,3 Mio. € aus.

Umsatzerlöse wurden aus den Verkehrsverträgen mit der traffiQ, aus Sonderlinien- und Gelegenheitsverkehr (Messeverkehr) und seit 01.09.2014 aus dem Verkauf von Dieselkraftstoff sowie aus Werkstattleistungen erzielt. Die Umsatzerlöse von 25,3 Mio. € betreffen mit 16,7 Mio. € (Vj. 29,7 Mio. €) den Betrieb von Linienbündel D sowie

im Bündel E als Subunternehmer. Der Rückgang der Umsatzerlöse resultiert im Wesentlichen aus den zum 14.12.2015 beendeten Leistungen im Bündel B sowie der Betrauung des Linienbündels D ab dem 01.08.2015. Der Rückgang des Materialaufwandes um 0,4 Mio. € auf 16,6 Mio. € ist insbesondere auf den Wegfall des Linienbündels B und den Wegfall der Omnibusanmietung zurückzuführen. Zudem haben sich die Dieselpreise in diesem Geschäftsjahr reduziert. Der Personalaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Mio. € bzw. 17,6 % auf 10,8 Mio. € reduziert. Der Rückgang ist insbesondere auf den Rückgang der Mitarbeiterzahlen zurückzuführen. Rund 50 Beschäftigte werden von der VGF überlassen, die vorrangig im Werkstattbereich eingesetzt werden.

B. Ausblick

Im Bereich des Fahrdienstes konnte zur teilweisen Kompensation der im Linienbündel B entfallenden Fahrleistungen ein Arbeitnehmerüberlassungsvertrag mit der City Bus Mainz GmbH (CBM) abgeschlossen werden, der die Beschäftigung für die unbefristet beschäftigten Fahrdienstmitarbeiter/-innen bis Dezember 2016 sichern soll.

Eine weitere Stabilisierung des Unternehmens ist mit einer Direktvergabe des Linienbündels E zum Fahrplanwechsel im Dezember 2016 zu erwarten (Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 24.09.2015; § 6332).

C. Ergänzende Angaben nach §123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaften

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Für die Bestellung eines Geschäftsführers durch die VGF gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag und für die Anstellung eines weiteren Geschäftsführers wurde in 2015 eine Jahresvergütung von 319 T€ verbucht.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Das Wirtschaftsplangespräch fand am 01.12.2015 für das Planjahr 2016 statt. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 15.06.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
In-der-City-Bus GmbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	6.708	9.600	-2.891	-30,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	-0	-
Sachanlagen	6.708	9.600	-2.891	-30,1
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	2.586	4.604	-2.017	-43,8
Vorräte	98	120	-22	-18,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.482	4.479	-1.997	-44,6
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	6	5	1	26,1
Aktive latente Steuern	21	24	-3	-14,0
Rechnungsabgrenzungsposten	8	6	2	33,3
Bilanzsumme	9.323	14.233	-4.910	-34,5
PASSIVA				
Eigenkapital	6.075	8.403	-2.329	-27,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	10.572	10.572	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	29	29	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-2.198	-176	-2.022	1.151,6
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-2.329	-2.022	-306	15,1
Rückstellungen	807	632	175	27,7
Verbindlichkeiten	2.442	5.199	-2.756	-53,0
Bilanzsumme	9.323	14.233	-4.910	-34,5
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	25.339	31.787	-6.447	-20,3
Gesamtleistung	25.339	31.787	-6.447	-20,3
sonstige betriebliche Erträge	3.162	261	2.901	1.110,3
Materialaufwand	-16.586	-17.028	441	-2,6
Personalaufwand	-10.833	-13.144	2.311	-17,6
Abschreibungen	-1.224	-612	-613	100,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.171	-3.278	1.107	-33,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-2.314	-2.014	-300	14,9
Finanzergebnis	-6	-7	1	-9,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.320	-2.020	-299	14,8
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-9	-2	-7	350,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-2.329	-2.022	-306	15,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-2.329	-2.022	-306	15,1
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	336	397	-61	-15,4
Nutzwagenkilometer (in Tsd.)	4.201	8.127	-3.926	-48,3
davon ICB in Eigenleistung (inkl. Main Mobil Frankfurt GmbH)	2.952	6.898	-3.946	-57,2
davon ICB in Subunternehmerleistung	1.248	1.229	19	1,5
Platzkilometer (in Mio.)	307	601	-294	-48,9
davon ICB in Eigenleistung (inkl. Main Mobil Frankfurt GmbH)	211	508	-297	-58,5
davon ICB in Subunternehmerleistung	96	93	3	3,2

2.5.7 Main Mobil Frankfurt GmbH

Anschrift: Am Römerhof 27 60486 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/71 91 89 30 0 69/7 19 18 93 18	E-Mail/Internet: www.stadtwerke-frankfurt.de/verkehr
Gründung: 10.12.2004	Unternehmensgegenstand: Betrieb eines Verkehrsunternehmens zur Personenbeförderung nach dem Personenbeförderungsgesetz im Sinne der §§ 42 und 43 PBefG, die Planung, Organisation und Durchführung von Linienverkehr, die Durchführung von Fernlinien, von Ausflugs- und Reiseverkehr und die Erbringung anderer Sonderverkehrsleistungen mittels Omnibussen und anderen, dem Personenverkehr dienenden, straßengebundenen und schienengebundenen Verkehrsmitteln.	
Gesellschafter: Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	Kapitalanteile: 204.100 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Alois Rautschka Herr Christian Schaefer		

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Im Zuge der Auflösung des Gemeinschaftsbetriebs mit der OVB wurde der Betriebsstandort der Main Mobil Frankfurt GmbH (MMF) zum 14.12.2014 von der Hebestraße in Offenbach am Main in die Flinschstraße nach Frankfurt am Main verlegt. Seit 01.01.2015 wird die kaufmännische, technische und betriebliche Betreuung von der Konzernschwester In-der-City-Bus GmbH (ICB) wahrgenommen. Bestandteil der Abläufe zwischen der MMF und der ICB ist der Austausch und die Verrechnung von Verkehrsdienstleistungen, die die Schaffung und Nutzung von Synergien durch gegenseitige Personalgestellung zur Vermeidung von Engpässen gewährleistet.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich um 11 T € auf 553 T € vermindert. Dies beruht auf der Aktivseite im Wesentlichen auf dem Rückgang der Forderungen gegen verbundene Unternehmen und auf der Passivseite insbesondere auf dem Rückgang der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen und der übrigen Verbindlichkeiten.

Zur Erfolgslage

Das Jahresergebnis stieg von -71 T € auf +4 T €. Die Umsatzerlöse haben sich gegenüber dem Vorjahr um 622 T € (17,6 %) auf 4.158 T € erhöht. Dies ist im Wesentlichen auf die Leistungspreise zurückzuführen, welche auf der Basis der Vollkostenrech-

nung kalkuliert wurden. Der Materialaufwand beträgt 2.014 T € (Vj. 1.031 T €). Darin enthalten sind bezogene Treibstoffe und Waren von 453 T € gegenüber 663 T € im Vorjahr. Des Weiteren sind bezogene Fremdleistungen von 760 T € (Vj. 368 T €) und Aufwendungen für die Instandhaltung der Busse von 801 T € ausgewiesen. Die Personalaufwendungen haben sich infolge des durchschnittlich gesunkenen Personalbestands um 437 T € auf 1.967 T € vermindert. Im Jahresdurchschnitt waren 58 Mitarbeiter/-innen beschäftigt.

B. Ausblick

Im Wirtschaftsplan für 2016 hat die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 24 T € geplant. In der mittelfristigen Planung erwartet die Gesellschaft eine Ergebnisentwicklung auf leicht verbessertem Niveau. Nur bei Eintreten der geplanten Jahresergebnisse kann die Eigenkapitalbasis der Gesellschaft stabilisiert werden. Bei Verlusten in nachfolgenden Jahren können zusätzliche Maßnahmen zur Wiederherstellung des Eigenkapitals notwendig werden.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabengestaltung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Geschäftsführer erhalten ihre Bezüge von der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF). Die Geschäftsführer erhalten für ihre Tätigkeit bei der Gesellschaft keine zusätzliche Vergütung.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass

die Geschäftsführung der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Das Wirtschaftsplangespräch fand am 01.12.2015 für das Planjahr 2016 statt. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 15.06.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Main Mobil Frankfurt GmbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	28	30	-2	-6,6
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	-
Sachanlagen	28	30	-2	-6,6
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	524	534	-9	-1,7
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	374	534	-160	-29,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	150	0	150	-
Bilanzsumme	553	564	-11	-2,0
PASSIVA				
Eigenkapital	112	109	4	3,5
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	204	204	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-95	-25	-71	283,9
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	4	-71	74	-105,3
Rückstellungen	138	97	40	41,4
Verbindlichkeiten	303	358	-55	-15,5
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	28	-28	-
Bilanzsumme	553	564	-11	-2,0
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	4.158	3.536	622	17,6
Gesamtleistung	4.158	3.536	622	17,6
sonstige betriebliche Erträge	7	14	-7	-48,8
Materialaufwand	-2.014	-1.031	-984	95,4
Personalaufwand	-1.967	-2.404	437	-18,2
Abschreibungen	-6	-0	-5	1.236,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-174	-185	11	-6,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	4	-70	74	-105,4
Finanzergebnis	0	-0	0	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4	-71	74	-105,3
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	4	-71	74	-105,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	4	-71	74	-105,3
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	58	70	-12	-17,1
Nutzwagenkilometer (in Tsd.)	1.113	1.147	-34	-3,0
Platzkilometer (in Mio.)	69	74	-5	-6,8

2.6 traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Anschrift: Stiftstraße 9-17 60313 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/2 12-2 44 24 0 69/2 12-2 44 30	E-Mail/Internet: info@traffiQ.de www.traffiQ.de
Gründung: 31.08.2001	Unternehmensgegenstand: Die Wahrnehmung der im Allgemeininteresse liegenden, nicht gewerblichen Aufgaben der Stadt Frankfurt am Main als Aufgabenträger im öffentlichen Personennahverkehr und in sonstigen Verkehren, soweit nicht öffentlich-rechtliche Vorschriften dies zwingend ausschließen. Die Gesellschaft soll die der Stadt Frankfurt am Main zugewiesenen Aufgaben gemäß § 5 und § 7 Hessisches ÖPNV-Gesetz sicherstellen.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.600 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Dr. Hans-Jörg von Berlepsch		
Aufsichtsrat:	9 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Stefan Majer	
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Martin Daum	
	Frau Stv Angela Hanisch	
	Herr Stv Helmut Heuser	
	Herr Stv Bernhard Maier	
	Herr StR Stefan Majer	
	Herr Stv Klaus Oesterling	
	Frau StRin Erika Pfreundschuh	
	Frau Stv Annette Rinn	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Holger Reich (AN)	
Satzungsmäßige Besetzung: 9 Mitglieder davon 1 Vertreter der Arbeitnehmer	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.	
Beteiligungen: tiQs traffiQ-Servicegesellschaft mbH i. L.	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Die traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (traffiQ) nimmt im Auftrag der Stadt Frankfurt am Main die Aufgaben und Befugnisse wahr, die nach dem Hessischen ÖPNV-Gesetz dem Aufgabenträger zugewiesen sind (Aufgabenübertragungs- und Beleihungsvertrag zwischen traffiQ und der Stadt Frankfurt am Main). Dazu gehören insbesondere die Planung, Organisation und Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs. traffiQ ist zudem das Bindeglied zum Rhein-Main-Verkehrsverbund, der für den regionalen Nahverkehr verantwortlich ist.

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 24.07.2014 beschlossen, die Busverkehrsleistungen im Linienbündel D direkt an die städtische Busge-

sellschaft ICB GmbH zu vergeben. Zum 01.08.2015 begann planmäßig die Betriebsaufnahme für den gemeinwirtschaftlichen Verkehr.

Die Verkehrsleistung im Jahr 2015 ist gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen. Insgesamt wurden in den Frankfurter Bussen und Bahnen (Lokaler Verkehr) 221,6 Mio. (Vj. 214,3 Mio.) Personen befördert und 953,8 Mio. (Vj. 922,3 Mio.) Personenkilometer geleistet. Damit befindet sich der Frankfurter Nahverkehr seit zehn Jahren fast ununterbrochen im Aufwärtstrend. Der Anstieg der Fahrgastzahlen in Frankfurt am Main liegt mit knapp 2,6 % weiterhin deutlich über dem Bundesdurchschnitt (0,3 % - 0,5 %).

Diese Entwicklung ist ein Ergebnis der Bestrebungen, die Attraktivität des Frankfurter Nahverkehrs zu stärken und damit die Mobilität stadtverträglich zu

gestalten: Mit neuen U-Bahn- und Straßenbahnstrecken, mit einem durch die Ausschreibungen deutlich erweiterten Angebot auf den städtischen Buslinien, modernen Fahrzeugen auf Schiene und Straße, mit einem kundenfreundlichen Taktfahrplan, neuen Fahrkartenautomaten und neuen Tarifangeboten sowie zielgruppengerechten Marketingmaßnahmen, mit denen traffiQ die Vorzüge der Nutzung der Frankfurter Busse und Bahnen bewirbt.

Dies macht sich auch bei den kassentechnischen Einnahmen bemerkbar. Diese sind gegenüber dem Vorjahr (251,3 Mio. €) um rund 7,5 % auf 270 Mio. € gestiegen und konnten damit die jährliche Tarifanpassung (in 2015 um 3,45 %) um mehr als das Doppelte realisieren.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Mio. € auf 23,4 Mio. € verringert. Die Verminderung der Bilanzsumme ist überwiegend zurückzuführen auf die Abnahme bei den Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie bei den zum Bilanzstichtag einzubeziehenden Treuhandaktiva (Forderungen gegen Gesellschafter und sonstige Vermögensgegenstände) und -verbindlichkeiten von jeweils 19,2 Mio. € (Vj. 20,7 Mio. €).

Auf der Vermögensseite entfallen 0,5 Mio. € (2 %) auf das Anlagevermögen sowie 22,9 Mio. € (98 %) auf das Umlaufvermögen (inkl. Rechnungsabgrenzungsposten). Die Anlagenintensität beträgt 2 %. Auf der Passivseite entfallen 0,7 Mio. € auf das Eigenkapital, 1,1 Mio. € (4,7 %) auf Rückstellungen sowie 21,6 Mio. € (92,2 %) auf die Verbindlichkeiten. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 3,1 %.

Die unterjährige Liquidität war jederzeit gesichert. Sämtliche Verbindlichkeiten konnten stets innerhalb der Zahlungsziele beglichen werden.

In 2015 erfolgte eine Einstellung in die Kapitalrücklage, die nunmehr 9,3 Mio. € (Vj. 9,1 Mio. €) beträgt. Die Finanzierung der traffiQ erfolgt, soweit nicht durch eigene Erträge erwirtschaftet, durch Zuweisungen der Gesellschafterin, die seit dem Geschäftsjahr 2004 in die Kapitalrücklage eingestellt werden. Der Betrag der Zuführung zur Kapitalrück-

lage wird auf der Grundlage der benötigten Mittel festgelegt.

Gemäß Gesellschafterbeschluss wird der im Eigenkapital aufgeführte Jahresfehlbetrag durch Entnahme aus der Kapitalrücklage gedeckt.

Zur Erfolgslage

Da die traffiQ alle Aufgaben und Befugnisse des Aufgabenträgers (Stadt Frankfurt am Main) gemäß dem Hessischen ÖPNV-Gesetz wahrnimmt und insofern kein wesentliches eigenes operatives Geschäft hat, ist das Ergebnis der traffiQ in erster Linie durch die Aufwendungen für den sog. Eigenbedarf geprägt.

Der Jahresfehlbetrag ist von -8,9 Mio. € im Vorjahr auf -8,6 Mio. € im Berichtsjahr gesunken.

Den Erträgen von 0,9 Mio. € stehen Aufwendungen von 9,5 Mio. € gegenüber. Das Jahresergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mio. € verbessert, was im Wesentlichen auf gesunkene sonstige betriebliche Aufwendungen zurückzuführen ist.

Der Jahresfehlbetrag von -8,6 Mio. € wird durch Auflösung der Kapitalrücklage in gleicher Höhe ausgeglichen. Nach Ergebnisverwendung verbleibt ein Eigenkapital in Höhe von 0,7 Mio. €.

Die restliche Kapitalrücklage (0,7 Mio. €) wird an den Gesellschafter Stadt Frankfurt am Main zurückgezahlt.

Ergebnisse der Beteiligungen

Die traffiQ hat eine 100%ige Tochtergesellschaft, „traffiQ-Servicegesellschaft mbH“ (tiQs), deren Gegenstand die Beratung von Aufgabenträgern und aufgabenträgenahen Organisationen in Planungsfragen und strategisch-organisatorischen Fragen des öffentlichen Personennahverkehrs im Zuge der Marktliberalisierung ist. Zwischen den Gesellschaften besteht ein steuerlich anerkannter Ergebnisabführungsvertrag. Die Gesellschafterversammlung der tiQs hat am 21.07.2014 die Liquidation der Gesellschaft zum 30.09.2014 beschlossen. Die Gesellschaft befindet sich seit dem 01.10.2014 in Liquidation und führt den Namen tiQs traffiQ-Servicegesellschaft mbH i. L. (tiQs). Von der Tochtergesellschaft tiQs war aus dem 1. Liquidationsjahr

(01.10.2014 bis 30.09.2015) ein Verlust aus Ergebnisübernahme von 5 T € zu übernehmen.

B. Ausblick

Die Stadtverordnetenversammlung hat eine Direktvergabe der Busverkehrsleistungen für das Linienbündel E an die ICB zum Ablauf der derzeitigen Konzession beschlossen. Die Direktvergabe an die ICB kann zum Fahrplanwechsel 2016 umgesetzt werden.

Der finanzielle Rahmen, in dem sich traffiQ in den Jahren 2016 und 2017 bewegen wird, orientiert sich am beschlossenen Wirtschaftsplan einschließlich der fünfjährigen Finanzplanung. Insgesamt stoßen die Bereitstellung von Haushaltsmitteln und damit die Finanzierung des städtischen Nahverkehrs aber mittel- und langfristig an ihre Grenzen.

Generell zeichnen sich künftig höhere Finanzbedarfe im Treuhandbereich (Finanzierung städtischer ÖPNV) ab, die aus den in den Verkehrsverträgen festgelegten Preisfortschreibungen sowie überproportionalen Kostensteigerungen beim Lohn resultieren dürften.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der traffiQ handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Im Haushalt 2015 der Stadt Frankfurt am Main standen für die traffiQ Mittel von rund 34,4 Mio. € zur Verfügung, davon 10,4 Mio. € für den Eigenbedarfsbereich und 24 Mio. € für den Treuhandbereich. Zudem standen der Gesellschaft Reste aus Mittelübertragung von 9,9 Mio. € zur Verfügung. Insgesamt wurden für das Jahr 2015 im Eigenbedarfsbereich Mittel von 9,3 Mio. € von der Stadt Frankfurt am Main in die Kapitalrücklage gezahlt. An Treuhandmitteln wurden insgesamt 25,7 Mio. € von der Stadt Frankfurt am Main abgefordert.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die Bezüge der Geschäftsführung betragen im Geschäftsjahr 204 T €.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 3 T €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 18.11.2014 für das Planjahr 2015 und am 17.11.2015 für das Planjahr 2016. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 20.05.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	467	425	42	9,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	77	31	46	148,3
Sachanlagen	366	369	-4	-1,0
Finanzanlagen	25	25	0	0,0
Umlaufvermögen	22.850	25.142	-2.292	-9,1
Vorräte	5	3	2	46,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	21.684	24.106	-2.422	-10,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.162	1.033	128	12,4
Rechnungsabgrenzungsposten	60	76	-16	-21,1
Bilanzsumme	23.378	25.643	-2.266	-8,8
PASSIVA				
Eigenkapital	716	239	477	199,8
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	26	26	0	0,0
Kapitalrücklage	9.300	9.100	200	2,2
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-8.609	-8.887	277	-3,1
Rückstellungen	1.103	1.082	21	1,9
Verbindlichkeiten	21.559	24.323	-2.764	-11,4
Bilanzsumme	23.378	25.643	-2.266	-8,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Gesamtleistung	0	0	0	-
sonstige betriebliche Erträge	866	981	-114	-11,7
Materialaufwand	0	0	0	-
Personalaufwand	-5.216	-5.237	21	-0,4
Abschreibungen	-135	-161	26	-16,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.065	-4.453	388	-8,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-8.550	-8.871	320	-3,6
Finanzergebnis	-58	-15	-43	285,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-8.609	-8.886	277	-3,1
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-1	-1	0	-4,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-8.609	-8.887	277	-3,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-8.609	-8.887	277	-3,1
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	88	78	10	12,8
Verwaltete Treuhandgelder (in T€)	307.481	293.011	14.470	4,9
Anzahl d. Linien d. gesamten integr. ÖV auf dem Stadtgebiet	148	142	6	4,2
Angebotskilometer pro Jahr (in Mio. Nutzk*)	41	41	0	0,0
Anzahl der Haltestellen**	762	757	5	0,7

Anmerkung zu den Kennzahlen: Die verwalteten Treuhandgelder sind um die verrechneten kassentechnischen Einnahmen bereinigt. Die Anzahl der Linien des gesamten integrierten ÖV auf dem Stadtgebiet bezieht sich auf den Lokalen und den Regionalen Verkehr. Für den Regionalverkehr ist der RMV verantwortlich.

*Nutzzugkm (Schiene) bzw. Nutzwagenkm (Bus) ohne Regionalen Verkehr

**Doppelnennungen der verschiedenen Betriebszweige wurden herausgerechnet, eine Haltestelle kann aus mehreren Steigen bestehen. Die Anzahl bezieht sich auf den Lokalen und den Regionalen Verkehr.

3. Wohnungsbau



Wohnungsbau

3. Wohnungsbau	167
3.1 ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH und Konzern	169
3.1.1 Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	175
3.1.2 Hellerhof GmbH	179
3.1.3 SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH	182
3.1.4 WOHNHEIM GmbH	185
3.2 Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH und Konzern	188

3.1 ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH und Konzern

Anschrift: Niddastraße 107 60329 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/26 08-0 0 69/26 08-2 77	E-Mail/Internet: post@abg-fh.de www.abg-fh.de
-----------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gründung: 16.01.1890	Unternehmensgegenstand: Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Gebäuden und Wohnungen, Vorbereitung und Durchführung von Bauvorhaben, Verwaltung von Beteiligungen.
--------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main AXA Bank AG	Kapitalanteile: 102.530.260 € = 99,99 % 1.970 € = 0,01 % 102.532.230 € = 100,00 %
------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------

Geschäftsführung: Herr Ralf Hübner Herr Frank Junker

Aufsichtsrat:	21 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr OB Peter Manuel Feldmann
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Uwe Becker Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld Herr BM Olaf Cunitz Herr OB Peter Manuel Feldmann Herr Stv Michael zu Löwenstein Herr StR Stefan Majer Frau StRin Erika Pfreundschuh Frau StRin Elke Sautner Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth Herr Stv Wolfgang Siefert Herr Stv Lothar Stapf
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Peter Bachmann (AN) Frau Berit Beierlein (AN) Herr Mike Blanc (AN) Frau Andrea Emmerich (AN) Frau Brigitte Feik (AN) Frau Elvira Häuser (AN) Herr Hans Peter Kemmer (AN) Herr Karlheinz Leister (AN) Frau Iris Marquardt (AN) Herr Claus Tischer (AN)

Satzungsmäßige Besetzung: 21 Mitglieder davon 10 Vertreter der Anteilseigner, 10 Vertreter der Arbeitnehmer und die neutrale Person	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat: Ausgeschiedene Mitglieder:	Neue Mitglieder: Frau Elvira Häuser (seit 01.01.2015)
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------

Beteiligungen: ABG Erste Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH ABG Güterplatz GmbH & Co. KG ABG Zweite Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH ABG Dritte Kulturcampus GmbH & Co. KG SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 % 10 € = 100,00 % 25.000 € = 100,00 % 25.000 € = 100,00 % 25.000 € = 100,00 % 25.000 € = 100,00 %
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Wohnungsbau

WOHNHEIM GmbH	34.103.200 € =	98,81 %
Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	14.125.056 € =	96,80 %
ABG Poststraße GmbH & Co. KG	23.725 € =	94,90 %
ABG EuropaQuartett GmbH & Co. KG	9.400 € =	94,00 %
ABG BelVivo GmbH & Co. KG	9.400 € =	94,00 %
Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG	9.400 € =	94,00 %
MIBAU GmbH	4.285.050 € =	92,09 %
Hellerhof GmbH	13.238.050 € =	86,83 %
ABGnova GmbH	50.000 € =	50,00 %
Merton-Wohnprojekt GmbH	25.600 € =	50,00 %
MainWERT GmbH, Bietigheim-Bissingen	25.000 € =	50,00 %
CP Campus Projekte GmbH	12.500 € =	50,00 %
book'n'drive mobilitätssysteme GmbH, Wiesbaden	16.873 € =	33,33 %
Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	5.200 € =	20,00 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Der von der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) betreute und bewirtschaftete eigene Bestand belief sich auf 21.968 Wohnungen, 312 gewerbliche und 405 sonstige Objekte, 16 soziale Einrichtungen sowie 5.203 Garagen und Kfz-Stellplätze mit einer Gesamtwohnfläche von 1,4 Mio. qm. Darüber hinaus betreute die ABG aufgrund von Geschäftsbesorgungsverträgen den Liegenschaftsbestand der Hellerhof GmbH, der MIBAU GmbH, der ABG EuropaQuartett GmbH & Co. KG, der ABG BelVivo GmbH & Co. KG und der Poststraße GmbH & Co. KG mit insgesamt 8.459 Wohnungen, 2.208 Garagen und Abstellplätzen, 48 gewerblich genutzten Objekten sowie sieben sozialen Einrichtungen. Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge bestehen mit der Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft (FAAG) sowie der SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH. Beherrschungsverträge sind mit der WOHNHEIM GmbH, der MIBAU GmbH und der Hellerhof GmbH abgeschlossen. Bereits in den letzten Berichtsjahren überstieg die Nachfrage das Angebot an Mietwohnungen. 188 Neubauwohnungen für den Bestand mit 198 Stellplätzen wurden im Berichtsjahr fertig gestellt. Darüber hinaus wurde ein Wohnungsportfolio mit insgesamt 276 Wohnungen, einer Gewerbeeinheit sowie 78 Parkplätzen erworben. 57,1 Mio. € wurden in Modernisierung und Instandhaltung des Wohnungsbestands investiert. 1,9 % (Vj. 2 %) der Wohnungen standen am 31.12.2015 vermietungsbedingt und aus techni-

schen Gründen leer. Die Forderungen aus Vermietung haben sich von 1,7 Mio. € auf 1,4 Mio. € verringert. Mietanpassungen wurden im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten vorgenommen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme beträgt 1.342 Mio. € und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 104 Mio. € erhöht. Der Anstieg der Bilanzsumme ergibt sich im Wesentlichen aus der Erhöhung des Anlagevermögens. Der Anstieg der bilanziellen Eigenkapitalquote von 48,8 % auf 50,3 % resultiert im Wesentlichen aus dem guten Jahresergebnis.

Zur Erfolgslage

Die Umsatzerlöse haben sich gegenüber dem Vorjahr von 195,6 Mio. € auf 203,1 Mio. € erhöht. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus höheren Erlösen aus der Hausbewirtschaftung auf Grund von Erstvermietungen von Neubauten, Sollmieterhöhungen durch Erstbezüge nach Modernisierungen und Mietanpassungen. Das Betriebsergebnis liegt mit 42,1 Mio. € um 7,5 Mio. € über dem Vorjahr. Das um 16,4 Mio. € verbesserte Finanzergebnis ergibt sich aus höheren Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen insbesondere mit der FAAG. Die Verlustübernahmeverpflichtung gegenüber der SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH sank um 0,8 Mio. €. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich um 23,9 Mio. € auf 93,8 Mio. € verbessert. Die Eigenkapitalrentabilität hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 10,7 % auf 11,7 % erhöht. Hiervon wurde eine Gewinnaus-

schüttung von rund 8,9 Mio. € vorgenommen, in die anderen Gewinnrücklagen wurden 70 Mio. € eingestellt. Die übrigen 31 T € wurden auf neue Rechnung vorgetragen.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Der vom Konzern betreute und bewirtschaftete eigene Bestand umfasste 51.165 Wohnungen mit einer Gesamtwohnfläche von 3,2 Mio. qm. In den Konzernabschluss der ABG wurden außer der ABG die Abschlüsse von 14 weiteren Gesellschaften als vollkonsolidierte Unternehmen einbezogen: Hellerhof GmbH, FAAG, MIBAU GmbH, WOHNHEIM GmbH, ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt GmbH & Co. KG, ABG EuropaQuartett GmbH & Co. KG, ABG BelVivo GmbH & Co. KG, Poststraße GmbH & Co. KG, Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG, Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH, FAAG Technik GmbH, ABG Projekte GmbH, SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH und Parkhaus Goetheplatz GmbH, darüber hinaus die assoziierten Unternehmen ABGnova GmbH, die CP Campus Projekte GmbH, die MainWERT GmbH, die Merton Wohnprojekt GmbH und die Hofgarten Projektgesellschaft mbH. Mit Wirkung zum 01.01.2015 hat die ABG 94 % der Kommanditanteile an der Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG erworben. Die Bebauung umfasst 102 eigene Wohneinheiten, drei Gewerbeobjekte mit 181 Kfz-Stellplätzen sowie 63 Eigentumswohnungen mit 63 Kfz-Stellplätzen in Frankfurt am Main. Ebenso mit Wirkung zum 01.01.2015 hat die ABG 94,6 % der Kommanditanteile an der ABG Poststraße GmbH & Co. KG (vormals G & P Hafestraße GmbH & Co. KG) erworben. Der Immobilienbestand der Gesellschaft umfasst 67 eigene Wohneinheiten und 47 Tiefgaragenplätze.

Über kein eigenes Personal verfügen die Hellerhof GmbH, die MIBAU GmbH, die ABG EuropaQuartett GmbH & Co. KG, die ABG Belvivo GmbH & Co. KG, die ABG Poststraße GmbH & Co. KG und die Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG. Nicht berücksichtigt im Konzernabschluss wegen untergeordneter Bedeutung wurden die Erste bis Dritte Kulturcampus Beteiligungs GmbH, die

ABG Güterplatz GmbH & Co. KG sowie die book'n'drive und die Garagen-Bau- und Betriebsgesellschaft mbH. Die Konzernbilanzsumme im Berichtsjahr beträgt 2.148 Mio. € (Vj. 2.079 Mio. €). Der Konzernjahresüberschuss beläuft sich auf 90,6 Mio. € (Vj. 68,1 Mio. €). Der Konzernbilanzgewinn beträgt 110 Mio. €. Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 255 Neubauwohnungen mit 251 Stellplätzen fertig gestellt, darunter die 74 Wohnungen im „Aktiv Stadthaus“. Es erzeugt mehr Energie als die Bewohner verbrauchen.

B. Ausblick

Die Wirtschaftspläne der ABG für die Jahre 2016 bis 2020 sehen jährliche Überschüsse vor Ertragssteuern zwischen 45,5 Mio. € und 74,2 Mio. € vor. Die Entwicklung der Sollmieten wird in den nächsten zwei Geschäftsjahren sehr moderat ausfallen und im Wesentlichen durch Erstbezüge beeinflusst sein. Die ABG wird von 2016 bis 2022 rund 2,1 Mrd. € in Neubauten, Bauträgermaßnahmen, Sanierungen und Modernisierungsmaßnahmen investieren. In diesem Zeitraum sollen 3.700 Neubauwohnungen fertig gestellt werden. Risiken werden in steigenden Ausfällen bei Mietforderungen gesehen, denen die Unternehmen durch rechtzeitige Gegenmaßnahmen gegenüberreten. Auf Grund der Zunahme der Einwohner, der Haushalte und einer erhöhten Nachfrage nach mehr Wohnraum pro Person im Rhein-Main-Gebiet wird auch die Nachfrage innerhalb der Stadt Frankfurt am Main weiter zunehmen. Davon werden sowohl das Bauträgersgeschäft als auch die Nachfrage nach Mietwohnungen profitieren. Konzernweit ist in den kommenden fünf Jahren ein Investitionsvolumen von rund 1,5 Mrd. € für Bestandsneubau, Bauträgermaßnahmen und aktivierungspflichtige Modernisierungen geplant. 4.553 Neubauwohnungen sollen in diesem Zeitraum fertig gestellt werden. Mit dem Bau weiterer rund 1.600 Neubauwohnungen wird in diesem Zeitraum begonnen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung

der breiten Schichten der Bevölkerung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Die Stadt Frankfurt am Main hat im Haushaltsjahr 2015 Sicherheiten (Ausfallbürgschaften) von 7 Mio. € übernommen (Stand 31.12.2015, Restschuld ohne Zinsen). Im Jahr 2015 wurde eine Nettodividende für das Geschäftsjahr 2014 von 7 Mio. € an den Haushalt der Stadt Frankfurt am Main abgeführt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2015 betragen die Bezüge der Geschäftsführung 481 T €.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 4 T €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 06.11.2014 für das Planjahr 2015 und am 05.11.2015 für das Planjahr 2016. Die Abschlussgespräche 2015 wurden am 12.05.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	1.145.037	1.007.427	137.610	13,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	770	522	248	47,5
Sachanlagen	888.692	787.229	101.462	12,9
Finanzanlagen	255.575	219.675	35.900	16,3
Umlaufvermögen	192.730	226.263	-33.533	-14,8
Vorräte	38.092	44.050	-5.958	-13,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	152.641	121.824	30.818	25,3
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.997	60.389	-58.392	-96,7
Rechnungsabgrenzungsposten	4.149	4.318	-169	-3,9
Bilanzsumme	1.341.915	1.238.007	103.908	8,4
PASSIVA				
Eigenkapital	674.486	603.907	70.578	11,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	102.532	102.532	0	0,0
Kapitalrücklage	38.016	38.016	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	454.995	398.995	56.000	14,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	47	23	25	107,7
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	78.894	64.341	14.554	22,6
Sonderposten	8.724	8.946	-221	-2,5
Rückstellungen	35.528	36.623	-1.096	-3,0
Verbindlichkeiten	611.544	579.462	32.083	5,5
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	258.561	269.327	-10.767	-4,0
Rechnungsabgrenzungsposten	11.633	9.069	2.564	28,3
Bilanzsumme	1.341.915	1.238.007	103.908	8,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	203.118	195.591	7.527	3,8
Bestandsänderung UE / FE	3.275	6.964	-3.689	-53,0
andere aktivierte Eigenleistungen	227	178	48	27,0
Gesamtleistung	206.620	202.734	3.886	1,9
sonstige betriebliche Erträge	18.014	6.185	11.829	191,2
Materialaufwand	-124.299	-125.756	1.457	-1,2
Personalaufwand	-19.825	-19.177	-648	3,4
Abschreibungen	-22.061	-21.401	-660	3,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-16.306	-7.903	-8.403	106,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	42.143	34.682	7.461	21,5
Finanzergebnis	51.626	35.178	16.448	46,8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	93.770	69.860	23.909	34,2
Außerordentliches Ergebnis	0	-1.777	1.777	-
Steuern	-14.875	-3.743	-11.132	297,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	78.894	64.341	14.554	22,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	78.894	64.341	14.554	22,6
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	47	23	25	107,7
Bilanzergebnis	78.942	64.363	14.578	22,6
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	260	264	-4	-1,5
Anzahl Wohnungen preisfrei	17.872	17.739	133	0,7
Anzahl Wohnungen preisgebunden	4.096	4.054	42	1,0
Anzahl Wohnungen gesamt	21.968	21.793	175	0,8
davon Neubaufertigstellungen	188	167	21	12,6

Jahresabschluss zum 31.12.2015 der

ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH Konzern

Bilanz Konzern	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	1.913.041	1.803.274	109.767	6,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	771	524	247	47,1
Sachanlagen	1.904.796	1.794.021	110.775	6,2
Finanzanlagen	7.475	8.728	-1.253	-14,4
Umlaufvermögen	231.000	271.266	-40.266	-14,8
Vorräte	115.048	112.384	2.664	2,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	113.124	97.698	15.426	15,8
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	2.829	61.184	-58.355	-95,4
Rechnungsabgrenzungsposten	4.178	4.387	-209	-4,8
Bilanzsumme	2.148.219	2.078.927	69.292	3,3
PASSIVA				
Eigenkapital	804.842	722.538	82.304	11,4
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	102.532	102.532	0	0,0
Kapitalrücklage	48.040	48.040	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	536.924	480.924	56.000	11,6
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	109.958	83.693	26.265	31,4
Anteile anderer Gesellschafter	7.388	7.349	39	0,5
Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung	47.438	47.438	0	0,0
Rückstellungen	57.375	60.392	-3.017	-5,0
Verbindlichkeiten	1.195.094	1.209.582	-14.488	-1,2
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	679.232	704.744	-25.512	-3,6
Passive latente Steuern	30.248	28.677	1.571	5,5
Rechnungsabgrenzungsposten	13.223	10.301	2.922	28,4
Bilanzsumme	2.148.219	2.078.927	69.292	3,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	456.738	448.085	8.653	1,9
Bestandsveränderungen UE/FE	10.662	6.376	4.286	67,2
andere aktivierte Eigenleistungen	7.585	6.907	678	9,8
Gesamtleistung	474.985	461.369	13.616	3,0
Sonstige betriebliche Erträge	44.080	13.180	30.900	234,4
Materialaufwand	-256.541	-251.977	-4.564	1,8
Personalaufwand	-56.134	-55.021	-1.113	2,0
Abschreibungen	-58.665	-57.347	-1.318	2,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-21.282	-16.161	-5.121	31,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	126.443	94.043	32.400	34,5
Finanzergebnis	-19.137	-20.344	1.207	-5,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	107.306	73.699	33.607	45,6
Außerordentliches Ergebnis	0	-1.991	1.991	-100,0
Steuern	-16.679	-3.508	-13.171	375,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	90.627	68.200	22.427	32,9
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	-111	-111	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	90.515	68.088	22.427	32,9
Gewinn-/Verlustvortrag aus Vorjahr	19.443	15.605	3.838	24,6
Bilanzergebnis	109.958	83.693	26.265	31,4
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter/-innen Konzern (Jahresdurchschnitt)	789	797	-8	-1,0
Anzahl Wohnungen preisfrei	35.714	35.044	670	1,9
Anzahl Wohnungen preisgebunden	15.451	15.617	-166	-1,1
Anzahl Wohnungen gesamt	51.165	50.661	504	1,0
davon Neubaufertigstellungen	255	456	-201	-44,1

3.1.1 Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft

Anschrift: Niddastraße 107 60329 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/26 98-0 0 69/26 98-5 16	E-Mail/Internet: post@abg-fh.de www.faaq.de
-----------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gründung: 15.08.1947	Unternehmensgegenstand: Erwerb, Bebauung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Wohn- und Geschäftsgrundstücken in der Stadt Frankfurt am Main und ihrer näheren Umgebung sowie die Ausführung von Architekten- und Ingenieurleistungen für öffentliche und private Bauherren und die Durchführung aller damit zusammenhängenden Aufgaben, auch über die Grenzen der Stadt Frankfurt am Main hinaus.
--------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 14.125.056 € = 96,80 % 466.944 € = 3,20 % 14.592.000 € = 100,00 %
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------

Vorstand: Herr Frank Junker

Aufsichtsrat:	21 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr BM Olaf Cunitz
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Uwe Becker Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld Herr BM Olaf Cunitz Herr Stv Martin Gerhardt Frau Stv Ursula auf der Heide Frau Stv Christiane Loizides Herr StR Stefan Majer Herr StR Eugenio Muñoz del Rio Frau StRin Erika Pfreundschuh Herr StR Jan Schneider Herr Stv Wolfgang Siefert
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Markus Buschwa (AN) Frau Andrea Emmerich (AN) Frau Brigitte Feik (AN) Frau Petra Granatella (AN) Frau Roswitha Haus (AN) Herr Friedrich-Wilhelm Klingenstein (AN) Herr Norbert Kreile (AN) Frau Iris Marquardt (AN) Herr Adolf Stein (AN) Frau Petra Weigert (AN)

Satzungsmäßige Besetzung: 21 Mitglieder davon 10 Vertreter der Arbeitnehmer	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.
------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------

Beteiligungen: FAAG Technik GmbH Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH ABG Projekte GmbH Parkhaus Goetheplatz GmbH Hofgarten Projektgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 4.000.000 € = 100,00 % 26.000 € = 100,00 % 25.000 € = 100,00 % 25.000 € = 100,00 % 25.000 € = 50,00 %
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Die Gesellschaft betreute im Geschäftsjahr 5.444 eigene Wohnungen, 400 Gewerbeobjekte sowie 1.873 Garagen und Stellplätze. Es besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft (ABG). Die Frankfurter Aufbau AG (FAAG) ihrerseits hat mit ihren Töchtern Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH, Parkhaus Goetheplatz GmbH, ABG Projekte GmbH und FAAG Technik GmbH jeweils einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag geschlossen.

Im Bereich Wohnimmobilien betrug der Leerstand im Berichtsjahr bezogen auf die Fläche 0,7 % (Vj. 0,9 %). Im Bereich Gewerbeimmobilien verzeichnete die FAAG einen Leerstand von 4,3 % (Vj. 3 %). Dieser liegt wieder deutlich unter der stadtweiten Leerstandsquote. Um die Mietobjekte weiterhin marktgerecht zu erhalten, investierte die FAAG erneut 14,6 Mio. € in Instandhaltungen und Modernisierungen. Die Neubaumaßnahme eines Passivhauses in der Salvador-Allende-Straße mit 66 Mietwohnungen, einer Kindertagesstätte und einer Tiefgarage verläuft planmäßig. In der Ausführung befindet sich das Projekt „Goethehöfe“. Die FAAG wird dort 30 Wohnungen bauen und den Cantate-saal sanieren.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist um 24,6 Mio. € auf 387,5 Mio. € gestiegen. Das Anlagevermögen ist zu 94,1 % durch eigene und mittel- bis langfristige Fremdmittel finanziert. Das Anlagevermögen ist auf 310 Mio. € gestiegen. Das Eigenkapital beläuft sich unverändert auf 70,5 Mio. €. Die Eigenkapitalquote beträgt 18,4 % (Vj. 19,4 %).

Zur Erfolgslage

Die Umsatzerlöse einschließlich Bestandsveränderungen haben sich mit 92,9 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 Mio. € erhöht. Im Bereich der Hausbewirtschaftung, auf den fast 91 % des Gesamtertrages entfallen, stieg die Gesamtleistung um 0,9 Mio. € auf 84,5 Mio. €. Das Bauträgergeschäft ruhte im Berichtsjahr weitgehend. Im Architekten-

und Ingenieurgeschäft der FAAG stieg die Gesamtleistung um 0,4 Mio. € auf 8,6 Mio. €. Der Jahresüberschuss vor Gewinnabführung an die ABG betrug 58 Mio. € (Vj. 43,1 Mio. €). Die Eigenkapitalrentabilität lag bei 82,3 % (Vj. 61 %).

Ergebnisse der Beteiligungen

Die Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH betreibt 32 Parkanlagen, 41 Quartiersgaragen in der Nordweststadt und einen Parkplatz mit insgesamt 17.778 Stellplätzen. Die Gesellschaft hat einen Jahresüberschuss vor Gewinnabführung von 2,3 Mio. € (Vj. 2,4 Mio. €) erwirtschaftet. Die Umsatzerlöse liegen mit 37,3 Mio. € um 0,1 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Die Bilanzsumme ist von 13,3 Mio. € im Vorjahr auf 11 Mio. € gesunken. Durchschnittlich waren 41 (Vj. 42) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Gesellschaft beschäftigt.

Die Parkhaus Goetheplatz GmbH erwirtschaftete ein Jahresergebnis vor Gewinnabführung von 1,3 Mio. € (Vj. 1,1 Mio. €). Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr wird im Geschäftsjahr wie im Vorjahr ein Bilanzgewinn von 0,1 Mio. € ausgewiesen. Die Bilanzsumme beträgt 15,4 Mio. € (Vj. 15,9 Mio. €). Die Gesellschaft hat kein Personal. Die Geschäfte werden von der Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH besorgt. Zum 01.01.2016 wird das Parkhaus Goetheplatz auf die FAAG verschmolzen.

Die FAAG Technik GmbH hat im Geschäftsjahr ein Jahresergebnis vor Gewinnabführung von 2,1 Mio. € (Vj. 1,3 Mio. €) erwirtschaftet. Die Bilanzsumme ist auf 37,2 Mio. € (Vj. 34,9 Mio. €) gestiegen. Durchschnittlich waren 118 (Vj. 116) Mitarbeiter und Mitarbeiter bei der Gesellschaft beschäftigt.

Die ABG Projekte GmbH erwirtschaftete ein Jahresergebnis vor Gewinnabführung von 628 T € (Vj. 343 T €). Die Bilanzsumme ist auf 1,2 Mio. € (Vj. 1,4 Mio. €) gesunken. Durchschnittlich waren wie im Vorjahr 9 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Gesellschaft beschäftigt.

Die Hofgarten Projektgesellschaft mbH, ein Joint Venture der FAAG mit der Groß & Partner Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, hat das ehemalige denkmalgeschützte Wiesenhüttenstift in Frankfurt am Main zu einer Wohnanlage mit 81

Eigentumswohnungen in einer großen Parklandschaft entwickelt. Es sind alle Wohnungen verkauft. Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal.

B. Ausblick

In Frankfurt am Main übersteigt die Nachfrage nach Wohnimmobilien auf Grund des anhaltenden Bevölkerungswachstums nach wie vor das Angebot. Die nachhaltige Vermietbarkeit des Bestands wird durch Investitionen von jeweils 14 Mio. € bis 15 Mio. € in den Jahren 2016 und 2017 in die Instandhaltung und Modernisierung gesichert. Neubauten werden grundsätzlich im Passivhausstandard errichtet. Bei Gewerbeimmobilien wird mit einem Anstieg der Leerstandsquote und sinkenden Mieten bei Neuverträgen gerechnet. In den Jahren 2016 und 2017 werden Jahresergebnisse von rd. 50 Mio. € und 40 Mio. € erwartet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind für die Gesellschaft erfüllt.

Beziehungen zum Haushalt

Es bestehen Treuhandverbindlichkeiten für die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Am Martinszehnten“ von 68 T €.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Hauptversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Vorstandsbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 4 T €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 06.11.2014 für das Planjahr 2015 und am 05.11.2015 für das Planjahr 2016. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 25.05.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Frankfurter Aufbau-AG**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	310.029	305.279	4.750	1,6
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	-
Sachanlagen	301.158	296.409	4.750	1,6
Finanzanlagen	8.870	8.870	0	0,0
Umlaufvermögen	77.494	57.608	19.886	34,5
Vorräte	15.003	14.443	560	3,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	62.489	43.164	19.326	44,8
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1	1	0	64,5
Rechnungsabgrenzungsposten	10	21	-11	-52,2
Bilanzsumme	387.532	362.907	24.625	6,8
PASSIVA				
Eigenkapital	70.545	70.545	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	14.592	14.592	0	0,0
Kapitalrücklage	53.813	53.813	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	2.141	2.141	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Sonderposten	71.442	73.644	-2.202	-3,0
Rückstellungen	3.524	4.111	-587	-14,3
Verbindlichkeiten	241.734	214.414	27.320	12,7
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	114.895	122.528	-7.633	-6,2
Rechnungsabgrenzungsposten	287	193	94	48,7
Bilanzsumme	387.532	362.907	24.625	6,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	92.384	92.609	-224	-0,2
Bestandsänderung UE / FE	560	-1.062	1.622	-152,7
andere aktivierte Eigenleistungen	186	251	-65	-25,9
Gesamtleistung	93.130	91.797	1.333	1,5
sonstige betriebliche Erträge	19.043	6.712	12.331	183,7
Materialaufwand	-33.614	-32.974	-639	1,9
Personalaufwand	-8.855	-8.811	-44	0,5
Abschreibungen	-7.514	-7.922	408	-5,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.962	-5.795	-166	2,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	56.229	43.006	13.223	30,7
Finanzergebnis	1.808	82	1.726	2.108,8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	58.037	43.088	14.949	34,7
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-6	-21	15	-73,0
Gewinnabführung	-58.031	-43.067	-14.964	34,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	123	125	-2	-1,6
Anzahl Wohnungen preisfrei	4.752	4.751	1	0,0
Anzahl Wohnungen preisgebunden	692	692	0	0,0
Anzahl Wohnungen gesamt	5.444	5.443	1	0,0

3.1.2 Hellerhof GmbH

Anschrift: Niddastraße 107 60329 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/26 08-0 0 69/26 08-2 77	E-Mail/Internet: post@abg-fh.de www.abg-fh.de
Gründung: 20.05.1901	Unternehmensgegenstand: Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Gebäuden und Wohnungen, die Vorbereitung und Durchführung von Bauvorhaben als Bauherr im eigenen und fremden Namen. Vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Bei der Wohnungsversorgung sind im Besonderen auch Wohnungssuchende zu berücksichtigen, die aufgrund Ihrer persönlichen Verhältnisse oder Umstände Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben.	
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH Deutsche Annington Vermögensgesellschaft mbH & Co. KG	Kapitalanteile: 13.238.050 € = 86,83 % 2.007.950 € = 13,17 % 15.246.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Frank Junker		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	3 Mitglieder Herr Stv Lothar Stapf Herr Stv Martin Gerhardt Herr Stv Lothar Stapf Frau Stv Evanthia Triantafillidou	
Satzungsmäßige Besetzung: 3 Mitglieder	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.	
Beteiligungen: Garagen-, Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 5.200 € = 20,00 %	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Das Kerngeschäft der Hellerhof GmbH ist die Bewirtschaftung ihres Wohnungsbestands, der 6.259 Wohnungen, 1.333 Garagen und Stellplätze, 43 gewerblich genutzte Objekte sowie sechs soziale Einrichtungen in Frankfurt am Main umfasst. Für Instandhaltung und Modernisierung, für die Verbesserung des Wohnumfelds sowie für Neubau wurden im Geschäftsjahr 14,6 Mio. € von der Gesellschaft bereitgestellt (Vj. 15,5 Mio. €).

Seit Jahren bestehen ein Beherrschungsvertrag und ein Geschäftsbesorgungsvertrag mit der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG). In Folge des Geschäftsbesorgungsvertrags verfügt die Hellerhof GmbH über kein eigenes Personal mehr. Der Aufsichtsrat wurde verkleinert. Die Bestandsverwaltung wird über die ABG abgewickelt. Die technische Betreuung des Wohnungsbestands erfolgt in Zusammenarbeit mit der Frankfurter Aufbau AG (FAAG), der FAAG Technik GmbH und der ABG.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 5,8 Mio. € auf 170,1 Mio. € gestiegen. Das Anlagevermögen verminderte sich, da die Abschreibungen die Investitionen übersteigen. Die bilanzielle Eigenkapitalquote stieg von 37,3 % auf 39,9 %.

Zur Erfolgslage

Die Umsatzerlöse blieben mit 41,8 Mio. € stabil gegenüber dem Vorjahr. Das betriebliche Ergebnis verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Mio. € auf 8,1 Mio. €, was im Wesentlichen auf die Erhöhung der Instandhaltungsaufwendungen zurückzuführen ist. Das Jahresergebnis von 6,7 Mio. € ist gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken (Vj. 7,2 Mio. €). Mit dem Gewinnvortrag aus den Vorjahren von 26,8 Mio. € ergibt sich ein Bilanzgewinn von 33,5 Mio. €.

Ergebnisse der Beteiligungen

Zum 31.12.2015 befanden sich 550 Stellplätze und 261 Garagen in der Verwaltung der Garagen-, Bau-

und Betriebsgesellschaft mbH, an der die Hellerhof GmbH mit 20 % beteiligt ist. Daneben sind die Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (60 %) und die ABG (20 %) an der Garagen-, Bau- und Betriebsgesellschaft mbH beteiligt. Diese weist ein Jahresergebnis von 3,6 T € (Vj. 3,9 T €) und ein stabiles Eigenkapital von 6 Mio. € aus. Das Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus stark gesunkenen Zinserträgen und geplant verminderten Instandhaltungsaufwendungen. Die Bilanzsumme beträgt unverändert 6 Mio. €. Für 2016 sind keine wesentlichen Risiken erkennbar. Es wird mit einem Ergebnis von 21 T € auf Grund von höheren Umsatzerlösen gerechnet.

B. Ausblick

Durch die hohen Instandhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen der letzten Jahre in den Wohnungsbestand haben sich die Ertragschancen verbessert. Diese gewährleisten die Nachhaltigkeit der Vermietung. Die Nachfrage nach Wohnungen ist nach wie vor groß. Die Wirtschaftspläne für die Jahre 2016 und 2017 sehen Jahresergebnisse von 5,1 Mio. € und 6,3 Mio. € vor.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Bevölkerungsschichten. Bei der Wohnungsversorgung berücksichtigt sie im Besonderen auch Personen, die aufgrund ihrer persönlichen Verhältnisse oder Umstände Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 300 €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 06.11.2014 für das Planjahr 2015 und am 05.11.2015 für das Planjahr 2016. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 04.05.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Hellerhof GmbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	124.616	129.044	-4.429	-3,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	-
Sachanlagen	124.149	128.560	-4.411	-3,4
Finanzanlagen	466	484	-18	-3,6
Umlaufvermögen	45.493	35.218	10.275	29,2
Vorräte	11.576	11.026	550	5,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	33.917	24.193	9.725	40,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	0	0	-0	-
Bilanzsumme	170.109	164.263	5.846	3,6
PASSIVA				
Eigenkapital	67.882	61.202	6.681	10,9
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	15.246	15.246	0	0,0
Kapitalrücklage	1.242	1.242	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	17.900	17.900	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	26.813	19.620	7.194	36,7
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	6.681	7.194	-513	-7,1
Rückstellungen	5.282	5.278	4	0,1
Verbindlichkeiten	96.765	97.760	-995	-1,0
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	46.859	47.039	-180	-0,4
Rechnungsabgrenzungsposten	179	23	157	691,4
Bilanzsumme	170.109	164.263	5.846	3,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	41.783	41.789	-6	-0,0
Bestandsänderung UE / FE	550	-275	825	-299,6
Gesamtleistung	42.332	41.514	819	2,0
sonstige betriebliche Erträge	550	818	-268	-32,7
Materialaufwand	-25.687	-23.726	-1.961	8,3
Personalaufwand	-75	-40	-35	88,6
Abschreibungen	-5.778	-5.633	-145	2,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.279	-3.568	288	-8,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	8.062	9.364	-1.302	-13,9
Finanzergebnis	-1.175	-1.291	117	-9,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.888	8.073	-1.185	-14,7
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-207	-879	672	-76,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	6.681	7.194	-513	-7,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	6.681	7.194	-513	-7,1
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	26.813	19.620	7.194	36,7
Bilanzergebnis	33.494	26.813	6.681	24,9
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-
Anzahl Wohnungen preisfrei	4.166	4.136	30	0,7
Anzahl Wohnungen preisgebunden	2.093	2.127	-34	-1,6
Anzahl Wohnungen gesamt	6.259	6.263	-4	-0,1
davon Neubaufertigstellungen	0	84	-84	-

3.1.3 SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH

Anschrift: Niddastraße 107 60329 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/1 53 08-0 0 69/1 53 08- 135	E-Mail/Internet: info@saalbau.com www.saalbau.com
Gründung: 12.05.2011	Unternehmensgegenstand: Verwaltung und Vermietung von Bürgergemeinschaftshäusern, Volksbildungsheimen und Saalbauten sowie Vermietung und Vermittlung externer Räumlichkeiten im Gebiet der Stadt Frankfurt am Main und die Einziehung fremder Forderungen. Dieser Unternehmensgegenstand soll vorwiegend den Zwecken der Gemeinschaftspflege, der Förderung des kulturellen Lebens, der Volksbildung, der Heimatpflege, der Jugendpflege, der Gesundheitspflege, der Förderung des Sports und der sozialen Betreuung dienen.	
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Frank Junker		
Aufsichtsrat:	6 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth	
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Dr. Bernd Heidenreich Herr Stv Bernhard Maier Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Richard Birnbach (AN) Frau Dr. Andrea Lehr Herr Clemens Menges (AN)	
Satzungsmäßige Besetzung: 6 Mitglieder	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Zum 01.04.2011 ist die SAALBAU GmbH auf die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) verschmolzen worden. Gleichzeitig wurde die neue SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH (SAALBAU) gegründet, die das operative Geschäft weiter betreibt sowie die auf die ABG übergegangenen Liegenschaften verwaltet und vermietet. Zwischen der ABG und der SAALBAU bestehen ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag sowie ein entgeltlicher Geschäftsbesorgungsvertrag, in dem auch das Betreiberentgelt von 7,3 Mio. € vereinbart ist. Die Bürgergemeinschaftseinrichtungen werden überwiegend durch von der Stadt Frankfurt bezuschusste Vereine und Organisationen genutzt. Weitere Kunden sind im geringeren Umfang Privat- und Firmenkunden. Im Rahmen der Vermietungstätigkeit bietet die Gesellschaft damit im Zusammenhang stehende Dienstleistungen wie Veranstaltungstechnik oder die Vermittlung von Cateringleistungen an. Die Gesellschaft erbringt außerdem für das Sport-

amt kaufmännische Dienstleistungen in Verbindung mit der Überlassung der Frankfurter Schulsporthallen. Für das Bildungs- und Kulturzentrum Höchst existiert ein Betreuungsvertrag mit der Stadt Frankfurt am Main.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme beläuft sich auf 2,8 Mio. € (Vj. 3,7 Mio. €) und ist somit um 0,9 Mio. € gesunken. Der geringere Betrag resultiert im Wesentlichen auf der Aktivseite aus niedrigeren Forderungen gegen verbundene Unternehmen. Auf der Passivseite bestehen geringere sonstige Verbindlichkeiten. Das Anlagevermögen ist zu 93 % durch Eigenkapital gedeckt. Das kurzfristige Fremdkapital (1,7 Mio. €) ist durch kurzfristiges Umlaufvermögen gedeckt (2,7 Mio. €).

Zur Erfolgslage

Bei der Gesellschaft ist im Geschäftsjahr 2015 ein Jahresfehlbetrag vor Verlustausgleich von fast -2 Mio. € (Vj. -2,7 Mio. €) angefallen. Dies resultiert aus einer im vergangenen Jahr gebildeten Drohver-

lustrückstellung im Zusammenhang mit dem Umzug aus der alten Geschäftsstelle in die Räumlichkeiten der Konzernzentrale. Die Rückstellung wird entsprechend der Restlaufzeit verbraucht. Die Umsätze betragen wie im Vorjahr rd. 8,2 Mio. €. 90 % des Umsatzes entfallen auf das auf Betreiberentgelt, das die Muttergesellschaft auf Grundlage des bestehenden Geschäftsbesorgungsvertrags zahlt. Für die Zukunft wird mit vergleichbaren Umsätzen gerechnet.

B. Ausblick

Risiken könnten langfristig in einem veränderten Freizeitverhalten bestehen, das zu einer geringeren Nachfrage nach Räumlichkeiten führen könnte. Für die Jahre 2016 und 2017 wird mit gleich bleibenden Umsätzen und Jahresergebnissen von -1,6 Mio. € vor Verlustausgleich gerechnet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Gemeinschaftspflege, die Förderung des kulturellen Lebens, der Volksbildung, der Heimatpflege, der Jugendpflege und der Gesundheitspflege sowie die Förderung des Sports und der sozialen Betreuung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der SAALBAU handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

An Bezügen für die Aufsichtsratsmitglieder wurden im Geschäftsjahr 480 € gezahlt.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 06.11.2014 für das Planjahr 2015 und am 05.11.2015 für das Planjahr 2016. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 12.05.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	27	45	-18	-39,6
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	-
Sachanlagen	27	45	-18	-39,6
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	2.761	3.683	-922	-25,0
Vorräte	10	7	3	45,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.751	3.676	-925	-25,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	0	0	-0	-
Rechnungsabgrenzungsposten	5	7	-2	-24,2
Bilanzsumme	2.794	3.735	-941	-25,2
PASSIVA				
Eigenkapital	25	25	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Rückstellungen	1.213	1.147	65	5,7
Verbindlichkeiten	1.556	2.563	-1.007	-39,3
Bilanzsumme	2.794	3.735	-941	-25,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	8.150	8.174	-24	-0,3
Gesamtleistung	8.150	8.174	-24	-0,3
sonstige betriebliche Erträge	417	52	365	700,7
Materialaufwand	-1.501	-1.461	-40	2,7
Personalaufwand	-6.330	-6.200	-131	2,1
Abschreibungen	-7	-11	4	-34,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.635	-3.290	655	-19,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-1.906	-2.736	829	-30,3
Finanzergebnis	-50	2	-52	-2.261,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.956	-2.733	777	-28,4
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-2	-2	-1	25,4
Erträge aus Verlustübernahme	1.959	2.735	-777	-28,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	125	124	1	0,8
Besucher/-innen	1.359.426	1.341.765	17.661	1,3

3.1.4 WOHNHEIM GmbH

Anschrift: Waldschulstraße 20 65933 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/3 90 06-0 0 69/3 90 06-2 22	E-Mail/Internet: post@wohnheim.abg-fh.de www.wohnheim-frankfurt.de
Gründung: 11.09.1951	Unternehmensgegenstand: Zum Zwecke der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung kann die Gesellschaft geeignete Bauten errichten, betreiben und verwalten und alle damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben erfüllen.	
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH Stadt Frankfurt am Main Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 34.103.200 € = 98,82 % 367.200 € = 1,06 % 42.000 € = 0,12 % 34.512.400 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Ralf Hübner		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	17 Mitglieder Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld Herr BM Olaf Cunitz Herr StK a. D. Ernst Gerhardt Herr StR Dr. Lutz Raettig Frau StRin Elke Sautner Herr Stv Lothar Stapf Herr Stv Cihad Taskin Frau Stv Evanthia Triantafillidou	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Frau Heike Bandze (AN) Herr Uwe Hillmer (AN) Herr Frank Junker Herr Hans Peter Kemmer (AN) Frau Katja Mertineit (AN) Herr Karl-Heinz Rimkus (AN) Herr Mirko Streipert (AN) Herr Klaus Strubel (AN) Herr Frank Weber (AN)	
Satzungsmäßige Besetzung: 17 Mitglieder davon 8 Vertreter der Anteilseigner, 8 Vertreter der Arbeitnehmer und die neutrale Person	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat: Ausgeschiedene Mitglieder:	Neue Mitglieder: Frau StRin Elke Sautner (seit 06.02.2015)

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Die Gesellschaft bewirtschaftet in Frankfurt am Main 14.373 Wohnungen, 561 Wohnheimplätze, 101 Gewerbeeinheiten, 63 Sozialeinrichtungen sowie 4.896 Garagen und Abstellplätze. Zwischen der WOHNHEIM GmbH (WOHNHEIM) und der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) bestehen ein Beherrschungs- und ein Verlustübernahmevertrag.

Die von der Gesellschaft bewirtschafteten Wohnungen profitieren von der weiterhin regen Nachfrage auf dem Frankfurter Wohnungsmarkt, insbesondere auf dem Teilmarkt des preisgebundenen Wohnraums, der 55 % des Wohnungsbestands der WOHNHEIM ausmacht. Der Bedarf an Zwei- und Dreizimmerwohnungen übersteigt nach wie vor das vorhandene Angebot.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist um 11,1 Mio. € auf 462,5 Mio. € zurückgegangen. 7,3 Mio. € wurden in das Anlagevermögen investiert. Das Anlagevermögen hat sich um 11,5 Mio. € auf 417,2 Mio. € verringert. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr von 22,5 % auf 23,4 %. Die Verbindlichkeiten sanken um 12 Mio. € auf 350,3 Mio. €.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 1,8 Mio. € (Vj. -0,1 Mio. €) ab. Diese Verbesserung resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der Sollmieten um 1,3 Mio. € und der Verminderung der Zinsaufwendungen um 0,8 Mio. €. Die Erlösschmälerungen sind leicht gefallen. Die Aufwendungen für Instandhaltungen sind nahezu unverändert.

Der Jahresüberschuss aus dem Geschäftsjahr ergibt mit dem Gewinnvortrag von 21,7 Mio. € einen Bilanzgewinn von 23,5 Mio. €.

B. Ausblick

Für 2016 sind 11,9 Mio. € für Investitionen eingeplant. 2016 bis 2019 sind Investitionsmaßnahmen von 59,8 Mio. € vorgesehen. Die Wirtschaftspläne für die Jahre 2016 und 2017 weisen jeweils ein positives Ergebnis von 0,8 Mio. € aus.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck besteht in der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Im Jahr 2015 wurde eine Nettodividende für das Geschäftsjahr 2014 von knapp 12,4 T € an den Haushalt der Stadt Frankfurt am Main abgeführt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 2 T €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 06.11.2015 für das Planjahr 2016 und am 05.11.2016 für das Planjahr 2017. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 04.05.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
WOHNHEIM GmbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	417.203	428.657	-11.454	-2,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	-0	-21,9
Sachanlagen	417.198	428.651	-11.453	-2,7
Finanzanlagen	4	5	-1	-18,4
Umlaufvermögen	45.306	44.927	379	0,8
Vorräte	27.509	25.164	2.345	9,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	17.469	19.506	-2.038	-10,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	329	257	72	27,8
Rechnungsabgrenzungsposten	3	3	0	6,4
Bilanzsumme	462.512	473.587	-11.075	-2,3
PASSIVA				
Eigenkapital	108.421	106.609	1.813	1,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	34.512	34.512	0	0,0
Kapitalrücklage	2.147	2.147	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	48.276	48.276	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	21.673	21.785	-111	-0,5
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	1.813	-111	1.924	-1.728,6
Rückstellungen	2.982	3.931	-949	-24,1
Verbindlichkeiten	350.252	362.272	-12.019	-3,3
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	202.555	213.569	-11.015	-5,2
Rechnungsabgrenzungsposten	856	776	80	10,4
Bilanzsumme	462.512	473.587	-11.075	-2,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	97.950	98.657	-707	-0,7
Bestandsänderung UE / FE	2.401	-744	3.145	-422,7
andere aktivierte Eigenleistungen	26	43	-17	-39,0
Gesamtleistung	100.377	97.956	2.421	2,5
sonstige betriebliche Erträge	2.823	3.630	-807	-22,2
Materialaufwand	-65.160	-64.213	-947	1,5
Personalaufwand	-7.371	-7.486	116	-1,5
Abschreibungen	-18.715	-18.627	-89	0,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.567	-5.038	471	-9,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	7.386	6.222	1.164	18,7
Finanzergebnis	-5.565	-6.325	759	-12,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.821	-103	1.924	-1.873,9
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-8	-9	0	-3,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	1.813	-111	1.924	-1.728,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.813	-111	1.924	-1.728,6
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	117	124	-7	-5,6
Anzahl Wohnungen preisfrei	6.397	6.176	221	3,6
Anzahl Wohnungen preisgebunden	7.976	8.203	-227	-2,8
Anzahl Wohnungen gesamt	14.373	14.379	-6	-0,0
davon Neubaufertigstellungen	0	83	-83	-

3.2 Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH und Konzern

Anschrift: Schaumainkai 47 60596 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/60 69-0 0 69/60 69-3 00	E-Mail/Internet: post@naheimst.de www.naheimst.de
-----------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gründung: 26.06.1928	Unternehmensgegenstand: Vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Dabei sind im Besonderen auch Wohnungssuchende zu berücksichtigen, die aufgrund ihrer persönlichen Verhältnisse oder Umstände Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet, verwaltet und veräußert Wohnungen und sonstige bauliche Anlagen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen, in allen Rechts- und Nutzungsformen. Die Gesellschaft hat als Organ der staatlichen Wohnungspolitik darüber hinaus die Aufgabe, bei der Wohnungs- und Städtepolitik des Landes Hessen mitzuwirken.
--------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Land Hessen	61.545.124 € = 56,02 %
Stadt Frankfurt am Main	34.180.834 € = 31,11 %
WIM Wiesbadener Immobilienmanagement GmbH, Wiesbaden	7.775.983 € = 7,08 %
Städte, Landkreise, Sonstige	6.358.835 € = 5,79 %
	109.860.775 € = 100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Dr. Thomas Hain
Herr Prof. Dr. Joachim Pös
Herr Dr. Constantin Westphal

Aufsichtsrat:	21 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau Staatsmin Priska Hinz
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Ulrich Baier
	Herr OB Peter Manuel Feldmann
	Herr StR Peter Mensinger
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Markus Amon
	Herr Jens Bersch (AN)
	Frau MinR Dagmar Brinkmann
	Herr Gerd Brückmann (AN)
	Herr Ulrich Caspar
	Herr MinDirigent Elmar Damm
	Herr MinR Dr. Christian Hermann
	Herr MinR Hans-Joachim Hertling
	Frau Staatsmin Priska Hinz
	Frau Marion Hofmann (AN)
	Herr Wolfgang Koberg (AN)
	Herr MinDirigent Andreas Koch
	Herr StS Werner Koch
	Herr Bernhard Köppler (AN)
	Herr Sascha Langknecht (AN)
	Herr RegPräs Dr. Walter Lübcke
	Frau Elke Maiberger (AN)
	Herr StS Thomas Metz

Gesetzliche Besetzung:	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.
21 Mitglieder	
davon 14 Vertreter der Anteilseigner und	
7 Vertreter der Arbeitnehmer	

Beteiligungen:

(ab 20%)

Beteiligungen: (ab 20%)	Kapitalanteile:
NH ProjektStadt GmbH	200.000 € = 100,00 %
WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH, Kassel	36.722.950 € = 88,95 %
Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	26.000 € = 60,00 %
Wohnungsgesellschaft Dietzenbach mbH	5.131.500 € = 33,33 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015**Allgemeines**

Die Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (Nassauische Heimstätte) ist in allen Geschäftsfeldern der Immobilienwirtschaft tätig. Schwerpunkt der Tätigkeit ist die Bewirtschaftung ihrer 41.819 Wohnungen. In Frankfurt hält die Gesellschaft 16.217 Wohnungen. 93,1 Mio. € wurden in mietwirksame und nicht mietwirksame Instandhaltungen und Modernisierungen investiert, das sind 35,78 € pro qm Wohnfläche. 91 Wohnungen wurden im Rahmen der Portfolioentwicklung veräußert. Für den eigenen Bestand wurden 17 Wohnungen fertig gestellt, 432 Wohnungen waren im Bau und weitere 220 Wohnungen befanden sich im Planungsprozess. Außerdem betätigt sich die Gesellschaft als Bauträger. Das Unternehmen ist treuhänderisch oder beratend und als Projektentwickler in über 68 Städten und Gemeinden mit 107 Aufträgen tätig.

Es besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag mit der WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH (WOHNSTADT), der NH ProjektStadt GmbH und mit der Wohnungsgesellschaft Dietzenbach mbH sowie ein Büroführungsvertrag mit der Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH. Ein Ergebnisabführungsvertrag besteht mit der NH ProjektStadt GmbH. Mit der Medien-Energie-Technik Versorgungs- und Betreuungsgesellschaft mbH (MET), einer Tochter der WOHNSTADT, sind Rahmenverträge zur Multimediaversorgung, Wärmeversorgung und zur Anmietung von Rauchmeldern geschlossen worden. Die Nassauische Heimstätte hat zum zweiten Mal einen Nachhaltigkeitsbericht vorgelegt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 Mio. € auf 1.532 Mio. € gesunken. Dabei ist das Anlagevermögen um 34,8 Mio. € gestiegen, resultie-

rend im Wesentlichen aus der Erhöhung des Sachanlagevermögens, bei einer Verminderung der Finanzanlagen um 9,3 Mio. €. Das Umlaufvermögen hat sich um 36,1 Mio. € vermindert. Grund hierfür war hauptsächlich der Rückgang des Bestands der flüssigen Mittel um 34,2 Mio. €. Dem Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 3,9 Mio. € stehen Verminderungen der sonstigen Verbindlichkeiten von 23 Mio. € gegenüber. Die Eigenkapitalquote hat sich von 29,3 % auf 30,7 % erhöht.

Zur Erfolgslage

Der Jahresüberschuss ist um 10,5 Mio. € auf 25,1 Mio. € gesunken. Die im Vergleich zum Vorjahr um 9,6 Mio. € gestiegenen Umsatzerlöse resultieren aus Mieterhöhungen, aus dem Verkauf von Grundstücken und Erlösen aus Betreuungstätigkeit durch Geschäftsbesorgungsverträge. Sonstige betriebliche Erträge von 8,1 Mio. € ergeben sich im Wesentlichen aus Verkäufen unbebauter Grundstücke. Der Personalaufwand stieg um 1,3 Mio. €.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Die WOHNSTADT bewirtschaftet 18.108 Wohnungen. 343 Wohnungen wurden im Rahmen der Portfolioentwicklung veräußert. Die Bilanzsumme der WOHNSTADT hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 16 Mio. € auf 571,4 Mio. € vermindert. Das Jahresergebnis der WOHNSTADT beläuft sich auf 3,7 Mio. €. Die NH ProjektStadt GmbH ist zuständig für das Bauträgersgeschäft der Nassauischen Heimstätte. Aufgabe der MET ist es, immobiliennahe Dienstleistungen zu erbringen.

In den Konzernabschluss mit einbezogen wurden neben der Nassauischen Heimstätte die WOHNSTADT, die NH ProjektStadt GmbH und erstmals die MET.

Konzernweit vermietet die Nassauische Heimstätte 59.927 Wohnungen in ganz Hessen. Schwerpunkt der Tätigkeit des Konzerns ist die Bewirtschaftung der eigenen Wohnungen. Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 Mio. € auf 2,1 Mrd. € erhöht. Für Instandhaltungen und Renovierungen wurden 78,2 Mio. € aufgewandt, darüber hinaus für Modernisierungen 40,3 Mio. €. Der Konzernabschluss schließt mit einem Konzernjahresüberschuss von 24,3 Mio. € (Vj. 36,1 Mio. €). Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr von 2 Mio. € sowie nach Abzug der auf andere Gesellschafter entfallenden Gewinne ergibt sich ein Konzernbilanzgewinn von 26 Mio. €.

B. Ausblick

Die Nassauische Heimstätte wird weiterhin in den Bestand investieren und die Neubautätigkeit fortsetzen. Neben der Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestands leisten die Veräußerungen von Bestandswohnungen einen wesentlichen Beitrag zum geplanten Unternehmenserfolg. Für 2016 wird mit einem Jahresüberschuss vor Ertragssteuern von 29 Mio. € gerechnet. Bei der WOHNSTADT ist für 2016 ein Jahresüberschuss von 3 Mio. € geplant. Konzernweit wird von einem Jahresüberschuss für das Jahr 2016 von 30,8 Mio. € vor Ertragssteuern ausgegangen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO für eine wirtschaftliche Betätigung der Stadt Frankfurt am Main liegen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Im Jahr 2015 wurde eine Nettodividende für das Geschäftsjahr 2014 von knapp 1,4 Mio. € an den Haushalt der Stadt Frankfurt am Main abgeführt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betragen im Geschäftsjahr 875 T€.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 21,6 T €.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	1.307.741	1.272.904	34.837	2,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	887	822	65	7,9
Sachanlagen	1.144.815	1.100.769	44.046	4,0
Finanzanlagen	162.039	171.314	-9.275	-5,4
Umlaufvermögen	223.430	259.565	-36.135	-13,9
Vorräte	121.385	108.221	13.164	12,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.924	24.992	-15.068	-60,3
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	92.121	126.352	-34.231	-27,1
Rechnungsabgrenzungsposten	1.320	1.572	-252	-16,0
Bilanzsumme	1.532.491	1.534.041	-1.550	-0,1
PASSIVA				
Eigenkapital	470.769	450.023	20.746	4,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	109.861	109.861	0	0,0
Kapitalrücklage	8.283	8.283	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	327.487	296.287	31.199	10,5
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	25.138	35.592	-10.454	-29,4
Rückstellungen	33.635	34.433	-798	-2,3
Verbindlichkeiten	1.025.259	1.047.595	-22.336	-2,1
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	781.792	785.504	-3.712	-0,5
Rechnungsabgrenzungsposten	2.828	1.990	838	42,1
Bilanzsumme	1.532.491	1.534.041	-1.550	-0,1
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	290.480	280.836	9.644	3,4
Bestandsänderung UE / FE	-161	-801	640	-79,9
andere aktivierte Eigenleistungen	6.743	6.856	-113	-1,7
Gesamtleistung	297.061	286.891	10.170	3,5
sonstige betriebliche Erträge	8.062	2.260	5.802	256,7
Materialaufwand	-146.742	-130.872	-15.870	12,1
Personalaufwand	-50.746	-49.489	-1.257	2,5
Abschreibungen	-37.643	-34.965	-2.678	7,7
sonstige betriebliche Aufwendungen	-21.183	-17.282	-3.901	22,6
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	48.809	56.543	-7.734	-13,7
Finanzergebnis	-21.632	-18.098	-3.534	19,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	27.177	38.446	-11.268	-29,3
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-2.039	-2.854	815	-28,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	25.138	35.592	-10.454	-29,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	25.138	35.592	-10.454	-29,4
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	679	653	26	4,0
Anzahl Wohnungen preisfrei	32.508	31.418	1.090	3,5
Anzahl Wohnungen preisgebunden	9.311	10.583	-1.272	-12,0
Anzahl Wohnungen gesamt	41.819	42.001	-182	-0,4

Jahresabschluss zum 31.12.2015 der Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Konzern

Bilanz Konzern	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	in %
	T€	T€	in T€	
AKTIVA				
Anlagevermögen	1.749.924	1.733.832	16.092	0,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	987	882	105	11,9
Sachanlagen	1.698.697	1.671.321	27.376	1,6
Finanzanlagen	50.240	61.628	-11.388	-18,5
Umlaufvermögen	306.529	320.670	-14.141	-4,4
Vorräte	201.219	180.607	20.612	11,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	13.042	13.567	-525	-3,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	92.268	126.496	-34.228	-27,1
Rechnungsabgrenzungsposten	2.041	2.441	-400	-16,4
Bilanzsumme	2.058.495	2.056.943	1.552	0,1
PASSIVA				
Eigenkapital	486.967	467.020	19.947	4,3
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	109.861	109.861	0	0,0
Kapitalrücklage	8.283	8.283	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	334.514	303.314	31.200	10,3
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	26.032	37.636	-11.604	-30,8
Anteile anderer Gesellschafter	8.277	7.926	351	4,4
Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung	0	0	0	-
Rückstellungen	41.429	39.087	2.342	6,0
Verbindlichkeiten	1.527.101	1.548.808	-21.707	-1,4
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.198.143	1.222.261	-24.118	-2,0
Rechnungsabgrenzungsposten	2.998	2.028	970	47,8
Bilanzsumme	2.058.495	2.056.943	1.552	0,1
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	in %
	T€	T€	in T€	
Umsatzerlöse	404.773	404.343	430	0,1
Bestandsveränderungen UE/FE	5.518	16.363	-10.845	-66,3
andere aktivierte Eigenleistungen	8.062	7.795	267	3,4
Gesamtleistung	418.353	428.501	-10.148	-2,4
Sonstige betriebliche Erträge	8.694	2.863	5.831	203,7
Materialaufwand	-226.156	-225.731	-425	0,2
Personalaufwand	-50.897	-49.755	-1.142	2,3
Abschreibungen	-59.826	-56.788	-3.038	5,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-24.803	-19.752	-5.051	25,6
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	65.366	79.338	-13.972	-17,6
Finanzergebnis	-38.970	-40.400	1.430	-3,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	26.396	38.937	-12.541	-32,2
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-2.057	-2.879	822	-28,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	24.339	36.058	-11.719	-32,5
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	-352	-151	-201	133,1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	23.987	35.907	-11.920	-33,2
Gewinn-/Verlustvortrag aus Vorjahr	2.045	1.730	315	18,2
Einstellungen in die Gewinnrücklagen	0	0	0	-
Bilanzergebnis	26.032	37.636	-11.604	-30,8
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	in %
			absolut	
Mitarbeiter/-innen Konzern (Jahresdurchschnitt)	679	653	26	4,0
Anzahl Wohnungen preisfrei	44.981	44.542	439	1,0
Anzahl Wohnungen preisgebunden	14.946	15.908	-962	-6,0
Anzahl Wohnungen gesamt	59.927	60.450	-523	-0,9

4. Kultur



4. Kultur	193
4.1 Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH	195
4.2 Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH	198
4.3 Kultugesellschaft Bergen-Enkheim mbH	202
4.4 Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH	205
4.5 Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH	209
SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH (siehe 3.1.3)	182
4.6 MuseumsBausteine Frankfurt GmbH	212
4.7 Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH	215
4.8 Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH	218

4.1 Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH

Anschrift: Opernplatz 60313 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/13 40-0 0 69/13 40-2 84	E-Mail/Internet: info@alteoper.de www.alteoper.de
Gründung: 02.10.1978	Unternehmensgegenstand: Förderung von Kunst und Kultur durch Betrieb und Unterhaltung der Alten Oper Frankfurt, verwirklicht durch Darbietungen künstlerischer, kultureller, wissenschaftlicher oder sozialer Art unter Berücksichtigung der Interessen aller Bevölkerungskreise, insbesondere durch Konzerte und Theateraufführungen (mit Vorrang von Konzerten) sowie durch Kongressveranstaltungen.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 255.650 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Dr. Stephan Pauly		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	9 Mitglieder Herr OB Peter Manuel Feldmann Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld Herr OB Peter Manuel Feldmann Herr StR Dr. Bernd Heidenreich Frau StRin Cornelia-Katrin von Plotnitz Herr Stv Sebastian Popp Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth Frau Stv Dr. Nina Teufel Frau Stv Dr. Renate Wolter-Brandecker Weitere Aufsichtsratsmitglieder: Frau Gundula Tzschoppe (AN)	
Satzungsmäßige Besetzung: mindestens 5 Mitglieder, davon 1 Arbeitnehmervertreter/in	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat: Ausgeschiedene Mitglieder: Herr Prof. Dr. Hans-Jürgen Hellwig (bis 09.08.2015) Frau Alexandra Prinzessin von Hannover (verstorben am 01.06.2015)	Neue Mitglieder: Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld (seit 10.08.2015) Frau Stv Dr. Nina Teufel (seit 10.08.2015)

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Seit ihrer Wiedereröffnung 1981 dient die Alte Oper als Konzerthaus. Der Name zeugt davon, dass das Gebäude vor dem Krieg das Frankfurter Opernhaus beheimatete. Die Oper Frankfurt dagegen, eine Sparte der Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH, residiert heute am Willy-Brandt-Platz.

Die Alte Oper bietet bei Reihenbestuhlung eine Kapazität von rund 2.400 Plätzen im Großen Saal und von rund 700 Plätzen im Mozart Saal. Im Jahr 2015 wurden über 475 Tausend Besucherinnen und Besucher gezählt, ein Zuwachs von knapp 7 % gegenüber dem Vorjahr. In den 434 Veranstaltungen (Vj. 415) hat sich die Alte Oper erneut als Haus für alle präsentiert: mit Klassik-Konzerten, mit Kinder- und Familienprojekten, mit

Entertainment Veranstaltungen, Kongressen und Events.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme von 8,2 Mio. € ist gegenüber dem Vorjahr (8,6 Mio. €) um rund 0,4 Mio. € gesunken, nachdem die Investitionstätigkeit für die Erneuerung der Saalbestuhlung im Vorjahr abgeschlossen wurde. Auf der Aktivseite fallen die liquiden Mittel geringer aus als im Vorjahr. Auf der Passivseite verteilt sich der Rückgang auf Eigenkapital, Rückstellungen und Verbindlichkeiten. Im Berichtsjahr wurden orientiert am Liquiditätsbedarf 6,5 Mio. € in die Kapitalrücklage eingestellt. Der Jahresfehlbetrag kann vollständig aus der Kapitalrücklage gedeckt werden.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2015 schließt mit einem Fehlbetrag von -6,7 Mio. € ab. Gegenüber dem Vorjahr ist das eine Zunahme um 0,3 Mio. €, gegenüber dem Wirtschaftsplan eine Verbesserung um 0,6 Mio. €. Der Erlöszuwachs geht zum einen auf die positive Entwicklung des Kartenverkaufs, zum anderen auf eine veränderte Buchung der Vorverkaufsgebühren zurück. In Umsetzung eines BFH-Urteils zur Umsatzsteuer bei Vorverkaufsgebühren werden die Umsatzerlöse erstmals brutto ausgewiesen und die Vorverkaufsgebühren sind im entsprechend höheren Materialaufwand gezeigt, während bislang ein saldierter Ausweis in den Umsätzen erfolgte. Beim Personalaufwand wirken sich vor allem Tarifsteigerungen und eine erhöhte Beschäftigtenzahl aus.

B. Ausblick

Auch im Geschäftsjahr 2016 wird die Alte Oper mit ihrem Konzertprogramm die große Vielfalt weiterführen, die sie zu einer lebendigen Stätte der Musik und Begegnung in Frankfurt am Main macht. Das umfangreiche Klassikprogramm sowie „Pegasus“, das Musikvermittlungsprogramm für Kinder aller Altersgruppen, Jugendliche und Familien, werden genauso fortgesetzt wie die Musical-Tradition rund um Weihnachten und Neujahr. Als besonderes Konzertprojekt finden im Mai 2016 75 Konzerte an 18 Orten in der Stadt „One Day in Life“, konzipiert von dem Architekten Daniel Libeskind, statt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Kunst und Kultur. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2015 Mittel von knapp 7 Mio. € sowie Reste von rund 2,6 Mio. € zur Verfügung. Hiervon sind aufgrund des liquiditätsorientierten Mittelabrufs bis zum Jahresende Auszahlungen von 6,5 Mio. € erfolgt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Der Geschäftsführer Herr Dr. Pauly erhielt im Geschäftsjahr Gesamtbezüge von knapp 180 T €.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr rund 0,5 T €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 22.10.2014 für das Planjahr 2015 und am 16.10.2015 für das Planjahr 2016. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 20.05.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	3.343	3.424	-81	-2,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	28	32	-3	-10,9
Sachanlagen	3.315	3.392	-78	-2,3
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	4.850	5.173	-324	-6,3
Vorräte	0	0	0	0,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.192	2.057	135	6,6
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	2.658	3.117	-459	-14,7
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	-
Bilanzsumme	8.193	8.598	-405	-4,7
PASSIVA				
Eigenkapital	3.022	3.221	-198	-6,2
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	256	256	0	0,0
Kapitalrücklage	9.465	9.373	92	1,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-6.698	-6.408	-290	4,5
Rückstellungen	2.760	2.830	-70	-2,5
Verbindlichkeiten	2.402	2.529	-128	-5,1
Rechnungsabgrenzungsposten	9	18	-9	-51,3
Bilanzsumme	8.193	8.598	-405	-4,7
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	10.730	9.651	1.079	11,2
Gesamtleistung	10.730	9.651	1.079	11,2
sonstige betriebliche Erträge	2.056	2.611	-555	-21,3
Materialaufwand	-7.731	-7.209	-522	7,2
Personalaufwand	-2.757	-2.583	-174	6,7
Abschreibungen	-691	-640	-51	7,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-8.237	-8.123	-113	1,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-6.630	-6.293	-337	5,4
Finanzergebnis	-77	-98	21	-21,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-6.707	-6.391	-316	4,9
Steuern	9	-17	26	-151,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-6.698	-6.408	-290	4,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-6.698	-6.408	-290	4,5
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	35	32	3	9,4
Veranstaltungen	434	415	19	4,6
Besucher/-innen	475.415	445.931	29.484	6,6

4.2 Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH

Anschrift: Ludwig-Erhard-Anlage 1-5 61352 Bad Homburg v. d. Höhe	Telefon/Fax: 0 61 72/99 94 69 2 0 61 72/99 99 82 1	E-Mail/Internet: kontakt@kulturfonds-frm.de www.kulturfonds-frm.de
-------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gründung: 20.12.2007	Unternehmensgegenstand: Förderung von Kultur und Kunst in der Region Frankfurt Rhein Main mit nationaler und internationaler Bedeutung insbesondere durch Fortführung und Durchführung sowie Vernetzung, Austausch, Bündelung und Präsentation kultureller Projekte sowie Unterstützung steuerbegünstigter Träger und Veranstalter einschließlich Öffentlichkeitsarbeit.
--------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	30.000 € = 25,00 %
Land Hessen	30.000 € = 25,00 %
Landkreis Hochtaunus	15.000 € = 12,50 %
Landkreis Main-Taunus	15.000 € = 12,50 %
Stadt Wiesbaden	15.000 € = 12,50 %
Stadt Darmstadt	10.000 € = 8,30 %
Stadt Hanau	5.000 € = 4,20 %
	120.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung: Herr Dr. Helmut Müller

Kulturausschuss:	24 Mitglieder
Kulturausschussvorsitz:	Herr OB Jochen Partsch
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Dr. Bernd Heidenreich Herr StR Stefan Majer Herr Stv Sebastian Popp Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth Herr StvVorst Stephan Siegler Frau Stv Dr. Nina Teufel
Weitere Kulturausschussmitglieder:	Frau StRin Iris Bachmann Herr Jürgen Banzer Herr MinDirigent Elmar Damm Herr Hans Franssen Frau KrBg Ingrid Hasse Herr StS Ingmar Jung Herr OB Claus Kaminsky Herr KrBg Wolfgang Kollmeier Herr Rolf Krämer Herr LRat Ulrich Krebs Herr OB Jochen Partsch Herr Hendrik Schmehl Herr MinDirigent Günter Schmitteckert Frau StRin Rose-Lore Scholz Frau Claudia Spruch Herr MinDirigent Johannes Stein Herr LMinR Ernst Wegener Herr Dr. Stephan Wetzel

<p>Satzungsmäßige Besetzung: 24 Mitglieder, davon 6 Vertreter der Stadt Frankfurt am Main, 6 Vertreter des Land Hessen, je drei vom Hochtaunuskreis, dem Main-Taunus-Kreis sowie der Stadt Wiesbaden, zwei von der Stadt Darmstadt und ein Vertreter der Stadt Hanau.</p>	<p>Unterjährige Veränderung im Kulturausschuss:</p>	<p>Neue Mitglieder: Herr Rolf Krämer (seit 13.02.2015)</p>
<p>Kuratorium:</p>	<p>14 Mitglieder</p>	
<p>Kuratoriumsvorsitz:</p>	<p>Frau Staatsmin a. D. Ruth Wagner</p>	
<p>Weitere Kuratoriumsmitglieder:</p>	<p>Herr Prof. Dr. Herbert Beck Frau Prof. Dr. Barbara Dölemeyer Herr Dr. Michael Eissenhauer Herr Prof. Dr. August Heuser Frau Barbara Klemm Herr Prof. Dr. Klaus-Dieter Lehmann Frau Felicitas von Lovenberg Herr Peter Michalzik Herr Andreas Mölich-Zebhauser Frau Madeline Ritter Frau Gabriele Röthemeyer Herr Prof. Albert Speer Herr Rein Wolfs</p>	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Die Gesellschaft initiiert und ermöglicht kulturelle Projekte mit nationaler und internationaler Strahlkraft, die dazu beitragen, die Bedeutung der Kulturlandschaft Frankfurt RheinMain zu stärken. Die Projektförderung des Kulturfonds ist dabei nicht auf bestimmte Kunstsparten beschränkt. Um künstlerische Aktivitäten in der Region zu bündeln und Institutionen zu vernetzen, werden dabei auch Schwerpunktthemen gesetzt: „Phänomen Expressionismus“ (2009–2012), „Impuls Romantik“ (2012–2015) und „Transit“ (2015–2018) .

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist um 0,2 Mio. € auf 7,5 Mio. € gesunken (Vj. 7,6 Mio. €). Auf der Aktivseite sind weiterhin die flüssigen Mittel (7,2 Mio. €) der größte Posten. Diese sind für (zugesicherte) Fördermittel (Rückstellungen, Maßnahmenrücklage) gebunden. Im Berichtsjahr beschlossene, aber noch nicht ausgezahlte Fördermittelsummen werden auf der Passivseite als Rücklagen bzw. Rückstellungen bilanziert: Bei den Projekten werden nach jedem Gre-

mienbeschluss Rücklagen gebildet, die nach der vertraglichen Fördervereinbarung unmittelbar in Rückstellungen umgewandelt werden. Die Zunahme des Eigenkapitals resultiert aus der Einstellung in die zweckgebundene Rücklage für in 2015 bewilligte, aber noch nicht vertraglich zugesicherte Projektförderungen. Der Rückgang der Rückstellungen resultiert im Wesentlichen aus der Weiterentwicklung der Rückstellungen für vertragliche Fördervereinbarungen im Geschäftsjahr 2015.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 0,8 Mio. € ab (Vj. 1,4 Mio. €). Nach Entnahmen aus den (im Vorjahr gebildeten zweckgebundenen) Maßnahmenrücklagen und Einstellung der 2015 neu beschlossenen Projekte in die Maßnahmenrücklage verbleibt ein Bilanzgewinn von 0,2 Mio. € (Vj. 0,4 Mio. €), der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen Gesellschafterbeiträge (unverändert 6,3 Mio. € gemäß Finanzierungsvereinbarung, berechnet auf der Grundlage von 1,60 € pro Einwoh-

ner für die beiden Kreise und von 2 € pro Einwohner für die Städte; das Land verdoppelt die Summe der kommunalen Gesellschafterbeiträge). Der Materialaufwand beinhaltet den Projektaufwand. Der Anstieg ist auf die zeitliche Verschiebung von Fördervereinbarungen zurückzuführen, für die eine Rücklagenzuführung erfolgte.

B. Ausblick

Die Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH bleibt der Aufgabe verpflichtet, in einer Region mit erstrangigen Kultur- und Bildungseinrichtungen, Forschungs- und Lehrstätten als verknüpfendes Element zu wirken. Das Förderspektrum ist breit, vorausgesetzt wird jedoch, dass die Kunst- und Kulturprojekte qualitativ herausragend sind, die Strahlkraft der Region fördern und die Zusammenarbeit der Kultureinrichtungen stärken.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Die Gesellschafter tragen zur laufenden Finanzierung der Gesellschaft durch Beiträge bei. Der Beitrag der Stadt Frankfurt am Main für das Jahr 2015 belief sich entsprechend der Finanzierungsvereinbarung auf 1,38 Mio. €.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Kulturausschuss (Aufsichtsrat), die Geschäftsführung und das Kuratorium (Beirat).

Der Geschäftsführer Herr Dr. Müller erhielt im Geschäftsjahr Gesamtbezüge von 136 T €.

Die Kulturausschussmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	46	69	-23	-33,3
Immaterielle Vermögensgegenstände	32	52	-21	-39,6
Sachanlagen	15	17	-2	-14,1
Umlaufvermögen	7.418	7.565	-147	-1,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	184	1.621	-1.437	-88,6
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	7.234	5.944	1.290	21,7
Bilanzsumme	7.465	7.635	-170	-2,2
PASSIVA				
Eigenkapital	4.775	3.959	816	20,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	120	120	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	4.431	3.470	961	27,7
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	223	369	-145	-39,4
Rückstellungen	2.594	3.553	-959	-27,0
Verbindlichkeiten	96	123	-27	-22,1
Bilanzsumme	7.465	7.635	-170	-2,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
sonstige betriebliche Erträge	6.423	6.425	-2	-0,0
Materialaufwand	-4.908	-4.254	-655	15,4
Personalaufwand	-449	-453	4	-1,0
Abschreibungen	-33	-26	-7	26,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-223	-258	35	-13,6
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	809	1.434	-624	-43,5
Finanzergebnis	7	-71	78	-110,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	817	1.362	-546	-40,1
Steuern	-1	-0	-0	20,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	816	1.362	-546	-40,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	816	1.362	-546	-40,1
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	369	-317	685	-216,5
Entnahme aus den Gewinnrücklagen	2.537	1.763	774	43,9
Einstellungen in die Gewinnrücklagen	-3.499	-2.440	-1.059	43,4
Bilanzergebnis	223	369	-145	-39,4
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	8	8	0	0,0

4.3 Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH

Anschrift: Marktstraße 30 60388 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/2 12-4 12 76/4 12 40 0 69/2 12-4 12 90	E-Mail/Internet: info@kulturgesellschaft-bergen-enkheim.de www.kulturgesellschaft-bergen-enkheim.de
Gründung: 16.12.1976	Unternehmensgegenstand: Durchführung kultureller Veranstaltungen zur Förderung und Pflege von Kulturwerten durch Dichterlesungen, Konzerte, Theater- und Jugendveranstaltungen, die Förderung der Heimatpflege und Heimatkunde sowie die Pflege des Liedgutes und des Chorgesangs in Bergen-Enkheim.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Vereinsring Bergen-Enkheim e. V. Evangelische Kirchengemeinde Bergen-Enkheim	Kapitalanteile: 15.600 € = 60,00 % 7.800 € = 30,00 % 2.600 € = 10,00 % 26.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Frau Cornelia Grebe Frau Bettina Matten-Gericke Herr Joachim Netz		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	9 Mitglieder Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth Herr Wilfried Bender Frau Ulrike Giesecking Herr Günther Kraus Herr Eberhard Schwarz Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth Herr Frank Weil Herr Bernd Böttcher Frau Beatrix Müller-Mamerow Frau Inge Sängler	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		
Satzungsmäßige Besetzung: 9 Mitglieder, davon 6 städtische Vertreter (OB-Mandat, 5 Ortsbeiratsmitglieder), 2 Vertreter des Vereinsrings und 1 Vertreter der Kirchengemeinde	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Die Stadt Bergen-Enkheim gründete 1976 zusammen mit dem Vereinsring und der Evangelischen Kirchengemeinde Bergen-Enkheim die Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH. Ziel der Gesellschaft war es, das kulturpolitische Konzept kontinuierlich in größtmöglicher Eigenständigkeit, nach der Eingemeindung nach Frankfurt am Main im Jahr 1977, fortzusetzen. Nach § 6 Abs. 2 des Eingemeindungsvertrags vom 07.08.1974 zwischen der Stadt Frankfurt am Main und der früheren Stadt Bergen-Enkheim ist der Ortsbeirat 16 verfügbare Mittel über die städtischen Mittel der Gesellschaft. Auch

im Berichtsjahr lag der Fokus der Geschäftstätigkeit auf dem Stadtschreiberfest, in dessen Rahmen der Literaturpreis „Stadtschreiber von Bergen“ verliehen wird, und dem Rahmenprogramm zum anschließenden traditionellen Heimatfest „Berger Markt“.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme liegt wie im Vorjahr bei 47 T €. Auf der Aktivseite dominiert der Bestand an liquiden Mitteln mit 43 T €, auf der Passivseite das Eigenkapital in Höhe von 34 T €. Zur Sicherstellung der gesetzlichen Kapitalerhaltungsvorschriften sind die Mittel aus den Stammkapitaleinlagen (26 T €) auf einem gesondert geführten Sparkonto angelegt,

sodass die in der Bilanz ausgewiesenen Guthaben bei Kreditinstituten nicht für operative Zwecke zur Verfügung stehen.

Zur Erfolgslage

Der Jahresfehlbetrag in 2015 beläuft sich auf 67 T € und hat sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund des gesunkenen Material- und Personalaufwands um 4 T € verringert. Er wird vollständig durch die Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen. Im Geschäftsjahr wurden Umsatzerlöse von 16 T € erzielt (Vj. 23 T €). Den Erlösen, welche Eintrittsgelder, Mieten, Zuschüsse und Spenden betreffen, standen rund 78 T € an Aufwendungen für die Durchführung der kulturellen Veranstaltungen sowie für die Verwaltung gegenüber (Vj. 92 T €). Wie in den Vorjahren lag der Schwerpunkt auf dem Berger Markt (-27 T €) und dem Stadtschreiberfest (-9 T €). Der Personalaufwand umfasst Aufwendungen für Aushilfen sowie kurzfristig und geringfügig Beschäftigte. Diese werden für Werbemaßnahmen, Mithilfe beim Stadtschreiberfest und Technik bei den Kleinkunstveranstaltungen eingestellt.

B. Ausblick

Auch in Zukunft werden der Berger Markt und das Stadtschreiberfest die Haupttätigkeitsschwerpunkte der Gesellschaft darstellen, die weiterhin auf finanzielle Unterstützung durch die Stadt Frankfurt am Main (Ortsbeirat 16) angewiesen bleibt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. AO. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Die der Gesellschaft zur Erfüllung des Gesellschaftszwecks zur Verfügung stehenden Geldmittel stammen überwiegend aus Zuschüssen der Stadt. Der Ortsbeirat 16 ist verfügungsberechtigt und stellte der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2015 Mittel von 67 T € (Einzahlung in die Kapitalrücklage) bereit.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Die Geschäftsführung ist nebenamtlich für die Gesellschaft tätig und erhält keine Bezüge. Auf der Grundlage des Aufsichtsratsbeschlusses vom 29.09.2009 erhält Frau Grebe eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 450 €. Herr Netz erhält eine Aufwandsentschädigung für die Nutzung des privaten Kfz. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

D. Public Corporate Governance Kodex

Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplanunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplanesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplanespräche fanden statt am 13.10.2014 für das Planjahr 2015 und am 26.10.2015 für das Planjahr 2016.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	2	0	1	284,4
Sachanlagen	2	0	1	284,4
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	45	46	-1	-1,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2	6	-4	-64,5
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	43	40	3	8,5
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	-0	-8,4
Bilanzsumme	47	47	1	1,1
PASSIVA				
Eigenkapital	34	37	-2	-6,5
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	26	26	0	0,0
Kapitalrücklage	76	82	-6	-7,9
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-67	-71	4	-5,7
Rückstellungen	5	4	1	16,5
Verbindlichkeiten	8	6	2	36,6
Bilanzsumme	47	47	1	1,1
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	16	23	-8	-33,5
Gesamtleistung	16	23	-8	-33,5
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0	-
Materialaufwand	-44	-52	8	-15,1
Personalaufwand	-12	-14	2	-13,1
Abschreibungen	-0	-0	-0	13,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-22	-26	4	-14,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-63	-68	6	-8,1
Finanzergebnis	0	0	-0	-93,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-63	-68	5	-7,6
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-5	-4	-1	30,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-67	-71	4	-5,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-67	-71	4	-5,7
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

4.4 Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH

Anschrift: Poststraße 16 60329 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69 /25 77-17 00 0 69 /25 77-17 50	E-Mail/Internet: info@krfrm.de www.krfrm.de
---------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gründung: 21.12.2005	Unternehmensgegenstand: Förderung der Kultur durch die Schaffung und Durchführung insbesondere regional und überregional bedeutsamer Kulturprojekte und Veranstaltungen. Diese haben den Zweck, das kulturelle Profil der Gesellschafter und der Region Frankfurt Rhein-Main zu schärfen und herauszuheben.
--------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	6.000 € = 20,24 %
Eigene Anteile	5.100 € = 17,20 %
Landkreis Offenbach	2.800 € = 9,44 %
Landkreis Groß-Gerau	1.700 € = 5,73 %
Landkreis Main-Taunus	1.700 € = 5,73 %
Landkreis Hochtaunus	1.600 € = 5,40 %
Stadt Darmstadt	1.300 € = 4,38 %
Stadt Offenbach am Main	1.100 € = 3,71 %
Regionalverband FrankfurtRheinMain	1.000 € = 3,37 %
Stadt Hanau	800 € = 2,70 %
Stadt Aschaffenburg	600 € = 2,02 %
Stadt Rüsselsheim	550 € = 1,85 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	500 € = 1,69 %
Stadt Dreieich	400 € = 1,35 %
Stadt Bad Vilbel	300 € = 1,01 %
Stadt Langen	300 € = 1,01 %
Stadt Bingen	250 € = 0,84 %
Stadt Friedberg	250 € = 0,84 %
Stadt Friedrichsdorf	250 € = 0,84 %
Stadt Ingelheim	250 € = 0,84 %
Stadt Alzenau	200 € = 0,67 %
Stadt Büdingen	200 € = 0,67 %
Stadt Eschborn	200 € = 0,67 %
Stadt Hattersheim	200 € = 0,67 %
Stadt Seligenstadt	200 € = 0,67 %
Markt Großostheim	150 € = 0,51 %
Stadt Bischofsheim	150 € = 0,51 %
Stadt Babenhausen	150 € = 0,51 %
Stadt Dieburg	150 € = 0,51 %
Stadt Eltville	150 € = 0,51 %
Stadt Ginsheim-Gustavsburg	150 € = 0,51 %
Stadt Kelsterbach	150 € = 0,51 %
Stadt Kronberg	150 € = 0,51 %
Stadt Raunheim	150 € = 0,51 %
Gemeinde Niederdorfelden	100 € = 0,34 %
Gemeinde Wölfersheim	100 € = 0,34 %
Stadt Geisenheim	100 € = 0,34 %
Stadt Miltenberg	100 € = 0,34 %
Stadt Ortenberg	100 € = 0,34 %
Gemeinde Brachtal	50 € = 0,17 %
	29.650 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Sabine von Bebenburg

Aufsichtsrat:

18 Mitglieder

Aufsichtsratsvorsitz:

Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth
Herr LRat Thomas Will

Mandatsträger der Stadt:

Frau StRin Cornelia-Katrin von Plottnitz
Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth

Weitere Aufsichtsratsmitglieder:

Herr Burkard Fleckenstein
Herr BM Dennis Grieser
Herr Thomas Horn
Herr OB Claus Kaminsky
Herr BM Michael Keller
Frau BM Antje Köster
Herr Joachim Kolbe
Herr KrBg Wolfgang Kollmeier
Herr LRat Ulrich Krebs
N.N.
Herr OB Jochen Partsch
Herr LRat Oliver Quilling
Herr OB Horst Schneider
Herr BM Dr. Thomas Stöhr
Frau StRin Monika Wallrapp
Herr LRat Thomas Will

Satzungsmäßige Besetzung:

18 Mitglieder,
davon 2 Vertreter der Stadt Frankfurt am
Main, je ein Vertreter der 12 anderen entsen-
dungsberechtigten Gesellschafter sowie vier
Mitglieder der übrigen Gesellschafter

Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat:

Ausgeschiedene Mitglieder:

Frau StRin Beate Fleige
(bis 17.09.2015)
Herr Verb.dir. Ludger Stüve
(bis 30.06.2015)

Neue Mitglieder:

Herr Thomas Horn
(seit 01.07.2015)
Frau StRin Monika Wallrapp
(seit 18.09.2015)

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Der Fokus der Gesellschaft lag auf der kulturellen Vernetzung, die im Wesentlichen durch die Weiterführung der bestehenden vier Projekte erfolgte: „GartenRheinMain (Vom Klostergarten zum Regionalpark)“, „Geist der Freiheit – Freiheit des Geistes“, „Route der Industriekultur Rhein-Main“, und „Starke Stücke (Internationales Kinder- und Jugendtheaterfestival Rhein-Main)“. Daneben wurde weiterhin die Museumsbroschüre erstellt und publiziert. Die Veranstaltung „Burgen, Schlösser und Paläste“ wurde 2015 in Kooperation mit dem RMV durchgeführt. Die Gesellschaft beschäftigte im Jahr 2015 durchschnittlich 9 Personen (Vj. 8).

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr (246 T €) auf 272 T € angestiegen. Die Vermögensseite ist weiterhin durch ein hohes Umlaufvermögen, insbesondere hohe liquide Mittel (249 T €, Vj. 237 T €), geprägt. Das Anlagevermögen beläuft sich auf 20 T € (Vj. 9 T €).

Die Kapitalseite ist durch ein hohes Eigenkapital geprägt. Die bilanzielle Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt 83,9 % (Vj. 81,7 %) bei einem auf 228 T € (Vj. 200 T €) angestiegenen Eigenkapital. Diese Zunahme resultiert aus dem Jahresüberschuss 2015.

Infolge der Neuaufnahme der Stadt Ortenberg in den Gesellschafterkreis, verfügt die Gesellschaft über eigene Anteile in Höhe von 5,1 T € (Vj. 5,2 T €).

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 28 T € (Vj. 35 T €). Die Ergebnisminderung um 7 T € resultiert vor allem aus gesunkenen Gewinnen im Bereich sonstige Geschäftsbetriebe sowie im ideellen Bereich.

Die Erträge sind um 34 T € auf 566 T € gestiegen (Vj. 532 T €), was im Wesentlichen auf höhere veranstaltungsbezogene Zuschüsse (+29 T €) zurückzuführen ist.

Der Betriebsaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr (498 T €) um 41 T € auf 539 T € erhöht. Der Projektaufwand ist auf 38 T € (Vj. 47 T €) gesunken, der Personalaufwand (212 T €; Vj. 203 T €) und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (285 T €; Vj. 246 T €) haben sich erhöht. Dies lässt sich vor allem auf die Kosten für Veranstaltungen (45 T €) sowie allgemeine Kosten (20 T €) zurückführen.

B. Ausblick

Durch die Zusammenarbeit mit verwandten regionalen Organisationen kann die Wirksamkeit und Reichweite der Aktivitäten verstärkt werden. So wird im Jahr 2016 die Stadt Bad Orb (Main-Kinzig-Kreis) als neuer Gesellschafter eingetragen. Die Gesellschaft wird eigene Anteile im Wert von 100 € abtreten.

Die Kooperation „Klangkunst“ mit der Schwestergesellschaft Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH wird weiterhin fortgesetzt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO**Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Kultur. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Die Gesellschafter tragen zur laufenden Finanzierung der Gesellschaft durch Beiträge von 0,10 € pro Einwohner und Jahr bei. Im Jahr 2015 hat die Stadt Frankfurt am Main einen Beitrag von rund 70 T € gezahlt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Ein Ausweis der Bezüge der Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

Ein Ausweis der Bezüge des Aufsichtsrats entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	20	9	11	126,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	11	1	10	845,0
Sachanlagen	9	8	1	16,6
Umlaufvermögen	253	238	15	6,3
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4	0	3	1.502,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	249	237	12	4,9
Bilanzsumme	272	246	26	10,6
PASSIVA				
Eigenkapital	228	200	28	13,9
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	24	0	0,4
Kapitalrücklage	126	126	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	50	15	35	230,7
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	28	35	-7	-20,7
Rückstellungen	14	33	-19	-57,2
Verbindlichkeiten	30	10	20	205,1
Rechnungsabgrenzungsposten	0	3	-3	-
Bilanzsumme	272	246	26	10,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	495	490	5	1,1
Gesamtleistung	495	490	5	1,1
sonstige betriebliche Erträge	71	42	29	68,8
Materialaufwand	-38	-47	9	-20,1
Personalaufwand	-212	-203	-9	4,3
Abschreibungen	-4	-2	-2	145,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-285	-246	-39	16,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	27	35	-7	-20,6
Finanzergebnis	0	1	-0	-22,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	28	35	-7	-20,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	28	35	-7	-20,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	28	35	-7	-20,7
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	9	8	1	12,5

4.5 Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH

Anschrift: Waldschmidtstraße 4 60316 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/40 58 95-0 0 69/40 58 95-40	E-Mail/Internet: info@mousonturm.de www.mousonturm.de
Gründung: 22.05.2001	Unternehmensgegenstand: Förderung von Kunst und Kultur durch den Betrieb der Einrichtung Künstlerhaus Mousonturm, Entwicklung und Durchführung sonstiger kultureller Aktivitäten. Gastspiele und Teilnahme an Koproduktionen im In- und Ausland.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 35.500 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Matthias Pees		
Aufsichtsrat:	6 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth	
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Dr. Thomas Dürbeck Herr StR Dr. Bernd Heidenreich Herr Stv Bernhard Maier Frau StRin Cornelia-Katrin von Plottnitz Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Walter Lottré (AN)	
Satzungsmäßige Besetzung: 6 Mitglieder, davon 1 Vertreter der Arbeitnehmer	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Das Künstlerhaus Mousonturm wurde 1988 als eines der ersten freien Produktionshäuser in Deutschland eröffnet und zählt heute international zu den wichtigsten und erfolgreichsten freien Produktionszentren. Aufgabe ist es, die Entwicklung und Produktion der performativen zeitgenössischen Künste zu fördern, zu ermöglichen und zu begleiten. Angesiedelt ist das Künstlerhaus im denkmalgeschützten Turm der ehemaligen Mouson-Seifenfabrik.

Im Berichtsjahr fanden 313 Theater-, Performance-, Musikveranstaltungen und Workshops statt, die von 37.469 Gästen besucht wurden. Daneben fanden 489 sonstige Veranstaltungen statt (wie z. B. Künstlergespräche, Vorträge und Diskussionen, Tanz-in-Schulen-Projekte oder weitere Jugendprojekte).

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist um 47 T € auf 1,1 Mio. € angestiegen. Auf der Aktivseite hat sich der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag um 95 T € auf 332 T € reduziert. Dem steht ein Anstieg des Um-

laufvermögens durch höhere Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände und vor allem durch höhere flüssige Mittel gegenüber, so dass sich insgesamt eine höhere Bilanzsumme errechnet. Auf der Passivseite verteilt sich der leichte Anstieg der Bilanzsumme auf Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten. Die Rückführung des städtischen Kontokorrentkontos, das zur Abfederung des Defizits aus dem Lüften-Festival 2012 eingerichtet wurde, erfolgte planmäßig.

Zur Erfolgslage

Der Jahresfehlbetrag zeigt sich mit -3,8 Mio. € um 232 T € gegenüber dem Vorjahr verbessert. Nachdem die Verpachtung der Gastronomie nicht mehr möglich war, wird die Publikumsbewirtung in reduzierter Form (rein veranstaltungsbezogen) durch die Gesellschaft selbst organisiert und schließt wie im Vorjahr mit einer sogenannten schwarzen Null.

B. Ausblick

Im März 2016 war das Künstlerhaus Ausrichter der 12. Tanzplattform Deutschland.

Die bestehenden Kooperationen mit anderen Kulturorganisationen sollen fortgesetzt und ausgebaut werden. In dem Zusammenhang ist auch erwähnenswert, dass das Künstlerhaus Mousonturm als eines der sieben größten Produktionshäuser für zeitgenössische darstellende Künste in Deutschland sich mit den anderen sechs Häusern zu einem Bündnis zusammengeschlossen hat und diese eine Zusage über Projektfördermittel aus dem Bundeshaushalt erhalten hat. Die Mittel sind jeweils im Verbund projektspezifisch einzusetzen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2015 Mittel von knapp 3,9 Mio. € zur Verfügung, die als Einzahlung in die Kapitalrücklage bereitgestellt wurden. Diese sind auch in entsprechender Höhe zur Auszahlung gekommen.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die Gesamtbezüge von Herrn Pees betragen im Geschäftsjahr 105 T €.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (Sitzungsgelder) betragen im Geschäftsjahr 500 €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 15.10.2014 für das Planjahr 2015 und am 05.11.2015 für das Planjahr 2016. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 06.06.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	196	226	-30	-13,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	5	5	1	12,2
Sachanlagen	190	221	-31	-14,0
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	512	328	184	56,0
Vorräte	3	2	1	21,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	256	221	35	15,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	254	105	148	140,8
Rechnungsabgrenzungsposten	25	36	-12	-31,6
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	332	427	-95	-22,3
Bilanzsumme	1.065	1.018	47	4,6
PASSIVA				
Eigenkapital	0	0	0	-
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	36	36	0	0,0
Kapitalrücklage	3.871	3.871	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-463	-326	-137	42,1
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-3.776	-4.008	232	-5,8
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	332	427	-95	-22,3
Rückstellungen	183	179	4	2,0
Verbindlichkeiten	841	825	16	1,9
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	-0	-
Rechnungsabgrenzungsposten	41	14	28	201,2
Bilanzsumme	1.065	1.018	47	4,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	496	478	18	3,7
Gesamtleistung	496	478	18	3,7
sonstige betriebliche Erträge	1.489	1.158	331	28,6
Materialaufwand	-2.220	-2.192	-28	1,3
Personalaufwand	-1.717	-1.726	10	-0,6
Abschreibungen	-60	-78	18	-23,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.747	-1.629	-118	7,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-3.758	-3.990	231	-5,8
Finanzergebnis	-13	-13	0	-2,4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-3.771	-4.003	231	-5,8
Steuern	-4	-5	1	-16,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-3.776	-4.008	232	-5,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-3.776	-4.008	232	-5,8
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	29	27	2	7,4
Theater-Besucher/-innen	37.469	33.975	3.494	10,3
Theater-Veranstaltungen	313	290	23	7,9

4.6 MuseumsBausteine Frankfurt GmbH

Anschrift: Brückenstraße 3-7 60594 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/2 12 – 38 502 0 69/2 12 – 47 842	E-Mail/Internet: info@museumsbausteine.de www.museumsbausteine.de
Gründung: 12.03.2012	Unternehmensgegenstand: Zunächst Planung und Bau des Museums der Weltkulturen sowie Erweiterung des Jüdischen Museums Frankfurt und des Zentraldepots für die städtischen Museen der Stadt Frankfurt am Main	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Frau Carolina Romahn Herr Andreas Schröder		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	6 Mitglieder Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth Herr Stv Dr. Thomas Dürbeck Herr StR Dr. Bernd Heidenreich Herr Stv Sebastian Popp Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth Herr Stv Cihad Taskin Frau Stv Dr. Nina Teufel	
Satzungsmäßige Besetzung: 6 Mitglieder	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Die MuseumsBausteine Frankfurt GmbH wurde am 12.03.2012 gegründet. Mit Beschluss vom 03.04.2014 wurde der Gegenstand des Unternehmens um die Planung eines Zentraldepots für die städtischen Museen erweitert. Die Gesellschaft hat mit der Stadt einen Geschäftsbesorgungsvertrag über den Bezug von Sachleistungen vom Kulturamt sowie mit der Frankfurter Aufbau AG über den Bezug von Dienstleistungen im Bereich Rechnungswesen und Personalabrechnung abgeschlossen.

Für das Projekt Sanierung und Erweiterung des Jüdischen Museums wurde die Bau- und Finanzierungsvorlage am 16.07.2015 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Daraufhin wurden die weiteren Leistungsphasen an das Planungsteam beauftragt. Am 03.12.2015 wurde der offizielle Baubeginn mit einem Spatenstich feierlich begangen. Verknüpft mit diesem Projekt ist der ebenfalls mit zu betreuende Umbau des Museums Judengasse in Frankfurt am Main. Die Umbauarbeiten konnten bis Ende 2015 beendet werden.

Für das Projekt Zentraldepot wurde das Raumprogramm am 27.11.2015 im Magistrat beschlossen. Es umfasst für den ersten Bauabschnitt einen Bedarf an ca. 15.000 m² Nutzfläche.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich um 5 T € auf 77 T € reduziert. Grund hierfür ist auf der Aktivseite der Rückgang der sonstigen Vermögensgegenstände (-5 T €), auf der Passivseite der Rückgang der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (-14 T €). Das Eigenkapital beträgt 30 T €.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2015 schloss mit einem Jahresüberschuss von 4 T € ab.

Der Anstieg der Umsatzerlöse (+71 T €) im Vergleich zum Vorjahr resultiert aus höheren weiterberechneten Projekterträgen. Dagegen war die Abrechnung aus dem Grundvertrag Bauherrenvertretung inklusive des Gewinnzuschlags rückläufig (-22 T €). Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten insbesondere die Kosten der Fremdhonorare, die infolge der höheren Inan-

spruchnahme von Leistungen für das Projekt Erweiterung und Umbau des jüdischen Museums deutlich angestiegen sind.

B. Ausblick

Die Eröffnung des Museums Judengasse ist für den 20.03.2016 geplant.

Vom Liegenschaftsamt der Stadt Frankfurt am Main wurden der Gesellschaft für das Zentraldepot zwei Grundstücke im Ostend angeboten. Hierzu wurde für ein Grundstück eine Machbarkeits- und Bau-massenstudie beauftragt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der MuseumsBausteine Frankfurt GmbH, die Tätigkeiten zur Deckung des Eigenbedarfs auf den Gebieten der Kultur wahrnimmt, handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Die Gesellschaft erhält auf der Grundlage des Grundvertrags Bauherrenvertretung und des Projektvertrags Vergütungen für ihre Leistungen mit monatlichen Abschlagszahlungen von 12 T € inkl. USt, die Spitzabrechnung erfolgt im Folgejahr. Unter Berücksichtigung der Spitzabrechnung 2015 erhielt die Gesellschaft für das Berichtsjahr keine Zuschüsse. Aufgrund des Geschäftsbesorgungsvertrags zahlt die Gesellschaft an das Kulturamt eine jährliche Vergütung von 10 T €.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten von der Gesellschaft keine Bezüge.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 12.11.2014 für das Planjahr 2015 und am 04.11.2015 für das Planjahr 2016. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 02.05.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
MuseumsBausteine Frankfurt GmbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	0	0	0	-
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	-
Sachanlagen	0	0	0	-
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	77	82	-5	-5,9
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0	5	-5	-
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	77	76	0	0,4
Bilanzsumme	77	82	-5	-5,9
PASSIVA				
Eigenkapital	30	26	4	14,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	1	0	1	140,8
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	4	1	3	527,3
Rückstellungen	16	11	6	52,8
Verbindlichkeiten	30	45	-14	-32,0
Bilanzsumme	77	82	-5	-5,9
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	328	257	71	27,6
Gesamtleistung	328	257	71	27,6
sonstige betriebliche Erträge	74	28	46	163,2
Materialaufwand	-164	-64	-100	156,7
Personalaufwand	-183	-174	-10	5,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-48	-46	-2	4,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	6	1	5	453,1
Finanzergebnis	0	0	0	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6	1	5	453,1
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-2	-0	-2	353,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	4	1	3	527,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	4	1	3	527,3
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	3	3	0	0,0

4.7 Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH

Anschrift: Römerberg 60311 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/29 98 82-0 0 69/29 98 82-2 40	E-Mail/Internet: welcome@schirn.de www.schirn.de
Gründung: 23.01.1985	Unternehmensgegenstand: Förderung von Kunst und Kultur durch die Unterhaltung und Führung der Schirn Kunsthalle sowie mit der Durchführung von Kunstausstellungen und kulturellen Veranstaltungen.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 245.140 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Max Hollein		
Aufsichtsrat:	7 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr OB Peter Feldmann	
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Dr. Thomas Dürbeck Frau StRin Dr. Nargess Eskandari-Grünberg Herr OB Peter Feldmann Frau Stv Sylvia Momsen Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth Frau Stv Dr. Renate Wolter-Brandecker	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Frau Esther Schlicht (AN)	
Satzungsmäßige Besetzung: Mind. 6 Mitglieder davon 1 Vertreter der Arbeitnehmer	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Mit dem zentral gelegenen Gebäudekomplex der Schirn Kunsthalle, der unmittelbar an das Neubaugelände des Dom-Römer-Areals angrenzt, wurde in den 1980er Jahren eine moderne Verbindung zwischen den historischen Bauten Dom und Römer geschaffen. Der Name der Gesellschaft leitet sich historisch ab: bis weit in das 19. Jahrhundert befanden sich „an der Schern“ die Verkaufsstände der Frankfurter Metzgerzunft.

Die Schirn Kunsthalle ist heute eines der renommiertesten Ausstellungshäuser in Deutschland. Im Jahr 2015 präsentierte die Gesellschaft, die über keine eigene Sammlung verfügt, sieben neue Ausstellungen und lockte 273.763 Besucherinnen und Besucher an (nach 384.439 im Vorjahr).

Viel Wert wird weiterhin auf das Bildungs- und Vermittlungsprogramm für Kinder, Jugendliche und Erwachsene gelegt. Seit Dezember 2014 bietet die „MINISCHIRN“ einen kreativen Erlebnis- und Erfahrungsraum, einen Spiel- und Lernparcours für Kinder ab 3 Jahren bis ins Grundschulalter.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme (3,2 Mio. €) ist gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Mio. € gesunken. Infolge von Beleuchtungsmaßnahmen (innen und außen) sind Investitionen und Anlagevermögen gestiegen. Der Rückgang des Umlaufvermögens geht auf stichtagsbedingt niedrigere Forderungen gegen die Gesellschafterin und liquide Mittel zurück. Das Eigenkapital hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Dem Fehlbetrag steht eine entsprechend hohe Einzahlung in die Kapitalrücklage von 5,4 Mio. € gegenüber, so dass ein vollständiger Ausgleich aus der Kapitalrücklage gesichert ist. Der Rückgang der Rückstellungen resultiert aus der Auflösung von Rückstellungen (Drohverluste aus der Café-Verpachtung nach Vertragsabschluss im Jahr 2015; Prozessrisiken; ausstehende Rechnungen; ausstehende Versicherungsabrechnungen).

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2015 schließt mit einem Fehlbetrag von -5,4 Mio. € und damit um 0,1 Mio. € besser als das Vorjahr und um 0,3 Mio. € besser als geplant ab. Bei der Schirn Kunsthalle, die über keine

eigene Sammlung verfügt, schwankt die Höhe der Aufwands- und Ertragspositionen sowie der Besucherzahlen regelmäßig abhängig von Anzahl und Art der Ausstellungen. Im Berichtsjahr wurde mit sieben neuen Ausstellungen eine weniger gezeigt als im Vorjahr.

B. Ausblick

Die Schirn Kunsthalle wird im Jahr 2016 acht neue Ausstellungen zeigen. In der Direktion zeichnet sich ein Wechsel ab. Der langjährige Geschäftsführer Max Hollein, der die Schirn Kunsthalle 15 Jahren geführt hat, seit 2006 in Personalunion mit dem Städel und dem Liebieghaus, verlässt die Gesellschaft und übernimmt zum 01.06.2016 die Leitung der Fine Arts Museums of San Francisco.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2015 Mittel von knapp 5,4 Mio. € zur Verfügung und sind auch in entsprechender Höhe zur Auszahlung gekommen.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Der Geschäftsführer, der gleichzeitig Direktor des Städel Museums ist, übt die Tätigkeit ohne Bezüge der Schirn aus. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (Sitzungsgelder) betragen im Geschäftsjahr 650 €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 03.11.2014 für das Planjahr 2015 und am 09.11.2015 für das Planjahr 2016. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 25.04.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	411	82	328	399,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	4	7	-3	-48,0
Sachanlagen	407	75	332	442,2
Umlaufvermögen	2.812	3.571	-759	-21,3
Vorräte	26	15	11	69,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.240	2.331	-91	-3,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	546	1.225	-679	-55,4
Bilanzsumme	3.222	3.653	-430	-11,8
PASSIVA				
Eigenkapital	839	844	-5	-0,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	245	245	0	0,0
Kapitalrücklage	5.993	6.107	-114	-1,9
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-5.399	-5.508	109	-2,0
Rückstellungen	505	870	-365	-42,0
Verbindlichkeiten	1.875	1.938	-63	-3,3
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0	3	-
Bilanzsumme	3.222	3.653	-430	-11,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	1.408	2.568	-1.160	-45,2
Gesamtleistung	1.408	2.568	-1.160	-45,2
sonstige betriebliche Erträge	2.425	2.032	393	19,3
Materialaufwand	-3.761	-4.138	376	-9,1
Personalaufwand	-2.293	-2.165	-128	5,9
Abschreibungen	-60	-42	-18	43,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.091	-3.733	641	-17,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-5.373	-5.477	104	-1,9
Finanzergebnis	1	3	-2	-58,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-5.371	-5.474	102	-1,9
Steuern	-28	-35	7	-19,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-5.399	-5.508	109	-2,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-5.399	-5.508	109	-2,0
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-5.508	-5.386	-122	2,3
Entnahme aus den Kapitalrücklagen	5.508	5.386	122	2,3
Bilanzergebnis	-5.399	-5.508	109	-2,0
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	38	37	1	2,7
Besucher/-innen	273.763	384.439	-110.676	-28,8

4.8 Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH

Anschrift: Untermainanlage 11 60311 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/2 12-3 70 00 0 69/2 12-3 09 74	E-Mail/Internet: info@buehnen-frankfurt.de www.buehnen-frankfurt.de
Gründung: 25.01.2001	Unternehmensgegenstand: Förderung von Kunst und Kultur durch Opern-, Ballett- und Theateraufführungen sowie Konzertaufführungen in der Oper Frankfurt, im Schauspiel Frankfurt und an anderen von der Gesellschaft festzulegenden Orten mit Schwerpunkt in Frankfurt und Umgebung. Außerdem: Vorträge, Diskussionen, Kulturveranstaltungen aller Art, soweit sie in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit Oper, Ballett, Schauspiel und verwandten dramatisierten Darstellungsformen stehen.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Bernd Fülle (bis 31.08.2015) Herr Bernd Loebe Herr Oliver Reese		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	8 Mitglieder Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth Herr Dr. Burkhard Bastuck Herr Stv Dr. Thomas Dürbeck Herr Stv Dr. Bernd Heidenreich Herr StR Claus Möbius Herr Stv Sebastian Popp Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth Frau Stv Dr. Renate Wolter-Brandecker	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Ulrich Heinzel (AN)	
Satzungsmäßige Besetzung: mindestens 5 Mitglieder derzeit 7 Gesellschaftervertreter und 1 Arbeitnehmervertreter	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Die Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH vereint in der Theaterdoppelanlage am Willy-Brandt-Platz zwei künstlerische Sparten unter einem Dach, die Oper Frankfurt und das Schauspiel Frankfurt.

In der Spielzeit 2014/2015 konnte die Oper rund 215 Tausend Besucherinnen und Besucher anziehen (Vj. 221 Tausend). Die Gesamtbesucherzahl im Schauspiel ist auf rund 181 Tausend angestiegen (Vj. 171 Tausend).

Zur Vermögens- und Kapitallage

Das Geschäftsjahr, das sich an der Spielzeit orientiert, weicht vom Kalenderjahr ab. Zum 31.08.2015 ist die Bilanzsumme auf 57,7 Mio. € angestiegen (Vj. 53,6 Mio. €). Die Investitionen lagen im Berichtsjahr mit 1,5 Mio. € unter den Abschreibungen

(3,1 Mio. €), nachdem im Vorjahr die große Investitionsmaßnahme Obermaschinenrie abgeschlossen wurde.

Zur Erfolgslage

Der Jahresabschluss 2014/2015 schließt mit einem Fehlbetrag von -66,3 Mio. € (Vj. -66 Mio. €) ab, dessen vollständiger Ausgleich aus der Kapitalrücklage gewährleistet ist. Gegenüber dem Plan ergibt sich eine Verbesserung des Ergebnisses um knapp 1,7 Mio. € (2,5 %), gegenüber dem Vorjahr zeigt sich das Defizit leicht um 0,3 Mio. € (0,4 %) verschlechtert.

Die Erträge sind insgesamt um 1,5 Mio. € gegenüber dem Vorjahr und um 1,1 Mio. € gegenüber dem Plan gestiegen. Hier wirken sich vor allem hohe Besucherzahlen, Eintrittspreis Anpassungen und höhere Spenden- und Sponsoringeinnahmen

aus. Die Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Mio. € (2,1 %) gestiegen, gegenüber dem Plan gesunken (um 0,8 Mio. € bzw. 0,8 %). Beim Personalaufwand wirken sich Tarifierhöhungen aber auch die weitere Verschiebung zwischen Material- und Personalaufwand aus. Da Neueinstellungen nur noch über die GmbH erfolgen, erhöht sich der Anteil der GmbH-eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Lasten der personalgestellten kontinuierlich.

B. Ausblick

Weiterhin sieht sich die Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH vor die Herausforderung gestellt, das künstlerische Niveau zu wahren und den laufenden Kostensteigerungen zu begegnen. Als personalintensives Unternehmen (rund 2/3 aller Aufwendungen entfallen auf Löhne, Gehälter und Sozialleistungen für eigenes und gestelltes Personal) wirken sich Tarifsteigerungen in starkem Maße aus.

Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2015 Betriebsmittel von knapp 68,2 Mio. € zur Verfügung, die auch in voller Höhe in die Kapitalrücklage eingezahlt wurden.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführer im Berichtsjahr beliefen sich auf 833 T €..

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (Sitzungsgelder) betragen im Geschäftsjahr 0,8 T €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 18.03.2014 für das Planjahr 2014/15 und am 31.03.2015 für das Planjahr 2015/16. Das Abschlussgespräch 2014/2015 wurde am 24.03.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.08.2015 der
Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH**

Bilanz	31.8.2015	31.08.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	28.900	30.452	-1.553	-5,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	180	248	-68	-27,5
Sachanlagen	28.720	30.204	-1.484	-4,9
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	28.006	22.443	5.562	24,8
Vorräte	768	752	16	2,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	27.137	21.588	5.549	25,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	101	104	-3	-2,5
Rechnungsabgrenzungsposten	750	686	64	9,4
Bilanzsumme	57.656	53.582	4.074	7,6
PASSIVA				
Eigenkapital	19.007	15.623	3.384	21,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Kapitalrücklage	85.263	81.591	3.673	4,5
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-66.281	-65.993	-289	0,4
Sonderposten	11.114	11.568	-454	-3,9
Rückstellungen	6.886	6.733	153	2,3
Verbindlichkeiten	19.534	19.338	196	1,0
Rechnungsabgrenzungsposten	1.114	319	794	248,8
Bilanzsumme	57.656	53.582	4.074	7,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.8.2015	31.8.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	11.924	10.933	991	9,1
Gesamtleistung	11.924	10.933	991	9,1
sonstige betriebliche Erträge	6.833	6.347	487	7,7
Materialaufwand	-34.938	-35.373	435	-1,2
Personalaufwand	-36.069	-33.906	-2.164	6,4
Abschreibungen	-3.053	-3.872	819	-21,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-10.178	-9.324	-854	9,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-65.481	-65.194	-287	0,4
Finanzergebnis	-770	-768	-2	0,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-66.251	-65.962	-289	0,4
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-30	-31	0	-0,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-66.281	-65.993	-289	0,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-66.281	-65.993	-289	0,4
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	1.123	1.086	37	3,4
davon Arbeitnehmer/-innen GmbH	727	681	46	6,8
davon gestellte Mitarbeiter/-innen	396	405	-9	-2,2
Aufführungen Oper	326	314	12	3,8
Aufführungen Schauspiel	629	681	-52	-7,6
Besucher/-innen Oper	215.380	221.375	-5.995	-2,7
Besucher/-innen Schauspiel	180.809	171.368	9.441	5,5

5. Freizeit und Bildung



5. Freizeit und Bildung	221
BäderBetriebe Frankfurt GmbH (siehe 2.5.2)	132
5.1 Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	223
5.2 Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH	226
5.3 Kita Frankfurt (Eigenbetrieb)	229
5.4 Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	233

5.1 Frankfurt Ticket RheinMain GmbH

Anschrift: Hanauer Landstraße 417 60314 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/13 40-4 00 0 69/13 40-4 44	E-Mail/Internet: info@frankfurt-ticket.de www.frankfurt-ticket.de
Gründung: 01.12.1997	Unternehmensgegenstand: Marketing, Vertrieb und Verkauf von Eintrittskarten für kulturelle, künstlerische, sportliche oder sonstige Veranstaltungen, insbesondere im Rhein-Main-Gebiet, sowie von damit zusammenhängenden oder damit verbundenen Leistungen.	
Gesellschafter:	Kapitalanteile:	
Stadt Frankfurt am Main	7.800 € =	30,00 %
Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main	5.200 € =	20,00 %
Kur- und Kongreß-GmbH Bad Homburg v.d. Höhe	3.250 € =	12,50 %
Stadt Hanau	3.250 € =	12,50 %
TriWiCon Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Wiesbaden	2.100 € =	8,08 %
Stadt Bad Vilbel	1.300 € =	5,00 %
Stadt Dreieich (Eigenbetrieb Bürgerhäuser Dreieich)	1.300 € =	5,00 %
Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH	650 € =	2,50 %
Offenbacher Stadtinformation GmbH	650 € =	2,50 %
Wissenschaftsstadt Darmstadt Marketing GmbH	500 € =	1,92 %
	26.000 € =	100,00 %
Geschäftsführung: Herr Werner Tschersich		
Aufsichtsrat:	7 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StK Uwe Becker	
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Uwe Becker	
	Herr Thomas Feda	
	Herr Stv Uwe Paulsen	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr OB Claus Kaminsky	
	Herr Martin Michel	
	Herr Dr. Helmut Müller	
	Herr Ralf Wolter	
Satzungsmäßige Besetzung:	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.	
mindestens 7 Mitglieder, wobei ein Mitglied einvernehmlich von der Gesellschafterversammlung gewählt wird.		

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014/15

Allgemeines

Die Gesellschaft hat ein abweichendes Geschäftsjahr vom jeweils 01.07. bis zum 30.06. Das Geschäftsjahr 2014/15 sah Zuwächse im Umsatz, aber auch Steigerungen bei den Aufwendungen, z. B. durch Ingangsetzungskosten für zukünftige Projekte sowie erhöhte Beratungsleistungen. Der „Stadion Sommer“ anlässlich des Public-Viewing der Fußballweltmeisterschaft und der „Tag des Handballs“ waren sehr erfolgreich. Auch die Neuverträge mit den Städten Neu-Isenburg und Oberursel, wo jeweils eine Vorverkaufsstelle neu unterhalten wurde,

trugen bei zur Zunahme der Umsatzerlöse um 8,4 % auf 1,9 Mio. € (Vj. 1,7 Mio. €) und der sonstigen betrieblichen Erträge um 13,1 % auf 0,6 Mio. € (Vj. 0,5 Mio. €). Die Gesamtsumme der Erträge stieg im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Mio. € auf 2,5 Mio. €.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme sank zum Stichtag 30.06.2015 um 8,5 % auf 1,2 Mio. € (Vj. 1,3 Mio. €). Dabei nahm das Anlagevermögen von 0,2 Mio. € auf 0,1 Mio. € ab, der Anteil an der Bilanzsumme betrug 11,8 % (Vj. 13,8 %). Die Veränderung resultierte im We-

sentlichen aus den planmäßigen Abschreibungen für akquirierte Unternehmen (Tickets per Post GmbH). Das Umlaufvermögen verringerte sich absolut auf 1 Mio. € (Vj. 1,1 Mio. €), aufgrund verminderter flüssiger Mittel und geringere Forderungen. Der Gesamtanteil des Umlaufvermögens an der Bilanzsumme stieg aufgrund der Verringerung der Bilanzsumme leicht von 84,9 % auf 86,6 %.

Das Eigenkapital verringerte sich um den Jahresfehlbetrag auf 0,2 Mio. € (Vj. 0,4 Mio. €), was zu einer Abnahme der Eigenkapitalquote von 30,3 % auf 14,3 % führte. Der Anteil des Fremdkapitals stieg dementsprechend von 69,7 % auf 85,7 %. Aufgrund des Jahresfehlbetrages mussten keine Steuerrückstellungen gebildet werden, die sonstigen Rückstellungen stiegen leicht wegen erwarteter höherer Systemgebühren für die Ticketsoftware, höherer Refundierungsgebühren der Veranstalter sowie Rückstellungen im Personalbereich.

Zur Erfolgslage

Der Jahresfehlbetrag ist auf -0,2 Mio. € gesunken (Vj. -0,3 Mio. €). Die Umsatzerlöse stiegen auf 1,9 Mio. € (Vj. 1,7 Mio. €), die sonstigen betrieblichen Erträge auf 0,6 Mio. € (Vj. 0,5 Mio. €). Der Personalaufwand lag gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 1,5 Mio. €. Die Abschreibungen (0,1 Mio. €) sind durch die Verlängerung von Abschreibungszeiten des Geschäftswertes der Tickets-per-Post gesunken. Anders die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, die mit 1,1 Mio. € um knapp 0,2 Mio. € höher ausfielen. Ursächlich für den Anstieg waren Aufwendungen zur Erlangung eines langfristigen Veranstaltervertrages sowie für die neuen Geschäftsräume in Neu-Isenburg und Oberursel. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verbesserte sich um 0,1 Mio. € auf -0,2 Mio. € (Vj. -0,3 Mio. €).

B. Ausblick

Die Entwicklung des Marktes für Ticketing ist kurzfristigen Einflüssen unterworfen, die Rahmenbedingungen ändern sich zunehmend zu Lasten der kleineren Ticketing-Unternehmen. Verkauf im Internet, der Ausdruck von Tickets am heimischen Computer und schlechtere Konditionen bei Neuabschlüssen wirken sich belastend auf das Ergebnis aus. Die Modernisierung und funktionale Erweiterung des Internet-Auftritts dauert an, wobei auch die Mobilfähigkeit der Website an die Bedürfnisse der Kunden angepasst wird. Für das Geschäftsjahr 2015/16 geht die Gesellschaft abermals von einem Jahresfehlbetrag aus. Weitere Umsatzpotenziale im Gesellschafterbereich sollen erschlossen werden. Als größtes Risiko wird weiterhin der Wegfall von bedeutenden Bestandskunden gesehen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabensstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen im Geschäftsjahr 1.073 €.

**Jahresabschluss zum 30.06.2015 der
Frankfurt Ticket RheinMain GmbH**

Bilanz	30.6.2015	30.06.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	139	177	-38	-21,3
Immaterielle Vermögensgegenstände	109	143	-35	-24,3
Sachanlagen	29	33	-4	-11,5
Finanzanlagen	2	1	1	200,0
Umlaufvermögen	1.018	1.090	-72	-6,6
Vorräte	23	0	23	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	225	277	-52	-18,6
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	770	814	-43	-5,3
Rechnungsabgrenzungsposten	18	17	1	4,9
Bilanzsumme	1.175	1.284	-109	-8,5
PASSIVA				
Eigenkapital	169	389	-220	-56,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	26	26	0	0,0
Kapitalrücklage	363	665	-302	-45,4
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	0	26	-26	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-220	-328	107	-32,7
Rückstellungen	317	287	30	10,5
Verbindlichkeiten	690	608	82	13,4
Bilanzsumme	1.175	1.284	-109	-8,5
Gewinn- und Verlustrechnung	30.6.2015	30.6.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	1.867	1.723	144	8,4
Gesamtleistung	1.867	1.723	144	8,4
sonstige betriebliche Erträge	583	516	67	13,1
Materialaufwand	0	0	0	-
Personalaufwand	-1.504	-1.501	-3	0,2
Abschreibungen	-63	-106	43	-40,7
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.129	-976	-153	15,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-246	-345	99	-28,7
Finanzergebnis	9	12	-3	-25,8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-237	-333	96	-28,8
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	17	5	11	220,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-220	-328	107	-32,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-220	-328	107	-32,7
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	50	49	1	2,0

5.2 Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH

Anschrift: Mörfelder Landstr. 362 60528 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/67 80 40 0 69/67 68 60	E-Mail/Internet: info@sportparkstadion.de www.sportparkstadion.de
Gründung: 25.10.1985	Unternehmensgegenstand: Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und des Sports durch Bereitstellung des Stadions und weiterer Sporteinrichtungen für die Bevölkerung der Stadt Frankfurt am Main und der Region Rhein-Main. Daneben sollen innerhalb und außerhalb dieser Einrichtungen sportliche und kulturelle - auch internationale - Großveranstaltungen durchgeführt werden.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 255.750 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Lothar Schäfer		
Aufsichtsrat:	6 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Markus Frank	
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Uwe Becker	
	Herr StR Markus Frank	
	Herr Stv Martin Gerhardt	
	Herr Stv Helmut Alexander Heuser	
	Herr StR Claus Möbius	
	Herr Stv Jochen Vielhauer	
Satzungsmäßige Besetzung: 6 Mitglieder	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat:	
	Ausgeschiedene Mitglieder: Herr Stv Helmut Ullshöfer (verstorben am 08.05.2015)	Neue Mitglieder: Herr Stv Jochen Vielhauer (seit 24.07.2015)

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Die Gesellschaft betreibt im Wesentlichen die Sportanlagen der früheren Stadion GmbH (Tennis-halle mit Außenanlagen, Beachvolleyball- und Beachsocceranlage, Wintersporthalle mit Außenanlagen) und überwacht den mit der Stadion Frankfurt Management GmbH (SFM GmbH) in 2004 mit Wirkung zum 01.05.2005 geschlossenen fünfzehnjährigen Betreibervertrag zum Betrieb der damals neuen Commerzbank Arena. Die Eintracht Frankfurt Fußball AG steht in keinem direkten Vertragsverhältnis mit der Gesellschaft, sondern hat einen Vertrag über die Nutzung der Commerzbank Arena für Fußballbundesligaspiele mit der SFM GmbH. Seit dem 01.04.2013 ist die Gesellschaft auch für das Stadion am Bornheimer Hang (Frankfurter Volksbank Stadion) zuständig. Aufgabe ist insbesondere die Überwachung der mit dem FSV Frankfurt im Nutzungs- und Betreuungsvertrag getroffenen Festlegungen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist auf 154,5 Mio. € (Vj. 159,9 Mio. €) zurückgegangen. Ursächlich für den Rückgang sind im Wesentlichen auf der Aktivseite die fortschreitenden Abschreibungen und auf der Passivseite die weiteren Darlehenstilgungen. Im Geschäftsjahr wurden neben den regulären Darlehensrückführungen für die Commerzbank-Arena die Restverbindlichkeiten (1,4 Mio. €) aus dem Bereich der alten Stadion GmbH (Tennishaus) getilgt.

Zur Erfolgslage

Das Jahresergebnis zeigt sich gegenüber dem Plan um 1,2 Mio. € verbessert und gegenüber dem Vorjahr aufgrund geringerer Erträge um 0,8 Mio. € verschlechtert. Zwar wurden im Berichtsjahr weitere Vergleiche mit der Bauunternehmung Max Bögl geschlossen, allerdings fällt der positive Ergebniseffekt hieraus geringer aus als im Vorjahr. Gegenläu-

fig ist die Verbesserung des Finanzergebnisses (+0,6 Mio. €) aufgrund niedrigerer Darlehenszinsen und fortschreitender Darlehenstilgung, die die Ertragseinbußen teilweise ausgleicht.

B. Ausblick

Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft hängt im Wesentlichen vom sportlichen Erfolg des Hauptnutzers der Commerzbank Arena, der Eintracht Frankfurt Fußball AG, und der Leistungserfüllung der Betreibergesellschaft SFM GmbH im Rahmen der bestehenden Vertragswerke ab.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und des Sports. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Sportpark Stadion GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2015 Mittel von rund 1,5 Mio. € zur Verfügung. Diese wurden auch an die Gesellschaft ausgezahlt.

Weiterhin hat die Stadt Frankfurt am Main Sicherheiten (Ausfallbürgschaften) von 62,9 Mio. € (Stand 31.12.2015, Restschuld ohne Zinsen) übernommen.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Herr Geschäftsführer Schäfer erhielt im Geschäftsjahr Bezüge von 143 T €.

Den Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden im Geschäftsjahr Sitzungsgelder von 900 € ausgezahlt.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 03.11.2014 für das Planjahr 2015 sowie am 23.07.2015 für das Planjahr 2016. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 12.05.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	148.644	154.115	-5.472	-3,6
Immaterielle Vermögensgegenstände	218	268	-50	-18,8
Sachanlagen	148.426	153.847	-5.422	-3,5
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	5.792	5.794	-2	-0,0
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.172	5.118	-1.946	-38,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	2.620	677	1.944	287,3
Rechnungsabgrenzungsposten	30	0	30	-
Bilanzsumme	154.466	159.910	-5.444	-3,4
PASSIVA				
Eigenkapital	64.848	64.209	639	1,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	256	256	0	0,0
Kapitalrücklage	97.581	96.064	1.517	1,6
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-32.111	-31.982	-128	0,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-878	-128	-750	584,2
Sonderposten	15.785	16.421	-636	-3,9
Rückstellungen	8.681	8.504	177	2,1
Verbindlichkeiten	64.899	70.470	-5.571	-7,9
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	63.367	69.021	-5.653	-8,2
Rechnungsabgrenzungsposten	252	306	-53	-17,5
Bilanzsumme	154.466	159.910	-5.444	-3,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	8.471	8.913	-442	-5,0
Gesamtleistung	8.471	8.913	-442	-5,0
sonstige betriebliche Erträge	1.977	2.947	-970	-32,9
Materialaufwand	-2	-2	-1	39,4
Personalaufwand	-1.378	-1.270	-108	8,5
Abschreibungen	-5.657	-5.639	-18	0,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.514	-1.692	179	-10,6
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	1.897	3.257	-1.360	-41,8
Finanzergebnis	-2.480	-3.043	562	-18,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-583	214	-798	-372,1
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-295	-343	48	-14,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-878	-128	-750	584,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-878	-128	-750	584,2
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	17	19	-2	-10,5

5.3 Kita Frankfurt (Eigenbetrieb)

Anschrift: Zeil 5 60313 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/2 12-4 84 81 0 69/2 12-7 38 95	E-Mail/Internet: kitafrankfurt@stadt-frankfurt.de www.kitafrankfurt.de
Gründung: 01.01.2008	Unternehmensgegenstand: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern ab 8 Wochen bis 10 bzw. 12 Jahren in Kindertageseinrichtungen unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen gemäß SGB VIII, den im Land Hessen geltenden Bestimmungen und den städtischen Vorgaben.	
Träger: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 3.000.000 € = 100,00 %	
Betriebsleitung: Frau Gabriele Bischoff		
Betriebskommission:	15 Mitglieder	
Betriebskommissionsvorsitz:	Frau StRin Sarah Sorge	
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Uwe Becker	
	Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld	
	Herr Stv Wendel-Jaromir Burkhardt	
	Frau Stv Sabine Fischer	
	Herr Stv Dr. Peter Gärtner	
	Frau StRin Rosemarie Heilig	
	Frau Stv Albina Nazarenus-Vetter	
	Frau Stv Birgit Ross	
	Frau StRin Elke Sautner	
	Frau StRin Sarah Sorge	
	Frau Stv Rita Streb-Hesse	
Weitere Kommissionsmitglieder:	Herr Hartmut Fritz	
	Herr Ralf Fröhlich (AN)	
	Herr Ralf Burger (AN)	
	Frau Prof. Dr. Margitta Kunert-Zier	
Satzungsmäßige Besetzung: 15 Mitglieder davon 2 Mitglieder des Personalrats des Eigenbetriebs und 2 in der Kinder- und Jugendhilfe besonders erfahrene Personen	Keine unterjährige Veränderung in der Betriebskommission.	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Der Eigenbetrieb hat seit 01.10.2008 die Betriebs-trägerschaft für alle städtischen Einrichtungen für Kinder von 0 bis 12 Jahren mit der entsprechenden pädagogischen und organisatorischen Verantwortung inne. Die durch den Eigenbetrieb erbrachten Leistungen tragen dazu bei, das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern gemäß SGB VIII § 5 sicherzustellen. Zu diesen Leistungen gehören die Sicherung und Weiterentwicklung von Qualitätsstandards für die Arbeit mit Kindern und ihren Familien ebenso wie die anforderungsgerechte, personelle und mate-

rielle, betriebliche Ausstattung und Organisation, weiterhin die Bereitstellung von hierzu benötigten Räumen und Flächen, einschließlich deren Instandhaltung und Wartung. Um die Qualität des Angebots zu sichern und weiterzuentwickeln, arbeitet die Kita Frankfurt eng mit den Fachschulen sowie mit der „Frankfurt University of Applied Sciences“ zusammen.

Aufgrund des 2014 in Kraft getretenen Rechtsanspruchs auf einen Platz für Kinder unter drei Jahren sowie der weiteren Zunahme der Bevölkerung und damit auch der Kinderzahl, treibt Kita Frankfurt im Berichtsjahr den Ausbau an Betreuungskapazitäten

voran. In nunmehr 141 Kindertagesstätten wurden im Berichtszeitraum über 12.600 Plätze für Kinder im Alter von acht Wochen bis zwölf Jahren vorgehalten, davon 971 Plätze für Unter-Dreijährige, 6.214 Kindergartenplätze und 5.168 Hortplätze.

Darüber hinaus wurden auch Maßnahmen im Bereich Personalgewinnung wie die Teilnahme an Messen und Veranstaltungen sowie die Umsetzung des Stipendienprogramms getroffen, um diesen neuen Herausforderungen entgegenzuwirken.

Zudem wurde im Jahr 2015 das Kinderzentrum Katzenstirn aus wirtschaftlichen Gründen abgerissen und neu gebaut. Dadurch konnten zusätzliche Räumlichkeiten für zwei Gruppen für Kinder unter drei Jahren (24 Plätze) geschaffen werden.

In Zusammenarbeit mit der Stiftung Waisenhaus (Vermieter) konnten für das Kinderzentrum Scheidswaldstraße (KT 144) neue zusätzliche Räumlichkeiten geschaffen werden. Viele weitere Liegenschaften mussten zur energetischen Ertüchtigung saniert werden und den heutigen baulichen Standards angepasst werden. In 2015 wurden bei sechs Kinderzentren die Sanierung der sanitären Anlagen durchgeführt und in 25 weiteren Kinderzentren Instandhaltungsmaßnahmen, wie z. B. Dachsanierungen, abgeschlossen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme 2015 ist gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Mio. € auf 146,3 Mio. € gesunken. Auf der Aktivseite resultiert dies primär aus dem Rückgang des Guthabens bei der Stadtkasse um 6,5 Mio. €, wohingegen sich das Anlagevermögen um 5 Mio. € auf 132,7 Mio. € (Vj. 127,8 Mio. €) erhöht hat. Dem steht eine Abnahme des Umlaufvermögens um 6 Mio. € auf 13,5 Mio. € gegenüber. Auf der Passivseite hat insbesondere die Zunahme des Sonderpostens für erhaltene Investitionszuschüsse um 7,3 Mio. € auf 59,6 Mio. € zur Erhöhung des Bilanzvolumens geführt. Gegenläufig entwickelte sich das Eigenkapital, das wegen des gestiegenen Jahresfehlbetrags um 7,5 Mio. € zurückging. Dem Jahresverlust 2015 von -112,6 Mio. € steht eine Zuführung der Stadt Frankfurt am Main in die Kapitalrücklage von 105 Mio. € gegenüber.

Der Eigenbetrieb verfügt aufgrund der jährlichen Einlage der Stadt Frankfurt am Main (auf Grundlage des Wirtschaftsplans) über ausreichende Liquidität, um jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2015 schließt mit einem Fehlbetrag von -112,6 Mio. € (Vj. -105,5 Mio. €). Der Anstieg des Jahresfehlbetrags um rd. 7,1 Mio. € gegenüber dem Vorjahr wird vor allem durch den um 7,8 Mio. € auf 111,5 Mio. € gestiegenen Personalaufwand verursacht. Dieser erklärt sich durch die Tarifsteigerung ab dem 01.03.2015 von 2,4% und durch eine erhöhte durchschnittliche Mitarbeiterzahl im Berichtsjahr. Positiv auf das Jahresergebnis ausgewirkt haben sich neben den um 1,2 Mio. € gestiegenen sonstigen betrieblichen Erträge vor allem um 1,8 Mio. € höhere Umsatzerlöse. Die Mehrerlöse betreffen mit rund 1,3 Mio. € hauptsächlich höhere Entgelte und mit 0,5 Mio. € gestiegene Integrationszuschüsse. Die Fördermaßnahmen des Landes lagen mit 14,3 Mio. € auf dem Vorjahresniveau.

B. Ausblick

Der bundesweite - wenn auch regional unterschiedliche - Mangel an sozialpädagogischen Fachkräften in den Kinderzentren wird weiterhin ein Thema von besonderer Wichtigkeit sein. Zielgruppenorientierte Konzepte für Personalgewinnung und Personalbindung sind hierbei von hoher Bedeutung. Der eingeschlagene Weg einer engen Kooperation mit möglichst vielen Fachschulen für Sozialpädagogik in Hessen muss fortgesetzt und weiterentwickelt werden. Darüber hinaus wird es wichtig sein, sowohl Berufsanfänger als auch Quereinsteiger zu motivieren, den Ausbildungsweg zur Erzieherin oder zum Erzieher einzuschlagen. Daher wurde im Berichtsjahr ein Stipendienprogramm für 15 Stipendiatinnen, die vor ihrer Teilzeitausbildung als „Nichtfachkräfte“ in Kinderzentren gearbeitet und sich für eine Ausbildung mit Stipendium von Kita Frankfurt beworben haben, eingeführt. Die 2. Staffel des Stipendiatenprogramms beginnt im Sommer 2016.

Um qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen und zu binden, fachliche und personelle Qualifikationen zu fördern, Motivation und Arbeitszufriedenheit zu erhalten und zu erhöhen und um somit die Attraktivität des Eigenbetriebs Kita als Arbeitgeber zu erhöhen, wurde 2013 mit der Entwicklung eines Konzepts zur Personalentwicklung begonnen. Bei der sukzessiven Umsetzung dieser Ziele stehen in den nächsten Jahren die Gesundheitsförderung der Beschäftigten, die Qualifizierung der Fach- und Führungskräfte und die Potentialentwicklung im Fokus. Hierfür sollen die Leitungskräfte durch die Entbindung von zwei aufwendigen Verfahren, der Verwaltung von Elternentgelten und Betreuungszuschüssen durch das Sozialamt sowie der Abrechnung der Arbeitszeit, entlastet werden. Mit neuen EDV-Anwendungen wie „NH-Kita“ und des automatisierten Zeiterfassungssystems (AZE), die sukzessive in allen Einrichtungen eingeführt werden, soll die Belastung der Führungskräfte erheblich reduziert werden. Weiter ist geplant, von den Excel basierten Kassenbüchern in jeder Einrichtung auf ein zentrales Einnahme- und Forderungsmanagement umzustellen. Die Controllinginstrumente, die zukünftig stärker von den Führungskräften genutzt werden sollen, werden weiter entwickelt und stetig verbessert. Ein neues Fachcontrolling für die Evaluation von Fachlichkeit sowie Qualität und Qualifizierungsstand ist in der Entwicklung. Unter Berücksichtigung der steigenden Kinderzahlen in Frankfurt am Main, die Krieg und Flucht erlebt haben und nicht deutsch sprechen, werden zwei neue Stellen für Fachkräfte im Bereich Sprachförderung und Integration eingestellt.

Die Kita Frankfurt arbeitet als einer der großen Bauherren mit hohem Personal- und Zeitaufwand in dem Reformprojekt „Optimierung des Hoch- und Liegenschaftsmanagements“ aktiv mit. Des Weiteren ist in einem neu gegründeten Amt die Zusammenführung Liegenschaften vorgesehen. Die jetzi-

gen Eigentümer, Bauherren und Nutzer sind dann in einer Mieterrolle, was Auswirkungen auf das Vermögen des Eigenbetriebs und die Umsetzung des satzungsmäßigen Auftrags hätte. Zweck des Betriebs ist der Aufbau, das Betreiben und das Unterhalten von Kindertageseinrichtungen und die Bereitstellung von hierzu benötigten Räumen und Flächen, einschließlich deren Instandhaltung und Wartung.

Auch in den Wirtschaftsjahren 2015 und 2016 wird der Eigenbetrieb die Aufwendungen für den Betrieb der Kitas nur zu einem geringen Teil aus Erlösen finanzieren können, so dass von leicht steigenden Jahresfehlbeträgen auszugehen ist. Aufgrund der dargestellten Finanzierungsstruktur ist für die Folgejahre weiterhin von einer stabilen Liquiditätslage auszugehen. Allerdings sind hierbei die zu erwartenden Personalkostensteigerungen infolge der Tarifverhandlungen der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst nicht berücksichtigt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Betriebsleitung und die Betriebskommissionsorgane des Eigenbetriebes in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 27.01.2014 für das Planjahr 2015 und am 14.08.2015 für das Planjahr 2016. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 17.06.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Kita Frankfurt (Eigenbetrieb)**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	132.741	127.751	4.990	3,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	253	151	102	68,1
Sachanlagen	132.488	127.600	4.888	3,8
Umlaufvermögen	13.486	19.448	-5.962	-30,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.609	18.599	-5.990	-32,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	877	848	28	3,3
Rechnungsabgrenzungsposten	58	23	35	149,0
Bilanzsumme	146.285	147.222	-937	-0,6
PASSIVA				
Eigenkapital	49.310	56.828	-7.518	-13,2
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	3.000	3.000	0	0,0
Kapitalrücklage	158.902	159.346	-444	-0,3
Gewinnrücklagen / variables Kapital	27	27	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-112.618	-105.544	-7.074	6,7
Sonderposten	59.642	52.306	7.336	14,0
Rückstellungen	22.274	22.698	-424	-1,9
Verbindlichkeiten	14.790	15.062	-272	-1,8
Rechnungsabgrenzungsposten	269	327	-58	-17,8
Bilanzsumme	146.285	147.222	-937	-0,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	36.733	34.936	1.797	5,1
Gesamtleistung	36.733	34.936	1.797	5,1
sonstige betriebliche Erträge	4.152	2.951	1.201	40,7
Materialaufwand	-32.620	-31.457	-1.163	3,7
Personalaufwand	-111.528	-103.692	-7.835	7,6
Abschreibungen	-4.730	-3.756	-975	25,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.785	-3.493	-292	8,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-111.778	-104.511	-7.267	7,0
Finanzergebnis	-838	-1.029	191	-18,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-112.616	-105.540	-7.075	6,7
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-2	-4	1	-36,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-112.618	-105.544	-7.074	6,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-112.618	-105.544	-7.074	6,7
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	2.873	2.734	139	5,1
Plätze in Kinderkrippen (8 Wochen bis i.d.R. 3 Jahre)	971	872	99	11,4
Auslastung der Kinderkrippen (in %)	93	89	4	4,7
Plätze in Kindergärten (3 bis i.d.R. 6 Jahre)	6.214	6.208	6	0,1
Auslastung der Kindergärten (in %)	99	99	-0	-0,2
Plätze in Horten (6 bis i.d.R. 10 bzw. 12 Jahre)	5.168	5.102	66	1,3
Auslastung der Horte (in %)	100	101	-1	-1,3

5.4 Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Anschrift: Sonnemannstraße 13 60314 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/2 12-7 15 01 0 69/2 12-7 15 00	E-Mail/Internet: vhs@frankfurt.de www.vhs.frankfurt.de
Gründung: 01.01.1999	Unternehmensgegenstand: Durch Weiterbildungsangebote allen Erwachsenen und Heranwachsenden im Sinne lebenslangen Lernens die Möglichkeit zu bieten, ihre Bildung zu vertiefen und zu erweitern, ihren Lebensalltag aktiv und kreativ zu gestalten, allgemeine und berufliche Qualifikationen zu erwerben sowie wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse beurteilen und interessenorientiert mitgestalten zu können.	
Träger: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 154.000 € = 100,00 %	
Betriebsleitung: Frau Barbara Çakir-Wahl Frau Truda Ann Smith (seit 01.12.2015)		
Betriebskommission:	16 Mitglieder	
Betriebskommissionsvorsitz:	Herr StR Eugenio Muñoz del Rio	
Mandatsträger der Stadt:	Frau Stv Odette Barbosa de Lima Herr StK Uwe Becker Herr Stv Wendel-Jaromir Burkhardt Frau Stv Sabine Fischer Herr Stv Mike Josef Frau Stv Eva Maria Lang Herr StR Peter Mensinger Herr StR Eugenio Muñoz del Rio Frau StRin Cornelia-Katrin von Plottnitz Frau StRin Sarah Sorge Frau Stv Carmen Thiele	
Weitere Kommissionsmitglieder:	Herr Prof. Dr. Diether Döring Frau Gertrud Hirschhäuser Frau Susanne Höring (AN) Herr Thomas Winhold Frau Gabriele Wörrlein (AN)	
Satzungsmäßige Besetzung: 16 Mitglieder davon 2 Vertreter des Personalrats und 3 von der Stadt berufene, erwachsenen- bildnerisch oder wirtschaftlich besonders erfahrene Personen	Keine unterjährige Veränderung in der Betriebskommission.	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Die Teilnehmerunterrichtseinheiten sind gegenüber dem Vorjahr auf 2.313.956 gestiegen. Die Zunahme betrifft insbesondere den Bereich Deutsch als Fremdsprache (+109.226).

Die Teilnehmerbelegungen von 62.245 liegen annähernd auf Vorjahresniveau. Betroffen von einem Rückgang waren vor allem die Bereiche „Kultur - Gestalten“ (-1.136) und „Kultur – Gesellschaft – Umwelt“ (-944) sowie „Gesundheit (-974). Die Kurs-

belegungen in den Stadtteilen sind um 95 auf 9.976 geringfügig gesunken. Die insgesamt stabilen Belegungszahlen in den verschiedenen Angebotssegmenten zeigen, dass die attraktiven Weiterbildungsangebote der Volkshochschule Frankfurt am Main zahlreiche Interessierte in Frankfurt am Main ansprechen. Der Projektantrag über ein „Regionales Grundbildungszentrum Frankfurt“ ist zum Ende 2015 Land Hessen und den Europäischen Sozialfonds (ESF) positiv beschieden worden. Die Förde-

rung zur Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener ist bis einschließlich 2019 zugesagt.

Auf der Grundlage des Geschäftsjahrs 2014 wurde durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Berichtsjahr eine Benchmark-Analyse vorgenommen. Eine Betrachtung der Kurse und Programmbereiche am Gesamtangebot zeigt, dass die VHS Frankfurt am Main in 2014 sowohl im hessen- als auch bundesweiten Vergleich bei den Belegungen einen deutlich stärkeren Anstieg verzeichnete. Dies ist überwiegend auf den Deutsch-Bereich zurückzuführen.

Auffällig ist, dass 65 % der Unterrichtsstunden im Segment Sprachen stattfanden. Hessenweit lag dieses Segment nur bei 47 %, bundesweit bei 45 %. Die VHS Frankfurt am Main ist bundesweit eine der führenden Institutionen bei der Durchführung von Integrationskursen. 43 % der gesamten Belegungen entfallen auf den Deutschkursbereich. Im Bereich Alphabetisierung wurde das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung aufgelegte Projekt BASIC im September 2015 beendet. Neue Projekte starteten im Herbst 2015 wie z. B. „Deutsch für den Beruf“, „Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds“, Deutsch-Einstiegsurse für Flüchtlinge sowie das Projekt „Servicestelle Qualifizierungsnetzwerk Inklusive Bildung“ (Stadtschulamt). Ziel dieser Projekte ist es, die Integration der in hoher Anzahl nach Deutschland geflüchteter Menschen voranzutreiben. Auch in 2015 unterzog sich die VHS Frankfurt am Main der jährlichen Zertifizierung für das Gütesiegel für Bildungsträger zur Qualifizierung von Tagespflegepersonen. Seit Juli 2015 ist die VHS Frankfurt erfolgreich gemäß § 2 AZAV (Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung) des Dritten Sozialgesetzbuches, durch die Deutsche Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen GmbH retestiert. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wird voraussichtlich die Pauschalen für die Integrationskurse von 23 € auf 35 € erhöhen und das veränderte Verfahren bei der Anerkennung der Arbeitnehmerähnlichkeit wurde von den Kursleitungen gut aufgenommen. Die Beantragung von individuell berechneten freiwilligen sozialen Zuschüssen zur Kranken- und/oder Rentenversicherung sowie von Urlaubsgeld läuft rei-

bungslos. Ziel dieser Änderung ist es, das Angebot für die Kursleitungen attraktiv zu gestalten um der Fluktuation entgegenzuwirken.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich zum 31.12.2015 um 223 T € auf 13,8 Mio. € erhöht. Auf der Aktivseite erklärt sich die Veränderung primär aus dem stichtagsbedingten Anstieg der Forderungen gegen die Stadt Frankfurt am Main (+391 T €) bei gleichzeitigem Rückgang des Anlagevermögens (-161 T €). Die Zunahme des Bilanzvolumens auf der Passivseite resultiert primär aus dem Anstieg des Eigenkapitals (+154 T €), der langfristigen Rückstellungen (+294 T €), der Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Frankfurt am Main (+733 T €) sowie des passiven Rechnungsabgrenzungspostens (+733 T €). Gegenläufig wirkten sich der stichtagsbedingte Rückgang der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (-33 T €) sowie der Rückgang der sonstigen Verbindlichkeiten (-72 T €) aus.

Der Jahresfehlbetrag 2015 von -7,9 Mio. € liegt um 152 T € unterhalb der Einstellung in die Kapitalrücklage durch die Stadt Frankfurt am Main im Jahr 2015 in Höhe von 8,1 Mio. €. Der Wirtschaftsplan 2015 sah einen Verlust von 8,1 Mio. € vor, der somit geringfügig unterschritten wurde.

Der Mittelabfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit (-7,6 Mio. €) sowie aus der Investitionstätigkeit (-141 T €) konnte durch die Kapitaleinlage und die Veränderung der Verrechnungssalden nicht vollständig kompensiert werden, so dass sich der Finanzmittelfonds (ohne Stadtkassenguthaben) von 20 T € auf 11 T € reduziert hat.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2015 schließt mit einem Jahresverlust von -7,9 Mio. € (Vj. -8,1 Mio. €) ab. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich damit eine Ergebnisverbesserung um 198 T €. Die Umsatzerlöse konnten zwar um 230 T € infolge der Erlösverbesserung im DaF-Bereich durch erhöhte Teilnehmerzahlen und durch die Erhöhung der Entgelte gesteigert werden. Dem stehen Erlösrückgänge in verschiedenen anderen Bereichen, wie z. B. Englisch und allgemeiner Bildung, Mehraufwendungen bei Mate-

rial, Personal sowie Erhöhungen der sonstigen betrieblichen Aufwendungen gegenüber, die in Summe nicht aufgefangen werden konnten. Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen um 309 T € höher als im Vorjahr und sind überwiegend auf die Auflösung von Rückstellungen für Nebenkosten zurückzuführen. Der Materialaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 272 T € gestiegen, was sich durch erhöhte Honorarvergütungen und Sozialzuschüsse (+145 T €) erklärt. Die Steigerungen resultieren sowohl aus der Zunahme der durchgeführten Unterrichtsstunden und der Honorarerhöhung im BAMF-Bereich sowie bei den Leistungen für Einstufungstests, Beratungen und Prüfungen als auch durch bei den Leistungen für die Inanspruchnahme von Fremdfirmen wegen Krankheit, Personalfuktuation im Servicebereich sowie der Übertrag der Innenprüfung von der VHS auf das Revisionsamt der Stadt Frankfurt am Main.

Trotz gegenläufigen Faktoren hat sich der gesamte Personalaufwand um 136 T € erhöht. Zum einen sind die Aufwendungen für Gehälter trotz einer durchschnittlicher Tarifsteigerung von 2 % zurückgegangen und zum anderen haben sich die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen und Beihilfen infolge des niedrigen Zinssatzes um 296 T € erhöht. Ursächlich für die im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Löhne und Gehälter waren Langzeiterkrankungen sowie vorübergehende Vakanzen wegen Schwangerschaften, Elternzeiten und verzögerter Wiederbesetzung.

Die gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen vor allem mit einem Mehraufwand von 130 T € die deutliche Zunahme der EDV-Kosten, welche sich aus der Einführung eines neuen Raum- und Planungsmanagement-Tools ergibt.

B. Ausblick

Vor dem Hintergrund der steigenden Zahl der Flüchtlinge in Frankfurt am Main hat die VHS mit dem Kooperationspartner Bundesagentur für Arbeit im Rahmen des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes vom 24.10.2015 einen Projektantrag gestellt. Das Projekt soll es Asylbewerbern mit guter Bleibeperspektive ermöglichen an einem einmaligen Sprachkurs teilzunehmen. Die VHS hat sich an

diesem Programm beteiligt und sieben Maßnahmen mit 140 Teilnehmenden gestartet. Gefördert wird dies mit 4,50 € pro Unterrichtsstunde und Teilnehmer. Weiterhin erhielt die VHS den Zuschlag für ein vom Europäischen Sozialfonds und dem Land Hessen gefördertes Programm mit einer Laufzeit von vier Jahren zum Aufbau eines regionalen Grundbildungszentrums. Gegenstand des Programms ist die Implementierung einer Unterstützungskultur zur Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener in Hessen. Dafür sind Kooperationen u. a. mit drei Betrieben der Sozialwirtschaft, dem Jobcenter Frankfurt, der Stadtbücherei sowie dem Internationalen Familienzentrum geplant. Die Förderung von 310 T € teilen sich das Land Hessen und der Europäische Sozialfonds Hessen je zur Hälfte. Die Gespräche zur Errichtung eines Unterrichtszentrums in der Nordweststadt sind soweit gediehen, dass ein Mietvertragsentwurf vorliegt. Um die Mietkosten moderat zu halten, sind Kündigungen an anderer Stelle vorgesehen. Um der Nachfrage, insbesondere im Bereich Deutsch als Fremdsprache bzw. Maßnahmen zur beruflichen und sozialen Integration von Einwandernden und Flüchtlingen, mit entsprechenden Angeboten begegnen zu können, sind personelle und räumliche Ausweitungen in Betracht zu ziehen. Zudem versucht die VHS neben ihrem Regelangebot zusätzliche Angebotssegmente anzubieten, um so ein breiteres Geschäftsportfolio zu etablieren.

Der Zuschuss der Stadt Frankfurt am Main wurde für das Jahr 2015 auf 8,1 Mio. € festgelegt und soll in der mittelfristigen Finanzplanung auf diesem Niveau gehalten werden. Dabei sind die Tarifierhöhungen sowie die Erhöhung von Miet- und Nebenkosten zu erwirtschaften. Trotz umfangreicher Maßnahmen zur Verringerung von Personalkosten und zur Erlössteigerung erachtet die Betriebsleitung eine Aufstockung des städtischen Zuschusses aufgrund der deutlich zunehmenden Belastungen durch die Personalarückstellungen für notwendig. Dementsprechend plant der Eigenbetrieb im Nachtragshaushalt 2016 ein Mehrbedarfen zu beantragen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Betriebsleitung und die Betriebskommissionsorgane des Eigenbetriebes in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor

der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 13.02.2014 für das Planjahr 2015 und am 23.06.2015 für das Planjahr 2016. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 12.05.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	925	1.085	-161	-14,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	25	24	1	4,7
Sachanlagen	900	1.062	-162	-15,2
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	12.896	12.515	382	3,0
Vorräte	14	14	-0	-3,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.871	12.481	391	3,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	11	20	-9	-43,2
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0	3	-
Bilanzsumme	13.824	13.600	223	1,6
PASSIVA				
Eigenkapital	963	811	152	18,8
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	154	154	0	0,0
Kapitalrücklage	8.748	8.793	-46	-0,5
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-7.939	-8.137	198	-2,4
Sonderposten	27	35	-7	-20,4
Rückstellungen	10.618	11.288	-669	-5,9
Verbindlichkeiten	1.764	1.136	628	55,3
Rechnungsabgrenzungsposten	450	331	119	36,0
Bilanzsumme	13.824	13.600	223	1,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	7.510	7.280	230	3,2
Gesamtleistung	7.510	7.280	230	3,2
sonstige betriebliche Erträge	2.250	1.941	309	15,9
Materialaufwand	-5.787	-5.515	-272	4,9
Personalaufwand	-7.314	-7.177	-136	1,9
Abschreibungen	-257	-278	21	-7,7
sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.002	-4.031	28	-0,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-7.599	-7.780	181	-2,3
Finanzergebnis	-339	-356	17	-4,8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-7.939	-8.137	198	-2,4
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-7.939	-8.137	198	-2,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-7.939	-8.137	198	-2,4
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	129	135	-6	-4,4
Teilnehmer/-innen-Unterrichtseinheiten	2.313.956	2.251.127	62.829	2,8
Teilnehmer/-innenbelegungen	62.245	62.580	-335	-0,5
davon in den Stadtteilen	9.976	10.071	-95	-0,9

6. Gesundheit und Soziales



6. Gesundheit und Soziales	239
6.1 Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	241
6.2 Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	245
6.2.1 Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt-Höchst GmbH	249
6.3 Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH	252
6.4 Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH	255

6.1 Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Anschrift: Bleichstraße 10 60313 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/2 12-3 88 99 0 69/2 12-3 26 89	E-Mail/Internet: info.kjfh@stadt-frankfurt.de www.kommunale.jugendhilfe.frankfurt.de
Gründung: 01.01.1999	Unternehmensgegenstand: Förderung der Jugendhilfe durch den Aufbau, das Betreiben und Unterhalten dezentraler städtischer Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen.	
Träger: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 511.291,88 € = 100,00 %	
Betriebsleitung: Herr Norbert Dürr		
Betriebskommission:	15 Mitglieder	
Betriebskommissionsvorsitz:	Herr StR Eugenio Muñoz del Rio	
Mandatsträger der Stadt:	Frau Stv Merve Ayyildiz Herr Stk Uwe Becker Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld Frau Stv Nimatoulaye Diallo Herr Stv Christian Heimpel Herr StR Eugenio Muñoz del Rio Frau Stv Albina Nazarenus-Vetter Frau StRin Erika Pfreundschuh Frau Stv Christiane Schubring Frau StRin Sarah Sorge Frau Stv Evanthia Triantafillidou	
Weitere Kommissionsmitglieder:	Frau Patricia Eisenbach (AN) Herr Dr. Michael Frase Herr Peter Gerdon Frau Karolin Kritzer (AN)	
Satzungsmäßige Besetzung: 15 Mitglieder davon 2 Vertreter des Personalrats des Eigenbetriebs und 2 in der Kinder- und Jugendhilfe besonders erfahrene Personen	Keine unterjährige Veränderung in der Betriebskommission.	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Aufgabe des Eigenbetriebes ist es, in enger partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Jugendhilfe zur Verbesserung der Lebensverhältnisse von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien im Stadtteil beizutragen und individuelle Problemlagen lindern bzw. lösen zu helfen. Dies beinhaltet die Mitwirkung bei der Verwirklichung einer präventiven, regional orientierten Jugendhilfe in der Stadt Frankfurt am Main. Dabei entwickelt der Betrieb, angepasst an den sich verändernden Bedarf, seine Angebots- und Hilfskonzepte ständig weiter.

Die Leistungserbringung der Ambulanten Jugendhilfen (AJH) erfolgte 2015 bei den laufenden Hilfen weiterhin auf Grundlage der Vereinbarung zu den Fachleistungsstunden (Spitzabrechnung der geleisteten Betreuungsstunden) und bei neuen Fallübernahmen beim Erziehungsbeistand und ab dem 01.03.2014 auch bei der sozialpädagogischen Familienhilfe auf Grundlage von Einzelvereinbarungen, den sog. Fallpauschalen.

Im Gegensatz zu den für alle Frankfurter Träger gültigen Fachleistungsstunden bilden die Fallpauschalen die trägerbezogene Kostenstruktur ab und sind somit kostendeckend kalkuliert. Im Jahresverlauf ist der Anteil der Hilfen, die nach Fallpauscha-

len geleistet werden, stetig gestiegen. Im Jahr 2015 erzielten die AJH Erlöse von 1,1 Mio. €. Demgegenüber standen Kosten in Höhe von 1,3 Mio. €. Das Defizit betrug vor Verrechnung der Gemeinkosten -166 T€. Aufgrund der guten Versorgungslage der Bevölkerung mit ambulanten erzieherischen Hilfen hat die Betriebskommission beschlossen, dass sich der Betrieb sukzessive aus dem Geschäftsfeld der Ambulanten Hilfen zurückzieht und die personellen Ressourcen in den Bereich der Inobhutnahme umdisponiert. So wurden die Standorte von sieben auf vier verringert und 6,15 Personalstellen für den Bereich Inobhutnahme versetzt. Daher lässt sich die Ermittlung der prozentualen Auslastung der ambulanten Jugendhilfen, infolge der permanenten Verschiebung von Stellen von den AJH's in den Inobhutnahmeverbund nicht mehr ermitteln. Die Zahl der bearbeiteten Fälle in der Kinder-, Jugend- und Elternberatung ist von 1.653 auf 1.523 gesunken. Dennoch ist die Nachfrage nach Erziehungsberatung weiterhin sehr hoch, so dass es zu Wartezeiten von zwei bis vier Wochen für die Klienten kommen kann. Ausgenommen davon sind die Beratungen von Kindern und Jugendlichen sowie Kriseninterventionen.

Im Zentrum für Erziehungshilfe ist die Zahl der bearbeiteten Fälle von 212 auf 148 gesunken.

Die entgeltfinanzierten Einrichtungen waren im Berichtsjahr im Mittel zu 92 % ausgelastet. Die Auslastung der Entgelteinrichtungen ist 2015 gegenüber dem Vorjahr leicht um sechs Prozentpunkte gesunken. Das Kinderheim Rödelheim hält seine Leistungen exklusiv für das Jugend- und Sozialamt Frankfurt am Main vor und erhält im Gegenzug dazu Vorhaltegelder für nicht belegte Plätze. Daher ist, bezogen auf die Kostendeckung, eine Vollausslastung gegeben.

Die Angebote der aufsuchenden Sozialarbeit wurden stark nachgefragt. Eine zunehmende Psychiarisierung der Klienten ist zu beobachten. Hinzu kommt die nach wie vor sehr schwierige Versorgung mit Wohnraum. Zur Vermeidung von Obdachlosigkeit müssen Jugendliche häufig vorübergehend in Hotels untergebracht werden.

Darüber hinaus hält der Betrieb Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit vor, in denen die

Kinder und Jugendlichen Möglichkeiten für Selbstentfaltungs-, Erprobungs- und Lernprozesse vorfinden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich zum 31.12.2015 auf 10,2 Mio. € (Vj. 9,8 Mio. €) erhöht. Ursächlich für die Zunahme des Bilanzvolumens sind im Wesentlichen die um 0,4 Mio. € auf 7,8 Mio. € gestiegenen Forderungen gegen die Stadt Frankfurt am Main aus Kontokorrent bei der Stadtkasse.

Der Anstieg auf der Passivseite ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Rückstellungen um 0,7 Mio. € auf 8 Mio. € zurückzuführen. Ursache hierfür waren die gestiegenen Pensionsrückstellungen (+0,8 Mio. €) und eine Zuführung zur Rückstellung für Beihilfen von 0,2 Mio. €. Von den 4,8 Mio. € Pensionsrückstellungen betreffen 4,1 Mio. € dreizehn Beamte und 0,7 Mio. € eine Pensionärin.

Das Eigenkapital ist aufgrund der gegenüber dem Jahresverlust geringeren Einzahlung in die Kapitalrücklage um 0,2 Mio. € auf 0,4 Mio. € gesunken.

Der Finanzmittelfonds hat sich zum Bilanzstichtag auf knapp 6 Mio. € erhöht und besteht aus dem Bestand bei der Stadtkasse (5,9 Mio. €) und flüssigen Mitteln von 0,1 Mio. €.

Zur Erfolgslage

Im Berichtsjahr hat der Eigenbetrieb einen Jahresverlust von -13,1 Mio. € (Vj. -13 Mio. €) erzielt. Die Ergebnisverschlechterung ist auf erhöhte Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen zurückzuführen. Der Anstieg der Umsatzerlöse um 0,9 Mio. € auf 8,1 Mio. € resultiert v. a. aus Mehrere lösen durch höhere Pflegegelder (+0,5 Mio. €) aufgrund der in 2015 höheren Pflegesätze sowie aus gestiegenen Entgelten (+0,3 Mio. €) bei der kurzfristigen Betreuung unbegleiteter minderjähriger Ausländer. Die Zunahme des Personalaufwands auf 15,6 Mio. € (Vj. 14,6 Mio. €) wird v. a. durch die Tarifierhöhung von 2,4 % ab 01.03.2015 sowie höhere Rückstellungszuführungen, insbesondere für Pensionsverpflichtungen, verursacht.

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 0,1 Mio. € auf 5,3 Mio. € betrifft v. a. Aufwendungen für Instandhaltung in Höhe von

0,5 Mio. €. Dagegen sind die Aufwendungen für Betreuungsleistungen um 0,1 Mio. € gestiegen. Negativ auf das Ergebnis hat sich auch der leichte Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge um 0,1 Mio. € ausgewirkt, da die Ausschüttung der Hortense-Eppler-Stiftung niedriger lag als im Vorjahr.

B. Ausblick

Dem Jugend- und Sozialamt der Stadt Frankfurt am Main fehlen Inobhutnahmeplätze zur wohnortnahen Versorgung, vor allem für Frankfurter Minderjährige zwischen 13 und 17 Jahren. Daher hat das Jugend- und Sozialamt den Betrieb gebeten, drei Einrichtungen neu zu eröffnen und gemeinsam mit dem Kinderheim Rödelheim zu einem Inobhutnahmeverbund zusammenzuführen. Im Gegenzug sollen zukünftig die Angebote der Ambulanten Jugendhilfen sowie der Tagesgruppe Goldstein mit der Implementierung des Verbundsystems „Inobhutnahme“ sukzessive eingestellt und die Planstellen in den Inobhutnahmeverbund überführt werden. Durch den Inobhutnahmeverbund hat der Betrieb ein Alleinstellungsmerkmal im Stadtgebiet, das sich positiv auf die weitere Erlösentwicklung auswirken wird. Jedoch wird dies erst voraussichtlich Anfang Juli 2016 der Fall sein, wenn die erste Inobhutnahmeeinrichtung in der Bolongarostraße in Betrieb genommen wird. Der Wegfall der Ambulanten Jugendhilfen sowie der Tagesgruppen Goldstein sollen erfolgsneutral erfolgen. Als weitere Inobhutnahmeeinrichtung ist die Liegenschaft in der Ortenberger Straße 40 vorgesehen. Im Bereich des Mittagessen-Hausaufgabenprojektes laufen derzeit die Planungen mit dem Jugend- und Sozialamt, um die bestehenden Anforderungen an Personal-, Küchenaus-

stattung sowie Hygiene angemessen abdecken zu können.

Auch im Wirtschaftsjahr 2016 ist aufgabenbedingt mit einem Verlust zu rechnen. Insbesondere die weiterhin immens steigenden Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen einschließlich der Verzinsung dürften zu einem weiteren Anstieg nicht gedeckter Kapitalfehlbeträge führen.

Mit dem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst mit Personalkostensteigerungen von 2,4 % zum 01.03.2016 ist eine entsprechende Steigerung der Personalkosten verbunden. Die Stadt Frankfurt am Main hat signalisiert, die nicht gedeckten Fehlbeträge im Wirtschaftsplan 2017 ausgleichen zu wollen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Betriebsleitung und die Betriebskommissionsorgane des Eigenbetriebes in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 17.06.2014 für das Planjahr 2015 und am 16.06.2015 für das Planjahr 2016. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 09.06.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	1.941	2.017	-77	-3,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	49	67	-18	-26,5
Sachanlagen	1.892	1.951	-59	-3,0
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	8.057	7.589	469	6,2
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.947	7.429	518	7,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	110	159	-49	-30,8
Rechnungsabgrenzungsposten	201	219	-19	-8,5
Bilanzsumme	10.199	9.825	373	3,8
PASSIVA				
Eigenkapital	441	628	-187	-29,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	511	511	0	0,0
Kapitalrücklage	26.159	26.345	-186	-0,7
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-13.119	-13.236	117	-0,9
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-13.110	-12.993	-117	0,9
Rückstellungen	7.958	7.246	711	9,8
Verbindlichkeiten	1.778	1.948	-170	-8,7
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.285	0	1.285	-
Rechnungsabgrenzungsposten	22	4	18	519,3
Bilanzsumme	10.199	9.825	373	3,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	8.056	7.192	864	12,0
Gesamtleistung	8.056	7.192	864	12,0
sonstige betriebliche Erträge	538	590	-52	-8,9
Materialaufwand	-259	-132	-127	96,5
Personalaufwand	-15.593	-14.599	-995	6,8
Abschreibungen	-292	-297	5	-1,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.282	-5.463	182	-3,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-12.832	-12.708	-124	1,0
Finanzergebnis	-277	-284	7	-2,4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-13.110	-12.993	-117	0,9
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-13.110	-12.993	-117	0,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-13.110	-12.993	-117	0,9
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	281	277	4	1,4
Auslastung ambulante Jugendhilfe in %	0	99	-99	-
Kinder-, Jugend- u. Elternberatung (bearb. Fälle)	1.523	1.653	-130	-7,9
Zentrum f. Erziehungshilfe (Schuljahr) (bearb. Fälle)	148	212	-64	-30,2
Belegung entgeltfinanzierte Einrichtungen (Auslast. in %)	92	98	-6	-6,1

6.2 Klinikum Frankfurt Höchst GmbH

Anschrift: Gotenstraße 6 - 8 65929 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/31 06-0 0 69/31 06-30 30	E-Mail/Internet: info@klinikumfrankfurt.de www.klinikumfrankfurt.de
Gründung: 03.08.2006	Unternehmensgegenstand: Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens durch die bedarfs- und leistungsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten, stationären, teilstationären, vor- und nachstationären und sonstigen Krankenhausleistungen durch den Betrieb eines Krankenhauses in Frankfurt am Main-Höchst und aller damit verbundenen zweckdienlichen Einrichtungen.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 10.000.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Thomas Steinmüller		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	8 Mitglieder Frau StRin Rosemarie Heilig Herr StK Uwe Becker Frau Stv Birgit Ross Frau Stv Verena David Frau StRin Rosemarie Heilig Frau StRin Erika Pfreundschuh Frau Stv Dr. Renate Wolter-Brandecker	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Dietrich Warmbier Frau Margarete Wiemer (AN)	
Satzungsmäßige Besetzung: 8 Mitglieder davon 1 Vertreter der Arbeitnehmer und 1 im Krankenhauswesen besonders erfahrene Person	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.	
Beteiligungen: Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Für die stationäre und teilstationäre Patientenversorgung verfügt das Klinikum Höchst über rund 900 Betten bzw. Plätze in 15 somatischen Kliniken, einer psychiatrischen Klinik und zwei Tageskliniken. Ambulante Leistungen erbringen ein Sozialpädiatrisches Zentrum (SPZ) für die spezialisierte Versorgung von Kindern und Jugendlichen, eine Psychiatrische Institutsambulanz (PIA) sowie ein Medizinisches Versorgungszentrum mit drei Fachdisziplinen. Das Medizinische Versorgungszentrum ist eine 100 %-Tochter der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH. Daneben existieren ambulante Versorgungsmöglichkeiten für hochspezialisierte Leistungen nach § 116b SGB V in der Onkologie und Neurologie.

Für die Finanzierung der Sonderaufgaben, die im Rahmen der Daseinsvorsorge erbracht werden,

erfolgte am 03.11.2014 eine entsprechende Betrauung. Die Zuschüsse wurden kapitalerhöhend in die Kapitalrücklage eingestellt. Mit Wirkung zum 01.01.2016 wurde im November 2015 das Krankenhaus-Strukturgesetz beschlossen, welches unter anderem Maßnahmen zur Stärkung der Qualität der Krankenhausversorgung, ein Pflegestellen- und Hygiene-Förderprogramm, die Verlagerung der Mengensteuerung von Landes- auf Krankenhaus-ebene, eine weitere Annäherung der Landesbasisfallwerts sowie die Weiterentwicklung der ambulanten Notfallversorgung vorsieht. Der Landesbasisfallwert 2015 mit Ausgleichen beträgt 3.176,96 € nach 3.143,17 € für das 2014. Die Fallzahlen im somatischen Bereich sanken um 2,4 % gegenüber dem Vorjahr auf 33.428, wobei sich der Case-Mix-Index (durchschnittliche Fallschwere) um 1,4 % auf 1,065 reduzierte.

Die Tariflöhne im öffentlichen Dienst erhöhten sich 2015 zum 01.03.2015 um 2,4 %. Die Tariflöhne für die Ärzte stiegen rückwirkend ab dem 01.12.2014 um 2,2 % und ab dem 01.12.2015 nochmals um 1,9 %. Der im Dezember 2014 eingereichte Bauantrag für den Ersatzneubau des Klinikums Höchst wurde am 21.12.2015 genehmigt. Am 04.12.2015 wurde der Fördermittelbescheid des Landes Hessen über 54,7 Mio. € übergeben. Mit Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main am 17.12.2015 wurde der Zusammenschluss des Klinikums Höchst mit den Kliniken des Main-Taunus-Kreises in der mit Wirkung zum 01.01.2016 gegründeten Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH beschlossen. Sie soll als strategisch agierende Dachgesellschaft der Krankenhausbetriebsgesellschaften Klinikum Höchst und der Kliniken des Main-Taunus-Kreises in Hofheim und Bad Soden eine qualitativ hochwertige patienten- und bedarfsgerechte stationäre sowie ambulante medizinische Versorgung der Bevölkerung im Main-Taunus-Kreis und in der Stadt Frankfurt am Main sichern.

Gesellschafter der Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH sind je zu 50% die Stadt Frankfurt am Main und der Main-Taunus-Kreis. Je 94% der Krankenhausbetriebsgesellschaften Klinikum Frankfurt Höchst GmbH und Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH werden von der Stadt Frankfurt am Main bzw. dem Main-Taunus-Kreis in die Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH eingebracht. Die jeweils übrigen 6% werden weiterhin direkt gehalten. Ferner wird die bisher von der Stadt Frankfurt am Main direkt gehaltene Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH, die den Ersatzneubau des Klinikums in Höchst durchführen soll, zu 100 % unter der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH angesiedelt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme betrug zum Stichtag 64,4 Mio. €. Die Aktiva sind im Wesentlichen durch die Sachanlagen in Höhe von 13,2 Mio. € (Vj. 13,4 Mio. €) und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen von 30,1 Mio. € (Vj. 34,2 Mio. €) geprägt. Die Passiva ergeben sich vorrangig durch den Sonderposten zur Investitionsfinanzierung in Höhe von 12 Mio. €

(Vj. 12 Mio. €), die Rückstellungen von 22,3 Mio. € (Vj. 20,2 Mio. €) und die Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht von 9,8 Mio. € (Vj. 12,2 Mio. €).

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2015 endete mit einem Jahresfehlbetrag von -9,4 Mio. € (Vj. -4,3 Mio. €). Die Erlöse bei Krankenhausleistungen sanken um 0,4 %, während ambulante Leistungen um 11,1 % gesteigert werden konnten. Bei den Aufwendungen erhöhte sich der Personalaufwand um rund 1,7 %, während der Materialaufwand zurück ging.

B. Ausblick

Die neue Dachgesellschaft Kliniken Frankfurt Main-Taunus GmbH nimmt in 2016 ihre Arbeit auf.

Zum 01.02.2016 ist Frau Dr. Dorothea Dreizehnter Vorsitzende der Geschäftsführung der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH und Geschäftsführerin der Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH.

Ab dem 01.03.2016 wird für die im TVÖD angestellten Mitarbeiter eine Tarifsteigerung von 2,4 % wirksam und ab dem 01.02.2017 folgt eine weitere Anhebung um 2,3 %; im Bereich TV Ärzte/VKA ist der aktuelle Tarifvertrag bis zum 31.08.2016 wirksam. Der Landesbasisfallwert wurde für 2016 in Höhe von 3.264,35 € (+2,8% gegenüber dem Vorjahr) vereinbart.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Tätigkeit der Gemeinde auf dem Gebiet des Gesundheitswesens gilt gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 2 HGO nicht als wirtschaftliche Betätigung.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen 2015 Mittel von knapp 11,6 Mio. € zur Verfügung. Hiervon sind aufgrund des liquiditätsorientierten Mittelabrufs für die betrauten Bereiche bis zum Jahresende Auszahlungen

von rund 8,5 Mio. € erfolgt, die gemäß der Betrauung als Einzahlung in die Kapitalrücklage bereitgestellt wurden.

Daneben wurden 2,6 Mio. € als Übernahme der ZVK-Beiträge für die vom Eigenbetrieb Klinikum Höchst gestellten Mitarbeiter von der Stadt Frankfurt am Main getragen.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betragen im Geschäftsjahr 175 T €.

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten.

Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 17.11.2015 und 12.01.2016 für das Planjahr 2016 statt.

Jahresabschluss zum 31.12.2015 der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	13.956	14.301	-345	-2,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	758	869	-111	-12,8
Sachanlagen	13.193	13.427	-233	-1,7
Finanzanlagen	5	5	0	0,0
Umlaufvermögen	50.466	50.665	-199	-0,4
Vorräte	6.498	6.638	-140	-2,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	43.374	42.297	1.076	2,5
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	595	1.730	-1.136	-65,6
Rechnungsabgrenzungsposten	1	176	-175	-99,2
Bilanzsumme	64.423	65.142	-719	-1,1
PASSIVA				
Eigenkapital	5.379	6.245	-865	-13,9
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	10.000	10.000	0	0,0
Kapitalrücklage	35.267	26.796	8.471	31,6
Gewinnrücklagen / variables Kapital	227	227	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-30.778	-26.526	-4.252	16,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-9.336	-4.252	-5.084	119,6
Sonderposten	11.990	11.984	6	0,1
Rückstellungen	22.296	20.238	2.057	10,2
Verbindlichkeiten	24.631	26.496	-1.865	-7,0
Rechnungsabgrenzungsposten	127	179	-52	-28,8
Bilanzsumme	64.423	65.142	-719	-1,1
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	171.914	170.528	1.387	0,8
Bestandsänderung UE / FE	335	347	-12	-3,6
Gesamtleistung	172.249	170.875	1.374	0,8
sonstige betriebliche Erträge	15.236	13.848	1.388	10,0
Materialaufwand	-50.486	-48.180	-2.306	4,8
Personalaufwand	-115.025	-113.130	-1.896	1,7
Abschreibungen	-4.312	-4.376	65	-1,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-20.020	-18.174	-1.846	10,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-2.358	863	-3.221	-373,3
Finanzergebnis	-143	60	-203	-339,4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.501	923	-3.424	-371,1
Außerordentliches Ergebnis	-6.781	-5.131	-1.650	32,1
Steuern	-54	-43	-11	24,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-9.336	-4.252	-5.084	119,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-9.336	-4.252	-5.084	119,6
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	2.023	2.054	-31	-1,5

6.2.1 Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt-Höchst GmbH

Anschrift: Gotenstraße 41 65929 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/31 06-37 00 0 69/31 06-37 88	E-Mail/Internet: gf@mvz-hoechst.de www.mvz-hoechst.de
Gründung: 28.10.2005	Unternehmensgegenstand: Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens durch die bedarfs- und leistungsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten medizinischen Leistungen, die Sicherstellung der vertragsärztlichen ambulanten Versorgung sowie die Ausübung von ärztlichen Tätigkeiten unter Berücksichtigung des ärztlichen Berufsrechts, vertragsärztlicher Vorschriften und des Grundsatzes der freien Arztwahl, durch den Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 95 SGB V als fachübergreifend ärztlich geleitete Einrichtung in Frankfurt am Main-Höchst.	
Gesellschafter: Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Michael Steffen		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt: Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	3 Mitglieder Frau StRin Rosemarie Heilig Frau StRin Rosemarie Heilig Frau StRin Erika Pfreundschuh Herr Prof. Dr. Lothar Schrod	
Satzungsmäßige Besetzung: mindestens 3 Mitglieder höchstens 9 Mitglieder davon mindestens ein Vertreter der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Die „Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH“ (MVZ) wird von der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH als einzigem Gesellschafter betrieben.

Mit einer Zulassung als MVZ gem. § 95 Abs. 1 SGB V werden mit je einem Vertragsarztsitz Leistungen in folgenden Fachgruppen erbracht: Kardiologie, Pädiatrie, Labormedizin und Psychiatrie. Invasive Tätigkeiten der Chirurgie und Kardiologie werden in den Einrichtungen des Klinikums durchgeführt.

Die Wiederbesetzung des psychiatrischen Kassensitzes ist mit dem 01.05.2015 rechtzeitig vor dem Verfall des Vertragsarztsitzes erfolgt. Die Ausgründung der Pädiatrie wegen fehlender Nachbesetzung ist zum 01.07.2015 vom Zulassungsausschuss beschlossen worden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme verringerte sich von 689 T € im Vorjahr um 37 T € auf 652 T €. Während sich der Kassenbestand um 99 T € gegenüber dem Vorjahr reduzierte, stiegen die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um rund 124 T €. Das Anlagevermögen sank.

Der weiterhin bestehende Fremdkapitalbedarf ist durch Kreditgewährung der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH gedeckt worden. Bankverbindlichkeiten bestanden daher nicht.

Zur Erfolgslage

Die Umsätze von 692 T € aus dem ärztlichen Bereich lagen in 2015 um 155 T € (18,3 %) niedriger als im Vorjahr, wobei Privaterlöse in Höhe von rund 103 T € erzielt werden konnten, was 71 % über dem Planansatz lag. Die kassenärztlichen Umsätze lagen mit 580 T € rund 14 % unter dem Vorjahr. Die Ausgaben haben sich 2015 um 241 T € um rund 33 % auf 698 T € verringert. Dies ist vorrangig auf die Reduktion der Personalkosten, aber auch auf

Ersparnisse beim Praxisbedarf und den bezogenen Leistungen von 27 T € und auf um 37 T € reduzierte Beratungskosten zurückzuführen.

Nach einem Jahresfehlbetrag in 2014 in Höhe von 27 T € konnte in 2015 ein Jahresüberschuss von 22 T € erzielt werden.

B. Ausblick

Das Ausscheiden eines der drei Laborärzte zum Jahresende 2015 wird durch Änderung der Arbeitszeit eine der beiden Übrigen ab dem 01.07.2016 aufgefangen. Dies hat keine Auswirkungen auf das abrechenbare Honorarvolumen. Alle Vertragsarzt-sitze werden ab Jahresmitte 2016 kongruent zu den genehmigten Tätigkeitsumfängen ausgeübt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Tätigkeit der Gemeinde auf dem Gebiet des Gesundheitswesens gilt gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 2 HGO nicht als wirtschaftliche Betätigung.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen (Testat für den PCGK aufgrund zeitlicher Verzögerungen noch ausstehend), die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vor-erörtert werden.

Das Gespräch zum Jahresabschluss 2015 fand am 20.06.2016 statt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	180	243	-63	-25,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	75	104	-29	-28,0
Sachanlagen	105	139	-34	-24,3
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	472	446	25	5,6
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	170	46	124	267,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	301	400	-99	-24,7
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	-
Bilanzsumme	652	689	-38	-5,5
PASSIVA				
Eigenkapital	204	182	22	12,3
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	157	183	-27	-14,5
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	22	-27	49	-184,1
Rückstellungen	104	114	-10	-8,8
Verbindlichkeiten	344	394	-50	-12,7
Bilanzsumme	652	689	-38	-5,5
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	692	847	-155	-18,3
Gesamtleistung	692	847	-155	-18,3
sonstige betriebliche Erträge	29	56	-27	-48,2
Materialaufwand	-13	-35	22	-63,0
Personalaufwand	-461	-603	142	-23,5
Abschreibungen	-33	-42	9	-21,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-185	-250	66	-26,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	29	-27	56	-206,5
Finanzergebnis	-7	-9	2	-21,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	22	-36	58	-162,0
Außerordentliches Ergebnis	0	9	-9	-
Steuern	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	22	-27	49	-184,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	22	-27	49	-184,1
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	13	18	-5	-27,8

6.3 Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH

Anschrift: Christa-Maar-Str. 2 60488 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/95 80 26-0 0 69/95 80 26-129	E-Mail/Internet: geschaeftsstelle@pw-ffm.de www.pw-ffm.de
Gründung: 06.09.1983	Unternehmensgegenstand: Förderung der Wohlfahrtspflege, Berufsbildung und Erziehung durch Gewährung von Eingliederungshilfen und berufsfördernden Maßnahmen für behinderte Menschen.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Verein Arbeits- und Erziehungshilfe e.V., Frankfurt am Main Lebenshilfe Frankfurt am Main e.V., Frankfurt am Main Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung, Kreisvereinigung Main-Taunus e.V., Kelkheim/Taunus	Kapitalanteile: 13.294 € = 49,06 % 12.271 € = 45,28 % 1.023 € = 3,77 % 511 € = 1,89 % 27.099 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Wolfgang Rhein		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	9 Mitglieder Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld Frau Stv Hildegard Burkert Frau Stv Natascha Kauder Frau StRin Elke Sautner Herr StvVorst Stephan Siegler Weitere Aufsichtsratsmitglieder: Herr Volker Liedtke-Bösl Herr Uve Lüders Frau Julia Reister Herr Günter Woltering	
Satzungsmäßige Besetzung: 9 Mitglieder davon 3 von der Stadt Frankfurt am Main, 3 vom Verein Arbeits- und Erziehungshilfe e. V., Frankfurt am Main, 2 vom Verein Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e. V., Frankfurt am Main und 1 Mitglied vom Verein Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung, Kreisvereinigung Main Taunus e.V., Kelkheim	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat: Ausgeschiedene Mitglieder: Neue Mitglieder: Frau StRin Elke Sautner (seit 18.05.2015)	
Beteiligungen: Cook Company gemeinnützige GmbH	Kapitalanteile: 12.100 € = 48,40 %	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Die Gesellschaft betreibt und unterhält neben den drei Werkstätten (Praunheim, Fechenheim und Höchst) Wohnanlagen und Wohngruppen für Menschen mit geistiger Behinderung. Zu den Aufgaben gehören daneben betreutes Wohnen, ambulante Assistenz sowie Integrationsassistenz an Frankfurter Schulen und die sozialpädagogische Familienhilfe.

Erstmals seit Jahren schloss das Geschäftsjahr mit einem negativen Ergebnis ab. Ursächlich hierfür waren neben dem im Oktober vollzogenen Umzug in den Neubau auch gestiegene Personalkosten aufgrund der Tarifänderungen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich um 6,6 Mio. € auf 43,5 Mio. € erhöht. Auf der Aktivseite haben sich die Sachanlagen um 8,1 Mio. € auf 35,5 Mio. € erhöht,

was auf die Herstellungskosten für den Neubau der Werkstatt Praunheim zurückzuführen ist. Die Zunahme der Finanzanlagen von 0,2 Mio. € auf 0,4 Mio. € resultiert aus der Zuführung eines Darlehens innerhalb des zugesagten Kreditrahmens an die Cook Company gGmbH. Der Rückgang der Sonstigen Vermögensgegenstände von 3,7 Mio. € auf 1,9 Mio. € ist auf die vereinnahmten Investitionszuschüsse zurückzuführen. Die Fertigstellung des Neubaus wirkt sich auch auf der Passivseite aus. Hier steht der Anstieg des Sonderpostens Investitionszuschüsse um 6,2 Mio. € auf 11,8 Mio. € und der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 5,6 Mio. € auf 8,1 Mio. € dem Rückgang der Sonstigen Verbindlichkeiten von 10,9 Mio. € auf 4,7 Mio. € gegenüber. Der Anstieg der sonstigen Rückstellungen resultiert aus erbrachten, noch nicht in Rechnung gestellten Leistungen der Auftragnehmer für den Neubau.

Zur Erfolgslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresfehlbetrag von -385 T€ (Vj. Jahresüberschuss von 85 T€) ab. Der Anstieg der Umsatzerlöse um 668 T€ auf 26.284 T€ ergibt sich aus den Leistungsentgelten, die die Haupteinnahmequelle der Gesellschaft darstellen. Die Personalkosten (inkl. Lohnausschüttungen und soziale Abgaben der Behindertenwerkstätten) sind aufgrund Tarifänderungen um 906 T€ auf 23.957 T€ gestiegen. Die Abschreibungen erhöhen sich durch den Neubau um 358 T€ auf 1,3 Mio. €.

B. Ausblick

Der Bedarf an Betreuungsleistungen der Gesellschaft steigt weiter. Die Suche nach geeigneten Wohnformen, die sowohl dem Konzept der Inklusion genügen als auch den individuellen Assistenzaufwand für die betreuten Menschen berücksichtigt, wird die nächsten Jahre prägen. In den Werkstätten wirkt sich der Umstand aus, dass immer mehr besonders schwer behinderte Menschen aufgenommen werden, während gleichzeitig leistungsstarke

Klienten außerhalb der Werkstätten beschäftigt werden können. Die Herausforderung wird weiterhin unter anderem in der Aufnahme schwerst-/mehrfachbehinderter Menschen sowie der Differenzierung und Aufwertung der beruflichen Bildung in den Werkstätten liegen. Die Personalplanung und Personalentwicklung in der beruflichen Belegschaft wird den steigenden Anforderungen angepasst werden müssen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung hilfebedürftiger Personen auf dem Gebiet der Berufsbildung und der Erziehung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Die Stadt Frankfurt am Main hat der Gesellschaft Darlehen von 1,4 Mio. € gewährt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Ein Ausweis der Bezüge der Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	35.913	27.583	8.329	30,2
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	1	-1	-75,1
Sachanlagen	35.517	27.384	8.133	29,7
Finanzanlagen	396	198	198	99,8
Umlaufvermögen	7.548	9.285	-1.736	-18,7
Vorräte	310	324	-15	-4,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.458	5.167	-1.709	-33,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	3.781	3.793	-13	-0,3
Rechnungsabgrenzungsposten	67	39	29	74,0
Bilanzsumme	43.528	36.906	6.621	17,9
PASSIVA				
Eigenkapital	14.784	15.163	-378	-2,5
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	27	27	0	0,0
Kapitalrücklage	12.453	12.446	7	0,1
Gewinnrücklagen / variables Kapital	2.101	2.101	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	588	503	85	16,9
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-385	85	-470	-551,9
Sonderposten	11.775	5.586	6.189	110,8
Rückstellungen	2.879	1.785	1.094	61,3
Verbindlichkeiten	14.089	14.373	-283	-2,0
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.195	2.539	5.656	222,8
Bilanzsumme	43.528	36.906	6.621	17,9
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	26.284	25.616	668	2,6
Bestandsänderung UE / FE	19	35	-16	-45,6
andere aktivierte Eigenleistungen	76	0	76	-
Gesamtleistung	26.379	25.651	728	2,8
sonstige betriebliche Erträge	5.631	5.270	361	6,9
Materialaufwand	-1.725	-1.779	55	-3,1
Personalaufwand	-23.957	-23.050	-906	3,9
Abschreibungen	-1.308	-950	-358	37,7
sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.314	-4.979	-335	6,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-294	162	-456	-281,9
Finanzergebnis	-92	-66	-27	40,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-386	96	-482	-502,4
Steuern	1	-11	12	-113,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-385	85	-470	-551,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-385	85	-470	-551,9
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	501	495	6	1,2

6.4 Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH

Anschrift: Peter-Fischer-Allee 23 65929 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/93 49 33 5-0 0 69/93 49 33 5-39	E-Mail/Internet: info@zeg-ffm.de
Gründung: 05.06.2009	Unternehmensgegenstand: Die Neubau-, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen sowie gegebenenfalls die Instandhaltung der Gebäude am Klinikum Frankfurt Höchst. Dies umfasst auch ein nachhaltiges Energiecontracting bzw. auch die Betreuung der Energiezentrale für den Neubau im Passivhausstandard, die Finanzierung, die Vergabe, die Durchführung und das Projektcontrolling der Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen. Die Gesellschaft wird Eigentümerin der Neu-Immobilien.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Udo Findt Herr Karsten Valentin (seit 01.03.2015)		
Aufsichtsrat:	6 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau StRin Rosemarie Heilig	
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Uwe Becker	
	Frau Stv Birgit Ross	
	Frau Stv Verena David	
	Frau StRin Rosemarie Heilig	
	Frau StRin Erika Pfreunds Schuh	
	Frau Stv Dr. Renate Wolter-Brandecker	
Satzungsmäßige Besetzung: 6 Mitglieder	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2015

Allgemeines

Aufgrund der Neubaupläne für das Klinikum Höchst wurde im August 2013 beschlossen, den Gesellschaftszweck der Zentralen Errichtungsgesellschaft mbH (ZEG) zu erweitern. Gegenstand des Unternehmens sind nunmehr die Neubau-, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen sowie ggf. die Instandhaltung der Gebäude der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH. Insbesondere ein nachhaltiges Energiecontracting, die Finanzierung, die Vergabe, die Durchführung und das Projektcontrolling der Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen stehen im Mittelpunkt der Tätigkeiten. Die ZEG soll nach dem Neubau auch die Eigentümerin der Immobilien werden. Im Hinblick auf die Anforderungen des EU-Beihilferechtes erfolgten die Zustimmung zur Betrauung der ZEG mit gemeinwirtschaftlichen Aufgaben und der hierzu erforderlichen Ausgleichszahlungen durch die Stadt Frankfurt.

Die sich im Eigentum der Stadt Frankfurt am Main befindlichen Immobilien des Klinikums Frankfurt

Höchst (Altbau) werden an die ZEG zur Nutzung übergeben. Die ZEG wiederum ist vertraglich verpflichtet, die Immobilien der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH zur betrieblichen Nutzung unentgeltlich zu überlassen.

Mit Magistrats- und Stadtverordnetenbeschluss im Februar 2015 wurden Neubaukosten von 236,7 Mio. € verabschiedet. Der Eigenanteil der Stadt Frankfurt am Main beträgt 182,3 Mio. €. Ein entsprechender Bau- und Förderantrag wurde am 22. Dezember 2014 abgegeben.

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom Dezember 2015 wurde die Bildung eines Klinikverbundes des Klinikums Höchst mit den Kliniken des Main-Taunus-Kreises beschlossen. Die ZEG wird dabei zukünftig eine 100%-ige Tochter der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH sein.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme betrug zum Stichtag 21,6 Mio. €. Die Aktiva sind im Wesentlichen durch das Anlagevermögen in Höhe von 20,4 Mio. € (Vj. 14,8 Mio. €) geprägt, das durch die Planungskosten, Vorberei-

tungs- und Abbruchkosten sowie Erschließungskosten für den Neubau des Klinikums Frankfurt Höchst verursacht wurde. Die Passiva ergeben sich vorrangig durch den Sonderposten von 19,5 Mio. € (Vj. 15 Mio. €) aufgrund eines Investitionskostenzuschusses der Stadt Frankfurt am Main.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2015 endet aufgrund der Vereinbarung mit der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH mit einem nahezu ausgeglichenen Ergebnis von 1 T € Jahresüberschuss. Der vom Klinikum Frankfurt Höchst zu zahlende Betrag beträgt rund 777 T €, der sich im Wesentlichen durch Ansatz der entstandenen Personalkosten und der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergibt. Ferner wurden Leistungen von der AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt in Höhe von 34 T € übernommen, die sich in Summe in den Sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 811 T € niederschlagen.

B. Ausblick

Im Februar 2016 konnte das Verfahren zur Auswahl des Generalunternehmers abgeschlossen werden. Den Zuschlag erhielt die Bietergemeinschaft BAM Deutschland AG / Max Bögl Stiftung & Co. KG. Nach dem endverhandelten Zeitplan erfolgt der Beginn der Neubaumaßnahmen im Juni / Juli 2016. Mit Fertigstellung des Neubaus wird für Ende Februar 2019 gerechnet.

Im März 2016 wurde die Umhängung aller Anteile unter die Klinikum Frankfurt Höchst GmbH vollzogen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Tätigkeit der Gemeinde auf dem Gebiet des Gesundheitswesens gilt gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 2 HGO nicht als wirtschaftliche Betätigung.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.

Auf die Veröffentlichung der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird in Anwendung von § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesamtbezüge (Auslagenersatz) des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2015 betragen 750 €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2015 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Ein Wirtschaftsplangespräch 2016 hat am 12.10.2015 stattgefunden. Das Abschlussgespräch 2015 wurde am 23.05.2016 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2015 der
Zentralen Errichtungsgesellschaft mbH**

Bilanz	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	20.353	14.788	5.565	37,6
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	7	-7	-
Sachanlagen	20.353	14.781	5.573	37,7
Umlaufvermögen	1.246	1.378	-132	-9,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.199	467	732	156,6
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	47	911	-864	-94,8
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	-
Bilanzsumme	21.599	16.166	5.433	33,6
PASSIVA				
Eigenkapital	26	25	1	5,1
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	1	0	1	-
Sonderposten	19.500	15.000	4.500	30,0
Rückstellungen	24	205	-180	-88,3
Verbindlichkeiten	2.049	936	1.113	118,8
Bilanzsumme	21.599	16.166	5.433	33,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Gesamtleistung	0	0	0	-
sonstige betriebliche Erträge	811	428	383	89,4
Personalaufwand	-438	-307	-131	42,6
Abschreibungen	-0	-0	0	0,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-352	-119	-233	195,5
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	21	2	19	1.242,7
Finanzergebnis	-0	-1	0	-51,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	20	1	20	2.519,3
Steuern	-19	-1	-18	2.357,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	1	0	1	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1	0	1	-
Kennzahlen	2015	2014	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	4	3	1	33,3

III. Trägerbericht Nassauische Sparkasse

III. Trägerbericht Nassauische Sparkasse („Naspa“)

Anschrift: Rheinstraße 42-46 65185 Wiesbaden	Telefon/Fax: 0 611/364-0	E-Mail/Internet: info@naspa.de www.naspa.de
-----------------------------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Vorstand: Günter Högner (Vorsitzender seit 01.10.2015) Andreas Fabich Bertram Theilacker	Träger: Sparkassenzweckverband Nassau	Anteile: 100,00 %
----------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------	-----------------------------

Verwaltungsrat: 27 Mitglieder, davon 9 Vertreter der Arbeitnehmer

Mandatsträger der Träger und Beteiligten:	AN-Vertreter:
Herr OB Sven Gerich (Vorsitzender):	Frau Marion Adelman
Herr Burkhard Alberts	Frau Silvia Andree
Herr Jürgen Banzer	Herr Markus Geis
Herr Stk Uwe Becker	Frau Rita Gröschel
Herr Hildebrand Diehl	Herr Patrick Hannappel
Herr Carsten Filges	Frau Bärbel Henrich-Bender
Herr Berthold R. Gall	Herr Uwe Lichte
Herr Prof. Dr. Lorenz Jarass	Herr Heinz-Peter Schäfbuch
Herr Günter Kern	Herr Stefan Zimmermann
Herr Helmut Klöckner	
Herr Ulrich Krebs	
Herr Albrecht Martin	
Herr Manfred Michel	
Herr Petermartin Oschmann	
Herr Harald Schindler	
Herr Dr. Frank Schmidt	
Herr Harald Schweitzer	
Herr Achim Schwickert (stellv. Vorsitzender)	

Anteilsbesitz:	Kapitalanteile:
Naspa-Direkt-Service GmbH, Wiesbaden	100,00 %
Naspa Grundbesitz I GmbH & Co. KG, Wiesbaden	100,00 %
Naspa Immobilien GmbH, Wiesbaden	100,00 %
Nassovia Beteiligungs GmbH, Wiesbaden	100,00 %
Nassovia Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Wiesbaden	100,00 %
Schloss Vollrads GmbH & Co. Besitz KG, Oestrich-Winkel	100,00 %
Weingutsverwaltung Schloss Vollrads KG, Oestrich-Winkel	100,00 %
Naspa-Versicherungs-Service GmbH, Wiesbaden	75,00 %
S-Servicepartner Rhein-Main	70,00 %

Darüber hinaus ist die Naspa u. a. unmittelbar mit 10,4 % am Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen („SGVHT“) und mittelbar mit durchgerechnet rd. 7 % an der Landesbank Hessen-Thüringen („Helaba“) sowie jeweils mit rd. 1,2 % an der DekaBank und der Landesbank Berlin beteiligt.

Unternehmenszweck, Träger und Organe

Die Naspa ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Vollbanklizenz, die aus der 1840 gegründeten „Herzoglich-Nassauischen Landes-Credit-Casse für das Herzogtum Nassau“ hervorging. Träger ist der Sparkassenzweckverband Nas-

sau. Dieser wird gebildet durch die Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main sowie den Hochtaunuskreis, den Landkreis Limburg-Weilburg, den Main-Taunus-Kreis, den Rheingau-Taunus-Kreis in Hessen sowie den Rhein-Lahn-Kreis und den Westerwaldkreis in Rheinland-Pfalz.

Organe der Gesellschaft sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers obliegt der Naspas da nach insbesondere die Förderung des Sparens, der übrigen Formen der Vermögensbildung sowie der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs. Die Kun-

deneinlagen konnten 2015 gesteigert werden. Dabei konnte sich auch die Naspas nicht dem - infolge des Niedrigzinsumfeldes - anhaltenden Trend zu kurzfristigen Einlagen mit entsprechend veränderter Struktur des Kontenbestandes entziehen. Kreditseitig profitierte die Naspas von der lebhaften Nachfrage nach langfristigen Immobilienfinanzierungen bei unverändert risikobewusster Vergabepolitik.

Anzahl bzw. Mio. EUR	2013	2014	2015
Anzahl Spar- und Termingeldkonten	374.350	396.978	376.451
Konten für täglich fällige Gelder	480.977	478.388	478.590
Anzahl Kreditkonten	94.647	92.470	90.575
Anzahl Kundendepots*	69.173	66.691	64.746
Forderungen an Kunden	8.333	8.283	8.822
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	7.757	7.978	8.702
Depotbestand*	2.973	2.878	2.872
Stiftungskapital Naspas Stiftung	21	25	25

*) inkl. S-Broker-Depots sowie DekaBank-Depots.

Im rd. 4.200 km² umfassenden Geschäftsgebiet mit z. T. überdurchschnittlich attraktivem Kaufkraftumfeld und knapp 2 Mio. Einwohnern stehen den Kunden im Rahmen einer auf die veränderten Markterfordernisse ausgerichteten Neupositionierung im Privatkundengeschäft („Relaunch P“) aktuell insgesamt 113 (Vj. 114) Finanz- und Service-Center, 15 (Vj. 17) Private Banking-Center, 7 Finanzierungs-Center und 3 Firmenkunden-Center sowie 31 Selbstbedienungs-Center zur Verfügung. Zu dem öffentlichen Auftrag gehört auch, die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalen, sozialen und kulturellen Bereich zu fördern. Im Berichtsjahr hat Naspas zahlreiche Vereine, Einrichtungen und Projekte in Höhe von insgesamt knapp 2 Mio. € finanziell unterstützt. Seit Gründung der Naspas Stiftung „Initiative und Leistung“ vor gut 25 Jahren wurden knapp 10.200 Projekte und Aktivitä-

ten in der Region unterstützt und Fördergelder von 15,2 Mio. € ausgeschüttet.

Darüber hinaus hat die Naspas CSR-Grundsätze (Corporate Social Responsibility) erarbeitet und in die drei Säulen der Nachhaltigkeit - Ökonomie, Ökologie und Soziales - unterteilt. Aus dem erstmals erstellten „Bericht an die Gesellschaft“ können Daten und Fakten zum gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Engagement des Instituts entnommen werden.

Geschäfts- und Risikoentwicklung

Das Geschäftsjahr 2015

- verlief - bereinigt um zukunftsichernde bilanzpolitische Maßnahmen - wiederum sehr erfreulich und übertraf im Kerngeschäft die Erwartungen. Dabei wurde die margen- und risikoorientierte Geschäftspolitik ebenso fortgesetzt wie die

Anstrengungen zur Vertriebs-, Kosten-, Prozess- und Portfoliooptimierung. Begünstigt durch den Konjunkturverlauf übertrafen Auflösungen der nach unverändert konservativen Maßstäben ermittelten laufenden Risikovorsorge im Kredit- und Wertpapiergeschäft die Neubildungen und Wertberichtigungsverbräuche. Dies ist auch auf die hohe und weiter verbesserte Qualität des Kundenkreditportfolios zurückzuführen.

- stand im Zeichen der erfolgreichen Umsetzung großer Projekte. Neben der im Januar anlässlich des 175-jährigen Jubiläums erfolgten Umstellung der Marke auf das „rote S“ der Sparkassen-Organisation waren dies v.a. die Übertragung der IT Infrastruktur an ein Verbundunternehmen sowie die Auslagerung von Pensionsverpflichtungen unter vollständiger Tilgung von ‚Altlasten‘ – die vor allem aus der Nutzung von Wahlrechten im Zusammenhang mit der zeitlich zulässigen Verteilung von Mehrbelastungen aus der BilMoG-Umstellung resultierten - im Gesamtumfang von 82 Mio. €. Diese Mehrbelastung konnte durch teilweise Auflösung versteuerter stiller Reserven nach § 340 f HGB in Höhe von 75 Mio. € aufgefangen werden, was im HGB-Abschluss rechnungslegungskonform zum Sprung des Bewertungsergebnisses führte.

Im Rahmen der Ausfinanzierung der Pensionsverpflichtungen wurden die Ansprüche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (incl. Vorstand) von insgesamt 623 Mio. € auf einen Pensionsfonds, ein CTA und auf eine Unterstützungskasse übertragen.

Aus der Durchführung von Altersversorgungsverpflichtungen über die externen Versorgungsträger resultieren am Bilanzstichtag keine stillen Lasten.

Durch die vorstehend beschriebene Maßnahme im Bereich der Altersversorgung

- wird die Gewinn- und Verlustrechnung der Naspa entzerrt von den sich vor allem in neutraler Rechnung niederschlagenden Mehrbelastungen bei sich - erwartungsgemäß - fortsetzender Ermäßigung des von der Bundesbank zur Ver-

fügung gestellten Abzinsungssatzes für Pensionsverpflichtungen. Hieraus entstehende Fehlbeträge werden zukünftig im Anhang ausgewiesen.

- schlägt zukünftig das in einem Geschäftsjahr aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erwirtschaftete, die eigentliche Management-Leistung widerspiegelnde Ergebnis auf den Jahresüberschuss durch, wird also nicht mehr verzerrt durch nicht steuerbare externe Effekte.
- wird eine nachhaltige, planbare Innenfinanzierung möglich, die zur Erfüllung der steigenden aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen bei gegebenem Geschäftsmodell und Wachstumsziel unerlässlich ist.
- ist ab 2016 die Vergleichbarkeit mit Verbundsparkassen verbessert, die ihre Versorgungsverpflichtungen - anders als die Naspa bisher - nicht in der Bilanz abbilden sondern durch Umlagen an eine Zentrale Versorgungskasse erfüllen (s.u.).
- brachte auch nach der Beurteilung der Prüfungsstelle des SGVHT eine erneute Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse auch unter Berücksichtigung der o.g. getilgten stillen Lasten.

Die Zahl der zum Jahresende 2015 beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ging - auch auslagerungsbedingt - um 85 auf 1.754 zurück.

Gewinn- und Verlustrechnung

	2013	2014	2015
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsüberschuss	234,1	238,1	253,2
Provisionsüberschuss	85,5	86,2	86,8
Personal-/Sachaufwand	211,4	211,5	216,7
Sonstiger ordentlicher Aufwand	2,1	2,0	2,0
Handelsbestand	1,0	1,1	1,2
Betriebsergebnis vor Bewertung	107,2	111,9	122,5
Bewertungsergebnis	-8,9	+6,7	+82,6
Betriebsergebnis nach Bewertung	98,3	118,6	205,1
Saldo neutraler Ertrag/neutraler Aufwand	-64,1	-80,8	-156,9
Steuern	-6,2	-8,9	-14,2
Bilanzgewinn	27,9	28,9	34,0

Bei der Wertung des im Vorjahresvergleich um 15 Mio. € erhöhten Zinsüberschusses ist zu sehen, dass dieser u.a. durch Swap-Maßnahmen der Vorjahre mit 24 (Vj. 11) Mio. € stabilisiert wurde. Den Belastungen aus dem niedrigen Zinsniveau konnte Naspa durch weitere marktbedingte Zinsanpassungen im Kundengeschäft teilweise entgegenwirken.

Trotz allgemein schwieriger Absatzsituation konnte ein Provisionsüberschuss erwirtschaftet werden, der über den Erwartungen lag.

Personal- und Sachaufwand lagen in Summe zwar über dem Vorjahresniveau, dank gezieltem Kostenmanagement aber gleichwohl unter Plan. Bei der Bewertung der Einzelpositionen ist zu berücksichtigen, dass durch Auslagerung von Aufgaben auf (Verbund-) Unternehmen strukturell der Personalaufwand zurückgeht, der Sachaufwand dagegen steigt.

Bei einem Vergleich mit anderen Sparkassen ist – wie bereits erwähnt – zu berücksichtigen, dass die Naspa bezüglich der Altersversorgung direkte Zusagen ggü. den Begünstigten ausgesprochen hat, für die bis zu deren Auslagerung – aufwandswirksam – Rückstellungen in der Bilanz zu bilden und jährlich neu mit in den letzten Jahren vorgegebenen sinkenden „BilMoG-Zinsen“ zu bewerten waren, während die weit überwiegende Zahl der Sparkas-

sen nur indirekte Zusagen auf niedrigerem Versorgungsniveau hat, die per Umlageverfahren von zentralen Versorgungskassen abgewickelt werden.

Alleine der Rückgang des o.g. BilMoG-Zinses um 0,65 auf 3,89 % belastete das Naspa-Ergebnis 2015 mit rd. 55 Mio. € neben den bereits mit der Auslagerung zum Stichtag 31.12.2015 verbundenen Einmaleffekten.

Trotz dieses Systemunterschiedes übertraf die Naspa gemessen an der aussagekräftigen Betriebsergebnismarge (nach Bewertung) abermals sowohl das Durchschnittsniveau der hessischen Sparkassen als auch das der Großsparkassen. Bei vergleichbarer Altersvorsorgestruktur belegte Naspa Platz 1 (Vj 8) aller hessischen Sparkassen.

In dem per Saldo höheren Steueraufwand 2015 sind aktive latente Steuern von 33 (10) Mio. € verrechnet.

Bilanzstruktur

	2013	2014	2015
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Aktiva			
- Forderungen an Kreditinstitute	449	566	564
- Forderungen an Kunden	8.333	8.283	8.822
- Wertpapiere	1.311	1.433	1.304
- Finanzanlagen	133	128	116
- Übrige Aktiva	395	393	494
Bilanzsumme	10.621	10.803	11.300
Passiva			
- Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	1.362	1.158	1.292
- Verbindlichkeiten ggü. Kunden	7.757	7.978	8.702
- Verbriefte Verbindlichkeiten	83	192	178
- Eigene Mittel	864	888	922
- Übrige Passiva	555	587	206
Gesamt	10.621	10.803	11.300
Eventualverbindlichkeiten	532	233	211

Im Berichtsjahr wuchs das Kundenkreditgeschäft insgesamt um 6,4 % und damit etwas stärker als geplant. Knapp 58 % der Forderungen an Kunden hatten eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren (Vj. 60,8%).

Bereinigt um die stichtagsbedingt unter Verbindlichkeiten ggü. Kunden auszuweisenden Verpflichtungen ggü. einem Pensionsfonds (545 Mio. €) sind die Kundeneinlagen um 2,2 % auf 8.157 Mio. € gewachsen. Hiervon entfallen 5.692 Mio. € bzw. 69,8 (Vj. 69,1) % auf Sichteinlagen.

Die sich aus dem ‚Mismatch‘ inkongruenter Finanzierung ergebenden Risiken (insbesondere Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiko) sind aus heutiger Sicht durch das allen aufsichtsrechtlichen Anforderungen gerecht werdende Risikomanagementsystem der Naspa beherrschbar.

Die Risiken aus den im August 2013 auf den SGVHT-Reservefonds übertragenen Bestände der ehemaligen Naspa Dublin, die in den Vorjahren die Höhe der Eventualverbindlichkeiten maßgeblich beeinflussten, sind aufgrund des Abbaus der Engagements unter die Vorhaftungsgrenze von 100 Mio. € (bis zu dieser Höhe trägt der regionale

Reservefonds zunächst etwaige Ausfälle, eventuell darüber hinausgehende Verluste hätten direkt von der Naspa übernommen werden müssen) für Naspa nicht mehr wesentlich.

Die bilanzielle Eigenmittelausstattung hat sich inzwischen durch die Thesaurierung des mit dem Jahresüberschuss identischen Bilanzgewinns wieder erhöht und liegt bei 971 Mio. €. Die bankaufsichtsrechtlichen Mindesteigenkapitalanforderungen von 8 % nach der aktuellen Solvabilitätsverordnung („SolvV“) werden überschritten. Gleichwohl ist die Eigenkapitalausstattung der Naspa (auch inkl. der 2015 im Zusammenhang mit der Tilgung von Pensionslasten verminderten versteuerten stillen Reserven) im Vergleich zu den hessischen Sparkassen unterdurchschnittlich und letztlich weiter verbesserungsbedürftig.

Bedingt v.a. durch den Sondereffekt bei den Pensionsverpflichtungen errechnet sich für das im Jahresdurchschnitt 2015 zur Verfügung stehende bilanzielle Eigenkapital auf Basis des Vorsteuerergebnisses eine negative Eigenkapitalverzinsung.

Kennzahlen 2013 - 2015

Mio. EUR bzw. %	2013	2014	2015
Eigenmittel gem. SolvV	987	996	943
+ Hinweis: 971 Mio. € nach Feststellung JA			
Kernkapitalquote (%)	11,6	13,1	11,8
Gesamtkennziffer (%)	14,1	15,8	14,6
Eigenkapitalrentabilität nach HGB (%)	5,9	4,6	-
Cost-Income-Ratio (%)	66,3	65,4	63,9

Im Rahmen des Risikomanagements baut die Naspa auf einem umfassenden Instrumentarium zur Risikoerkennung, zur Risikomessung und -bewertung, zum Risikoreporting, zur Risikosteuerung und zur Risikokontrolle auf. Diese Instrumente werden - nicht zuletzt auch im Rahmen bankaufsichtsrechtlicher Vorgaben - kontinuierlich weiterentwickelt und geprüft. Die Prüfungsstelle des SGVHT hat wiederum bestätigt, dass das installierte Risikotragfähigkeitskonzept nebst den Prozessen zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der Risiken den Anforderungen der MaRisk entspricht.

Demzufolge werden der Verwaltungsrat und sein Kredit- und Risikoausschuss mindestens vierteljährlich über die Risikosituation schriftlich informiert. Ferner werden mit dem Verwaltungsrat die Geschäftsstrategie und die Risikostrategie erörtert.

Die Vorsorge für akute und latente Risiken im erfreulicherweise weiter rückläufigen non-performing-Kundenkreditgeschäft hat sich volumenbedingt gemessen an der Abschirmungsquote verschlechtert, da bei unverändert konservativer Vorsorgepolitik Einzelwertberichtigungen („EWB“) und Pauschalwertberichtigungen („PWB“) per Saldo aufzulösen waren.

Mio. EUR bzw. %	2013	2014	2015
Kundenkreditvolumen	8.524	8.504	9.062
Kredite (non-performing)	312	237	204
Bestand EWB und Rückstellungen	121	105	84
Bestand PWB	17	15	13
Abschirmquote (%)	44,2	50,6	47,5

Die Prüfungsstelle des SGVHT beurteilt die Risikotragfähigkeit der Naspa als gegeben. Weitere Einzelheiten zum Risikomanagement finden sich auch im Risikobericht des Lageberichts der Naspa.

Die Prüfung des Jahresabschlusses durch die Prüfungsstelle des SGVHT hat zu keinen Einwendungen geführt. Das uneingeschränkte Testat wurde unter dem 15. März 2016 erteilt.

Prognosebericht

Für das Jahr 2016 rechnet die Naspa mit

- einem etwas schlechteren Ergebnis vor Bewertung aufgrund des weiter nachgebenden Zinsumfeldes und der damit verbundenen Herausforderungen vor allem im Passivgeschäft, weiterem Druck im Wertpapier- und Versicherungsgeschäft für Kunden und
- - nach konservativ berechneter Standardrisikovorsorge und dank der mit der Auslagerung der Pensionsverpflichtungen nunmehr vermiedenen Verzerrung des handelsbilanziellen Rechenwerkes - einem Jahresüberschuss von gut 48 Mio. €.

Der Wettbewerb unter den Kreditinstituten, der im Geschäftsgebiet der Naspa infolge der historisch gewachsenen Gemengelage (Naspa teilt sich an rd. 50 % ihrer Standorte den Markt mit anderen Sparkassen) besonders ausgeprägt ist, wird gerade im Kreditgeschäft bei guten Adressen weiter zunehmen. Des Weiteren bringt der Digitalisierungstrend eine Welle von Drittanbietern aus der mittelbaren Finanzbranche und anderen Industrien („Fin-Techs“) hervor, denen die Naspa mit angemessenen (Verbund-)Angeboten begegnen muss.

Gesamtbeurteilung

Vor allem sich stetig verschärfende regulatorische Rahmenbedingungen gepaart mit intensivem Wettbewerb insbesondere um „gute Kreditrisiken“, zurückhaltendem Einlagengeschäft angesichts nunmehr kaum auskömmlicher Margen sowie die zunehmende Digitalisierung des Bankgeschäfts stellen für die Naspa bei anhaltendem Niedrigzinsumfeld insbesondere angesichts der im Vergleich knappen Ausstattung sowohl mit Kernkapital als auch mit versteuerten stillen Reserven unverändert in den kommenden Jahren - aus heutiger Sicht - eine Herausforderung dar. Der weiteren Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation kommt damit für die Zukunftsfähigkeit große Bedeutung zu, um dem Druck auf die Profitabilität, die Voraussetzung für die notwendige Innenfinanzierungskraft ist, wirksam zu begegnen. Auch hier ist wieder entschlossenes,

auch von den Trägern zu begleitendes Handeln gefragt.

Dank der von den Trägern und den Organen der Naspa getragenen Auslagerung der Pensionsverpflichtungen Ende 2015 wurde eine wichtige Weichenstellung getätigt, die die Jahresergebnisse des Instituts wieder primär Folge der eigenen Managementleistung sein lassen, statt von nicht steuerbaren Zinseffekten für die Altersversorgung. Das dank dieser unabdingbaren Maßnahme gewonnene Innenfinanzierungspotential sollte bei plangemäßer Geschäfts- und Ertragsentwicklung ausreichen, den derzeit absehbaren zukünftigen Kapitalbedarf aus eigener Kraft zu decken.

Die Ergebnisse der für Banken anstehenden SREP-Prüfung (Supervisory Review and Evaluation Process) bleiben allerdings abzuwarten. Vor dem Hintergrund des anhaltenden Niedrigzinsumfeldes stehen Diskussionen zum Geschäftsmodell- und Ertragsrisiken der Kreditinstitute im Fokus der Bankenaufsicht.

Auf Basis der Geschäfts-, Ertrags- und Risikoentwicklung der Naspa in den vergangenen Jahren sowie der bisher im laufenden Geschäftsjahr 2016 erreichten Ergebnisse, der plausibel erscheinenden Planungen 2016/2017, den noch vorhandenen - wenn auch knappen - Risikovorsorgepuffern sowie dem Sicherungssystem der Sparkassenorganisation als weitere „Brandmauern“, sehen wir derzeit auf Basis der vorliegenden Informationen keine Risiken für die Gewährträger, aus ihrer Stellung in Anspruch genommen zu werden.

IV. Anlagen

IV. Anlagen

Abkürzungsverzeichnis	271
Gesellschaftenverzeichnis mit Verweis der Fundstelle Buch oder digitale Anlage	276
Alphabetisches Verzeichnis der im gebundenen Beteiligungsbericht dargestellten Gesellschaften und Eigenbetriebe	292
Erläuterungen und Begriffsdefinitionen	294
Gesetzestexte, Internetfundstellen	297

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
ABG	ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH
Abs.	Absatz
a. D.	außer Dienst
AG	Aktiengesellschaft
AJH	Ambulante Jugendhilfe
AktG	Aktiengesetz
Alte Oper	Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH
AMI	Anteilsbesitz- Management- und Informationssystem
AN	Arbeitnehmersvertreter/-in
ARA	Abwasserreinigungsanlagen
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
ARS	argentinischer Peso
AUMA e. V.	Ausstellungs- und Messeausschuss der deutschen Wirtschaft
AVA	AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH
BallrG	Hessisches Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main
BäderBetriebe	BäderBetriebe Frankfurt GmbH
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGF	Bruttogeschossfläche
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BM	Bürgermeister/-in
BKRZ GmbH	BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum–Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH
BKRZ KG	Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum–Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH und Co. KG
BNetzA	Bundesnetzagentur
BPNV	Buspersonennahverkehr
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BRL	brasilianischer Real
BSMF	Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung
bspw.	beispielsweise
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
cbm	Kubikmeter
CNY	chinesischer Yuan
DaF	Deutsch als Fremdsprache
d. h.	das heißt
Dipl.-Ing.	Diplom-Ingenieur/-in
Dipl.-Verw.	Diplom-Verwaltungswirt/-in
Dr.	Doktor/-in
DRK	DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg - Hessen gemeinnützige GmbH
DSM	Deutsche Städte Medien GmbH
EB	Eigenbetrieb

EBIT	Ergebnis vor Zinsen und Steuern
EBITDA	Ergebnis vor Zinsen und Steuern und Abschreibungen
EFM	Elektronisches Fahrgeldmanagement
e. G.	eingetragene Genossenschaft
EMEA	Europe, Middle East, Africa
EMS	Energieversorgung Main Spessart GmbH
ESTG	Einkommensteuergesetz
e. V.	eingetragener Verein
EU	Europäische Union
Exhibition	Messe Frankfurt Exhibition GmbH
EZB	Europäische Zentralbank
FAAG	Frankfurter Aufbau-AG
fahma	Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH
FAS	FES Abfallmanagement- und Service GmbH
FES	FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH
ff.	fortfolgende
FH	Fachhochschule
FIFA	Fédération Internationale de Football Association
FIZ	FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH
Fraport	Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide
Frischezentrum	Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH
FRM	FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region
FSG	Flughafen-Service GmbH
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
Gesa	Gewerbeabfall- und Sperrmüllsortierungsanlage
GewO	Gewerbeordnung
ggf.	gegebenenfalls
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
HFM	HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
HGO	Hessische Gemeindeordnung
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
HK\$	Hongkong-Dollar
HMWEVL	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung
HOAI	Honorarordnung für Architekten und Ingenieure
HOLM	House of Logistic and Mobility
IAA	Internationale Automobil-Ausstellung
ICB	In-der-City-Bus GmbH
ICT	Information and Communications Technology
i.d.R.	in der Regel
IDTF	Internationales Deutsches Turnfest
IFFA	Internationale Fleischerei- Fachausstellung
IFRIC	International Financial Reporting Interpretations Committee

IFRS	International Financial Reporting Standards
i. G.	in Gründung
i. L.	in Liquidation
i. R.	im Ruhestand
IHK	Industrie- und Handelskammer
inkl.	inklusive
INR	indische Rupie
IV	Individualverkehr
ivm	ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)
JPY	japanischer Yen
KEG	KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH
KFH	Klinikum Frankfurt-Höchst
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KG	Kommanditgesellschaft
KKJF	Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)
km	Kilometer
KrBg	Kreisbeigeordnete/r
KRW	koreanischer Won
KStG	Körperschaftsteuergesetz
Künstlerhaus Mousonturm	Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH
Kulturfonds	Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH
KWh	Kilowatt Stunde
KWK	Kraft-Wärme-Kopplung
LGF	Landesgeschäftsführung
LHO	Landesverband Hessischer Omnibusunternehmer
LRat/LRätin	Landrat/Landrätin
Ltd.	Leitender
Ltd.	Limited
Mainova	Mainova AG
MBG	Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH
MdL	Mitglied des Landtags
MED	Mainova EnergieDienste GmbH
Messe Frankfurt	Messe Frankfurt GmbH
MFNE	Messe Frankfurt New Era Business Media Ltd.
MHKW	Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH
MIBAU	MIBAU GmbH
MinDirigent	Ministerialdirigent
MinR	Ministerialrat/-rätin
Mio.	Million
MP	Ministerpräsident
Mrd.	Milliarden
MSD	Mainova Service-Dienst Gesellschaft mbH
MVZ	Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt-Höchst GmbH
MWh	Megawattstunde
MXN	mexikanischer Peso
Nassauische Heimstätte	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

NIG	Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft Frankfurt am Main
Nr.	Nummer
NRM	Netzdienste Rhein-Main GmbH
NVP	Nahverkehrsplan
OB	Oberbürgermeister/-in
o. g.	oben genannt
ÖKOPROFIT	Ökologisches Projekt für integrierte Umwelttechnik
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPNVG	Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen
OVB	Offenbacher Verkehrsbetriebe GmbH
OV	Ortsvorsteher/-in
p. a.	per anno
PBG	Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH
PEN	peruanischer Nuevo Sol
PHP	philippinischer Peso
PPP	Public Private Partnership
PR	Personalrat
Präs	Präsident/in
Prof.	Professor/-in
qm	Quadratmeter
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
rd.	rund
Rebstock	Rebstock Projektgesellschaft mbH
RegD	Regierungsdirektor/-in
RegPräs	Regierungspräsident
RMA	RMA Rhein-Main Abfall GmbH
RMB	Rhein-Main-Biokompost GmbH
RMD	RMD Rhein-Main Deponie GmbH
RMJ	Rhein-Main Jobcenter GmbH
RMS	Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH
RMV	Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH
RNVP	Regionaler Nahverkehrsplan
RUB	russischer Rubel
RTW	RTW Planungsgesellschaft mbH
SAALBAU	SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH
SBF	Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH
Schirn Kunsthalle	Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH
SEVA	Schlammmentwässerungs- und Verbrennungsanlage
SGB	Sozialgesetzbuch
sog.	sogenannt
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
SRM	Straßenbeleuchtung Rhein Main GmbH
Staatsmin	Staatsminister/-in
Städtische Kliniken	Städtische Kliniken Frankfurt am Main-Höchst (Eigenbetrieb)
StK	Stadtkämmerer/-in
StR/StRin	Stadtrat/Stadträtin
StS	Staatssekretär/in

Stv	Stadtverordnete/r
StvVorst	Stadtverordnetenvorsteher/-in
SWFH	Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH
SWG	Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt am Main mbH
T	Tausend
t	Tonnen
T t	Tausend Tonnen
T t/a	Tausend Tonnen pro Jahr
TCF	Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main
traffiQ	traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH
TRL	türkische Lira
TVöD	Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst
u. a.	unter anderem
US\$	U.S.-Dollar
USP	Unique Selling Proposition
usw.	und so weiter
v. a.	vor allem
VDV	Verband Deutscher Verkehrsunternehmen
Venue	Messe Frankfurt Venue GmbH & Co. KG
Verb.dir.	Verbandsdirektor/-in
VGF	Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH
vgl.	vergleiche
VHS	Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)
Vj.	Vorjahr
VorstAG	Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung
VVRM	Veolia Verkehr Rhein-Main
Wifö	Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development – GmbH
WOHNHEIM	WOHNHEIM GmbH
WOHNSTADT	WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft mbH
z. B.	zum Beispiel
ZEG	Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH
zzgl.	zuzüglich
z. Zt.	zur Zeit

Beteiligungen der Stadt Frankfurt am Main 31.12.2015

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
0	Stadt Frankfurt am Main				
1	ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	100,00	100,00%	X	
2	ABG BelVivo GmbH & Co. KG	94,00	94,00%		X
2	ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt BeteiligungsgmbH	100,00	100,00%		X
3	ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt GmbH & Co. KG	0,00	100,00%		X
2	ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt GmbH & Co. KG	100,00	100,00%		X
2	ABG Erste Kulturcampus Frankfurt Beteiligungsg GmbH	100,00	100,00%		X
2	ABG EuropaQuartett GmbH & Co. KG	94,00	94,00%		X
2	ABG Güterplatz GmbH & Co. KG	100,00	100,00%		X
2	ABG Poststraße GmbH & Co. KG	94,90	94,90%		X
2	ABG Zweite Kulturcampus Frankfurt Beteiligungsg GmbH	100,00	100,00%		X
2	ABGnova GmbH	50,00	87,61%		X
2	book'n'drive mobilitätssysteme GmbH	33,00	57,82%		X
3	Sharegroup GmbH	25,00	14,46%	entfällt	
2	CP Campus Projekte GmbH	50,00	50,00%		X
2	Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	96,80	100,00%	X	
3	ABG Projekte GmbH	100,00	100,00%		X
3	FAAG Technik GmbH	100,00	100,00%		X
3	Hofgarten Projektgesellschaft mbH	50,00	50,00%		X
3	Parkhaus Goetheplatz GmbH	100,00	100,00%		X
3	Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH	100,00	100,00%		X
2	Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	20,00	56,03%		X
2	Hellerhof GmbH	86,83	86,83%	X	
3	Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	20,00	56,03%		X
2	MainWERT GmbH, Bietigheim-Bissingen	50,00	50,00%		X
2	Merton-Wohnprojekt GmbH	50,00	50,00%		X
2	MIBAU GmbH	92,09	94,55%		X
2	Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG	94,00	94,00%		X
2	SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH	100,00	100,00%	X	
2	WOHNHEIM GmbH	98,81	99,91%	X	
1	Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung	100,00	100,00%	X	
1	Bauverein für Höchst am Main und Umgebung eG	0,16	0,16%		X
1	BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz - und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	100,00	100,00%	X	
2	Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG	0,00	100,00%	X	
1	Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG	100,00	100,00%	X	

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
1	Dom Römer GmbH	100,00	100,00%	X	
1	DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg - Hessen gGmbH	7,73	7,73%	X	X
2	DRK-Blutspendedienst Nord-Ost gGmbH, Dresden	99,80	7,71%	entfällt	
3	ZTB Zentrum für Transfusionsmedizin und Zelltherapie Berlin gemeinnützige GmbH	100,00	7,71%	entfällt	
2	Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Zelltherapie Heidelberg gGmbH	75,10	5,80%	entfällt	
2	Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Immunogenetik Ulm gGmbH	75,10	5,80%	entfällt	
2	Medizinisches Versorgungszentrum DRK Blutspendedienst Ulm gGmbH	100,00	7,73%	entfällt	
2	Medizinisches Versorgungszentrum DRK-Blutspendedienst Frankfurt gemeinnützige GmbH	100,00	7,73%	entfällt	
2	RKU-Invest GmbH	50,00	3,86%	entfällt	
2	Stellacure GmbH, Hamburg	0,00	0,00%	entfällt	
2	Zentrales Knochenmarkspender-Register für die BRD gGmbH, Ulm	100,00	7,73%	entfällt	
2	Zentrum für Klinische Transfusionsmedizin Tübingen gGmbH	75,10	5,80%	entfällt	
1	FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH	51,00	51,00%	X	
2	FES Abfallmanagement- und Service GmbH	100,00	51,00%	X	X
2	FFR GmbH	100,00	51,00%	X	X
2	FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7/Wiesbaden KG	100,00	51,00%	X	X
2	MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	50,00	63,11%	X	X
2	RMB Rhein-Main Biokompost GmbH	100,00	51,00%	X	X
2	RMS Rhein-Main Solarpark GmbH	50,00	35,37%	X	X
2	TRAPP Handelsgesellschaft mbH	50,00	25,50%	X	X
1	FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH	40,00	40,00%	X	
1	Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	30,00	50,00%	X	
1	Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	3,20	100,00%	X	
1	Frankfurter Hippodrom GmbH	100,00	100,00%	Kap. I. 3.	
1	Frankfurter Wohnungs-Genossenschaft eG	0,02	0,02%	X	X
1	FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region	37,50	37,50%	X	
2	FrankfurtRheinMain Corp.	100,00	37,50%	X	X
1	Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH	50,00	53,34%	X	
1	Gemeinnützige Baugenossenschaft Bergen-Enkheim eG	0,22	0,22%	X	X
1	Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH	25,00	25,00%	X	
1	Hafenbetriebe der Stadt Frankfurt am Main	100,00	100,00%	X	
1	HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung	100,00	100,00%	X	
1	House of Logistics & Mobility (HOLM) GmbH	12,50	12,50%	X	X
1	ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	25,10	25,56%	X	
1	KEG Konversions-Grundstückentwicklungsgesellschaft mbH	50,00	50,00%	X	
1	Kita Frankfurt	100,00	100,00%	X	
1	Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	100,00	100,00%	X	
2	Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	100,00	100,00%	X	
1	Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main	100,00	100,00%	X	
1	Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH	60,00	60,00%	X	

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
1	Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH	20,24	20,24%	X	
1	Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH	100,00	100,00%	X	
1	Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main	100,00	100,00%	X	
2	Frischezentrum Frankfurt am Main - Großmarkt GmbH	25,00	25,00%	X	
1	Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	60,00	60,00%	X	
2	Messe Frankfurt Exhibition GmbH, Frankfurt am Main	100,00	60,00%	X	
3	Indexport Messe Frankfurt S. A., Buenos Aires	85,00	51,00%		X
3	MESAGO Messe Frankfurt GmbH, Stuttgart	100,00	60,00%		X
4	MESAGO Messemanagement GmbH Stuttgart	100,00	60,00%		X
4	Mesago PCIM GmbH Stuttgart	100,00	60,00%		X
4	SMT/ASIC/Hybrid MESAGO Messe & Kongress GmbH & Co. oHG Nürnberg	75,00	45,00%		X
3	Messe Frankfurt Asia Holding Limited, Hongkong	100,00	60,00%		X
4	Mesago Messe Frankfurt Corp. Tokio/Japan	100,00	60,00%		X
4	Messe Frankfurt (H.K.) Limited Hongkong/China	100,00	60,00%		X
5	Guangzhou Guangya Messe Frankfurt Co.Ltd.Guangzhou/PR China	50,00	30,00%		X
5	Guangzhou Litong Messe Frankfurt Co. Ltd.	55,00	33,00%		X
5	Messe Frankfurt New Era Business Media Ltd.	70,00	42,00%		X
6	Messe Frankfurt New Era Advertising (Shenzhen) Co Ltd.	100,00	42,00%		X
5	Messe Frankfurt (Shanghai) Co. Ltd. Shanghai/China	100,00	60,00%		X
4	Messe Frankfurt Korea Ltd. Seoul/Südkorea	80,00	48,00%		X
4	Messe Frankfurt Trade Fairs India Pvt.Ltd. Mumbai/Indien	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Feiras Ltda., Sao Paulo	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt France S. A. S., Paris	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Inc., Atlanta	100,00	60,00%		X
4	PAACE Automechanika Mexico LLC Georgia USA	50,00	30,00%		X
3	Messe Frankfurt Istanbul L.S., Istanbul	99,99	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Italia Srl., Mailand	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Mexico S. de R.L. de C.V., Mexiko-City	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Middle East GmbH	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt RUS O. O. O., Moskau	99,99	60,00%		X
4	AO ITEMF Expo, Moskau	50,00	30,00%		X
3	South African Shows Messe Frankfurt Proprietary Limited	56,00	33,60%		X
2	Messe Frankfurt Istanbul L.S., Istanbul	0,01	60,00%		X
2	Messe Frankfurt RUS O. O. O., Moskau	0,01	60,00%		X
2	Messe Frankfurt Venue GmbH	100,00	60,00%	X	
3	Accente Gastronomie Service GmbH, Frankfurt am Main	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Medien und Service GmbH, Frankfurt am Main	100,00	60,00%		X
1	MuseumsBausteine Frankfurt GmbH	100,00	100,00%	X	
1	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	31,11	31,11%	X	
2	AVW Assekuranzvermittlung der Wohnungswirtschaft GmbH & Co. KG	0,20	0,12%		entfällt

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
2	Butzbacher Wohnungsgesellschaft mbH	4,34	1,35%	entfällt	
2	Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	60,00	56,03%		X
2	Gemeinnützige Wohnungsbau-Gesellschaft der Stadt Rüsselsheim mbH	0,02	0,01%	entfällt	
3	TDG Technik und Dienstleistungs-GmbH Rüsselsheim	100,00	0,01%	entfällt	
2	Gewobau Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH, Wetzlar	1,60	0,50%	entfällt	
2	Hessische Landgesellschaft mbH Kassel	0,33	0,22%	entfällt	
2	MIBAU GmbH	7,91	94,55%		X
2	NH ProjektStadt GmbH	100,00	31,11%		X
2	Treuhandgesellschaft für die Südwestdeutsche Wohnungswirtschaft mbH	1,00	0,45%	entfällt	
3	ASW-Südwest Frankfurt	25,00	0,11%	entfällt	
3	Treuhandgesellschaft für die Thüringer Wohnungswirtschaft (TTW) Erfurt	31,00	0,14%	entfällt	
2	Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH	5,10	1,59%	entfällt	
2	WOHNHEIM GmbH	0,12	99,91%	X	
2	WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH	88,95	27,67%		X
3	AarealBank AG Wiesbaden	0,01	0,00%	entfällt	
3	AWW Assekuranzvermittlung der Wohnungswirtschaft GmbH & Co. KG	0,20	0,12%	entfällt	
3	Baugenossenschaft Frankenberg	0,06	0,02%	entfällt	
3	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH der Stadt Marburg	0,23	0,06%	entfällt	
3	gem. Wohnungs- und Siedlungsbaugenossenschaft f.d. Landkreis Marburg/Kassel	0,03	0,01%	entfällt	
3	Hessische Landgesellschaft mbH Kassel	0,44	0,22%	entfällt	
3	MET Medien-Energie-Technik Versorgungs- und Betreuungsgesellschaft mbH Kassel	100,00	27,67%		X
4	DNMG Deutsche Netzmarketing GmbH Bonn	3,25	0,90%	entfällt	
3	Sparda Bank Kassel e.G.	0,00	0,00%	entfällt	
3	Treuhandgesellschaft für die Südwestdeutsche Wohnungswirtschaft mbH	0,50	0,45%	entfällt	
2	Wohnungsgesellschaft Dietzenbach mbH	33,33	10,37%	entfällt	
3	Grundstücksverwertungs- und Betreuungsgesellschaft mbH Dietzenbach	33,33	3,46%	entfällt	
1	Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH	49,06	49,06%	X	
2	Cook Company gemeinnützige GmbH	48,40	23,74%		X
1	Rebstock Projektgesellschaft mbH	50,00	50,00%	X	
1	Regionalpark Ballungsraum RheinMain Gemeinnützige GmbH	6,67	6,67%		X
1	Regionalpark Rhein-Main Süd-West GmbH	5,88	5,88%		X
1	Regionalpark Rhein-Main Tarnushang GmbH	11,11	11,11%		X
1	Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV)	3,70	3,70%		X
2	Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH	100,00	3,70%	entfällt	
2	ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	12,45	25,56%	X	
2	Rhein-Main Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH	100,00	3,70%	entfällt	
2	RTW Planungsgesellschaft mbH	16,67	33,95%	X	
2	VDV e Ticket Service GmbH & Co. KG	10,13	0,38%	entfällt	
1	RMA Rhein-Main Abfall GmbH	19,23	19,23%		X
1	RTW Planungsgesellschaft mbH	33,33	33,95%	X	

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
1	SBEV Stadtbahn Europaviertel Projektbaugesellschaft mbH	49,00	100,00%	Kap. 1. 3.	
1	Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH	100,00	100,00%	X	
1	Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH	100,00	100,00%	X	
1	Stadtentwässerung Frankfurt am Main	100,00	100,00%	X	
1	Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH	100,00	100,00%	X	
1	Städtische Kliniken Frankfurt am Main - Höchst	100,00	100,00%	X	
1	Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	100,00	100,00%	X	
2	AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH	100,00	100,00%	X	
2	Bäderbetriebe Frankfurt GmbH	100,00	100,00%	X	
2	Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide	20,02	20,02%	X	
3	Aerodrom Ljubljana, d.d.	100,00	20,02%		X
4	Aerodrom Portoroz	30,46	6,10%	entfällt	
3	Afriport S. A., Luxemburg	100,00	20,02%		X
4	Daport S. A., Dakar/ Senegal	100,00	20,02%		X
3	AirIT Services AG, Lautzenhausen	100,00	20,02%		X
3	AirIT Systems GmbH	50,00	13,01%	entfällt	
4	AirITSolutions Gesellschaft mit beschränkter Haftung	100,00	13,01%	entfällt	
3	Airmail Center Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	40,00	8,01%	entfällt	
3	Airport Assekuranz Vermittlungs-GmbH, Frankfurt am Main	100,00	20,02%		X
4	Fraport Malta Business Services Ltd., Malta	0,07	20,02%		X
4	Fraport Malta Ltd., Malta/Malta	0,07	20,02%		X
5	Fraport Malta Business Services Ltd., Malta	99,93	20,02%		X
5	Fraport Saudi Arabia for Airport Management and Development Services Company Ltd.	10,00	20,02%		X
4	Fraport Peru S.A.C., Lima/Peru	0,01	20,02%		X
3	Airport Cater Service GmbH, Frankfurt am Main	100,00	20,02%		X
3	AMU Holdings Inc.	100,00	20,02%		X
4	Airmall Inc.	100,00	20,02%		X
5	Airmall Boston Inc.	100,00	20,02%		X
5	Airmall Cleveland Inc.	100,00	20,02%		X
5	Airmall Maryland Inc.	100,00	20,02%		X
5	Airmall Pittsburgh Inc.	100,00	20,02%		X
5	Airmall USA Inc.	100,00	20,02%		X
3	Antalya Havalimani Uluslararası Terminal İşletmeciliği A.Ş.	100,00	20,02%		X
4	Fraport IC İctas Havalimani İşletme A.Ş.	11,44	10,21%	entfällt	
5	Fraport IC İctas Antalya Havalimani Terminal Yatırım ve İşletmeciliği A.Ş.	0,01	10,21%	entfällt	
4	Fraport IC İctas Havalimani Yer Hizmetleri A.Ş.	50,00	10,01%	entfällt	
3	APS Airport Personal Service GmbH	100,00	20,02%		X
3	ASG Airport Service Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	49,00	9,81%	entfällt	
3	Delhi International Airport Private Limited	10,00	2,00%	entfällt	
3	Energy Air GmbH, Frankfurt am Main	100,00	20,02%		X

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
3	FCS Frankfurt Cargo Services GmbH	49,00	9,81%	entfällt	
3	Flughafen Frankfurt Main Monoprosopi EPE, Athen/Griechenland	100,00	20,02%		X
3	Flughafen Hannover-Langenhagen GmbH, Hannover	30,00	6,00%	entfällt	
4	AHS Aviation Handling Services GmbH, Hamburg	34,75	2,09%	entfällt	
5	AHS Hannover Aviation Handling Service GmbH	49,00	4,08%	entfällt	
4	AHS Hannover Aviation Handling Service GmbH	51,00	4,08%	entfällt	
4	Aircargo Services Hannover GmbH	100,00	6,00%	entfällt	
4	AirIT Systems GmbH	50,00	13,01%	entfällt	
4	Gastronomie Flughafen Hannover GmbH	50,00	3,00%	entfällt	
4	Hannover Aviation Ground Services GmbH	100,00	6,00%	entfällt	
4	Hannover Marketing und Tourismus GmbH	0,74	0,04%	entfällt	
4	Wirtschaftsförderungs-Gesellschaft Langenhagen Frankfurt mbH	50,00	3,00%	entfällt	
3	FRA - Vorfeldkontrolle GmbH	100,00	20,02%		X
3	FraCareServices GmbH	51,00	10,21%	entfällt	
3	Fraport Asia Ltd., Hong Kong	100,00	20,02%		X
4	Pantares Tradeport Asia Ltd., Hongkong/China	50,00	10,01%	entfällt	
5	Tradeport Hongkong Ltd.	37,50	3,75%	entfällt	
4	Xi'an Xianyang International Airport Co Ltd.	24,50	4,90%	entfällt	
3	Fraport Beteiligungsgesellschaft mbH	100,00	20,02%		X
3	Fraport Beteiligungs-Holding GmbH	100,00	20,02%		X
4	Flughafen-Kanalreinigungsgesellschaft mbH	100,00	20,02%		X
4	Frankfurter Kanalreinigungsgesellschaft mbH	100,00	20,02%		X
3	Fraport Casa Commercial GmbH	100,00	20,02%		X
3	Fraport Casa GmbH	100,00	20,02%		X
3	Fraport IC Ictas Antalya Havalimani Terminal Yatirim ve Isletmeciligi A. S.	51,00	10,21%	entfällt	
3	Fraport IC Ictas Havalimani Isletme A.S.	39,56	10,21%	entfällt	
3	Fraport Immobilienservice und -entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG, Flörsheim am Main	100,00	20,02%		X
4	Fraport Objekt Mönchhof GmbH	100,00	20,02%		X
4	Fraport Objekt 162 163 GmbH	100,00	20,02%		X
4	Fraport Real Estate Mönchhof GmbH & Co KG	100,00	20,02%		X
5	Multi Park II Mönchhof GmbH	50,00	10,01%	entfällt	
4	Fraport Real Estate Mönchhof 162 163 GmbH & Co KG	100,00	20,02%		X
3	Fraport Malta Ltd., Malta/Malta	99,93	20,02%		X
3	Fraport Passenger Services GmbH	100,00	20,02%		X
3	Fraport Peru S.A.C., Lima/Peru	99,99	20,02%		X
3	Fraport Philippines Services Inc., Manila/ Philippinen	99,99	20,01%		X
3	Fraport Real Estate Verwaltungs GmbH, Flörsheim am Main	100,00	20,02%		X
3	Fraport Regional Airports of Greece A S.A.	65,00	13,01%	entfällt	
3	Fraport Regional Airports of Greece B S.A.	65,00	13,01%	entfällt	
3	Fraport Regional Airports of Greece Management Company S.A.	65,00	13,01%	entfällt	

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
3	Fraport Saudi Arabia for Airport Management and Development Services Company Ltd.	90,00	20,02%		X
3	Fraport Twin Star Airport Management AD, Varna/Bulgarien	60,00	12,01%	entfällt	
3	FraSec Fraport Security Services GmbH, Frankfurt am Main	100,00	20,02%		X
4	Compania de Economia Mixta de Valor y Seguridad CIVAS EQUADOR	35,00	7,01%	entfällt	
4	International Aviation Security, Lda (in Liquidation)	100,00	20,02%	keine Angaben	
4	International Aviation Security (UK) Limited (in Liquidation)	100,00	20,02%	keine Angaben	
3	GCS Gesellschaft für Cleaning Service mbH & Co. Airport Frankfurt/Main KG	100,00	20,02%		X
3	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	33,33	6,67%	entfällt	
4	Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH	50,00	53,34%	X	
3	Ineuropa Handling Alicante U.T.E., Madrid/Spanien	20,00	4,00%	entfällt	
3	Ineuropa Handling Madrid U.T.E., Madrid/Spanien	20,00	4,00%	entfällt	
3	Ineuropa Handling Mallorca U.T.E., Madrid/Spanien	20,00	4,00%	entfällt	
3	Ineuropa Handling U.T.E., Santa Cruz/Spanien	20,00	4,00%	entfällt	
3	ISF Internationale Schule Frankfurt-Rhein-Main GmbH & Co. KG	0,90	0,18%	entfällt	
3	Lima Airport Partners S. R. L. (LAP), Lima/Peru	70,01	14,01%	entfällt	
3	Media Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	51,00	10,21%	entfällt	
3	Medical Airport Service GmbH, Kelsterbach	50,00	10,01%	entfällt	
4	Terminal for Kids gGmbH	100,00	10,01%	entfällt	
3	NICE Aircraft Services & Support GmbH, Frankfurt am Main	52,00	10,41%	entfällt	
3	operational services GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	10,01%	entfällt	
3	Perishable-Center Verwaltungs-GmbH Zentrum für verderbliche Güter Frankfurt	10,00	2,00%	entfällt	
4	Perishable-Center Zentrum für verderbliche Güter Frankfurt GmbH & Co. Betriebs-KG	60,00	2,00%	entfällt	
3	Perishable-Center Zentrum für verderbliche Güter Frankfurt GmbH & Co. Betriebs-KG	4,00	2,00%	entfällt	
3	Philippine Airport and Ground Services Terminals Holdings, Inc., Pasay City/Philippinen	40,00	8,01%	entfällt	
3	Philippine Airport and Ground Services Terminals, Inc., Manila/Philippinen	40,00	8,01%	entfällt	
3	Philippine Airport Ground Services, Inc., Manila/Philippinen	40,00	8,01%	entfällt	
3	Philippine International Air Terminals Co., Inc., Manila/Philippinen	30,00	6,00%	entfällt	
3	Shanghai Frankfurt Airport Consulting Services Co., Ltd. Shanghai/China	50,00	10,01%	entfällt	
3	Thalita Trading Limited	35,50	7,11%	entfällt	
4	Northern Capital Gateway LLC	100,00	7,11%	entfällt	
3	THE SQUAIRE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	2,40	0,48%	entfällt	
3	VCS Verwaltungsgesellschaft für Cleaning Service mbH, Frankfurt am Main	100,00	20,02%		X
2	In-der-City-Bus GmbH	100,00	100,00%	X	
2	Main Mobil Frankfurt GmbH	100,00	100,00%	X	
2	Mainova AG	75,22	75,22%	X	
3	ABGnova GmbH	50,00	87,61%		X
3	ABO Wind Aktiengesellschaft	10,37	7,80%	entfällt	
4	ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG	32,40	24,19%		X
4	WPE - Hessische Windpark Entwicklungs GmbH	50,10	41,44%		X
5	ABO Wind WP Frankfurt1 GmbH & Co. KG	100,00	41,44%		X

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
5	ABO Wind WP Weilrod GmbH & Co. KG	20,00	8,29%	entfällt	
3	Aufwind Energienossenschaft Lahn-Dill-Bergland Süd eG	0,88	0,66%	entfällt	
3	Biomasse- Kraftwerk Fechenheim GmbH	90,00	67,70%	X	X
3	book'n'drive mobilitätssysteme GmbH	33,00	57,82%	X	X
3	CEE Mainova WP Kirchhain GmbH & Co. KG	30,00	22,57%	X	X
3	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	20,97%	X	X
3	ENAG/Maingas Energieanlage GmbH, Eisenach	50,00	37,61%	X	X
3	Energieversorgung Main-Spessart GmbH	100,00	75,22%	X	X
4	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	20,97%	X	X
3	Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH	62,22	56,67%	X	X
4	Eisenacher Versorgungsbetriebe GmbH	23,90	13,55%	entfällt	
5	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	20,97%	X	X
5	EVB Netze GmbH	100,00	13,55%	entfällt	
5	Windkraft Thüringen GmbH	8,33	1,13%	entfällt	
4	Ohra Energie GmbH	49,00	27,77%	X	X
5	Biomassehof Mühberg GmbH	51,00	14,16%	entfällt	
5	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	20,97%	X	X
5	EDW Energiedienste GmbH	100,00	27,77%	X	X
4	Werraenergie GmbH	49,00	27,77%	X	X
5	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	20,97%	X	X
5	Energieversorgung Schmalzkalden GmbH	49,90	13,86%	entfällt	
5	eWerk GbR	75,00	20,83%	X	X
5	Immo.Serv. GmbH	49,00	13,61%	entfällt	
5	Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	2,50	65,57%	X	X
5	Werra Energiedienste GmbH	100,00	27,77%	X	X
3	eserv GmbH & Co. KG	50,00	50,68%	X	X
3	eserv Verwaltungsgesellschaft mbH	50,00	50,68%	X	X
3	Ferme Eolienne de Migé SARL	100,00	75,22%	X	X
3	Gas-Union GmbH	34,27	26,13%	X	X
4	Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH	37,78	56,67%	X	X
4	eserv GmbH & Co. KG	50,00	50,68%	X	X
4	eserv Verwaltungsgesellschaft mbH	50,00	50,68%	X	X
4	GasLINE Telekommunikationsnetz GF mbH	5,00	1,31%	entfällt	
4	GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft mbH & Co.KG	5,00	1,31%	entfällt	
4	Gas-Union Storage GmbH	100,00	26,13%	X	X
4	Gas-Union Transport GmbH & Co. KG	100,00	26,13%	X	X
4	Gas-Union Transport Verwaltungs GmbH	100,00	26,13%	X	X
4	Gas-Union (UK) Limited	100,00	26,13%	X	X
4	KGBE-Kommunale Gasspeicher Beteiligungsges. Epe mbH	25,00	6,53%	entfällt	
4	KGE-Kommunale Gasspeichergesellschaft Epe mbH & Co. KG	25,00	6,53%	entfällt	

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
4	Trianel Gasspeicherergesellschaft Epe mbH & Co. KG	10,00	2,61%	entfällt	
4	WT Engineering GmbH	60,00	15,68%	entfällt	
3	Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen	50,00	37,61%		X
4	Energiedienst Main-Kinzig GmbH	50,00	18,80%	entfällt	
4	Kurbetrieb Kraft-Wärme GmbH	50,00	18,80%	entfällt	
4	Main-Kinzig Netzdienste GmbH	100,00	37,61%		X
3	Gasversorgung Offenbach GmbH	25,10	18,88%	entfällt	
3	Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG	25,10	18,88%	entfällt	
3	Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH	15,60	11,73%	entfällt	
3	Hessenwasser GmbH & Co. KG, Groß-Gerau	36,36	27,35%		X
4	IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH Mülheim a.d.Ruhr	15,00	4,10%	entfällt	
3	Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau	36,33	27,33%		X
3	Hotmobil Deutschland GmbH	100,00	75,22%		X
3	Infranova Bioerdgas GmbH	49,90	37,53%		X
3	Joblinge gAG	20,00	15,04%	entfällt	
3	Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH	100,00	75,22%		X
4	Thüga Holding GmbH & Co.KGaA	20,53	15,44%	entfällt	
5	CONTIGAS Deutsche Energie-Aktiengesellschaft	100,00	15,44%	entfällt	
6	Thüga AG München	18,90	15,44%	entfällt	
7	badenova AG & CO. KG	44,63	6,89%	entfällt	
7	CONERGOS GmbH & Co. KG	45,61	7,04%	entfällt	
7	Conergos Verwaltungs GmbH	100,00	15,44%	entfällt	
7	DREWAG - Stadtwerke Dresden GmbH	10,00	1,54%	entfällt	
7	eins energie in sachsen GmbH & Co. KG	39,85	6,15%	entfällt	
7	EKO2 GmbH	39,97	6,17%	entfällt	
8	Energieversorgung Mittelrhein GmbH	83,14	5,13%	entfällt	
7	E-MAKS GmbH & Co. KG	26,50	4,09%	entfällt	
7	E-Maks Verwaltungs-GmbH	25,00	3,86%	entfällt	
7	Energie Dannstadter Höhe GmbH & Co. KG	35,00	5,40%	entfällt	
7	Energie Südbayern GmbH	50,00	7,72%	entfällt	
7	Energie- und Wassergesellschaft mbH	49,90	7,71%	entfällt	
7	Energie Waideck-FrankenberG GmbH	45,27	6,99%	entfällt	
7	Energieversorgung Limburg GmbH, Limburg a.d. Lahn	10,00	2,14%	entfällt	
7	Energieversorgung Lohr-Karlstadt und Umgebung GmbH & Co. KG	49,00	7,57%	entfällt	
7	Energieversorgung Pirna GmbH	25,09	3,87%	entfällt	
7	Energieversorgung Rudolstadt GmbH	25,10	3,88%	entfällt	
7	Energieversorgung Selb-Marktedwitz GmbH	43,37	6,70%	entfällt	
7	Energieversorgung Sylt GmbH	47,00	7,26%	entfällt	
7	Erdgas Mittelachsen GmbH	48,17	7,44%	entfällt	
7	erdgas schwaben gmbh	64,86	10,02%	entfällt	

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
7	e-rp GmbH	79,29	12,24%	entfällt	
7	ESWE Versorgungs AG	49,38	7,63%	entfällt	
7	EVI Energieversorgung Hildesheim GmbH & Co. KG	25,20	3,89%	entfällt	
7	EVI Energieversorgung Hildesheim Verwaltungs-GmbH	25,20	3,89%	entfällt	
7	e-werk Sachsenwald GmbH	19,64	3,03%	entfällt	
7	EWB GmbH	20,00	3,09%	entfällt	
7	Freiberger Erdgas GmbH	40,50	6,25%	entfällt	
7	FREITALER STROM + GAS GMBH	15,00	2,32%	entfällt	
7	Gasstadtwerke Zerbst GmbH	49,00	7,57%	entfällt	
7	Gasversorgung Görlitz GmbH	37,50	5,79%	entfällt	
7	Gasversorgung Lahn-Dill GmbH	50,00	7,72%	entfällt	
7	Gasversorgung Pforzheim Land GmbH	31,00	4,79%	entfällt	
7	Gemeindewerke Haßloch GmbH	25,10	3,88%	entfällt	
7	GEW Wilhelmshaven GmbH	49,00	7,57%	entfällt	
7	Halberstadtwerke GmbH	25,00	3,86%	entfällt	
7	Harz Energie GmbH & Co. KG	51,68	7,98%	entfällt	
7	Heizkraftwerk Pforzheim GmbH	10,00	1,54%	entfällt	
7	Heizkraftwerk Würzburg GmbH	24,91	3,85%	entfällt	
7	KALA Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG	18,40	2,84%	entfällt	
7	Licht-, Kraft- und Wasserwerke Kitzingen GmbH	40,00	6,18%	entfällt	
7	Licht- und Kraftwerke Sonneberg GmbH	40,00	6,18%	entfällt	
7	Mainova AG	24,47	75,22%	X	
7	N-ERGIE Aktiengesellschaft	39,80	6,15%	entfällt	
8	Thüga Holding GmbH & Co.KGaA	20,53	15,44%	entfällt	
7	Rhein Hessische Energie- und Wasserversorgungs-GmbH	37,05	5,72%	entfällt	
7	RhönEnergie Fulda GmbH	17,46	2,70%	entfällt	
7	Städtische Werke AG, Kassel	24,90	3,85%	entfällt	
8	Gas-Union GmbH	9,18	26,13%	X	
7	Stadtwerk Tauberfranken GmbH	48,64	7,51%	entfällt	
7	Stadtwerke - Erdgas Plauen GmbH	49,00	7,57%	entfällt	
7	Stadtwerke Ansbach GmbH	40,00	6,18%	entfällt	
7	Stadtwerke Aue GmbH	24,50	3,78%	entfällt	
7	Stadtwerke Bad Harzburg GmbH	49,00	7,57%	entfällt	
7	Stadtwerke Bad Hersfeld GmbH	25,10	3,88%	entfällt	
7	Stadtwerke Elbtal GmbH	19,00	2,93%	entfällt	
7	Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH	20,00	3,09%	entfällt	
7	Stadtwerke Essen AG	20,00	3,09%	entfällt	
7	Stadtwerke ETO GmbH & Co. KG	46,91	7,24%	entfällt	
7	Stadtwerke Frankenthal GmbH	20,00	3,09%	entfällt	
7	Stadtwerke Freudenstadt GmbH & Co. KG	20,00	3,09%	entfällt	

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
7	Stadtwerke Germersheim GmbH	25,10	3,88%	entfällt	entfällt
7	Stadtwerke Greven GmbH	24,50	3,78%	entfällt	entfällt
7	Stadtwerke Grünstadt GmbH	21,00	3,24%	entfällt	entfällt
7	Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft	24,00	3,71%	entfällt	entfällt
8	Thüga Holding GmbH & Co.KGaA	20,53	15,44%	entfällt	entfällt
7	Stadtwerke Heide GmbH	49,00	7,57%	entfällt	entfällt
7	Stadtwerke Homburg GmbH	24,23	3,74%	entfällt	entfällt
7	Stadtwerke Ilmenau GmbH	49,00	7,57%	entfällt	entfällt
7	Stadtwerke Kelheim Beteiligungs-GmbH	35,00	5,40%	entfällt	entfällt
7	Stadtwerke Kelheim GmbH & Co. KG	35,00	5,40%	entfällt	entfällt
7	Stadtwerke Langenfeld GmbH	20,00	3,09%	entfällt	entfällt
7	Stadtwerke Lindenberg GmbH	39,97	6,17%	entfällt	entfällt
7	Stadtwerke Meerane GmbH	24,50	3,78%	entfällt	entfällt
7	Stadtwerke Mühlhausen GmbH	25,10	3,88%	entfällt	entfällt
7	Stadtwerke Neuss Energie und Wasser GmbH	15,00	2,32%	entfällt	entfällt
7	Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH	25,12	3,88%	entfällt	entfällt
7	Stadtwerke Radolfzell GmbH	49,00	7,57%	entfällt	entfällt
7	Stadtwerke Reichenbach/Vogtland GmbH	24,50	3,78%	entfällt	entfällt
7	Stadtwerke Sondershausen GmbH	25,10	3,88%	entfällt	entfällt
7	Stadtwerke Stade GmbH	20,00	3,09%	entfällt	entfällt
7	Stadtwerke Villingen-Schwenningen GmbH	30,00	4,63%	entfällt	entfällt
7	Stadtwerke Wertheim GmbH	38,93	6,01%	entfällt	entfällt
7	Stadtwerke Würzburg Aktiengesellschaft	22,73	3,51%	entfällt	entfällt
7	Stadtwerke Zittau GmbH	14,90	2,30%	entfällt	entfällt
7	Stadtwerke Zweibrücken GmbH	25,10	3,88%	entfällt	entfällt
7	SWE Energie GmbH	10,00	1,54%	entfällt	entfällt
7	SWE Netz GmbH	10,00	1,54%	entfällt	entfällt
7	SWE Technische Service GmbH	1,00	0,15%	entfällt	entfällt
7	SWK Stadtwerke Kaiserslautern Versorgungs-AG	25,10	3,88%	entfällt	entfällt
7	SWP Stadtwerke Pforzheim GmbH & Co. KG	35,00	5,40%	entfällt	entfällt
7	Syneco Trading GmbH	50,12	14,42%	entfällt	entfällt
7	Thüga Assekuranz Services München Versicherungsmakler GmbH	100,00	15,44%	entfällt	entfällt
7	Thüga Energie GmbH	100,00	15,44%	entfällt	entfällt
8	DEH Deutsche Energiehandels GmbH	100,00	15,44%	entfällt	entfällt
8	inCITI Singen GmbH	100,00	15,44%	entfällt	entfällt
7	Thüga Energieeffizienz GmbH	100,00	15,44%	entfällt	entfällt
7	Thüga Energienetze GmbH	100,00	15,44%	entfällt	entfällt
7	Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	7,37	1,69%	entfällt	entfällt
8	EE Repowering GmbH & Co. KG	70,00	1,19%	entfällt	entfällt
8	EE Repowering Verwaltungs GmbH	70,00	1,19%	entfällt	entfällt

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
8	Gemeinschaftswindpark Kandrich GmbH & Co. KG	20,00	0,34%	entfällt	entfällt
8	Gemeinschaftswindpark Kandrich Verwaltungs GmbH	20,00	0,34%	entfällt	entfällt
8	Infrastruktur Windpark Vogelsberg GbR	47,36	0,80%	entfällt	entfällt
8	Neue Energien Zernsee GmbH & Co. OHG	80,00	1,36%	entfällt	entfällt
8	Rhein Hessische Windpark Beteiligungs GmbH & Co. KG	40,00	0,68%	entfällt	entfällt
8	Rhein Hessische Windpark Beteiligungs-Verwaltungs-GmbH	40,00	0,68%	entfällt	entfällt
8	Tauberfranken Wind GmbH	25,00	0,42%	entfällt	entfällt
8	THEE ESWE Windparkbeteiligungs GmbH & Co. KG	66,70	1,13%	entfällt	entfällt
8	THEE ESWE Windparkbeteiligungs Verwaltungs GmbH	66,70	1,13%	entfällt	entfällt
8	THEE PE-Beteiligungs GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	entfällt
8	THEE Projektentwicklungs GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	entfällt
8	THÜGA BOREAS Wind Verwaltungs GmbH	74,90	1,27%	entfällt	entfällt
8	Thüga Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	100,00	1,69%	entfällt	entfällt
8	Thüga Erneuerbare Energien Windparkbeteiligungs GmbH	100,00	1,69%	entfällt	entfällt
8	Umspannwerk Kirchberg 2 GmbH & Co. KG	44,40	0,75%	entfällt	entfällt
8	UW Nessa GmbH & Co. KG	21,90	0,37%	entfällt	entfällt
8	UW Nessa Verwaltungs GmbH	21,90	0,37%	entfällt	entfällt
8	Windkraft Oibersleben I GmbH & Co. KG	74,90	1,27%	entfällt	entfällt
8	Windkraft Wangenheim GmbH & Co. KG	74,90	1,27%	entfällt	entfällt
8	Windpark Alsfeld GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	entfällt
8	Windpark Arpke GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	entfällt
8	Windpark Bepener Bruch IV GmbH & Co. Infrastruktur KG	66,67	1,13%	entfällt	entfällt
8	Windpark Bepener Bruch IV GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	entfällt
8	Windpark Biebersdorf GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	entfällt
8	Windpark Calau GmbH & Co. KG	66,70	1,13%	entfällt	entfällt
8	Windpark Dedenbach GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	entfällt
8	Windpark Fahrenwalde GmbH & Co. KG	66,70	1,13%	entfällt	entfällt
8	Windpark Frauenmark II GmbH & Co. KG	66,70	1,13%	entfällt	entfällt
8	Windpark Hohen Birken GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	entfällt
8	Windpark Massenhausen GmbH & Co. KG	66,70	1,13%	entfällt	entfällt
8	Windpark Neuerkirch GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	entfällt
8	Windpark Rastenberg GmbH & Co. KG	66,70	1,13%	entfällt	entfällt
8	Windpark Salzeck GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	entfällt
8	Windpark TEVEN Asberg GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	entfällt
8	Windpark TEVEN Asberg Verwaltungs GmbH	100,00	1,69%	entfällt	entfällt
8	Windpark TEWI GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	entfällt
8	Windpark THEE Unzenberg GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	entfällt
8	Windpark Vogelsberg GmbH & Co. KG	66,70	1,13%	entfällt	entfällt
8	Windpark Weißenfels GmbH & Co. KG	66,70	1,13%	entfällt	entfällt
8	Windpark Willmersdorf III GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	entfällt

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
8	WP Fahrenwalde Infrastruktur GbR	29,21	0,50%	entfällt	
8	WP Sachsen-Anhalt Süd Acht GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	
8	WP Sachsen-Anhalt Süd Neun GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	
7	Thüga EVK Beteiligungs GmbH	100,00	15,44%	entfällt	
7	Thüga MeteringService GmbH	100,00	15,44%	entfällt	
7	Thüringer Energie AG	15,19	2,35%	entfällt	
7	Wasserversorgung Rheinhausen-Pfalz GmbH	25,10	3,88%	entfällt	
7	WEMAG AG	25,10	3,88%	entfällt	
7	Zwickauer Energieversorgung GmbH	23,00	3,55%	entfällt	
5	Thüga AG München	81,10	15,44%	entfällt	
5	Thüga Management GmbH	100,00	15,44%	entfällt	
3	Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	100,00	75,22%		X
4	Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG	0,00	75,22%		X
3	Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	85,00	65,57%		X
3	Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
3	Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
3	Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH	100,00	75,22%		X
4	Service4EVU GmbH	50,00	37,61%		X
3	Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH	100,00	75,22%		X
3	Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
3	Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
4	ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG	28,80	24,19%		X
3	Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
3	MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	50,00	63,11%		X
3	Netzeigentums-Gesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG	28,93	21,76%		X
4	Netzeigentums-Gesellschaft Mörfelden-Walldorf Verwaltung GmbH	100,00	21,76%		X
3	Netzwerk Offshore Wind Verwaltungs GmbH i. L.	100,00	75,22%		X
3	NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH	100,00	75,22%		X
4	Hanau Netz GmbH	10,00	41,30%		X
3	Oberhessische Gasversorgung GmbH, Friedberg	50,00	37,61%		X
4	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	20,97%		X
4	Oberhessengas Netz GmbH Friedberg	100,00	37,61%		X
3	Offshore-Wind für Hessen Verwaltungs GmbH i. L.	100,00	75,22%		X
3	SRM Straßenbeleuchtung Rhein Main GmbH	100,00	75,22%		X
3	Stadtwerke Dreieich GmbH	26,25	19,74%	entfällt	
4	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	20,97%		X
4	RMS Rhein-Main Solarpark GmbH	50,00	35,37%		X
3	Stadtwerke Hanau GmbH	49,90	37,53%		X
4	BGS Beteiligungsgesellschaft Strombezug mbH	18,85	7,08%	entfällt	
4	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	20,97%		X

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
4	Hanau Netz GmbH	90,00	41,30%		X
4	Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	2,50	65,57%		X
4	Syneco GmbH & Co. KG, München	1,26	13,40%	entfällt	
5	Syneco Trading GmbH	49,88	14,42%	entfällt	
5	Syneco Verwaltungs GmbH, München	40,00	24,24%	entfällt	
3	Syneco Verwaltungs GmbH, München	29,90	22,49%		X
3	Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH	12,50	9,40%	entfällt	
3	SWM Wind Havelland Holding GmbH & Co. KG München	17,18	13,40%	entfällt	
3	Syneco GmbH & Co. KG, München	25,10	24,24%	entfällt	
3	Syneco Verwaltungs GmbH, München	0,74	1,69%	entfällt	
3	Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	49,90	41,44%		X
3	WPE - Hessische Windpark Entwicklungs GmbH	100,00	75,22%		X
3	Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	12,50	9,40%	entfällt	
3	8KU Renewables GmbH Berlin	1,68	1,09%	entfällt	
4	SolarRegion RengsdorferLAND eG	100,00	100,00%		X
2	Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft Frankfurt am Main mbH	100,00	100,00%		X
2	Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	100,00	100,00%		X
2	Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	100,00	100,00%	X	
3	Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH	0,16	0,16%	entfällt	
3	SBEV Stadtbahn Europaviertel Projektbaugesellschaft mbH	51,00	100,00%	Kap. 1.3.	
2	Süwag Energie AG	5,98	5,98%	entfällt	
3	Bionergie Bad Wimpfen GmbH & Co. KG	51,00	3,05%	entfällt	
3	Bionergie Bad Wimpfen Verwaltungs GmbH	100,00	5,98%	entfällt	
3	Bionergie Kirchspiel Anhausen GmbH & Co. KG	51,00	3,05%	entfällt	
3	Bionergie Kirchspiel Anhausen Verwaltungs GmbH	100,00	5,98%	entfällt	
3	Bürgerenergie Untermain eG	4,30	0,26%	entfällt	
3	Enercraft Energiemanagement OHG haftungsbeschränkt	50,00	2,99%	entfällt	
3	Energie BOL GmbH	49,90	2,98%	entfällt	
3	Energiegesellschaft Leimen GmbH & Co. KG	74,90	4,48%	entfällt	
3	Energiegesellschaft Leimen Verwaltungs GmbH	74,90	4,48%	entfällt	
3	EnergieRegion Taunus Goldener Grund GmbH & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	
4	EnergieRegion Taunus Goldener Grund Verw. GmbH	100,00	2,93%	entfällt	
3	Energieversorgung Limburg GmbH, Limburg a.d. Lahn	10,00	2,14%	entfällt	
3	KAWAG AG & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	
3	KAWAG Netze GmbH & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	
3	KAWAG Netze Verwaltungs GmbH	49,00	2,93%	entfällt	
3	KEVAG Telekom GmbH	50,00	2,99%	entfällt	
3	Kommunalwerk Rudersberg GmbH & Co. KG	49,90	2,98%	entfällt	
3	Kommunalwerk Rudersberg Verwaltungs-GmbH	49,90	2,98%	entfällt	
3	MAINGAU Energie GmbH, Obertshausen	20,50	1,23%	entfällt	
3	Murrhardt Netz AG & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
3	Naturstrom Betriebsgesellschaft Oberhonnefeld mbH, Koblenz	25,00	1,49%	entfällt	entfällt
3	Neckar-Aktiengesellschaft, Stuttgart	12,50	0,75%	entfällt	entfällt
3	Netzgesellschaft Bühlerthal GmbH & Co. KG	49,90	2,98%	entfällt	entfällt
3	Netzgesellschaft Korb GmbH & Co. KG	49,90	2,98%	entfällt	entfällt
3	Netzgesellschaft Korb Verwaltungs GmbH	49,90	2,98%	entfällt	entfällt
3	Netzgesellschaft Lauf GmbH & Co. KG	49,90	2,98%	entfällt	entfällt
3	Netzgesellschaft Leutenbach GmbH & Co. KG	49,90	2,98%	entfällt	entfällt
3	Netzgesellschaft Leutenbach Verwaltungs-GmbH	49,90	2,98%	entfällt	entfällt
3	Netzgesellschaft Ottersweier GmbH & Co. KG	49,90	2,98%	entfällt	entfällt
3	Netzgesellschaft Steinheim GmbH & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	entfällt
4	Netzgesellschaft Steinheim Vew. GmbH	100,00	2,93%	entfällt	entfällt
3	SolarRegion RengsdorferLAND eG	15,63	1,09%	entfällt	entfällt
3	Stadtwerke Oberkirch GmbH, Oberkirch	33,30	1,99%	entfällt	entfällt
3	Stadtwerke Weilburg GmbH, Weilburg	20,00	1,20%	entfällt	entfällt
3	Stromnetz Diez GmbH & Co. KG	25,10	1,50%	entfällt	entfällt
3	Stromnetz Diez Verwaltungs GmbH	25,10	1,50%	entfällt	entfällt
3	Stromnetz Hofheim GmbH & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	entfällt
3	Stromnetz Hofheim Verwaltungs GmbH	49,00	2,93%	entfällt	entfällt
3	Stromnetz Verbandsgemeinde Katzenelnbogen GmbH & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	entfällt
3	Stromnetz Verbandsgemeinde Katzenelnbogen Verwaltungsgesellschaft mbH	49,00	2,93%	entfällt	entfällt
3	Stromnetz VG Diez GmbH & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	entfällt
3	Stromnetz VG Diez Verwaltungsgesellschaft mbH	49,00	2,93%	entfällt	entfällt
3	Süwag Grüne Energien und Wasser GmbH, Frankfurt am Main	100,00	5,98%	entfällt	entfällt
4	Klärschlamm Entsorgung Hesselberg Service GmbH	49,00	2,93%	entfällt	entfällt
4	SolarProjekt Mainaschaff GmbH	50,00	2,99%	entfällt	entfällt
4	SolarProjekt Rheingau-Taunus GmbH	50,00	2,99%	entfällt	entfällt
4	Untermain ErneuerbareEnergien GmbH & Co. KG	16,67	1,00%	entfällt	entfällt
4	Untermain ErneuerbareEnergien Verwaltungs GmbH	25,00	1,49%	entfällt	entfällt
4	Wasserversorgung Main-Taunus GmbH	49,00	2,93%	entfällt	entfällt
4	Windenergiepark Heidenrod GmbH	51,00	3,05%	entfällt	entfällt
4	Windpark Mengerskirchen GmbH	25,00	1,49%	entfällt	entfällt
3	Süwag Vertrieb AG & Co. KG	100,00	5,98%	entfällt	entfällt
3	Süwag Vertrieb Management GmbH	100,00	5,98%	entfällt	entfällt
3	Syna GmbH	100,00	5,98%	entfällt	entfällt
3	Untermain EnergieProjekt AG & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	entfällt
1	Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main	100,00	100,00%	X	
2	Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	20,00	50,00%	X	
1	traffIQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	100,00	100,00%	X	
2	tiQs traffIQ-Servicegesellschaft mbH i. L.	100,00	100,00%	X	
1	Volks-, Bau- und Sparverein eG	0,18	0,18%		X

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
2	Umland Wohnungsbau-Gesellschaft mbH	100,00	0,18%	entfällt	
1	Volkshochschule Frankfurt am Main	100,00	100,00%	X	
1	Wirtschaftsförderung Frankfurt - Frankfurt Economic Development - GmbH	100,00	100,00%	X	
2	Kompass - Zentrum für Existenzgründungen, Frankfurt am Main GmbH	50,00	50,00%		X
1	WOHNHEIM GmbH	1,06	99,91%	X	
1	Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH	100,00	100,00%	X	

Alphabetisches Verzeichnis der im Beteiligungsbericht dargestellten Gesellschaften und Eigenbetriebe

ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH und Konzern	169
Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH	195
AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH	129
BäderBetriebe Frankfurt GmbH	132
BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum– Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	35
Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum– Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG	38
Dom Römer GmbH	42
Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	175
FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH und Konzern	105
FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH	45
FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region	49
Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	223
Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide und Konzern	135
Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH	70
Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH	54
Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH	198
Hafenbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	57
Hellerhof GmbH	179
HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung	60
In-der-City-Bus GmbH	157
ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	111
KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH	64
Kita Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	229
Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	245
Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	241
Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH	209
Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH	202
Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH	205
Main Mobil Frankfurt GmbH	160
Mainova AG	143
Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	67
Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt-Höchst GmbH	249
Messe Frankfurt GmbH und Konzern	73
Messe Frankfurt Exhibition GmbH	81
Messe Frankfurt Venue GmbH	86
MuseumsBausteine Frankfurt GmbH	212
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH und Konzern	188
Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH	252
Rebstock Projektgesellschaft mbH	91
RTW Planungsgesellschaft mbH	115
SAALBAU Betriebsgesellschaft GmbH	182
Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH	215

Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH	226
Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	119
Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH und Konzern	123
Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	152
Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH	218
Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main	94
traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	163
Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	233
Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development – GmbH	98
WOHNHEIM GmbH	185
Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH	255

Erläuterungen und Begriffsdefinitionen

Abschreibungen

Wertminderung von Vermögensgegenständen, die im Laufe der Nutzungsdauer durch deren (Ab-)Nutzung eintritt. Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwand ausgewiesen und wirken sich mindernd auf den Gewinn aus. Handelsrechtlich wird zwischen planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen unterschieden. Methodisch werden Abschreibungen verschieden umgesetzt, wobei die am häufigsten vorkommende Methode die lineare Abschreibung ist. Dabei werden die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gleichmäßig (linear) über eine fixe Nutzungsdauer (abhängig vom Vermögensgegenstand) abgesetzt. Die degressive Methode splittet die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten in fallenden Raten über die voraussichtliche Nutzungsdauer.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen umfasst die Vermögensteile, die dauerhaft dem Geschäftszweck dienen und die nicht zur Veräußerung bestimmt sind, z. B. Produktionsanlagen oder Immobilien. Je nach Branche ist das Anlagevermögen in Relation zur Bilanzsumme höher (Infrastruktur und Produktion) oder niedriger (Dienstleistung). Das Anlagevermögen in der Bilanz teilt sich in Sachanlagen (Grund und Boden, Gebäude, Maschinen), langfristige Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen, Wertpapiere) und immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Konzessionen, Firmenwert, geleistete Anzahlungen).

at equity

Eine Methode zur Bilanzierung bestimmter langfristiger Beteiligungen im Konzernabschluss einer Gesellschaft, die am stimmberechtigten Kapital einer anderen Gesellschaft beteiligt ist. Von den Anschaffungskosten der Beteiligung zum Erwerbzeitpunkt ausgehend wird der Buchwert der Beteiligung laufend an die Entwicklung des Eigenkapitals der Beteiligung angepasst. Diese Methode ist das Gegenstück zur Bewertung von Beteiligungen nach dem Anschaffungskostenprinzip (Cost Value Method), bei der Zuschreibungen über die Anschaf-

fungskosten der ausgewiesenen Beteiligung hinaus nicht möglich sind. Im Einzelabschluss (Jahresabschluss) ist die Bewertung von Beteiligungen nach der Equity-Methode unzulässig. Im Konzernabschluss ist die Equity-Methode für die Bewertung von Beteiligungen an sog. assoziierten Unternehmen (§ 312 HGB; vgl. Konzernabschluss) vorgeschrieben. Des Weiteren können Gemeinschaftsunternehmen im Sinne von § 310 HGB als assoziierte Unternehmen nach § 311 ff. HGB einbezogen und somit *at equity* bewertet werden. Die Konsolidierung ist verpflichtend nach der Buchwertmethode vorzunehmen (§ 312 HGB). Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Anschaffungswert und dem anteiligen bilanziellen Eigenkapital des assoziierten Unternehmens sowie der darin enthaltene Geschäfts- oder Firmenwert oder passiver Unterschiedsbetrag sind demnach im Konzernanhang anzugeben.

Bilanz

Stichtagsbezogene Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva). Das Vermögen auf der Aktivseite zeigt die konkrete Verwendung der eingesetzten finanziellen Mittel (Anlage- und Umlaufvermögen), während die Passivseite die Mittelherkunft aus Eigen- und Fremdkapital beschreibt. Die Bilanz wird stichtagsbezogen erstellt und kann deshalb nur bedingt zu Prognosezwecken herangezogen werden. § 247 HGB schreibt die Mindestgliederung einer Bilanz vor; das Anlage- und das Umlaufvermögen, das Eigenkapital, die Schulden sowie die Rechnungsabgrenzungsposten sind gesondert auszuweisen und hinreichend aufzugliedern. Eine Bilanz erfüllt gleichzeitig Dokumentationspflichten.

Cashflow

Finanzielle Stromgröße, die den in einer Periode erfolgswirksam erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss angeben soll. Er wird abgeleitet aus den Daten des Jahresabschlusses, insbesondere aus der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV). Der Cashflow ist Ausdruck (Indikator) der Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens (Innenfinanzierung).

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

In der Gewinn- und Verlustrechnung (Erfolgsrechnung) werden alle Aufwendungen und Erträge einer Periode zur Ermittlung des Unternehmensergebnisses zusammen getragen. Bei der Erstellung nach HGB ist der Periodenerfolg mit der Differenz aus Vermögensbeständen der aktuellen und der Bilanz der Vorperiode identisch. Bei Kapitalgesellschaften muss die GuV in Staffelform erstellt werden, § 275 Abs.1 HGB. Die erforderlichen Bestandteile einer GuV sind ebenfalls vorgegeben, § 275 Abs. 2 und Abs. 3 HGB.

Gewinn-/Verlustvortrag

Der Gewinnvortrag ist der Rest des Bilanzgewinns einer Periode, der nach dem Gewinnverwendungsbeschluss (Einstellung in die Gewinnrücklage und/oder Ausschüttung) übrig bleibt und in der Folgeperiode in das Bilanzergebnis einbezogen wird.

Investitionen

Langfristige (auf über ein Jahr angelegte) Kapitalbindung in Anlagevermögen zur Erwirtschaftung zukünftiger Erträge. Die Kapitalverschiebung in das Sachanlagevermögen wird als Realinvestition (z. B. in Gebäude oder Maschinen), die in Finanzanlagen als Finanzinvestition (z. B. Wertpapiere oder Beteiligungen) und die in immaterielle Vermögensgüter als immaterielle Investition (z. B. in Rechte oder Konzessionen) bezeichnet.

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Der Jahresüberschuss ergibt sich als positive Differenz zwischen den Erträgen und Aufwendungen des betreffenden Geschäftsjahres. Bei der Ermittlung des Jahresüberschusses werden Gewinn- oder Verlustvortrag, Entnahmen und Einstellungen aus/in offene Rücklagen nicht berücksichtigt.

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

Die Angabe der durchschnittlichen Mitarbeiterzahlen richtet sich nach der Angabe im Anhang des Jahresabschlusses gemäß §§ 267 Abs. 5 und 285 Nr. 7 HGB. Auszubildende werden nicht einbezogen.

Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Ist das Eigenkapital durch Verluste aufgebraucht und ergibt sich ein Überschuss der Passivposten über die Aktivposten, so ist dieser Betrag am Schluss der Bilanz auf der Aktivseite gesondert unter der Bezeichnung Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag auszuweisen (§ 268 Abs. 3 HGB).

Der Betrag darf also dort nicht stehenbleiben, sondern gehört als letzten Punkt auf die Aktivseite, während das ausgewiesene Eigenkapital mindestens 0,00 € sein muss.

Rechnungsabgrenzungsposten

Rechnungsabgrenzungsposten erfassen zeitliche Abgrenzungen von Ausgaben (Aktivseite) bzw. Einnahmen (Passivseite) vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand bzw. Ertrag für die Zeit nach diesem Tag darstellen.

Rückstellungen

Rückstellungen sind passivierte Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen, die hinsichtlich ihrer Entstehung und/oder Höhe ungewiss sind. Sie werden gebildet, wenn in einer Periode die Voraussetzungen für das Entstehen einer Verbindlichkeit liegen, deren Eintritt oder Höhe aber noch ungewiss ist. Somit ist eine spätere wirtschaftliche Zurechnung zur Entstehungsperiode möglich. Rückstellungen werden z. B. für Pensionen und Steuern gebildet, aber auch für unterlassene Instandhaltungen, Klagen und Garantieverpflichtungen. Konkretisiert sich eine ungewisse Verbindlichkeit oder entfällt sie endgültig, wird die Rückstellung verbraucht oder aufgelöst. § 249 HGB regelt die Pflichten und Verbote bei der Bildung von Rückstellungen.

Umlaufvermögen

Das Pendant zum Anlagevermögen bei den Vermögensgegenständen, hier sind alle Positionen zu Vermögensgegenständen aufgeführt, die nicht dazu bestimmt sind, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen, die also relativ kurzfristig verbraucht bzw. umgeschlagen werden (z. B. Vorräte, kurzfristige Forderungen und Bankguthaben).

Erläuterungen zu den Kennzahlen aus Kapitel 4 Allgemeiner Teil

$$\text{Anlagenintensität} = \frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Aus der Kennzahl zur Anlagenintensität sollen Hinweise über die zukünftige Zahlungsfähigkeit gewonnen werden. Der Wert der Anlagenintensität ist branchenabhängig. Eine zu hohe Anlagenintensität ist eher kritisch zu bewerten, weil der erwartete Mittelrückfluss des Anlagevermögens in der ferneren Zukunft liegt.

$$\text{Eigenkapitalquote} = \frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Bei der Eigenkapitalquote wird der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital (= Bilanzsumme) dargestellt. Es gilt der Grundsatz: Je größer die Eigenkapitalquote, desto größer sind die wirtschaftliche Sicherheit und die finanzielle Stabilität des Unternehmens. In der Praxis spielt aufgrund des öffentlich-rechtlichen Anteilseigners die Eigenkapitalquote bei kommunalen Unternehmen in der Regel eine untergeordnete Rolle.

$$\text{Produktivität} = \frac{\text{Gesamtleistung}}{\text{Mitarbeiter (durchschnittlich)}}$$

Die Produktivität ist der Maßstab für die Ergiebigkeit des Einsatzes eines Produktionsfaktors (hier der durchschnittlichen Mitarbeiteranzahl).

$$\begin{aligned} \text{Gesamtleistung} &= \text{Umsatzerlöse} \\ &+ \text{Bestandsveränderungen} \\ &+ \text{aktivierte Eigenleistungen} \end{aligned}$$

Eine Bestandsveränderung ist beispielsweise die Aktivierung fertiggestellter, zum Verkauf stehender Wohnungen bzw. deren Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Unter aktivierten Eigenleistungen versteht man z. B. selbst durchgeführte Modernisierungsmaßnahmen. Die betriebswirtschaftliche Gesamtleistung stellt die monetäre Bewertung der abgesetzten Produkte und geschaffenen Werte der Unternehmen dar.

Gesetzestexte, Internetfundstellen

Ergänzend zu den Ausführungen über die „Gesetzlichen Grundlagen“ im ersten Kapitel des Beteiligungsberichts werden im Folgenden die für den Beteiligungsbericht wichtigsten Rechtsvorschriften im Wortlaut wiedergegeben. Die Angaben sind keineswegs abschließend, sondern beschränken sich vielmehr auf die Kernvorschriften der für den

Beteiligungsbericht maßgeblichen Vorschriften. Die gesellschafts- und bilanzrechtlichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des GmbH-Gesetzes und des Aktiengesetzes sowie steuerrechtliche und weitere kommunalrechtliche Vorschriften wie die Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik werden hier nicht gesondert aufgeführt.

Hessische Gemeindeordnung (HGO) (§§ 121 bis 127b HGO)

§ 121 Wirtschaftliche Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn

1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden, sind sie ohne die in Satz 1 Nr. 3 genannten Einschränkungen zulässig.

(1a) Abweichend von Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Abs. 5 Nr. 1 und § 122 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 dürfen Gemeinden sich ausschließlich auf dem Gebiet der Erzeugung, Speicherung und Einspeisung und des Vertriebs von Strom, Wärme und Gas aus erneuerbaren Energien sowie der Verteilung von elektrischer und thermischer Energie bis zum Hausanschluss wirtschaftlich betätigen, wenn die Betätigung innerhalb des Gemeindegebietes oder im regionalen Umfeld in den Formen interkommunaler Zusammenarbeit erfolgt. Die wirtschaftliche Beteiligung der Einwohner soll ermöglicht werden. Die wirtschaftliche Betätigung nach dieser Vorschrift ist in besonderer Weise dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zu unterwerfen. Die wirtschaftlichen Ergebnisse dieser Betä-

tigung sind einmal jährlich der Gemeindevertretung vorzulegen.

(1b) Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 1a dienen auch dem Schutz privater Dritter, soweit sie sich entsprechend wirtschaftlich betätigen oder betätigen wollen. Betätigungen nach § 121 Abs. 1 Satz 2 bleiben hiervon unberührt.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung gelten nicht Tätigkeiten

1. zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung, der Breitbandversorgung sowie
3. zur Deckung des Eigenbedarfs.

Auch diese Unternehmen und Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

(3) Die für das Kommunalrecht zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Unternehmen und Einrichtungen, die Tätigkeiten nach Abs. 2 wahrnehmen und die nach Art und Umfang eine selbstständige Verwaltung und Wirtschaftsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(4) Ist eine Betätigung zulässig, sind verbundene Tätigkeiten, die üblicherweise im Wettbewerb zusammen mit der Haupttätigkeit erbracht werden, ebenfalls zulässig; mit der Ausführung dieser Tätigkeiten sollen private Dritte beauftragt werden, soweit das nicht unwirtschaftlich ist.

(5) Die Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes ist zulässig, wenn

1. bei wirtschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen und
2. die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei gesetzlich liberalisierten Tätigkeiten gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.

(6) Vor der Entscheidung über die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie über eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung ist die Gemeindevertretung auf der Grundlage einer Markterkundung umfassend über die Chancen und Risiken der beabsichtigten unternehmerischen Betätigung sowie über deren zu erwartende Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Vor der Befassung in der Gemeindevertretung ist den örtlichen Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit ihr Geschäftsbereich betroffen ist. Die Stellungnahmen sind der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu geben.

(7) Die Gemeinden haben mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.

(8) Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu

bringen ist. Die Erträge jedes Unternehmens sollen mindestens so hoch sein, dass

1. alle Aufwendungen und kalkulatorischen Kosten gedeckt werden,
2. die Zuführungen zum Eigenkapital (Rücklagen) ermöglicht werden, die zur Erhaltung des Vermögens des Unternehmens sowie zu seiner technischen und wirtschaftlichen Fortentwicklung notwendig sind und
3. eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erzielt wird.

Lieferungen und Leistungen von anderen Unternehmen und Verwaltungszweigen der Gemeinde an das Unternehmen sowie Lieferungen und Leistungen des Unternehmens an andere Unternehmen und Verwaltungszweige der Gemeinde sind kostendeckend zu vergüten.

(9) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben. Für das öffentliche Sparkassenwesen verbleibt es bei den besonderen Vorschriften.

§ 122 Beteiligung an Gesellschaften

(1) Eine Gemeinde darf eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 vorliegen,
2. die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist,
3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält,
4. gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nr. 2 bis 4 in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.

(2) Abs. 1 gilt mit Ausnahme der Vorschriften der Nr. 1 auch für die Gründung einer Gesellschaft, die nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, und für die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft. Darüber hinaus ist die Gründung einer solchen Gesellschaft oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft nur zulässig, wenn ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.

(3) Eine Aktiengesellschaft soll die Gemeinde nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt werden kann.

(4) Ist die Gemeinde mit mehr als 50 Prozent an einer Gesellschaft unmittelbar beteiligt, so hat sie darauf hinzuwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften
 - a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
 - b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
2. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 121 Abs. 8) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein wirtschaftliches Unternehmen betreibt.

(5) Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.

(6) Die Gemeinde kann einen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftsumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 123 Unterrichts- und Prüfungsrechte

(1) Ist die Gemeinde an einem Unternehmen in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes in der Fassung vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2398), bezeichneten Umfang beteiligt, so hat sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes auszuüben,
2. sicherzustellen, dass ihr und dem für sie zuständigen überörtlichen Prüfungsorgan die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung einer Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde darauf hinwirken, dass ihr in der Satzung oder im Gesellschaftsvertrag die Befugnisse nach den §§ 53 und 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Beteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§ 123a Beteiligungsbericht und Offenlegung

(1) Die Gemeinde hat zur Information der Gemeindevertretung und der Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, an denen sie mit mindestens 20 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

(2) Der Beteiligungsbericht soll mindestens Angaben enthalten über den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,

1. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
2. die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemein-

de und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft, die Kreditaufnahmen, die von der Gemeinde gewährten Sicherheiten,

3. das Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 für das Unternehmen.

Ist eine Gemeinde in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang an einem Unternehmen beteiligt, hat sie darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, eines Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

(3) Der Beteiligungsbericht ist in der Gemeindevertretung in öffentlicher Sitzung zu erörtern. Die Gemeinde hat die Einwohner über das Vorliegen des Beteiligungsberichtes in geeigneter Form zu unterrichten. Die Einwohner sind berechtigt, den Beteiligungsbericht einzusehen.

§ 124 Veräußerung von wirtschaftlichen Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung einer Beteiligung an einer Gesellschaft oder eines wirtschaftlichen Unternehmens sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn dadurch die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird. Das Gleiche gilt für Einrichtungen im Sinne des § 121 Abs. 2.

(2) Abs. 1 gilt entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden und Gemeindeverbände mit mehr als 50 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, Veräußerungen sowie andere Rechtsgeschäfte im Sinne des Abs. 1 vornehmen will.

§ 125 Vertretung der Gemeinde in Gesellschaften

(1) Der Gemeindevorstand vertritt die Gemeinde in Gesellschaften, die der Gemeinde gehören (Eigentumsunternehmen) oder an denen die Gemeinde beteiligt ist. Der Bürgermeister vertritt den Gemeindevorstand kraft Amtes; er kann sich durch ein von ihm zu bestimmendes Mitglied des Gemeindevorstands vertreten lassen. Der Gemeindevorstand kann weitere Vertreter bestellen. Alle Vertreter des Gemeindevorstands sind an die Weisungen des Gemeindevorstands gebunden, soweit nicht Vorschriften des Gesellschaftsrechts dem entgegenstehen. Vorbehaltlich entgegenstehender zwingender Rechtsvorschriften haben sie den Gemeindevorstand über alle wichtigen Angelegenheiten möglichst frühzeitig zu unterrichten und ihm auf Verlangen Auskunft zu erteilen. Die vom Gemeindevorstand bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Verlangen des Gemeindevorstands jederzeit niederzulegen. Sofern Beamte der Gemeinde von den Gesellschaften für ihre Tätigkeit eine finanzielle Gegenleistung erhalten, zählt diese zu den abführungspflichtigen Nebentätigkeitsvergütungen im Sinne von § 2 der Nebentätigkeitsverordnung in der Fassung vom 21. September 1976 (GVBl. I S. 403), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. November 1998 (GVBl. I S. 492).

(2) Abs.1 gilt entsprechend, wenn der Gemeinde das Recht eingeräumt ist, in den Vorstand, den Aufsichtsrat oder ein gleichartiges Organ einer Gesellschaft Mitglieder zu entsenden; bei den Aufsichtsgremien soll der Gemeindevorstand darauf hinwirken, dass die Gemeinde möglichst paritätisch durch Frauen und Männer vertreten wird. Der Bürgermeister oder das von ihm bestimmte Mitglied des Gemeindevorstands führt in den Gesellschaftsorganen den Vorsitz, wenn die Gesellschaft der Gemeinde gehört oder die Gemeinde an ihr mehrheitlich beteiligt ist. Dies gilt nicht, wenn weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. Die Mitgliedschaft gemeindlicher Vertreter endet mit ihrem Ausscheiden aus dem hauptamtlichen oder ehrenamtlichen Dienst der Gemeinde.

(3) Werden Vertreter der Gemeinde aus ihrer Tätigkeit bei einer Gesellschaft haftbar gemacht, so hat ihnen die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass sie ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn die Vertreter der Gemeinde nach Weisung gehandelt haben.

§ 126 Beteiligung an einer anderen privatrechtlichen Vereinigung

Die Vorschriften des § 122 Abs. 1 und 2 mit Ausnahme des Abs. 1 Satz 1 Nr. 4, der §§ 124 und 125 gelten auch für andere Vereinigungen in einer Rechtsform des privaten Rechts. Für die Mitgliedschaft in kommunalen Interessenverbänden gelten nur die Vorschriften des § 125.

§ 126a Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts

(1) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln. § 122 Abs. 1 Nr. 1 gilt entsprechend.

(2) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse der Anstalt durch eine Satzung. Diese muss Bestimmungen über den Namen und die Aufgaben der Anstalt, die Zahl der Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates, die Höhe des Stammkapitals, die Wirtschaftsführung, die Vermögensverwaltung und die Rechnungslegung enthalten. Die Gemeinde hat die Satzung und deren Änderungen bekannt zu machen. § 127a gilt entsprechend.

(3) Die Gemeinde kann der Anstalt einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängende Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann zugunsten der Anstalt unter der Voraussetzung des § 19 Abs. 2 durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang vorschreiben und der Anstalt das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen; § 5 gilt entsprechend. Die Anstalt kann

sich nach Maßgabe der Satzung an anderen Unternehmen beteiligen, wenn der öffentliche Zweck der Anstalt dies rechtfertigt. Die §§ 123a und 125 gelten entsprechend.

(4) Die Gemeinde haftet für die Verbindlichkeiten der Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist (Gewährträgerschaft). Rechtsgeschäfte im Sinne des § 104 dürfen von der Anstalt nicht getätigt werden.

(5) Die Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Gemeinde etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt nach außen.

(6) Die Geschäftsführung des Vorstands wird von einem Verwaltungsrat überwacht. Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf höchstens 5 Jahre; eine erneute Bestellung ist zulässig. Er entscheidet außerdem über:

1. den Erlass von Satzungen nach Abs. 3 Satz 2,
2. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,
3. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungsnehmer,
4. die Bestellung des Abschlussprüfers,
5. die Ergebnisverwendung,
6. die Beteiligung oder die Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen.

Der Verwaltungsrat berät und beschließt in öffentlicher Sitzung. Dem Verwaltungsrat obliegt außerdem die Entscheidung in den durch die Satzung der Gemeinde bestimmten Angelegenheiten der Anstalt. Entscheidungen nach Satz 3 Nr. 1 bedürfen der Zustimmung der Gemeindevertretung. Die Satzung im Sinne von Abs. 2 Satz 1 kann vorsehen, dass die Gemeindevertretung dem Verwaltungsrat in bestimmten Fällen Weisungen erteilen kann oder bei Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung die Zustimmung der Gemeindevertretung erforderlich ist.

(7) Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und den übrigen Mitgliedern. Den Vor-

sitz führt der Bürgermeister. Soweit Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, führt derjenige Beigeordnete den Vorsitz, zu dessen Geschäftsbereich die der Anstalt übertragenen Aufgaben gehören. Sind die übertragenen Aufgaben mehreren Geschäftsbereichen zuzuordnen, so entscheidet der Bürgermeister über den Vorsitz. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats werden von der Gemeindevertretung für die Dauer von 5 Jahren gewählt. Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats, die der Gemeindevertretung angehören, endet mit dem Ende der Wahlzeit oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus der Gemeindevertretung. Die Mitglieder des Verwaltungsrats üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:

1. Bedienstete der Anstalt,
2. Bedienstete der Aufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über die Anstalt befasst sind.

(8) Der Anstalt kann durch Satzung die Dienstherrnfähigkeit verliehen werden. Die Satzung bedarf insoweit der Genehmigung der obersten Aufsichtsbehörde. Wird die Anstalt aufgelöst, hat die Gemeinde die Beamten und die Versorgungsempfänger zu übernehmen.

(9) Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Anstalt gelten die Bestimmungen des Sechsten Teils und die dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen (§ 154 Abs. 3 und 4) entsprechend. Der Haushalt der Anstalt muss in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Kredite der Anstalt bedürfen entsprechend den §§ 103 und 105 der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Ist die Anstalt überwiegend wirtschaftlich tätig, so kann sie in ihrer Satzung bestimmen, für die Wirtschafts- und Haushaltsführung die Vorschriften über die Eigenbetriebe sinngemäß anzuwenden. Das für die Gemeinde zuständige Rechnungsprüfungsamt prüft den Jahresabschluss und den Lagebericht der Anstalt. Das Rechnungsprüfungsamt hat das Recht, sich zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 131 Abs. 1 auftreten, unmittelbar zu unter-

richten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und Schriften der Anstalt einzusehen.

(10) § 14 Abs. 2, § 25 sowie die Bestimmungen des Sechsten Teils über die Gemeindegewirtschaft und die des Siebenten Teils über die staatliche Aufsicht sind auf die Anstalt sinngemäß anzuwenden.

(11) Die Anstalt ist zur Vollstreckung von Verwaltungsakten in demselben Umfang berechtigt wie die Gemeinde, wenn sie aufgrund einer Aufgabenübertragung nach Abs. 3 hoheitliche Befugnisse ausübt und bei der Aufgabenübertragung nichts Abweichendes geregelt wird.

(12) Abs. 1 bis 11 finden auf Anstalten des öffentlichen Rechts nach § 2c des Hessischen OFFENSIV-Gesetzes vom 20. Dezember 2004 (GVBl. I S. 488), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 318), keine Anwendung.

§ 127 Eigenbetriebe

(1) Die Wirtschaftsführung, Vermögensverwaltung und Rechnungslegung der wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) sind so einzurichten, dass sie eine vom übrigen Gemeindevermögen abgesonderte Betrachtung der Verwaltung und des Ergebnisses ermöglichen.

(2) In den Angelegenheiten des Eigenbetriebs ist der Betriebsleitung eine ausreichende Selbständigkeit der Entschließung einzuräumen.

(3) Die näheren Vorschriften über die Verfassung, Verwaltung und Wirtschaftsführung einschließlich des Rechnungswesens der Eigenbetriebe bleiben einem besonderen Gesetz vorbehalten.

§ 127a Anzeige

(1) Entscheidungen der Gemeinde über

1. die Errichtung, die Übernahme oder die wesentliche Erweiterung eines wirtschaftlichen Unternehmens,

2. die Gründung einer Gesellschaft, die erstmalige Beteiligung an einer Gesellschaft sowie die wesentliche Erhöhung einer Beteiligung an einer Gesellschaft,
3. den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Genossenschaft,
4. Rechtsgeschäfte im Sinne des § 124 Abs. 1 sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzuzeigen. Aus der Anzeige muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Haushaltsgrundsatzgesetz (HGrG) **(§§ 53 und 54 HGrG)**

§ 53 Rechte gegenüber privatrechtlichen Unternehmen

(1) Gehört einer Gebietskörperschaft die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts oder gehört ihr mindestens der vierte Teil der Anteile und steht ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zu, so kann sie verlangen, daß das Unternehmen

1. im Rahmen der Abschlußprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen läßt;
2. die Abschlußprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
 - a) die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
 - b) verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
 - c) die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages;
3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlußprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluß aufzustellen hat, auch den Prü-

(2) Abs. 1 gilt für Entscheidungen über mittelbare Beteiligungen im Sinne von § 122 Abs. 5 entsprechend.

§ 127b Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung

Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.

fungsbericht der Konzernabschlußprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.

(2) Für die Anwendung des Absatzes 1 rechnen als Anteile der Gebietskörperschaft auch Anteile, die einem Sondervermögen der Gebietskörperschaft gehören. Als Anteile der Gebietskörperschaft gelten ferner Anteile, die Unternehmen gehören, bei denen die Rechte aus Absatz 1 der Gebietskörperschaft zustehen.

§ 54 Unterrichtung der Rechnungsprüfungsbehörde

(1) In den Fällen des § 53 kann in der Satzung (im Gesellschaftsvertrag) mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, daß sich die Rechnungsprüfungsbehörde der Gebietskörperschaft zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 44 auftreten, unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen kann.

(2) Ein vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begründetes Recht der Rechnungsprüfungsbehörde auf unmittelbare Unterrichtung bleibt unberührt.

Hessisches Eigenbetriebsgesetz

(EigBGes)

(§§ 1 und 5 bis 8 EigBGes)

§ 1 Rechtsgrundlagen für den Eigenbetrieb

(1) Die Gemeinde führt ihre wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit als Eigenbetriebe nach den Vorschriften dieses Gesetzes sowie nach einer von ihr zu erlassenden Satzung (Betriebssatzung).

(2) Die Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) bleiben unberührt, soweit sich aus diesem Gesetz nichts anderes ergibt.

§ 5 Aufgaben der Gemeindevertretung

Die Gemeindevertretung entscheidet unter Beachtung der § 121 Abs. 8 und § 127 HGO über die Grundsätze, nach denen die Eigenbetriebe der Gemeinde gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden sollen. Sie ist zuständig für:

1. Erlaß und Änderung der Betriebssatzung;
2. wesentliche Aus- und Umgestaltung oder Auflösung des Eigenbetriebs;
3. Verschmelzung mit anderen Eigenbetrieben oder Umwandlung in eine andere Rechtsform;
4. Beschlußfassung über den Wirtschaftsplan nach § 15;
5. Festsetzung der allgemeinen Lieferungsbedingungen und der allgemeinen Tarife;
6. Zustimmung zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen und zu Mehrausgaben nach Maßgabe des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 8;
7. Verfügung über Vermögensgegenstände, die zum Sondervermögen (§ 10 Abs. 1) gehören, soweit sie der Gemeindevertretung durch die Betriebssatzung besonders zugewiesen ist;
8. Entscheidung über die Verminderung des Eigenkapitals nach § 11 Abs. 4;
9. Übernahme von neuen Aufgaben, insbesondere Angliederung sonstiger Unternehmen und Einrichtungen der Gemeinde, die nicht als wirtschaftliche Unternehmen gelten, jedoch wirtschaftlich oder technisch mit dem Eigenbetrieb im Zusammenhang stehen;

10. Übernahme von Bürgschaften und Bestellung anderer Sicherheiten;

11. Feststellung des Jahresabschlusses und Beschlußfassung über die Verwendung des Jahresgewinnes oder die Behandlung des Jahresverlustes sowie über den Ausgleich von Verlustvorträgen;

12. Genehmigung der Verträge der Gemeinde mit Mitgliedern der Betriebskommission und deren Stellvertretern oder den Betriebsleitern nach Maßgabe des § 3 Abs. 6 und des § 6 Abs. 9;

13. Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluß. In der Betriebssatzung kann sich die Gemeindevertretung die Entscheidung weiterer Angelegenheiten vorbehalten, soweit sie nicht nach § 7 der Entscheidung der Betriebskommission unterliegen oder zu den Geschäften der laufenden Betriebsführung gehören.

§ 6 Betriebskommission

(1) Der Gemeindevorstand beruft eine Betriebskommission; für mehrere Eigenbetriebe einer Gemeinde kann eine gemeinsame Betriebskommission gebildet werden.

(2) Der Betriebskommission gehören an:

1. Mitglieder der Gemeindevertretung, die von ihr für die Dauer ihrer Wahlzeit aus ihrer Mitte gewählt werden; die Zahl dieser Mitglieder bestimmt die Betriebssatzung;
2. kraft ihres Amtes der Bürgermeister (Oberbürgermeister) oder in seiner Vertretung ein von ihm bestimmtes Mitglied des Gemeindevorstandes sowie zwei weitere Mitglieder des Gemeindevorstandes; darunter muß der für das Finanzwesen zuständige Beigeordnete sein. Die Betriebssatzung kann bestimmen, daß und wie viele weitere Mitglieder der Gemeindevorstand aus seinen Reihen in die Betriebskommission entsendet;
3. zwei Mitglieder des Personalrates des Eigenbetriebes, die auf dessen Vorschlag von der Gemeindevertretung nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl für die Dauer der Wahlzeit des Personalrates gewählt werden.

(3) Der Betriebskommission sollen weitere wirtschaftlich oder technisch besonders erfahrene Personen angehören, die von der Gemeindevertretung

nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl für die Dauer ihrer Wahlzeit gewählt werden. Die Zahl dieser Mitglieder bestimmt die Betriebssatzung; sie darf ein Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder der Betriebskommission nicht übersteigen.

(4) In der Betriebssatzung kann geregelt werden, daß die Mitglieder der Betriebskommission sich vertreten lassen können. Die Vertreter sind nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu wählen oder zu berufen, die für die Wahl oder Berufung der Mitglieder der Betriebskommission gelten.

(5) Die gewählten Mitglieder der Betriebskommission bleiben nach Ablauf ihrer Wahlzeit solange Mitglieder der Betriebskommission, bis ihre Nachfolger nach Abs. 7 berufen worden sind.

(6) Wer durch seine berufliche Tätigkeit in regelmäßigen Geschäftsbeziehungen oder in Wettbewerb mit dem Eigenbetrieb steht oder für Betriebe tätig ist, auf die die vorstehenden Voraussetzungen zutreffen, darf nicht Mitglied der Betriebskommission sein, es sei denn, daß diese Tätigkeit im Auftrage der Gemeinde ausgeübt wird.

(7) Die gewählten Mitglieder der Betriebskommission und deren Stellvertreter müssen ihren Wohnsitz nicht in der Gemeinde haben; sie können durch Beschluß der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter vorzeitig aberufen werden.

(8) Den Vorsitz in der Betriebskommission führt der Bürgermeister (Oberbürgermeister) oder ein von ihm bestimmter Vertreter. An den Sitzungen der Betriebskommission nimmt die Betriebsleitung teil. Sie ist auf Verlangen zu dem Gegenstand der Verhandlungen zu hören. Sie ist verpflichtet, der Betriebskommission auf Anfordern Auskünfte zu den Beratungsgegenständen zu erteilen.

(9) Verträge von Mitgliedern der Betriebskommission und deren Stellvertretern mit der Gemeinde in Angelegenheiten des Eigenbetriebs bedürfen der Genehmigung der Gemeindevertretung, es sei denn, daß es sich um Verträge nach feststehendem Tarif oder um Geschäfte der laufenden Betriebsfüh-

rung handelt, die für die Gemeinde unerheblich sind.

§ 7 Aufgaben der Betriebskommission

(1) Die Betriebskommission überwacht die Betriebsleitung und bereitet die nach diesem Gesetz erforderlichen Beschlüsse der Gemeindevertretung vor. Sie kann Auskunft sowie Akteneinsicht verlangen.

(2) Die Betriebskommission hat einer Maßnahme der Betriebsleitung zu widersprechen, wenn sie das Recht verletzt oder das Wohl der Gemeinde oder des Eigenbetriebs gefährdet. Der Widerspruch hat aufschiebende Wirkung. Über die strittige Angelegenheit entscheidet der Gemeindevorstand.

(3) Die Betriebskommission ist, unbeschadet der Bestimmung in Abs. 1, für folgende Angelegenheiten zuständig, soweit sie nicht zu den Geschäften der laufenden Betriebsführung gehören:

1. Stellungnahme zum Wirtschaftsplan und Vorlage an den Gemeindevorstand zur Weiterleitung an die Gemeindevertretung;
2. Stellungnahme zu den Vorschlägen der Betriebsleitung für die Festsetzung der allgemeinen Lieferungsbedingungen und der allgemeinen Tarife;
3. Genehmigung von Geschäften aller Art im Rahmen des Wirtschaftsplans, deren Wert einen angemessenen, in der Betriebssatzung festzulegenden Vomhundertsatz des Stammkapitals (§ 10 Abs. 2) übersteigt; trifft die Betriebssatzung keine Bestimmung, so unterliegen alle Geschäfte der Genehmigung, deren Wert zwei vom Hundert des Stammkapitals übersteigt;
4. Verfügung über Vermögensgegenstände, die zum Sondervermögen (§ 10 Abs. 1) gehören, insbesondere Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken, Schenkungen und Darlehenshingaben, soweit sie nicht wegen der Bedeutung der Angelegenheit oder wegen des Wertes des Vermögensgegenstandes durch die Betriebssatzung der Gemeindevertretung zugewiesen ist;

5. Stellungnahme zum Jahresabschluß, zum Lagebericht und zum Vorschlag für die Gewinnverwendung;
6. Stellungnahme zur Einstellung, Beförderung und Entlassung von Beamten und leitenden Angestellten;
7. Vorschlag für den Prüfer für den Jahresabschluß;
8. Entscheidung über die Führung eines Rechtsstreites und den Abschluß von Vergleichen, wenn sie größere Bedeutung haben;
9. Zustimmung zu Verträgen von größerer Bedeutung, insbesondere über den Bezug von Energie und Wasser durch den Eigenbetrieb;
10. Verzicht auf Forderungen und Stundung von Zahlungsverpflichtungen nach Maßgabe der Betriebssatzung.

Die Betriebssatzung kann der Betriebskommission die Entscheidung in weiteren Angelegenheiten zuweisen, soweit sie nicht nach § 5 der Entscheidung der Gemeindevertretung oder nach § 8 der Entscheidung des Gemeindevorstands unterliegen oder zu den Geschäften der laufenden Betriebsführung gehören.

(4) Die Betriebskommission hat den Gemeindevorstand über alle wichtigen Angelegenheiten des Eigenbetriebs rechtzeitig zu unterrichten und ihm auf Verlangen Auskunft zu erteilen.

(5) In den in Abs. 3 genannten Angelegenheiten kann die Betriebsleitung in dringenden Fällen, wenn die vorherige Entscheidung der Betriebskommission nicht eingeholt werden kann, die erforderlichen Maßnahmen von sich aus anordnen. Hiervon hat sie

dem Vorsitzenden der Betriebskommission unverzüglich Kenntnis zu geben.

§ 8 Aufgaben des Gemeindevorstands

(1) Der Gemeindevorstand sorgt dafür, dass die Verwaltung und Wirtschaftsführung des Eigenbetriebs mit den Planungen und Zielen der Gemeindeverwaltung im Einklang stehen. Erfüllt die Betriebskommission eine ihr durch dieses Gesetz oder die Betriebssatzung zugewiesene Aufgabe nicht, so fordert sie der Gemeindevorstand unter Bestimmung einer angemessenen Frist zur Erfüllung der Aufgabe auf; nach ergebnislosem Ablauf der Frist übernimmt der Gemeindevorstand die Aufgabe und entscheidet an Stelle der Betriebskommission.

(2) Der Gemeindevorstand hat einen Beschluss der Betriebskommission nach Anhörung der Betriebskommission aufzuheben, wenn dieser das Recht verletzt; er kann ihn ändern, soweit er gegen die Planung und Ziele der Gemeindeverwaltung verstößt.

(3) Der Gemeindevorstand regelt das Verfahren und den Geschäftsgang der Betriebskommission durch eine Geschäftsordnung.

Links zu Internetfundstellen:

Bundesgesetze:

<http://www.gesetze-im-internet.de/>

Bundesgesetzblatt I und II:

<http://www1.bgbli.de/index.php>

Bundesanzeiger:

<https://www.bundesanzeiger.de/>

Verwaltungsvorschriften des Bundes:

<http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/>

Kommunalrechtliche Vorschriften und Landesrecht Hessen:

<http://www.rv.hessenrecht.hessen.de/jportal/portal/page/bshesprod.psmi>

Staatsanzeiger Hessen bis 2002:

<http://starweb.hessen.de/starweb/LIS/Dokumentenarchivstart.htm?stanz.htm>

Staatsanzeiger Hessen seit 2003:

<http://www.staatsanzeiger-hessen.de/>

Stadt Frankfurt am Main:

<http://www.frankfurt.de>

Beteiligungsmanagement der Stadt Frankfurt:

www.beteiligungsmanagement.stadt-frankfurt.de

Deutscher Städtetag:

<http://www.staedtetag.de/>

Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt):

www.kgst.de

